

Disziplinarmaßnahmen in den Vollzugsanstalten
Vergleichende Untersuchung für eine Strafvollzugsreform

Inauguraldissertation
zur Erlangung der juristischen Doktorwürde der Rechts-
und Staatswissenschaftlichen Fakultät der
Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg i.Br.

Vorgelegt von
Heinrich Karrasch
Referendar aus Breslau

Referent Prof. Dr. Jescheck

Korreferent Prof. Dr. Württenberger

Tag der mündlichen Prüfung: 26. Juli 1957



Inhaltsübersicht.
=====

Seite

Literaturverzeichnis

VIII

Abkürzungen

XX

Erster Teil

Einleitung und Allgemeines

Einleitung

1

I. Begriff der Disziplinarmaßnahmen in den Vollzugsanstalten und ihre Bedeutung

3

II. Notwendigkeit und Zweck der Disziplinarmaßnahmen und ihre enge Verbundenheit mit den Ideen des Strafvollzuges

5

III. Die rechtliche Zulässigkeit der Disziplinarmaßnahmen

9

Zweiter Teil

Die Disziplinarmaßnahmen in der historischen Entwicklung der Vollzugsanstalten

I. Die Disziplinarstrafen in den ersten Zucht- und Arbeitshäusern des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts

1.) Allgemeines

15

2.) Im Amsterdamer Zuchthaus nach der Hausordnung von 1599

17

3.) Im Zuchthaus von Bremen 1609

19

4.) Nach der Hamburger Zuchthausordnung von 1622

20

5.) Im Zuchthaus von Danzig 1639

20

II. Die Disziplinarstrafen in den Zuchthäusern des 17. und 18. Jahrhunderts

1.) In Hamburg in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts

21

2.) Im 18. Jahrhundert

a) Die üblichen Strafmittel

22

b) Das Schwören der Urfehde

23

c) Die Berichte und Forderungen von Wagnitz zu den Disziplinarstrafen

24

d) Die Disziplinarstrafen in Bruchsal nach der Zuchthausordnung von 1785

26

3.) Die Verhältnisse im Ausland

27

4.) Die harten Disziplinarstrafen als Produkte ihrer Zeit

28

III. Die Veränderungen von 1800 bis zum Ersten Weltkrieg

1.) Bis 1850

a) Milderungen und Neuerungen zu Beginn des Jahrhunderts

29

b) Das Rawiczser Reglement von 1835

31

c) Der Reformator Obermaier, der Kampf gegen die Prügelstrafe und ihr Ersatz durch andere harte Disziplinarstrafen

32

d) Disziplinarstrafen auf gesetzlicher Grundlage

35

2.)	Nach 1850	
a)	Die Einführung von Verfahrensvorschriften und andere Veränderungen	36
b)	Die Abschaffung der Prügelstrafe in den Gefängnissen	37
c)	Das preußische Reglement von 1881	37
d)	Die Strafen von der Jahrhundertwende bis zum Ersten Weltkrieg	39
e)	Auszug aus der Statistik	39
3.)	Die Entwicklung im Ausland	
a)	In den europäischen Staaten	40
b)	In Übersee	43
c)	Die grausamen Disziplinarstrafen in den Strafkolonien	44
IV.	Bemerkenswertes aus der Zeit von dem Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart	
1.)	In Deutschland	45
2.)	Die Entwicklung im Ausland	46
3.)	Die Richtlinien der Internationalen Strafrechts- und Gefängniskommission aus dem Jahre 1951 und die Grundsätze für die Gefangenenbehandlung des UNO-Gefängniskongresses in Genf 1955 als Grundlage für eine künftige Entwicklung	48

Dritter Teil

Das Disziplinarrecht in den ausländischen Vollzugsanstalten

Dänemark

I.	Die Regelung der Disziplinarmaßnahmen	53
II.	Die zulässigen Disziplinarstrafen	53
III.	Andere Zwangsmittel	54
IV.	Die Disziplinarstrafgewalt	55
V.	Beschwerdemöglichkeit	55

England

I.	Die Regelung der Disziplinarmaßnahmen	56
II.	Ordnungsverstöße und Disziplinarstrafen	56
III.	Das Disziplinarverfahren und die Disziplinarstrafgewalt	59
IV.	Die Zwangsmittel	61
V.	Das Beschwerderecht	62
VI.	Disziplinarstrafen im Jugendstrafvollzug und in den Sonderanstalten	63
VII.	Die praktische Anwendung der Disziplinarstrafen	64

Finnland

I.	Die Regelung der Disziplinarmaßnahmen	66
II.	Die zulässigen Disziplinarstrafen	66
III.	Besondere Zwangsmittel	67
IV.	Strafbefugnis und Verfahren	67
V.	Das Beschwerderecht	68

Frankreich

I. Die Regelung der Disziplinarmaßnahmen	68
II. Die zulässigen Disziplinarstrafen	68
III. Besondere Zwangsmittel	71
IV. Die Disziplinarstrafbefugnis	71
V. Das Beschwerderecht	72
VI. Jugendstrafvollzug	73
VII. Die praktische Anwendung der Disziplinarstrafen	73
VIII. Belohnungen	74
IX. Reformbestrebungen	74

Italien

I. Die Regelung der Disziplinarmaßnahmen	75
II. Belohnungen und Disziplinarstrafen	75
III. Zwangsmittel	78
IV. Die Disziplinarstrafgewalt und das Verfahren	78
V. Der strafgesetzbuchmässige Aufbau des Disziplinarrechts	79
VI. Besondere Bestimmungen	81
VII. Das Beschwerderecht	83
VIII. Disziplinarstrafen in den Sonderanstalten	84
IX. Anwendung der Disziplinarmaßnahmen	85

Jugoslawien

I. Die Regelung der Disziplinarmaßnahmen	86
II. Die zulässigen Disziplinarmaßnahmen	86
III. Die Disziplinarstrafgewalt	87
IV. Das Beschwerderecht	88
V. Massnahmen in den Jugendanstalten	88

Niederlande

I. Die Regelung der Disziplinarmaßnahmen	89
II. Die zulässigen Disziplinarstrafen	89
III. Die Disziplinarstrafbefugnis	90
IV. Das Beschwerderecht	91
V. Disziplinarstrafen in den Sonderanstalten	91
VI. Die praktische Anwendung der Disziplinarstrafen	92

Norwegen

I. Die Regelung der Disziplinarmaßnahmen	93
II. Die zulässigen Disziplinarstrafen	93
III. Die Anwendung von Zwangsmitteln	95
IV. Die Strafbefugnis und das Verfahren	95
V. Das Beschwerderecht	97
VI. Disziplinarstrafen im Sondervollzug	97

Schweden

I. Die Regelung der Disziplinarmaßnahmen	98
II. Die Disziplinarstrafen und ihre Anwendung	98
III. Besondere Zwangsmittel	101
IV. Die Disziplinarstrafbefugnis	101
V. Das Beschwerderecht	102
VI. Disziplinarstrafen im Sonderstrafvollzug	102
VII. Wirkung und Kritik der Disziplinarstrafen	103

Schweiz

I. Die Regelung der Disziplinarmassnahmen	105
II. Die zulässigen Disziplinarstrafen	106
III. Die Disziplinarstrafgewalt	109
IV. Besondere Bestimmungen	110
V. Das Beschwerderecht	111
VI. Die praktische Anwendung der Disziplinarstrafen	111

Sowjetunion

I. Die Regelung der Disziplinarmassnahmen	113
II. Belohnungen und Disziplinarstrafen	113
III. Die Strafbefugnis und das Verfahren	115
IV. Das Beschwerderecht	116
V. Disziplinarstrafen für Verwehrte	116

Spanien

I. Die Regelung der Disziplinarstrafen	117
II. Belohnungen, Ordnungsverstösse und Disziplinarstrafen	117
III. Die Disziplinarstrafbefugnis, das Verfahren, Beschwerde und andere Bestimmungen	120

Chile

I. Die Regelung der Disziplinarmassnahmen	121
II. Die zulässigen Disziplinarstrafen	121
III. Strafbefugnis und Beschwerderecht	122

Cuba

I. Die Regelung der Disziplinarmassnahmen	123
II. Belohnungen und Disziplinarstrafen	123
III. Disziplinalgewalt, Verfahren und Beschwerde	124

China

I. Die Regelung der Disziplinarmassnahmen	125
II. Belohnungen, Disziplinarstrafen und Sicherungsmassnahmen	125
III. Die Disziplinarstrafbefugnis	127
IV. Das Beschwerderecht	127

Indien und Pakistan

I. Die Regelung der Disziplinarmassnahmen	128
II. Die zulässigen Disziplinarstrafen	128
III. Besondere Zwangsmittel	130
IV. Disziplinarstrafgewalt, Verfahren und Beschwerden	130

Andere Staaten

I. Belgien	
1. Regelung	131
2. Strafen	131
3. Strafgewalt	132
4. Überwachung als Rechtsgarantie	132
II. Kanada	
1. Strafen	132
2. Strafgewalt	133

III. Luxemburg	
1. Strafen	134
2. Strafgewalt	134
IV. Türkei	
1. Regelung und Strafen	134
2. Strafgewalt	135
V. Vereinigte Staaten	
1. Regelung	136
2. Strafen	136
3. Strafbefugnis	138

Vierter Teil

Vergleich und Einzeluntersuchungen

Vorbemerkung zum vierten Teil	139
I. Der Rechtsnormcharakter der Disziplinarbestimmungen	
Im Ausland.-Disziplinarstrafe als Ergänzung der Kriminalstrafe.-Forderung nach einem Vollzugsgesetz.-Hausordnungen	139
II. Die Voraussetzungen zur Anwendung von Disziplinarmaßnahmen	
1. Allgemeines	142
2. Die Gewährung von Belohnungen	142
3. Die Anwendung von Zwangsmitteln	143
4. Die Verhängung von Disziplinarstrafen	
a) auf Grund einer Generalklausel	144
b) Auf Grund von einzelnen Tatbeständen	145
c) Die Nachteile einer Aufzählung von Tatbeständen	146
d) Vorschlag für eine künftige Regelung	148
5. Disziplinarverstöße auf Transporten und in anderen Anstalten	149
6. Disziplinarstrafen neben einer gerichtlichen Bestrafung	150
III. Belohnungen als Disziplinarmittel	
1. Grundsätzlicher Einsatz im Disziplinarsystem	153
2. Die einzelnen Belohnungen	156
IV. Die Hausstrafen	
1. Notwendigkeit der Hausstrafen	158
2. Die einzelnen Strafen	
Vielfalt und enge Begrenzung.-Liste der Strafen	159
a) Der Verweis	160
b) Beschränkung oder Entzug von Vergünstigungen oder Erleichterungen des Vollzugs	
aa) Vergleich und Allgemeines	161
bb) Die einzelnen Vergünstigungen	163
c) Hausstrafen, die in einer Beschränkung der Ernährung bestehen	165
d) Mit der Arbeit zusammenhängende Disziplinarstrafen	
aa) Entzug der Arbeit	169
bb) Erschwerungen der Arbeit	171
cc) Entzug oder Verminderung des Arbeitsentgelts	172
dd) Kein Verzicht auf Arbeitsstrafen	175

e)	Geldstrafen und Schadensersatzleistung	
aa)	Geldstrafe	175
bb)	Schadenersatzleistung	176
f)	Rückstufung im Grad oder Versetzung in eine andere Anstalt	
aa)	Die drei Formen der Massnahme im Vergleich	177
bb)	Rückversetzung, Rückstufung und das Stufenstrafsystem	179
cc)	Versetzung in eine Anstalt mit strenger Zucht	181
g)	Verlust eines Strafnachlasses oder einer gutgeschriebenen Zeit	182
h)	Verlängerung der Strafzeit	184
i)	Einsame Einsperrung oder Arrest	
aa)	Frühere und derzeitige Anwendung	186
bb)	Wert als Disziplinarstrafe und künftige Ausgestaltung	187
cc)	Dunkelarrest	189
dd)	Unzulässige Verschärfung	189
k)	Die körperliche Züchtigung und andere Disziplinarstrafen	
aa)	Der Disziplinarsaal in Frankreich	190
bb)	Kettenstrafe oder Fesselung	191
cc)	Prügelstrafe	191
dd)	Andere Strafen	191
V.	Besondere Bestimmungen im Zusammenhang mit den Disziplinarstrafen	
1.	Verbindung mehrerer Hausstrafen miteinander	192
2.	Rückfall	193
3.	Bedingte Verhängung einer Strafe, Aussetzung oder Unterbrechung des Vollzugs und Erlass	194
4.	Sofortige Vollstreckung	196
5.	Absonderung und Verwahrung	196
6.	Rücksicht auf den Gesundheitszustand	197
7.	Die Aburteilung mehrerer Vergehen	198
VI.	Zwangs- und Sicherungsmassnahmen	
1.	Im Ausland	198
2.	Notwendigkeit und Anwendung	199
VII.	Die Disziplinarstrafgewalt	
1.	Vergleich der verschiedenen Regelungen	202
2.	Beteiligung von Gefangenen am Disziplinarrecht	204
3.	Die Vorteile eines Disziplinarrates oder Anstaltsausschusses	206
4.	Nachteile eines mehrköpfigen Ausschusses und die Bedeutung der Einzelpersönlichkeit	207
5.	Folgerungen und Vorschläge	209
6.	Andere Disziplinarstrafbefugte	210

VIII. Das Disziplinarverfahren	211
IX. Die Mitwirkung anderer Personen Arzt.- Geistlicher.- Fürsorger.	213
X. Das Beschwerderecht	
1. Das Beschwerderecht als Rechts- garantie	214
2. Die ausländischen Regelungen	215
3. Die künftige Ausgestaltung des Beschwerderechts	
a) Mehrere Instanzen	217
b) Ein ordentliches Gericht als Beschwerdeinstanz	218
c) Der verschlossene Brief	219
d) Beschwerdefrist und aufschiebende Wirkung	220
e) Strafen bei unbegründeten Beschwerden	220
XI. Das Disziplinarrecht im Sondervollzug	
1. Allgemeine Grundsätze	221
2. Der Jugendstrafvollzug	221
3. Sicherungsverwahrung und Arbeits- haus	223
4. Entziehungs-, Heil- und Pflegeanstalten	225
5. Disziplinarmaßnahmen in der Untersuchungshaft	225
Schlussbemerkung	226

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

Allgemeines.

- Aschrott, Strafansystem und Gefängnisse in England. Berlin und Leipzig 1887.
- Attibert, Die Jahre in Cayenne. Regensburg 1859.
- Baer, Die Gefängnisse. Berlin 1871.
- Basta, Inwiefern deckt die Anstaltsgewalt Eingriffe in die Rechte des Gefangenen. Diss. Frankfurt 1928.
- Behrle, Die Stellung der deutschen Sozialisten zum Strafvollzug von 1870 bis zur Gegenwart. Berlin und Leipzig 1931.
- Bochmann, Die Rechtsstellung des Strafgefangenen. Diss. Leipzig 1938.
- Boehme, Grundzüge der Gefängnis-Wissenschaft. Weiden 1879.
- Bumke, Deutsches Gefängniswesen. Berlin 1928.
- Cormick, Handbook of American Prisons. New York und London 1926.
- Dalcke, Gefängnis-Ordnung für die Justizverwaltung in Preußen. Berlin 1899.
- Degen und Klimmer, Strafvollstreckung in den bairischen Gerichtsgefängnissen und Strafanstalten. München und Berlin 1911.
- Dixon, The London Prisons. London 1850.
- Draft of standard minimum Rules for the treatment of prisoners. Ausgearbeitet von der Internationalen Strafrechts- und Gefängnis-Kommission für die Vereinten Nationen. Recueil XV, S. 457. In französischer Sprache S. 435.
- Elliott, Crime in Modern Society. New York 1952.
- Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes. Reichstagsdrucksache Nr. 3628 v. 13.9.1927.
- First United Nations Congress on the Prevention of Crime and the Treatment of Offenders. Bericht des Sekretariats. Herausgegeben von den Vereinten Nationen. New York 1956.
- Fischer, Ueber Gefängnisse, Strafarten, Strafsysteme und Strafanstalten. Regensburg 1852.
- Foltin, Amerikanisches Gefängniswesen. Reichenberg 1930.
- Frede-Grünhut, Reform des Strafvollzuges. Berlin und Leipzig 1927.
- Freudenthal, Der Strafvollzug als Rechtsverhältnis des öffentlichen Rechts. ZStW 32, S. 222.

- ders., Die staatsrechtliche Stellung des Gefangenen. Rektoratsrede, Frankfurt a.M. 1909. Jena 1910.
- Frosch, Wieweit gelten die Grundrechte der deutschen Reichsverfassung von 1919 für Strafgefangene? Diss. Jena 1934.
- Gennat, Forderungen für ein Strafvollzugsgesetz. BlfGefK 49, S. 201.
- Glauning, Ein Beitrag zur Geschichte der Strafrechtspflege im Kurfürstentum Sachsen während des 18. Jahrhunderts. MKrimpsych 1913, S.33.
- Grünhut, Bericht über die dritte Tagung der Arbeitsgemeinschaft für die Reform des Strafvollzuges. MKrimpsych 1926, S. 104.
- Grunau, Die Beteiligung des Richters im Vollzug nach ausländischem Recht. Freiburg 1956. Schreibmaschinenexemplar.
- Guggenheim, Zur Frage des Arbeitsertrages im Straf- und Sicherungsvollzug. Berlin 1923.
- Gumbel, Strafvollzugsstatistik. Die Justiz Bd.VI, S.21.
- Häberli, Die Disziplinarstrafen gegenüber Sträflingen in den schweizerischen Strafanstalten. Zürich 1909.
- Hafner-Zürcher, Schweizerische Gefängniskunde. Bern 1925.
- Heindl, Meine Reise nach den Strafkolonien. Berlin und Wien 1913.
- Henle, Das Gerichtsgefängniswesen in Bayern. Nördlingen 1887.
- Hiller, Die Disziplinarstrafen in den österreichischen Strafanstalten und Gerichtsgefängnissen. Leipzig und Wien 1894.
- v.Hippel, R., Beiträge zur Geschichte der Freiheitsstrafe. ZStW 18, S. 419 ff und S. 608 ff.
- Hoegel, Freiheitsstrafe und Gefängniswesen in Oesterreich von der Theresiana bis zur Gegenwart. Graz und Wien 1916.
- v.Holtzendorff, Das irische Gefängniswesen. Leipzig 1859.
- ders., Die Deportation als Strafmittel. Leipzig 1859.
- ders., Handbuch des Gefängniswesens. Hamburg 1888.
- Jacobi, Die Rechtsstellung der Strafgefangenen in Deutschland. Diss. Jena 1929.
- v.Jagemann, Organismus der Gefängnis-Verwaltung. Handbuch des Gefängniswesens von v.Holtzendorff, 2.Bd. Hamburg 1888.
- Julius, England's Mustergefängnis in Pentonville. Berlin 1846.
- ders., Vorlesungen über die Gefängniß-Kunde. Berlin 1828.

- Kahn, Das besondere Gewaltverhältnis im öffentlichen Recht. Diss. Heidelberg 1912.
- Klein, Die Vorschriften über Verwaltung und Strafvollzug in den Preussischen Justizgefängnissen. Berlin 1905.
- Klemich, Die Rechtsbeziehungen der Strafhaft zu Leben und Gesundheit des Gefangenen. Diss. Leipzig 1930.
- v. Koblinski, Die Disziplinarstrafen der preussischen Strafanstalten. Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 12. Jahrgang 1888 S. 1287.
- Korn, Ist die Deportation unter den heutigen Verhältnissen als Strafmittel praktisch verwendbar? Berlin 1898.
- Krauß, Im Kerker vor und nach Christus. Freiburg und Leipzig 1895.
- Kriegsmann, Einführung in die Gefängniskunde. Heidelberg 1912.
- Krohne, Lehrbuch der Gefängniskunde. Stuttgart 1889.
- Lantzke, Vollzugsnormen. Diss. Würzburg 1914.
- ders., Das Persönlichkeitsrecht des Gefangenen. Goltdammers Archiv f. Strafrecht, Bd. 61 S. 4.
- v. Lichtenberg, Die Strafe, die Zuchthäuser und das Zwangs-Erziehungs-System. Berlin 1846.
- ders., Die Zuchthausstrafe in ihrem progressiven Vollzug. Leipzig 1873.
- Liepmann, Amerikanische Gefängnisse und Erziehungsanstalten. Mannheim, Berlin, Leipzig 1927.
- ders., Das Hamburische Jugendgefängnis Hahnöfersand. Hamburg 1923.
- Marcovich, Das Gefängniswesen in Oesterreich. Wien 1899.
- Martens, Das Spinnhaus. Hamburg 1823.
- Mittermaier, Gefängniskunde. Berlin und Frankfurt a.M. 1954.
- Obermaier, Anleitung zur vollkommenen Besserung der Verbrecher in den Straf-Anstalten. Kaiserslautern 1835.
- ders., Die amerikanischen Pönitentiarsysteme. Kaiserslautern 1837.
- Pollitz, Strafen und Verbrechen. Leipzig 1910.
- Quanter, Die Leibes- und Lebensstrafen bei allen Völkern und zu allen Zeiten. Dresden 1901.
- Reglement für die Gefängnisse der Justizverwaltung v. 16.3.1881. Berlin 1881.
- Reglement für die Strafanstalt zu Rawicz v. 4.11.1835. Berlin 1868.
- Report of the Royal Commission to investigate the penal system of Canada. Ottawa 1938.

- Röder, Besserungsstrafe und Besserungsstrafanstalten als Rechtsforderung. Leipzig und Heidelberg 1864.
- Rosenfeld, Gefängniswesen in Ceylon. Berlin 1903.
- Saam, Quellenstudium zur Geschichte des deutschen Zuchthauswesens bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Diss. Freiburg 1936.
- Salomon, Über Disziplinarstrafen gegen Strafgefangene. MKrimpsych 1913, S. 6.
- Schaffroth, Geschichte des bernischen Gefängniswesens. Bern 1898.
- Schirwindt, Gefängnisse in der Sowjetunion. Wien-Berlin 1927.
- Schoetensack-Christians-Eichler, Grundzüge eines Deutschen Strafvollstreckungsrechts. Berlin 1934.
- Starke, Das belgische Gefängniswesen. Berlin 1877.
- Statistische Übersicht der Verhältnisse der kk österreichischen Strafanstalten 1875.
- Stenglein, Sammlung der deutschen Strafgesetzbücher. München 1858.
- Stobbe, Die Durchführung der Gefangenenarbeit im Strafvollzug. Freiburg 1956. Schreibmaschinensexemplar.
- Streng, Geschichte der Gefängnisverwaltung in Hamburg von 1622-1872. Hamburg 1890.
- Synoptische Gegenüberstellung der in den Ländern der Bundesrepublik und in West-Berlin geltenden Strafvollzugsvorschriften (1955). Zusammenestellt vom Bundesministerium der Justiz. Vervielfältigung.
- Teeters, The cradle of the penitentiary. Pennsylvania 1955.
- Vargha, Die Abschaffung der Strafknechtschaft. Graz 1897.
- Veith, Disziplinarstrafrecht im badischen Strafvollzug. Diss. Heidelberg 1932.
- Verhandlungen der Versammlung des Vereins der deutschen Strafanstaltsbeamten in Stuttgart 10.-15. Sept. 1877. BlfGefK 13.
- Wächter, Die Straforten und Strafanstalten des Königreichs Württemberg. Tübingen 1832.
- ders., Über Zuchthäuser und Zuchthausstrafen. Stuttgart 1786.
- Wagner, Die Strafinseln. Stuttgart 1904.
- Wagnitz, Historische Nachrichten über die merkwürdigsten Zuchthäuser in Deutschland. Halle Erster Band 1791, Zweiter Band, erster Teil 1792, zweiter Teil 1794.
- ders., Über die moralische Verbesserung der Zuchthaus-Gefangenen. Halle 1787.

- Weissenrieder, Alte Hausordnungen. BlfGefK 67, S. 45 ff.
- Wieselgren, Entwicklung des Gefängniswesens in Schweden. Stockholm 1900.
- Wirth, Nach welchen Grundsätzen sollen die Disziplinarstrafen für Strafgefangene festgesetzt werden und worin sollen die Disziplinarstrafen bestehen? BlfGefK 21, S. 261.
- Wulff, Die Gefängnisse der Justizverwaltung in Preussen. Hamburg 1890.
- v. Würth, Die neuesten Fortschritte des Gefängniswesens. Wien 1844.

Australien

- Leask, Das Australische Strafrecht. Berlin 1939.
- The treatment of adult offenders in Australia. By the Department of Criminologie, University of Melbourne. International Review of Criminal Policy Nr. 4 (July 1953), S. 40.

Belgien und Belgisch-Kongo

- Cornil, Changements apportés au système pénitentiaire depuis 1953. Recueil XIV, S. 250.
- ders., Le système pénitentiaire de la Belgique. In: Les grands systèmes pénitentiaires actuels, S. 67.
- ders., Prisons congolaises. Bulletin de l'administration des prisons 1953, S. 361.
- de Melen und Stenmans, Le traitement des délinquants au Congo-Belge. Review Nr. 5 (Januar 1954) S. 52.
- Poll, Aperçu du système pénitentiaire en Belgique. Recueil IV, S. 73.
- Prisons et Établissements pénitentiaire. Répertoire du Droit Belge, Bd. X, S. 250.
- Starke, Das belgische Gefängniswesen. Berlin 1877.

Chile

- Avila, Apuntes para un código penitenciario. In Revista Chilena Nr. 2 (April 1951), S. 117.
- ders., L'organisation pénitentiaire au Chili. In Revista Chilena Nr. 1 (Dez. 1950), S. 55; in spanischer Sprache S. 39
- ders., The treatment of adult offenders in Chile. International Review of Criminal Policy Nr. 2 (Juli 1952) S. 53.

- ders., 1'organisation pénitentiaire du Chili.
Recueil XI, S. 235.
- Beeche, Tratamiento penitenciario. Revista Chilena
de Ciencia Penitenciaria y de Derecho Penal
Nr. 4 (Dez. 1951) S. 7.
- Proyecto de Código Carcelario y Penitenciario. Revista
Chilena Nr. 3 (Mai bis August 1951) S. 122.
- Reglamento Carcelario vom 30. April 1928 in der 1954 gül-
tigen Fassung. Código Penal, amtliche Ausgabe,
Valparaiso 1954, S. 203.

China

- Carlton, Forced Labor in the "People's Democracies".
New York 1955.
- Verwaltungsordnung für den Umerziehungs-Arbeitsdienst in
der Chinesischen Volksrepublik vom 26.8.1954.
In Englisch bei Carlton, aaO., S. 233.
Deutsch auszugsweise in Ost-Probleme 1954,
S. 1858 ff.

Cuba

- Ley de Ejecucion de Sanciones y Medidas de Seguridad
privativas de Libertad, veröffentlicht am
11.4.1936. Aus: Montero, Código de Defensa
Social. La Habana 1938, S. 217.
- Menendez, Código de Defensa Social. La Habana 1952.

Dänemark

- Goll, Aperçu du système pénitentiaire.
Recueil IV, S. 129.
- ders., Rapport, Recueil II., S. 391.
- Halder, Gefängniswesen in Dänemark. SchwZSt 1933,
S. 235.
- Hurwitz, Survey of the Penal System Developments
after 1935. Recueil XIV, S. 263.
- Kampmann, Das Gefängniswesen in Dänemark nach dem
neuen Strafgesetz von 1930. BlfGefK 65,
S. 95.
- Das Dänische Strafgesetzbuch. Sammlung Außerdeutscher
Strafgesetzbücher hrsgg. von Schönke. Nr. 62
Berlin 1953.
- Königliche Anordnung vom 10. Mai 1947 betreffend Vollzug
von Gefängnisstrafen im Staatsgefängnis.
Schreibmaschinenexemplar.

England

- Fox, Summary of Principal Changes in the Prison and Borstal Systems of England and Wales since 1935, Recueil XIV S. 328.
- ders., The Criminal Justice Act and Prison Administration. Recueil XIV S. 307.
- ders., The modern english Prison. Landon 1936.
- Gentz, Neue Entwicklung im englischen Strafvollzug, Monatsschr. f. Kriminalbiologie und Strafrechtsreform. 1939 S. 242, 289 u. 324.
- Hauptvogel, Aufzeichnungen über das Gefängniswesen Englands. BlfGefk Sonderheft zu Bd. 62.
- Kellerhals, Aus dem englischen Strafvollzug. SchwZSt 1949, S. 163.
- Report of a Committee to Review Punishments in Prisons, Borstal Institutions, Approved Schools and Remand Homes. Parts I und II, Prisons and Borstal Institutions. Landon 1951.
- Ruggles-Brise, The english prison system. Maidstone 1921.
- Starke, Englische Gefängnisse, ZStW 47, S. 332.
- Wolf, Erik, Die Neuordnung des Gefängniswesens in England BlfGefK 1935, S. 123.
- Borstal Rules 1949. Statutory Instruments 1949 Nr. 1283.
- Criminal Justice Act 1948. Deutsche Übersetzung von Künemund. Berlin 1952.
- Detention Centre Rules 1952. Statutory Instruments 1952 Nr. 1432.
- Hausordnung von Maidstone. Schreibmaschinenexemplar.
- Prison Act 1952. Veröffentlicht von Her Mayesty's Stationery Office. London.
- Prison Rules 1949. Statutory Instruments 1949 Nr. 1073.
- Prison Rules 1952. Statutory Instruments 1952 Nr. 1405.
- Remand home Rules 1939. Statutory Rules and Orders 1939 Nr. 12.

Finnland

- Avelo, Aperçu du système pénitentiaire. Recueil IV, S. 171.
- Soine, Les changements apportés au système pénitentiaire depuis 1935. Recueil XIV, S. 286.
- Verordnung über die Strafvollstreckung vom 19.12.1889. Deutsche Übersetzung in Sammlung Außerdeutscher Strafgesetzbücher Nr. 66. Berlin 1954.

Frankreich

- Amor, Le système pénitentiaire de la France. In: Les grands systèmes pénitentiaires actuels. Paris 1950.
- Germain, Les changements apportés au système pénitentiaires depuis 1935. Recueil XIV, S. 296.
- ders., La reform des institutions pénitentiaires en France. SchwZSt 1953, S. 277.
- ders., Postwar prison reform in France. Melun 1954.
- Korn, Ist die Deportation unter den heutigen Verhältnissen als Strafmittel verwendbar? Berlin 1898.
- Mossé, Aperçu du système pénitentiaire. Recueil IV, S. 217.
- Pinatel, Traité élémentaire de science pénitentiaire et de défense social. Melun 1950.
- Règlement des quarters de relégués des prisons de Loos, 1949. Schreibmaschinenexemplar.
- Règlement provisoire de la prison central de Mulhouse 1948. Schreibmaschinenexemplar.
- Règlement provisoire de la prison-école de Daullens 1950. Schreibmaschinenexemplar.
- Règlement provisoire de la prison-école d'Oermingen 1947. Schreibmaschinenexemplar.

Italien

- Dybwad, Theorie und Praxis des faschistischen Strafvollzugs. Bonn 1934.
- Erra-Vasalli, Le système pénitentiaire de l'Italie. In: Les grands systèmes penitentiaires actuels. Paris 1950.
- Falchi, Diritto penale esecutivo. Padova 1935.
- Kellerhals, Aus dem italienischen Strafvollzug. SchwZSt 1933, S. 343.
- Siracusa, Istituzioni di diritto penitenziario. Milano 1935.
- Steinwallner, Faschistischer Strafvollzug. BlfGefK 65, S. 191.
- Regolamento per gli istituti di prevenzione e di pena vom 18.6.1931. (Verordnung für die Vorbeugungs- und Strafanstalten) übersetzt von Steinwallner. Jena 1934.

Jugoslawien

Gesetz über den Strafvollzug, über den Vollzug der Sicherheitsmassnahmen und Erziehungs- und Besserungsmassnahmen vom 8.10.1951. Deutsche Übersetzung. Schreibmaschinenexemplar.

Kanada

Pinatel, Traité élémentaire de science pénitentiaire et de défense sociale. Paris 1950. S.262 ff.

Report of the Royal Commission to investigate the penal system of Canada. Ottawa 1938.

Luxemburg

Weiler, Aperçu du système pénitentiaire. Recueil XV, S. 190.

Niederlande

Belinfante, Les modifications du système pénitentiaire depuis 1935. Recueil XV, S. 209.

Kühler, Neue Wege des Strafvollzuges in Holland. Zeitschr.f.Strafvollzug 1954, S.182 u.213.

Meyer-Collings, Die Strafgefängnisse im Haag, BlfGefK 66, S. 159.

Het nederlandse Gevangenenwezen in de Jaren 1945 tot en met 1953. Berichte des Generaldirektors für das Gefängniswesen. Gravenhage 1954.

dass., 1954, Berichte des Generaldirektors für das Gefängniswesen. Gravenhage 1955.

Wetboek van Strafrecht. Ausgabe 1955 unter Aufsicht von Losecaat Vermeer.

Wet van 21.12.51 tot vaststelling van een nieuwe Beginse-lenwet gewangeniswezen.(Neues Grundgesetz für das Gefängniswesen). In:Staatsblad 1951, Nr. 596.

Besluit van 23.5.1953 houdende vaststelling van een nieuwe Gevangenismaatregel (Niederländische Strafvollzugsordnung). In: Staatsblad van het Koninkrijk der Nederlanden 1953, S. 407.

Norwegen

- Glöersen, Modifications in the Penitentiary System effected since 1935. Recueil XV, S. 207.
- Nissen, Aperçu du système pénitentiaire. Recueil IV, S. 465.
- Gesetz über das Gefängniswesen und über Zwangsarbeit vom 12.12.1903. Deutsche Übersetzung nach dem Stand vom 1953. Schreibmaschinenexemplar.
- Reglement for kretsfengslene og de störrre hjelpéfengsler. Neufestsetzung vom 12.12.1950. Amtl. Ausgabe 1951.
- Reglement for Berg Arbeidsskole vom 2.2.1953. Amtl. Ausgabe 1953.
- Reglement for Ila sikringsanstalt vom 12.12.1950. Amtl. Ausgabe 1952.

Schweden

- Göranson, Buchbesprechung zu Halder, Strafvollzug in Schweden... SchwZSt 1949, S. 105.
- Halder, Der Strafvollzug in Schweden und die schweizerische Straferziehung. St. Gallen 1948.
- Krebs, Schwedens Gefängniswesen. ZStW 64, S. 405.
- Schlyter, Die Strafvollzugsreform Schwedens. Schreibmaschinenexemplar.
- Schwedischer Rapport 1951-1952 für die Vereinten Nationen. Schreibmaschinenexemplar.
- Simson, Die neue Gestalt des schwedischen Strafvollzugs. SchwZSt 1948, S. 63.
- ders., Neue Grundsätze im schwedischen Strafvollzug. DRZ 1948, S. 483.
- Wahl, Schwedische Kriminalpolitik. Unveröffentlichtes Schreibmaschinenexemplar.
- Wieselgren, Die Entwicklung des Gefängniswesens in Schweden. Stockholm 1900.
- Entwurf eines Gesetzes über den Vollzug von Strafarbeit, Gefängnis, Sicherungsverwahrung und Internierung. Schreibmaschinenexemplar.
- Schwedisches Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafen in der Fassung vom 1.10.1956. Deutsche Übersetzung von Simson. Schreibmaschinenexemplar.

Schweiz

- Borel, Der Strafvollzug nach eidgenössischem Recht. Verhandlungen des schweiz. Vereins für Straf-Gefängniswesen und Schutzaufsicht. NF 22, S. 36.
- Hafner, Die Strafanstalt Regensdorf. Winterthur 1926.
- ders., Geschichte der Gefängnisreform. Bern 1901.
- Hafner-Zürcher, Schweizerische Gefängniskunde. Bern 1925.
- Jahresberichte der kantonalen Strafanstalt Lenzburg 1945 - 1952.
- Jahresberichte der Strafanstalt Regensdorf 1949 - 1951.
- Kellerhals, Die Strafanstalten in Witzwil. Witzwil 1955.
- Kurt, Aufgaben des Bundes im Strafvollzug. SchwZSt. 1955, S. 325.
- Pfenninger, Die Aufsicht über den Strafvollzug in den schweizerischen Kantonen. SchwZSt 1955, S. 279.
- ders., Schweizerischer Strafvollzug im Jahre 1930. SchwZSt 1930, S. 337.
- Richner, Die Strafanstalt Lenzburg. Aarau 1952.

Aargau:

- Dekret über die Organisation der Strafanstalt Lenzburg vom 17.11.1941. Amtl. Ausgabe.
- Hausordnung für die kantonale Strafanstalt Lenzburg vom 26.3.1942. Amtl. Ausgabe.
- Verordnung über den Vollzug der Zuchthaus- und Gefängnisstrafen in der kantonalen Strafanstalt Lenzburg vom 30.1.1942. Amtl. Ausgabe.

Basel-Stadt:

- Entwurf einer Hausordnung für die kantonale Strafanstalt Basel-Stadt von 1956 und Bewertungen zum Entwurf. Unveröffentlichte Vervielfältigung.
- Hausordnung der Strafanstalt Basel-Stadt vom 13.3.1925.
In: Amtsordnungen für die Beamten und Angestellten und Hausordnung der Strafanstalt Basel-Stadt. Amtl. Ausgabe 1925.

Bern:

- Allgemeine Weisungen für die Gefangenen in den Anstalten in Witzwil. 1954. Druck der Anstalten Witzwil 1954.
- Reglement über das Rauchen. Witzwil 1953. Vorschrift der Anstalten Witzwil.
- Verordnung betreffend die Bezirksgefängnisse des Kantons Bern vom 24.12.1954. Amtl. Ausgabe.
- Verordnung über die Disziplin in den bernischen Anstalten des Straf- und Massnahmenvollzuges vom 12.10.1951. Amtl. Ausgabe.

Verordnung über den Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen, die bedingte Entlassung und die Schutzaufsicht gegenüber Erwachsenen vom 12.12.1941. Amtl. Ausgabe.

Thurgau:

Dekret betreffend die Gefangenschaften und die in denselben zu handhabende Polizei vom 26.11.1867 (Stand vom April 1948). In: Thurgauer Rechtsbuch 1948. Sammlung des geltenden kantonalen Rechts. Bearbeitet von Fisch. Amtl. Ausgabe. Nr. 177.

Reglement des Regierungsrates betreffend die Strafanstalt zu Tobel vom 9.10.1861 und 4.7.1863 (Stand vom April 1948). In: Thurgauer Rechtsbuch 1948, Nr. 174.

Reglement für die Zwangsarbeitsanstalt Kalchrain vom 11.2.1881 (Stand vom April 1948). In: Thurgauer Rechtsbuch 1948, Nr. 176.

Zürich:

Hausordnung für die Bezirksgefängnisse vom 15.7.1944. Amtl. Ausgabe.

Hausordnung für die kantonale Strafanstalt Regensdorf vom 18.5.1946. Amtl. Ausgabe.

Verordnung über die Bezirksgefängnisse vom 29.1.1942. Amtl. Neuausgabe vom Januar 1950-

Verordnung über die kantonale Strafanstalt vom 29.1.1942. Amtl. Neuausgabe vom Februar 1950.

Sowjetunion

Freund, Strafgesetzbuch, Gerichtsverfassungsgesetz und Strafprozessordnung Sowjetrusslands. Mannheim, Berlin, Leipzig 1925.

Maurach, Das Rechtssystem der UdSSR. München 1953.

Schirwindt, Gefängnisse in der Sowjetunion. Wien - Berlin 1927.

Allgemeine Verordnung über die Arbeitsbesserungslager vom 7.4.1930. Italienische Übersetzung in Rivista di diritto penitenziario 1934, S. 1374.

Korrektionsgesetzbuch der RSFSR vom 1.8.1933. Italienische Übersetzung in Rivista 1934, S. 1338.

Tanganyika

The administration of criminal justice and the treatment of offenders in United Nations Trust Territories. International Review of Criminal Policy Nr. 2 (July 1952), S. 12.

Türkei

- Taner, The treatment of adult offenders in Turkey.
International Review of Criminal Policy Nr.2
(July 1952), S. 67.

Vereinigte Staaten

- Bates, Aperçu du système pénitentiaire.
Recueil VI, S. 73.
- Cormick, Handbook of American Prisons. New York und
London 1926.
- Elliott, Crime in Modern Society. New York 1952.
- Exner, Kriminalistischer Bericht über eine Reise
nach Amerika, ZStW 54, S. 345.
- Foltin, Amerikanisches Gefängniswesen. Reichenberg
1930.
- Mc Kendrick, Custody and Discipline. In: Contemporary
Correction. New York 1951, S. 157.
- Waters, Specialized Treatment of the Woman Offenders
in America and the Reasons for the Success
of this Movement. Recueil XIII, S. 292.

Abkürzungen

- BlfGefK Blätter für Gefängniskunde.
- ZStW Zeitschrift für die gesamte Strafrechts-
wissenschaft.
- SchwZSt Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht.
Revue Pénal Suisse.
- Recueil Recueil de documents en matière pénale et
pénitentiaire.
- MKrimpsych Monatszeitschrift für Kriminalpsychologie.

Erster Teil

Einleitung und Allgemeines

E i n l e i t u n g

In der vorliegenden Untersuchung sollen anhand eines Vergleiches der ausländischen Disziplinarregelungen für die Vollzugsanstalten und anhand von Einzeluntersuchungen der verschiedenen Einrichtungen des Disziplinarrechts die für eine Neuordnung des Disziplinarrechts des deutschen Vollzugs wichtigen Probleme betrachtet und gleichzeitig die Ansatzpunkte für eine Reform aufgezeigt werden. Zwar sollen demnach keine Definitionen aufgestellt werden, zum besseren Verständnis ist jedoch eine knappe Umschreibung der Begriffe und eine kurze Darlegung der Bedeutung und Notwendigkeit des Disziplinarrechts für den Vollzug erforderlich. Eine Betrachtung der rechtlichen Zulässigkeit der Disziplinar-massnahmen und ein Überblick über die Disziplinarmassnahmen in der geschichtlichen Entwicklung der Vollzugsanstalten sollen das Bild des Disziplinarrechts vervollständigen und eine Einfühlung in die Probleme erleichtern. Diese Punkte werden im ersten und zweiten Teil der Arbeit behandelt. Die Darstellung der ausländischen Regelungen im dritten Teil soll eine möglichst genaue Kenntnis von den Einrichtungen des Auslandes vermitteln. Die Darstellung erfolgt der Übersichtlichkeit wegen nach Ländern geordnet und nach gleichen Gesichtspunkten gegliedert. Es wird jedoch versucht, die besondere Eigenart der einzelnen Vollzugs- oder Hausordnungen deutlich werden zu lassen. Je ausführlicher die Regelungen der einzelnen Länder sind, desto genauer ist auch die Darstellung. Es werden zunächst die wichtigsten europäischen Staaten dargestellt, dann mit Chile und Cuba 2 Staaten Südamerikas und aus Asien China, Indien und Pakistan. Schliesslich folgt noch eine kurze Schilderung von europäischen und aussereuropäischen Staaten, von denen keine präzisen Vollzugsnormen oder Hausordnungen vorlagen. Der Darstellung konnten hier nur Berichte und allgemeine Abhandlungen zugrunde gelegt werden, sie ist deshalb bei diesen Ländern bewusst knapp gehalten und beschränkt sich auf einen rein informatorischen Überblick über die wesentlichen Punkte des Disziplinarrechts. In allen Ländern wurden fol-

gende Fragen untersucht: In welchen Bestimmungen sind die Disziplinarmaßnahmen geregelt? Besteht eine Aufzählung von Verstößen oder ist eine Generalklausel die Grundlage der Bestrafung? Welches sind die zulässigen Disziplinarstrafen und Belohnungen, bzw. sind die Belohnungen überhaupt in das Disziplinarsystem aufgenommen? Welche Zwangsmittel sind zulässig? Wem obliegt die Disziplinarstrafbefugnis? Wie wickelt sich das Verfahren ab? Weiter wurden untersucht die Mitwirkung des Arztes und anderer Personen, die Rechtsgarantien und die Besonderheiten des Sondervollzuges. Enthält die Darstellung nichts über die betreffenden Punkte, so sind sie auch in den Bestimmungen der Länder nicht erfasst.

Im vierten Teil werden die einzelnen Einrichtungen des Disziplinarrechts aller länder, nach den leitenden Gesichtspunkten geordnet, miteinander verglichen und wertend untersucht. Zum Vergleich werden neben den ausländischen Regelungen auch die der deutschen Länder herangezogen. Es werden die Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Einrichtungen des deutschen Disziplinarrechts aufgezeigt und auf eine eventuelle Übernahme ausländischer Besonderheiten hingewiesen.

I. Begriff der Disziplinarmaßnahmen in den Vollzugsanstalten und ihre Bedeutung.

In jedem Gewaltverhältnis sind dem Gewalthaber Befugnisse eingeräumt, welche es ihm ermöglichen sollen, die im einzelnen Gewaltverhältnis bestehende, Sinn und Zweck des Verhältnisses gewährleistende Ordnung aufrechtzuerhalten und welche einem Strafrecht über den Unterworfenen gleichkommen.¹⁾ Man nennt diese Befugnis Ordnungs- oder Disziplinarstrafgewalt. Einer von dem Unterworfenen ausgehenden Missachtung dieser Ordnung wird von Seiten des Gewalthabers mit bestimmten Massnahmen begegnet, welche den Ordnungszustand schützen oder wiederherstellen sollen. Meistens bestehen diese Massnahmen aus einem dem Unterworfenen auferlegten Übel, einer Strafe, die je nach den Umständen general- oder spezialpräventiv wirken soll und von einer blossen Mahnung, sich künftig an die Ordnung zu halten, bis zu dem völligen Ausschluss aus dem Verhältnis gehen kann. Diese Disziplinarstrafen stellen jedoch nur den Teil der Massnahmen dar, die ergriffen werden, wenn bereits eine Störung der Ordnung eingetreten ist. Unter Disziplinarmaßnahmen sind darüber hinaus jedoch auch allgemein vorbeugende Massnahmen und Handlungen zur Verhinderung eines einzelnen unmittelbar bevorstehenden oder schon eingeleiteten Ordnungsbruches, also Massnahmen abwehrenden Charakters zu verstehen.

Die Vollzugsanstalten sind derartige Rechtskreise. In ihnen besteht ein bestimmtes Gewaltverhältnis, und sie sind mit einer Disziplinargewalt ausgestattet. Als Vollzugsanstalten werden im Sinne dieser Untersuchungen alle Arten von Anstalten verstanden, in denen strafrechtlich bedingte Freiheitsentziehungen vollzogen werden. Dazu gehören Gefängnisse, Jugendarrestanstalten, Verwahrungsanstalten, Polizeigefängnisse, polizeiliche Arbeitshäuser und alle Anstalten, in denen strafgerichtlich festgesetzte Massnahmen der Sicherung oder Besserung vollzogen werden.²⁾ Unter Disziplinarmaßnahmen in den Vollzugsanstalten werden also in dieser Untersuchung alle Massnahmen verstanden, die auf Grund

1) Kahn, aaO., S. 63.

2) Vgl. dazu Mittermaier, aaO., S. 1 f.

der Disziplinalgewalt ergehen und den Zweck haben, Zucht und Ordnung in diesen Anstalten aufrechtzuerhalten. Und zwar nur solche im Hinblick auf das Verhalten der Gefangenen, so dass also Mittel zur Erhaltung der Ordnung innerhalb des Bewachungs- und Erziehungspersonals und auch Massnahmen, die ganz allgemein den Ablauf des Vollzuges gewährleisten sollen, aus der Begriffsbestimmung ausscheiden.

Der engere Begriff umfasst also nur solche Massnahmen in unmittelbarem Zusammenhang mit den Gefangenen. Zur Vorbeugung sind dies Belohnungen, die für ordnungsgemässes Verhalten ausgesprochen werden und den Gefangenen zu einer freiwilligen Einhaltung der Anstaltsdisziplin anreizen sollen. Als abwehrende Massnahme zur Verhinderung unmittelbar bevorstehender, oftmals gewaltsamer Disziplinarübertretungen fällt auch die Anwendung gewisser körperlicher Zwangsmittel darunter. Weiter kommen schliesslich die Disziplinarstrafen hinzu, die gegen Gefangene wegen einer begangenen Missachtung der Anstaltsordnung verhängt werden und sühnend und präventiv wirken sollen.

Obgleich der moderne Vollzug die Disziplin in den Anstalten nicht mit eiserner Strenge durchsetzen will, sondern ein einsichtiges Einordnen und Einfügen des Gefangenen in die Anstaltsordnung erstrebt, nehmen nicht die Belohnungen, sondern die Strafen die zentrale Stellung im Disziplinarrecht ein. Die grosse Bedeutung der Belohnungen wird zwar nicht verkannt, aber ihr Einsatz ist wesentlich unproblematischer und wird selten zu Komplikationen führen. Die Disziplinarstrafen dagegen werden immer im Brennpunkt eines kritisch-rechtlichen Interesses stehen, weil ihre Anwendung oft eine nicht unerhebliche Beeinträchtigung der Rechtsstellung des Gefangenen und eine wesentliche Verschärfung des Vollzuges der durch ein ordentliches Gericht erkannten Strafe oder Massregel mit sich bringt. Die sich daraus ergebenden Probleme sind der Anlass dazu, dass in fast allen Disziplinarnormen in erster Linie, oft sogar ausschliesslich, nur die Disziplinarstrafen festgelegt und in ihrer Anwendung geregelt sind. Auch eine in der zukünftigen Entwicklung des Vollzuges wahrscheinlich eintretende Milderung der Strafen wird an der Problematik grundsätzlich nichts ändern. Der Unterschied, der zwischen den einzelnen Vollzugsanstalten besteht, bringt selbstverständlich auch Besonderheiten für

das Disziplinarrecht mit sich, jedoch erstrecken sie sich nicht auf die Grundprobleme der Disziplinarmaßnahmen, sondern betreffen nur Einzelheiten, die sich aus den verschiedenen Vollzugsarten ergeben. In der Untersuchung wird deshalb hauptsächlich das Disziplinarrecht in den Strafanstalten behandelt, das mit geringen Abweichungen, die am Schluss besonders betrachtet werden, auch für alle anderen Vollzugsanstalten gilt.

II. Notwendigkeit und Zweck der Disziplinarmaßnahmen und ihre enge Verbundenheit mit den Ideen des Strafvollzuges.

Zur Durchführung des Vollzuges strafgerichtlich festgesetzter Strafen oder Massnahmen, in welchem Sinne er auch erfolgen mag, ist die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Vollzugsanstalten eine selbstverständliche und unerlässliche Voraussetzung. Für den modernen Erziehungsvollzug gilt das in noch stärkerem Masse als für den überwundenen Vollzug, in dem der Gedanke der Vergeltung und des strafenden Übels noch überwog. Je besser die Disziplin in der Anstalt ist, desto besser und eher wird der vom Vollzug erhoffte Erfolg eintreten. Ebenso kann eine schlechte Disziplin die Erziehungsmassnahmen nicht nur schädlich beeinflussen, sondern sie sogar völlig wert- und erfolglos machen. Eine gute Anstaltsdisziplin ist jedoch nicht nur die Voraussetzung anderer Erziehungsmassnahmen, sondern sie ist gleichzeitig selbst eine wichtige Erziehungsmassnahme, die den Gefangenen an eine Einhaltung und Achtung feststehender Regeln gewöhnen soll, die ein geordnetes Zusammenleben der Menschen erfordert. Darüberhinaus kann die Disziplin je nach ihrer Handhabung den Vollzug auch schärfen oder mildern.

Die Anstaltsdisziplin ist von vielen Faktoren abhängig. Sie wird von den Baulichkeiten und der Art der Anstalt genau so beeinflusst, wie von der Arbeit, die dort verrichtet wird, und der Mentalität ihrer Insassen, sowie auch davon, ob es sich um kurzfristig oder langjährig Verurteilte handelt. Weiter werden die Persönlichkeit des Anstaltsleiters, die Geeignetheit des Bewachungs- und Erziehungspersonals und viele andere Fakten auf die Disziplin einwirken oder sie sogar prägen.

Auf die Aufrechterhaltung einer bestimmten Disziplin sind mehr oder weniger alle Vollzugs- oder Hausordnungs-

normen gerichtet. Ihre planmässige Durchführung, die von dem Vollzugspersonal beaufsichtigt wird, gewährleistet eine gewisse Stabilität der Anstaltsordnung. Um den Gefangenen zur Einhaltung aller Bestimmungen zu veranlassen, stehen dem Vollzug die Disziplinar massnahmen zur Verfügung. Der Gefangene ist zwar verpflichtet, sich der Anstaltsordnung zu unterwerfen, jedoch dürfte es zu weit gehen, von ihm eine freudige Mitwirkung zu verlangen. Auch der einsichtsvollste Gefangene wird dem ihm gegenüber ausgeübten Zwang ein gewisses Widerstreben entgegenstellen. Die Anstaltsdisziplin als unverzichtbare Voraussetzung des Vollzuges bedarf deshalb zu ihrer Aufrechterhaltung nicht nur fester Regeln und Bestimmungen, sondern auch ständig neuer Impulse, durch die laufend versucht werden soll, den Widerstand des Gefangenen gegen die Anstaltsordnung zu überwinden und auszuschalten. Der Gefangene braucht immer wieder neue Eindrücke, die seine Einstellung zur Disziplin positiv beeinflussen. Zur Vermittlung solcher Eindrücke sind die Disziplinar massnahmen erforderlich. Der an sich schon einsichtsvolle Gefangene soll erkennen, dass es lohnend ist, die Ordnungsvorschriften zu beachten und einzuhalten. Die Belohnungen sollen ihm die innere Grundlage seines Widerstandes nehmen und ein einsichtiges Einordnen in die Ordnung fördern. Es wäre ein idealer Zustand, wenn die Ordnung ausschliesslich dadurch aufrechtzuerhalten wäre, dass die Gefangenen ihre Notwendigkeit einsähen und die Vollzugsbehörden lediglich Massnahmen zur Förderung dieser Erkenntnis zu treffen brauchten. Ein grosser Teil der Gefangenen ist wegen seiner Veranlagung oder wegen seines starken inneren Widerstandes gegen die Anstaltsgewalt, in der er nur die Macht sieht, die ihn seiner Freiheit beraubt, durch blosse Ermunterungen oder Belohnungen nicht zur Anerkennung und Einhaltung der Ordnung zu bewegen. Bei ihm wird die Unterwerfung nur durch Zwang zu erreichen sein. Die Zwangsmittel für diese Fälle sind die Hausstrafen, die dem Vollzug in vielfacher Abstufung zur Verfügung stehen. Der widerstrebende Wille des Gefangenen soll durch sie psychisch oder aber auch auf dem Umweg über körperliche Einwirkungen überwunden werden. Ihre Anwendung ist nicht nur eines der wichtigsten Gebiete des Vollzuges³⁾, sondern auch eines der schwierigsten, die jedoch durch eine bessere Klassifizierung der Gefangenen wesent-

3) Vgl. Wirth, BlfGefK 21, S. 265.

lich erleichtert werden kann. Oft ist zur Verhütung von Ordnungsbrüchen und Gewaltakten die Anwendung körperlicher Gewalt erforderlich, weil der Gefangene einer Beeinflussung nicht zugänglich ist, oder andere Mittel einen grösseren Schaden nicht verhüten könnten. In Betracht kommt dies besonders bei psychisch bedingten Anfällen, die von Lärmen oder Zerstörungswut begleitet sind oder bei zu erwartenden Flucht- oder Selbstmordversuchen.

Wenn die Disziplinar massnahmen auch in erster Linie den Zweck haben, die Anstaltsordnung aufrechtzuerhalten, um so die Voraussetzung für einen geordneten und sinnvollen Strafvollzug zu schaffen, so sollen sie daneben gleichzeitig Erziehungsmassnahmen sein. Ihre Anwendung soll hauptsächlich von Erziehungsgedanken geleitet sein. Die Auferlegung von Disziplinarstrafen soll deshalb nicht nur die Zufügung eines Übels, sondern vor allem ein Mittel zur Besserung des Gefangenen sein. Der Inhaber der Disziplinargewalt wird sich freilich bei der Anwendung von Disziplinar massnahmen in vielen Fällen wohl bewusst sein, dass er die Umerziehung des Gefangenen damit nicht fördern kann, weil sie schlechthin unmöglich ist. Ein erreichtes Einfügen des Gefangenen in die Anstaltsdisziplin und die damit erfolgte Beseitigung einer Störquelle wird jedoch auch auf die Erziehung einwirken. So sind die Disziplinar massnahmen nicht nur abwehrende oder vergeltende Massnahmen, sondern dienen, wie die anderen Einrichtungen des Vollzuges auch, der Erziehung des Gefangenen.⁴⁾

Den einsichtigen Gefangenen durch Belohnungen zu ermuntern, unmittelbar bevorstehende Disziplinarverstösse durch den Einsatz physischer Gewalt zu verhindern und den renitenten Gefangenen durch Strafen in die Regeln der Anstaltsdisziplin zu zwingen, ist der notwendige Zweck der Disziplinar massnahmen. Als wichtigste und oft letzte Möglichkeit zur Aufrechterhaltung der Anstaltsdisziplin und als Erziehungsmassnahmen zugleich sind sie also ein unentbehrlicher Bestandteil des Vollzuges.

Das Disziplinarrecht der Vollzugsanstalten steht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Vollzug und spiegelt die

4) Vgl. dazu Häberli, aaO., S. 16.



sittlichen und kulturellen Anschauungen seiner Zeit darüber wider. Es nimmt im Leben der Vollzugsanstalten die Stelle ein, die draussen dem Strafrecht zukommt. Ist der Strafvollzug roh und brutal, so werden es auch die Disziplinarstrafen sein. Überwiegen dagegen im Vollzug die Gedanken der Humanität und der Erziehung, so wird dies auch in den Disziplinarmassnahmen zum Ausdruck kommen. Vorbeugende und verhindernde Massnahmen werden mehr Beachtung finden, und die Disziplinarstrafen werden nur subsidiäres Mittel und ultima ratio zur Aufrechterhaltung der Disziplin sein, wobei strenge Hausstrafen verschwinden und milderen weichen werden. Die körperliche Strafe wird dann durch Strafen ersetzt, die den Gefangenen mehr psychisch beeindrucken, in ihrer Anwendung nicht roh oder gesundheitsschädlich sind und vor allem den Gefangenen nicht in seiner Ehre verletzen können. Ungeachtet dessen kann ihre Härte für den Gefangenen auch grösser sein.

Das Disziplinarrecht ist jedoch nicht nur von den leitenden Gedanken des Vollzuges abhängig und für sie charakteristisch, sondern im gleichen Masse von den einzelnen Anstalten und dem in ihnen herrschenden Geist geprägt. Besonders auffällig werden Unterschiede immer bei den Hausstrafen und ihrer Anwendung sein. Im Strafvollzug wird man andere Maßstäbe zu Grunde legen, als bei dem Vollzug von sichernden oder bessernden Massnahmen. Die Anwendung der Disziplinarmassnahmen wird bei Jugendlichen oder Frauen eine ganz andere sein, als bei Männern. Je ausgeprägter und unterschiedlicher der Vollzug im einzelnen ist, desto differenzierter und besser werden auch die Disziplinarmassnahmen diesem Vollzug angepasst sein. Ein Vollzug, der eine tatsächliche Besserung und Erziehung des Gefangenen erreicht, wird wahrscheinlich viel weniger von Disziplinarstrafen Gebrauch machen müssen, als ein Vollzug, der in dieser Hinsicht keine Erfolge erzielt. Die Disziplinarmassnahmen sind so aufs engste mit den Methoden und Anschauungen des jeweiligen Vollzuges verbunden. Besser als an allen anderen Einrichtungen des Vollzuges kann man an der Anwendung der Disziplinarmassnahmen seinen Stand und Wert ablesen. Humanität, Fortschritte und neue Erkenntnisse werden sich besonders auf die Disziplinarmassnahmen und ihre Anwendung auswirken. Eine Änderung der Vollzugsmethoden kann völlig neue

Aspekte für die Aufrechterhaltung der Disziplin ergeben.⁵⁾ An den Einrichtungen des Disziplinarrechtes als stark hervortretenden Faktoren des Vollzuges, die das Anstaltsleben unmittelbar beeinflussen, wird man mit Sicherheit die Methoden des Vollzuges und an ihrer Anwendung den Geist, der in der einzelnen Anstalt herrscht, erkennen können.

III. Die rechtliche Zulässigkeit der Disziplinarmaßnahmen.

Seit langem ist anerkannt, dass der Gefangene, dem durch richterliches Urteil auf Grund eines Gesetzes eine Freiheitsstrafe oder eine bessernde Massnahme auferlegt wurde, nicht etwa zur Erreichung des Strafzweckes der Staatsgewalt mit seiner Person und seinem Vermögen bedingungslos zur Verfügung steht⁶⁾, sondern dass zwischen ihm und dem Staat ein besonderes Rechtsverhältnis besteht. Der Gefangene ist also nicht völlig rechtlos; seine Rechtsstellung als Staatsbürger ist nur soweit gemindert und eingeschränkt, als ihm durch das Urteil Rechte entzogen wurden.⁷⁾ Da nun jeder Eingriff in die ihm verbliebenen Rechte genau wie bei jedem anderen Staatsbürger nur auf gesetzlicher Grundlage erfolgen darf, die Strafvollzugsnormen der deutschen Länder jedoch nur Verwaltungsverordnungen sind, die Disziplinarmaßnahmen unmittelbar also nur auf Grund von Verordnungen verhängt und vollstreckt werden, ergibt sich die Frage, ob die so erfolgenden Eingriffe nicht im Gegensatz zu rechtsstaatlichen Prinzipien stehen.

Für eine Untersuchung über die rechtliche Zulässigkeit der Disziplinarmaßnahmen ist es zweckmässig, sie nach ihrer Wirkung zu unterscheiden, denn je nachdem, ob sie Rechte des Gefangenen beeinträchtigen, ihm nur Beschränkungen auferlegen, ohne dabei irgendwelche Rechte zu berühren, oder ob sie ihm sogar besondere Vergünstigungen gewähren, wird auch die Rechtsfrage danach zu beurteilen sein.

5) Wie z.B. die Raucherlaubnis in den Anstalten und ihr Entzug als Disziplinarstrafe von grosser Wirkung sein kann.

6) Wie das früher angenommen wurde. Vgl. dazu Krone, aaO., S. 2.

7) Freudenthal, ZStW 32, S. 223.

Der Zulässigkeit von Belohnungen, die dem Gefangenen auf sein Wohlverhalten hin gewährt werden können, stehen keine rechtlichen Bedenken entgegen. Die Belohnungen bringen dem Gefangenen nur Vergünstigungen und können deshalb von den Strafvollzugsorganen auch auf Grund einer Verwaltungsordnung erteilt werden. Sie dürfen allerdings nicht soweit gehen, dass sie die im StGB festgelegten Strafarten praktisch abändern würden. Weiter findet ihre Gewährung Grenzen in dem Gleichheitsgrundsatz und in einem Ermessensmissbrauch der Vollzugsverwaltung.

Ähnlich ist die Lage bei den Disziplinarmaßnahmen, durch die dem Gefangenen nur besondere Vergünstigungen entzogen werden, die ihm auf Grund seiner guten Führung gewährt worden waren, auf die er jedoch keinen Anspruch hatte, sondern deren Gewährung im pflichtmässigen Ermessen der Vollzugsverwaltung stand. Auch diese Massnahmen können nicht ungleich oder willkürlich ausgesprochen und vollzogen werden, sondern sind an die rechtsstaatlichen Grundsätze gebunden.

Ein anderes Bild ergibt sich für die Disziplinarmaßnahmen, welche Rechte des Gefangenen beeinträchtigen oder den Vollzug über den offenbar im Urteil vorgesehenen Zwang hinaus verschärfen. Darunter fallen die meisten Hausstrafen, wie z.B. Entzug des Briefwechsels und der Bewegung im Freien, Kostschmälerungen, hartes Lager, Arrest und Entzug des Arbeitsentgelts, sowie die besonderen körperlichen Zwangsmittel.

Durch die Verhängung solcher Massnahmen werden dem Gefangenen also Beschränkungen auferlegt, die über das gewöhnliche Übel der Kriminalstrafen hinausgehen. In den meisten Fällen wird geradezu auf eine Verschärfung des normalen Vollzuges abgezielt, um den Disziplinarstrafen überhaupt Wirkung und Nachdruck zu verleihen.

Die Rechte, die dem Gefangenen lediglich von den Strafvollzugsordnungen zugestanden werden, auf die er jedoch auch einen Anspruch hat, ohne dass er sich besonders anstrengt und sich einer aussergewöhnlich guten Führung befleißigt, wie z.B. das Recht auf Besuche, Briefwechsel, Arbeitsentgelt, Verfügung über das Hausgeld, Bewegung im Freien usw., können ihm ohne rechtliche Bedenken auch unmittelbar auf Grund der gleichen Verordnung wieder entzogen oder be-

schränkt werden, denn sie waren ihm ja durch das Urteil unmittelbar auf Grund des Strafgesetzes entzogen. Für Besuchsempfang, Briefwechsel und die Bewegung im Freien dürfte jedoch jedem Gefangenen ein Mindestbestand an unentziehbaren Rechten bleiben.

Übrig bleiben also nur die Rechte, die durch Strafgesetz und Urteil unberührt blieben oder nur geringfügig beeinträchtigt wurden, also die Rechte auf Gesundheit, Ernährung, Kleidung usw., denen auch jeweils eine Pflicht des Staates gegenübersteht. Es wird nun die Meinung vertreten, dass Eingriffe in diese Rechte nur auf Grund eines Gesetzes erfolgen dürfen. Das würde bedeuten, dass ein grosser Teil der bisher oder in Zukunft bis zum Erlass eines Strafvollzugsgesetzes verhängten und vollstreckten Disziplinar-massnahmen nicht rechtmässig wäre. Die Folgen einer solchen Erkenntnis wären unabsehbar.

Es lassen sich jedoch auch die auf Grund einer Vollzugsordnung vorgenommenen Eingriffe der Vollzugsverwaltung in die nicht durch das Urteil beschränkten Rechte des Gefangenen rechtfertigen.

Die Anwendung körperlicher Zwangsmittel, die ja nur gegen tobende Gefangene, bei Angriffen auf Menschen oder Rechtsgüter und bei Flucht- oder Selbstmordversuchen angewandt werden, dürfte von einem Notwehrrecht der Vollzugsverwaltung hinreichend gedeckt sein.

Bei den anderen Disziplinar-massnahmen, deren Rechtlichkeit in Frage gestellt wurde, handelt es sich nur um die Kostschmälerung und das harte Lager. Die Rechte auf Ernährung und Bequemlichkeiten sind dem Gefangenen durch die Verurteilung nicht ganz genommen. Immerhin wurden sie ihm aber soweit beschränkt, als er darin dem Reglement der Anstalt unterworfen ist. Dies allein dürfte allerdings den Entzug des Bettes und eines Teiles der Nahrung noch nicht rechtfertigen. Es kann auch nicht einfach gesagt werden, dass die gesetzlich erfolgende Verurteilung zu einer Kriminalstrafe eine Unterwerfung unter evtl. erfolgende Disziplinar-massnahmen dieser Art einschliesst, weil in den Vollzugsanstalten ja von ihnen Gebrauch gemacht wird.⁹⁾

9) Vgl. Salomon, aaO., S. 9.

Die Disziplinar massnahmen stehen jedoch im Dienste der Kriminalstrafe, sie haben den Zweck und die Aufgabe, ihre Durchführung zu ermöglichen. Der Staat hat einen Anspruch darauf, dass sich der Verurteilte dem Vollzug einer gerichtlichen Strafe unterwirft. Allen Zwang, aus dem die Kriminalstrafe besteht, muss der Verurteilte sozusagen freiwillig auf sich nehmen. Tritt er die Strafe nicht am vorgesehenen Tage an, so wird er festgenommen und in die Anstalt eingeliefert werden. Vereitelt oder stört er dann als Gefangener den Vollzug der Strafe, so muss er sich eine Erzwingung ihres ordnungsmässigen Vollzuges gefallen lassen. Die Disziplinar massnahmen sind nichts anderes als ein derartiger Zwang, ohne den sich die Kriminalstrafe nicht verwirklichen lässt. Immer dann, wenn ein anderer rechtmässiger Eingriff von dem zur Duldung Verpflichteten gestört wird, muss ein weiterer Eingriff die Durchführung des ersten ermöglichen.¹⁰⁾ Die Disziplinar massnahmen stellen so eine notwendige Ergänzung der gegen den Gefangenen erkannten Hauptstrafe dar,¹¹⁾ die ihrerseits unmittelbar auf dem StGB beruht und sich daraus rechtfertigt. Sie beruhen also mittelbar auf dem StGB.

Auch erlaubt die StPO in § 116 gegenüber Untersuchungsgefangenen die Anwendung von Beschränkungen, die zur Sicherung des Zwecks der Haft oder zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Gefängnis notwendig sind. Wenn also schon gegenüber den Untersuchungsgefangenen Disziplinar massnahmen vollzogen und verhängt werden dürfen, obgleich ihre kriminellen Vergehen gegen die Rechtsordnung noch nicht erwiesen sind, um wieviel mehr sind dann erst solche Massnahmen gegen einen Gefangenen gerechtfertigt, der einem rechtmässigen Strafanspruch des Staates Genüge leistet. Die Disziplinarstrafen finden so ihre grundsätzliche Rechtfertigung mittelbar in Sittlichkeit und Recht.¹²⁾

Die Forderung des Grundgesetzes, dass in das Recht auf körperliche Unversehrtheit nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden darf, ist also rein formell noch nicht erfüllt. Der Eingriff erfolgt jedoch nach altem, anerkanntem

10) Vgl. dazu Salomon, S. 11.

11) Statt Vieler Wirth, aaO., S. 261.

12) Salomon, S. 11.

und wohl begründetem Gewohnheitsrecht, das seinen Ursprung im Strafgesetz hat. Für die Zeit bis zum Inkrafttreten eines Strafvollzugsgesetzes sollte dieser Zustand als Übergang zur Rechtfertigung der Disziplinarstrafen genügen. Die Berechtigung der Vollzugsbehörden zu solchen Eingriffen wird auch in der Literatur allgemein anerkannt ¹³⁾ und das StGB als mittelbare gesetzliche Grundlage der Disziplinarmaßnahmen angesehen und für ausreichend gehalten.

Diese grundsätzliche Rechtfertigung von Eingriffen in Rechte des Gefangenen weist jedoch vom rechtsstaatlichen Standpunkt einmal einem formell-rechtlichen Mangel auf, - zumindest können nicht alle Bedenken in dieser Hinsicht ausgeschaltet werden-, zum anderen kommt der Bezug auf Gewohnheitsrecht und mittelbar auf das StGB nur als Rechtsgrundlage in Betracht, während der Umfang dieser Eingriffe offenbleibt.

Der durch die Disziplinarmaßnahmen ausgeübte Zwang darf nicht unermesslich sein, weil er grundsätzlich zulässig ist. Grenzen des aufzuerlegenden Zwanges sind durch Verfassung und sittliches Empfinden gegeben. Eine Unvereinbarkeit von Kostschmälerung und hartem Lager mit Art. 104 GG dürfte nicht vorliegen. Diese Strafen wirken sich zwar körperlich aus, sind jedoch nicht als körperliche Misshandlungen in diesem Sinne anzusehen. Darunter würde nur eine üble und unangemessene Behandlung fallen, zu der eine Herabsetzung der Kost auf Wasser und Brot für einen längeren Zeitraum jedoch werden kann. Deshalb sollte das Mass des dem Gefangenen durch die Disziplinarmaßnahmen aufzuerlegenden Übels nicht in die Hand der Verwaltung gelegt sein, sondern durch den Gesetzgeber festgelegt werden. ¹⁴⁾

In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass das Beschwerderecht als wichtigste Rechtsgarantie des Gefangenen gegen unzulässige Disziplinarmaßnahmen ebenso einer gesetzlichen Regelung bedarf.

13) Basta, S. 46; Kahn, S. 63; Wirth, S. 261; Salomon, S. 11; Lantzke, Vollzugsnormen, S. 7 f.

14) Vgl. dazu auch Kriegsmann, aaO., S. 169, der es mit Recht als Anomalie bezeichnete, dass es im Zeitalter des Konstitutionalismus der Verwaltung überlassen bleibt, wie gross das dem Gefangenen aufzuerlegende Übel sein kann.

Die Verwirklichung eines deutschen Vollzugsgesetzes, in dem neben den anderen Vollzugsaufgaben besonders die Disziplinar-massnahmen geregelt sein werden, wird in nicht allzu ferner Zeit diesem rechtsstaatlich bedenklichen Zustand ein Ende bereiten. Es ist wahrhaft eine Merkwürdigkeit, dass die Bemühungen um ein deutsches Strafvollzugsgesetz seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts noch keine wesentlichen Erfolge gezeitigt haben, obgleich seine dringende Notwendigkeit von allen Seiten anerkannt, und von Wissenschaft und Praxis auf seine Bedeutung immer wieder hingewiesen wurde. Deutschlands Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit sollte auch hier der entscheidende Anstoss für eine Aufgabe des Gesetzgebers sein, einem materiell gerechtfertigten Vorgehen der Verwaltung auch eine formell einwandfreie und zweifelsfreie Grundlage zu geben.

Zweiter Teil

Die Disziplinarmaßnahmen
in der historischen Entwicklung
der Vollzugsanstalten

I. Die Disziplinarstrafen in den ersten Zucht- und Arbeitshäusern des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts.

1.) Allgemeines.

Die enge Verbundenheit der Disziplinarmaßnahmen mit dem jeweiligen System und den Anschauungen des Vollzugswesens wird besonders deutlich, wenn man sich die früher in Gefängnissen und Zuchthäusern zulässigen und üblichen Disziplinarstrafen veranschaulicht und sie dabei als besonders hervortretenden Ausdruck der verschiedenen Systeme erkennt. Die Disziplinarstrafen sind praktisch ein Gradmesser der Humanität im Strafvollzug und spiegeln die Anschauungen der jeweiligen Zeit darüber deutlich wieder. Sieht man darüber hinaus das Gefängnis als Ausdruck menschlichen Empfindens und Handelns, als Kulturspiegel an,¹⁵⁾ dann kann man an den Disziplinarstrafen und ihrer Anwendung Stand und Grad von Humanität und Kultur erkennen.

Eine geschichtliche Betrachtung der Disziplinarstrafen kann in diesem Sinne nur bis in eine Zeit zurückreichen, in der es ein geordnetes und auf dem Grundgedanken der Erziehung und Besserung aufgebautes Gefängnisssystem gab. Soweit es im Altertum und Mittelalter Gefängnisse oder überhaupt Einrichtungen gab, in denen Menschen gefangen gehalten wurden, waren diese dort mehr oder weniger der Willkür ihrer Wärter ausgeliefert. Die Gefangenschaft diente ja auch nicht dazu, den Gefangenen zu bessern oder zu erziehen, sondern die Motive, die zur Einsperrung führten, waren anderer, ganz unterschiedlicherer Art. Hunger und Peitsche waren die Mittel, derer man bedurfte, die Gefangenen unter einer bestimmten Kontrolle zu halten und ihnen den Aufenthalt in den Verliesen so grausam wie nur möglich zu gestalten. Von Disziplinarstrafen kann man dabei nicht sprechen, weil der Gefangene ja völlig rechtlos war.

Auch als zunächst die Gefängnisstrafe vereinzelt auftaucht¹⁶⁾ und im späteren Mittelalter besonders in den Städten häufiger Gebrauch von ihr gemacht wird, hat sich an

15) Mittermaier, S. 13.

16) Im Edictum Luitprant 720 und bei Karl dem Großen 813, vgl. Mittermaier, S. 16

dem System der Willkür und der Grausamkeit noch nichts geändert.

Erst seit es ein geregeltes und planmässiges Gefängniswesen gibt, bestehen auch Hausordnungen und Verwaltungsvorschriften. Diese schliessen zwar die Willkür der Wärter nicht völlig aus, legen ihnen aber immerhin einige Schranken auf. Der Beginn dieser neuen Epoche der Freiheitsstrafen liegt etwa um das Jahr 1600.¹⁷⁾ Eingeleitet wurde sie mit der Einrichtung eines Zucht- und Arbeitshauses in Bridewell bei London¹⁸⁾ um 1550.¹⁹⁾ Diese Einrichtung soll jedoch keinen Einfluss auf die kontinentale Entwicklung ausgeübt haben.²⁰⁾ Vorbild und Muster der zahlreichen späteren Einrichtungen wurde vielmehr das Amsterdamer Männerzuchthaus von 1595 und das Weiberspinnhaus von 1598. In Nürnberg soll schon 1588 ein Spinnhaus eingerichtet worden sein.²¹⁾ In Deutschland wurden bis zum Jahre 1700 solche Häuser in Lübeck 1613, Bremen 1613, Hamburg 1620, Danzig, Wachsenburg, Breslau, Wien, Leipzig, Braunschweig, Frankfurt am Main, München, Spandau, Magdeburg und Königsberg eingerichtet.²²⁾ Nach Röder²³⁾ soll zu den zahlreichen Gründungen nicht wenig der Umstand beigetragen haben, dass diese Zucht- oder Werkhäuser bisweilen doppelt soviel einbrachten, als sie kosteten. Dienten diese Anstalten zunächst nur polizeilichen Zwecken, so nahmen sie später auch Verbrecher zur Verbüssung einer Freiheitsstrafe auf.²⁴⁾ In Bern wurde 1615 ein Zuchthaus, das Schallenberg, gegründet.²⁵⁾ Die Mehrzahl der Zuchthausgründungen fällt erst in das 18. Jahrhundert. 1786 sollen nach Wächter²⁶⁾ in Deutschland wenigstens 60 Zuchthäuser bestanden haben.

17) Statt Vieler v.Hippel, aaO., S. 419.

18) Die späteren englischen Zuchthäuser werden danach "bridewells" genannt. Dazu näher v.Hippel, S. 425.

19) Mittermaier, S. 17; Krohne, S. 15; Kriegsmann, S. 5.

20) v.Hippel, aaO., Anm. 7.

21) Statt Vieler Krohne, S. 15, was aber von v.Hippel, S.429 ff, bestritten und glaubwürdig widerlegt wird. Danach handelte es sich um ein Asyl für bettelnde Kinder und Arme, nicht jedoch um ein Zuchthaus.

22) Vgl. dazu die näheren Angaben bei Wächter, Über Zuchthäuser, S. 18 ff und v.Hippel, S. 420 f.

23) aaO., S. 53.

24) Wächter, aaO., S. 25 ff; v.Hippel, S. 610, 627 ff.

25) Schaffroth, aaO., S. 34. Schallenberg, weil die Gefangenen in ein Halseisen mit einem Schnabel, woran eine Glocke (Schelle) befestigt war, geschmiedet waren.

26) aaO., S. 21.

2.) Im Amsterdamer Zuchthaus nach der Hausordnung von 1599.

Die Hausordnung des Amsterdamer Zuchthauses²⁷⁾, die nach v.Hippel aus den Jahren 1599 - 1603 stammt²⁸⁾, zählt in dem Abschnitt "Ordnung der Zuchtkinder" nicht nur die Verhaltensmassregeln für die Insassen auf, sondern gibt auch für die einzelnen Verstösse bestimmte Strafen an. Festgelegt sind jedoch nur die leichteren Strafen der Kostschmälerung. Die schweren Strafen, bei denen es sich um Prügel oder Dunkelzelle handeln dürfte, erwähnt die Zuchthausordnung nur allgemein und überlässt sie im einzelnen dem Anstaltsleiter. So soll jeder morgens, mittags und abends beten, "bei Straffe, das erstemal sein Essen zu verlieren, hernach aber auf Gutachten des Regenten." Bei Verstoss gegen das Gebot der Bücherabgabe, "für das erstemal oder bis auf weiter Bescheid" Verlust der Fleischkost bis auf drei Wochen. Ungehorsamen wird im ersten Falle die halbe Tagesration entzogen, im Wiederholungsfalle, "schwere Strafe nach Gutachten des Regenten". Andere einzeln genannte Strafen sind Verlust des Frühstücks auf drei Tage, Entzug der halben Ration für acht Tage, oder auch nur Entziehung der Fleischkost. Weben die Gefangenen nicht das verlangte Mass, "so bekommen sie nur eines Jungen Essen, das ist nur halb soviel". Für zerbrochenes Werkzeug muss Ersatz geleistet werden. Auch Strafarbeit konnte in gewisser Hinsicht auferlegt werden. "Soll ein jeder seine aufgelegte Tagesarbeit, sowohl die drunten als droben, gehorsamlich verrichten und keine Fälscherei im Sägen oder Weben gebrauchen, bei pön, alle Sonnabend gestraft zu werden und dass er noch über das, wann er seine Zeit ausgestanden, dasselbe so er verdorben, doppelt nacharbeiten, wie ingleichen auch, da jemand durch angenommene gleißnerische Krankheit oder durch die Kellerstrafe an seiner Tagesarbeit etwas versäume, so soll er dasselbe auch nacharbeiten." Daraus geht hervor, dass die Strafzeit wegen schlechter Arbeit verlängert werden konnte, und dass auch die im Arrest verbrachte Zeit, es gab wohl nur den Dunkelarrest (Kellerstrafe), nicht auf die Strafzeit angerechnet wurde. Die

27) Über dessen Entstehen sehr ausführlich v.Hippel, S. 437 ff.

28) Wiedergegeben bei v.Hippel, S. 472 ff.

Prügel scheint ganz einfach immer nur als Strafe bezeichnet zu sein.²⁹⁾ Irgendwelche Maßstäbe sind jedoch nicht angegeben. Mehr oder weniger sind die Abstufungen dem Anstaltsleiter überlassen. Man begnügt sich mit einem sehr weiten Strafraumen, wie "zum erstenmal schwer und zum andernmal noch schwerer". Dass es in Amsterdam sehr häufig Prügel gab, geht ganz klar aus der "Miracula"³⁰⁾ hervor. Nach der Beschreibung des Kupferstiches gibt es sowohl die angeordnete und vorbereitete Prügelstrafe, bei der das entblösste Gesicht des angeschnallten Gefangenen mit Ruten bearbeitet wird, es "ist die Castigation oder Züchtigung derjenigen, so in Ohnmacht fallen oder sonst unwillig werden im Dienst von S. Raspino",³¹⁾ als auch die Prügel bei jeder Gelegenheit durch die Aufseher oder Werkmeister. Beliebte scheint dafür das Tauende oder Tagel (geknotetes Tau) gewesen zu sein, denn nicht nur bei der Bildbeschreibung, sondern auch in den anderen "Mirackeln" wird gesagt, dass "täglich über seinen Rücken mit Tagöle geschmieret worden". Ausbrechern wurde die Zeit, die sie im Zuchthaus verbringen sollten, verlängert. Die Kostschmälerung konnte auch darin bestehen, dass man dem Bestraften für einige Tage sämtliche Nahrung entzog. In Nr. 17 der "Miracula" ist schliesslich auch der bekannte "Amsterdamer Wasserkeller" beschrieben. Das ist ein

29) Wie auch schon im kanonischen Recht die körperliche Züchtigung einfach als "disciplina" bezeichnet wird. Krauß, aaO., S. 220.

30) Deren zweite 1617 erschienene Auflage der deutschen Übersetzung bei v. Hippel, S. 480 ff, abgedruckt ist. Ihr genauer Titel lautet: "Miracula San Raspini Redivivi, das ist: Historische Beschreibung der wunderlichen Mirackel oder Wunderwerk, so in der weitberühmten Kauff- und Handel Statt Amsterdam, an einem Orth auff dem heiligen Weg gelegen, so gemeinlich das Zucht-Hauß genannt wirdt, an vielen fürgegangen, und noch täglich fürgehen. Mit zugefügter Beschreibung eines wunderlichen Mirackels, so von der heiligen Justitia geschehen." Es wird darin eine Beschreibung eines Kupferstiches des Amsterdamer Zuchthauses gebracht. Ausserdem werden 16 Fälle geschildert, in denen Simulanten durch Disziplinarmaßnahmen zum Fleiss und zur Arbeit gezwungen werden und nach "Gesundung" und Besserung entlassen werden können. Näheres dazu bei v. Hippel.

31) Mit Sankt Rasmus wird die zwölfmal zum Raspeln des Farbholzes benutzte Säge bezeichnet. In der späteren Zeit wird das Zuchthaus ganz allgemein so genannt.

Raum, in den Wasser eingelassen oder gepumpt werden konnte. Der Eingesperrte musste nun, um nicht zu ertrinken oder ständig bis zum Bauch oder Hals im Wasser zu stehen, mit einer innen angebrachten Pumpe arbeiten, "biß er deß Wassers mit außpompen erledigt worden." Bei dieser ersten Zuchthausordnung zeigt sich also schon die danach sich oft wiederholende Tatsache, dass auch Disziplinarstrafen angeordnet werden, die nicht in der Hausordnung angeführt sind. Der Wasserkeller dürfte jedoch nicht allzu häufig angewandt worden sein. Allgemein wird es den Sträflingen wohl so ergangen sein, wie Quanter³²⁾ von Amsterdam zitiert: "Und wenn sie sich unnütze machen, spielt man ihnen mit einem Trummelstock auff ihrem eigenen Kalbesfalle zum Tantz, oder wirfft sie in ein finsternes Loch, da sie auff eine Zeitlang ihre Lust büssen."

3.) Im Zuchthaus von Bremen 1609.

Auch die Ordnung des Zuchthauses von Bremen, das nach v.Hippel nicht erst 1613 sondern schon früher eingerichtet worden sein soll³³⁾, aus dem Jahre 1609 gibt nur ganz kurz an, dass die bei der Arbeit Säumigen solange auf Wasser und Brot gesetzt werden, bis sie ihr vorgeschriebenes Pensum leisten und das Versäumte nachgeholt haben. "Die sich auch durch Hunger und Arbeit nicht genugsam züchtigen und in Zaum halten lassen wollen, wider dieselben sollen Ruten gebraucht werden." Aus einer Schilderung des Sebastian Muhme aus dem Jahre 1616³⁴⁾ geht jedoch hervor, dass es in Bremen nicht nur Wasser und Brot und Prügelstrafe, bei deren Vollzug der Gefangene an einen Geisselpfahl im Hofe oder auf eine Bank gebunden wurde, gab, sondern auch Dunkelarrest. Als Disziplinarstrafe gab es auch das hölzerne Pferd. Dies war ein beliebtes, der Folterkammer entlehntes Disziplinarstrafmittel gegen widerspenstige Insassen.³⁵⁾ Der Gefangene sass mit 15 Pfund schweren Gewichten an den Füßen auf einem Holzpferd, dessen Sattel aus einer scharfen Kante bestand, wurde damit um den Hof gezogen und währenddessen vom Zuchtmeister

32) aaO., S. 446.

33) Näheres dazu bei v.Hippel, S. 608 ff.

34) Näheres dazu bei v.Hippel, S. 617 ff.

35) Streng, aaO. S. 18.

mit der Peitsche über den Rücken geschlagen, bis "streimen langs den Rücken gehn".

4.) Nach der Hamburger Zuchthausordnung von 1622.

Die Lübecker Zuchthausordnung von 1605 zählt als Disziplinarstrafen "Gefängnis, Hunger, Ruten oder Peitsche"³⁶⁾ auf. Ein Bericht über die tatsächlich angewendeten Disziplinarstrafen fehlt. Etwas ausführlicher sind wieder die Disziplinarbestimmungen der Hamburger Zuchthausordnung aus dem Jahre 1622³⁷⁾. Die meisten Vergehen gegen die Ordnung konnten von den Patronen oder Provisoren nach ihrem Ermessen bestraft werden. Wer von einem als notwendig angesehenen und erteilten Urlaub nachts nicht zurückkehrte, musste einen Tageslohn in die Armenbüchse stecken. Auch wer das Gebet oder die Predigt versäumte, fluchte oder sich mit anderen zankte oder schlug, konnte mit einer Geldstrafe belegt werden. Verrichtete ein Züchtling seine Arbeit nicht willig, so-"soll ihm nach der Lehre Pauli das Essen entzogen werden." Beim zweitenmal soll er mit Hunger und Schlägen, beim drittenmal mit dem Pranger und dann schliesslich mit dem hölzernen Pferd bestraft werden. Züchtlinge, die Gewalt verübten oder die weglauen oder ausbrechen wollten, wurden "ernstlich gestraft", also geprügelt und ausserdem wurden ihnen "ihrer Verbrechen halber, ihre Jahre verlängert und aufgeschoben." An Stelle der Verlängerung der Strafzeit konnte auch eine Geldstrafe verhängt werden.³⁸⁾ Genau so wurden die Mitwisser bestraft.

5.) Im Zuchthaus von Danzig 1639.

Für das Danziger Zuchthaus gibt v.Hippel³⁹⁾ nach der Zuchthausordnung von 1639 Hunger, Arrest und das "eiserne Hoßband" an und für die schlimmsten Fälle eine ähnliche Einrichtung wie den Amsterdamer Wasserkeller. Der Züchtling wird mit einem Strick in den Brunnen hinabgelassen, in den dann je nach der Grösse der Person Wasser gelassen wird.

36) Vgl. v.Hippel, S. 626.

37) Abgedruckt bei Streng, aaO. S. 173.

38) Das galt wohl nur bei Züchtlingen, die von ihren Eltern oder Freunden eingeliefert wurden, die aber bei Fluchtversuchen auch dann länger dabegehalten wurden, wenn die Eltern sie wieder herausnehmen wollten.

39) S. 647.

"Wer dann, da fern nicht ersäufen will, durch stetiges Pompen kann zahm gemacht und die Widerspenstigkeit und Faulheit zu meiden hurtig angehalten werden". Ein Bericht von 1669 spricht von "Ruten, Prügel, Hals- und Fußseisen, Maulkorb, Klotztragen, Entziehung der halben Kost und Gefängnis."

II. Die Disziplinarstrafen in den Zuchthäusern des 17. und 18. Jahrhunderts.

1.) In Hamburg in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts.

Die Hausordnung des Hamburger Spinnhauses aus dem Jahre 1669⁴⁰⁾ enthält ganz ähnliche Disziplinarstrafen, wie die des dortigen Zuchthauses. Wenn eine Ermahnung nichts half, standen zur Besserung Hunger, Schläge und der Pranger zur Verfügung. Am Pranger durften die Züchtlinge jedoch nur auf Gutachten und Verordnung der Provisoren gestrichen werden.

Die Hamburger Zuchthausordnung von 1680⁴¹⁾ enthält die gleichen Strafen, wie die von 1622: Hunger "nach der Lehre Pauli", Schläge, Pranger und das "Höltzern Pferd." Auch die Strafverlängerung bestand weiterhin. Ganz anders dagegen die Spinnhausordnung aus dem gleichen Jahr.⁴²⁾ Darin sind die einzelnen Pflichten der Züchtlinge aufgezählt und gleichzeitig die verschiedenen Strafen bei Verstößen angegeben. Ein bei der Arbeit Säumiger konnte zur Strafe drei Tage und Nächte an den Block geschlossen werden und musste auch damit arbeiten. Mit zwei Tagen und Nächten Block kam schon davon, wer morgens oder mittags bei der Arbeit den vorgeschriebenen Psalm nicht sang. Wer bei Tische nicht betete, wurde an Händen und Füßen geschlossen, und 24 Stunden in die Koje (Strafzelle) geworfen. Bemäkelung des Essens gab 12 Stunden Halseisen. Drei Tage und Nächte in das Halseisen kam, wer sich mit einem anderen schlug. Darüber hinaus gab es als Strafen natürlich auch Wasser und Brot und Schläge. Die schärfsten angeführten Strafen waren vier Tage und Nächte

40) Abgedruckt bei Streng, S. 202 ff.

41) Saam, aaO., S. 82.

42) Bei Streng, S. 213.

Block oder drei Tage gefesselt in die Kojе. Leichtere Verstösse wurden mit 24 Stunden Kojе bei Wasser und Brot oder mit sechs Stunden Halseisen bestraft. Diese genaue Regelung betraf jedoch nur die Fälle, die von den Bediensteten bei Abwesenheit des Verwalters auf der Stelle selbst geahndet wurden. Bei groben Disziplinarvergehen wurde die Strafe vom Jahrverwalter, dem Kollegium oder dem Rat verhängt.⁴³⁾ Die Strafen in Hamburg blieben die gleichen bis in das 18. Jahrhundert. Ausgiebiger Gebrauch wurde von der Strafkojе gemacht. Bei Wasser und Brot und ohne Bett wurde sie bis zu sechs Wochen verhängt. Die Kojen waren nicht heizbar und deshalb im Winter besonders gefürchtet.

Aus den Tagebüchern der Jahrverwalter geht hervor, dass diese oft ein strenges Regiment führten und mit Müssiggängern und Missetätern wenig Umstände machten.⁴⁴⁾

2.) Im 18. Jahrhundert.

a) Die üblichen Strafmittel.

Im 18. Jahrhundert trat zunächst noch keine wesentliche Änderung in der Behandlung der Gefangenen ein. Bei der überaus grossen Strenge und der Willkür war es nichts Besonderes, dass sich von 40 Züchtlingen innerhalb eines Jahres fünf bis sechs das Leben nahmen.⁴⁵⁾ Im Zuchthaus Magdeburg, wo die Schläge hundertweise fielen, soll sich früher fast jede Woche ein Gefangener erhängt haben, um der Peitsche der "hündischen und barbarischen" Aufseher zu entgehen.⁴⁶⁾

Einige der üblichen Strafmittel beschreibt von Lichtenberg:⁴⁷⁾ "Die Brätzel, mit welcher die Hände so eingeschraubt wurden, dass oft in der Zeit von 48 Stunden Geschwulst, Blutung und Eiterung entstand; die Jungfer, welche den Züchtling in der Schwebe hält; die Weife, mit welcher derselbe unter ein eisernes Halsband gebracht ward, aus welchem zwei Stabe ragten, in welche die Hände eingeschlossen wurden; der Stock, in welchem er ausgestreckt liegen musste; der Haase, der ein 80 Pfund schwerer eiserner Stab in Kreuzesform war, an dessen obern Theil der Kopf, an dessen

43) Streng, S. 87.

44) Streng, S. 100.

45) Wagnitz, Nachrichten Bd. I S. 184.

46) Wagnitz, aaO., Bd. II/1 S. 197.

47) aaO., S. 199.

Seitentheilen aber die Hände angeschlossen waren, die Füße nicht minder eingeschraubt wurden." Wenn dieses auch eine grosse Anzahl von Strafmitteln waren, so bezweckten sie doch nur eine körperliche Züchtigung der Gefangenen. Praktisch waren also nur die Karbatsche und der Ochsenziemer das gewöhnliche und einzige Strafmittel. Unterschiede bestanden höchstens in der Anzahl der Hiebe oder der Stärke der Peitsche.⁴⁸⁾

Als recht bedeutend ist es schon anzusehen, dass die Hausordnung des Zuchthauses von Ludwigsburg von 1736⁴⁹⁾ erwähnt, dass "alle Willigen und Gehorsamen gerühmt und Belohnet, und selbigen aller guter Wille Bezeigt werden soll."

Aber noch 1749 werden in der Zuchthausordnung von Mannheim⁵⁰⁾ als Strafen aufgezählt: "Schläg, Hunger, Schliessung in Feseln und sonstige harte Züchtigung." Das bedeutet, dass die Strafen im einzelnen nicht genau festgelegt waren, sondern dass sie mehr oder weniger immer noch der Willkür des Aufsichtspersonals überlassen waren, über das sogar noch Wagnitz⁵¹⁾ am Ende des 18. Jahrhunderts sagte: "In Sonderheit scheint das Laster der Trunkenheit fast allen Officianten eigen zu sein." Infolgedessen würden die armen Züchtlinge bald tyrannisiert, bald könnten sie die grössten Unordnungen ungestraft begehen. Die harte und grausame Behandlung würde in den Gefangenen jede Menschlichkeit und jedes Mitleid abtöten und ihnen ein brutales Wesen anerkennen.⁵²⁾

b) Das Schwören der Urfehde.

Bei diesen Zuständen fürchtete man, dass die Züchtlinge ob solcher Behandlung Rache nehmen würden. Man liess sie deshalb bei der Entlassung die sogenannte Urfehde schwören, d.h. dass sie weder durch Wort noch Tat das Verfahren ahnden

48) Wagnitz, aaO., Bd. I S. 186.

49) Abgedruckt bei Saam, aaO., S. 84 und bei Weissenrieder, aaO., S. 50, die allerdings in der Schreibweise etwas voneinander abweichen, was wohl auf die schwer entzifferbare Handschrift des Urtextes zurückzuführen ist.

50) Abgedruckt bei Saam, aaO., S. 86.

51) aaO., S. 93.

52) Vgl. dazu ein Zitat bei Wagnitz, aaO., S. 94 aus Prätorius Abhandlungen vermischten Inhalts. Erste Lieferung. Warschau 1780, S. 12.

wollten, und bedrohte sie, falls sie dagegen verstossen würden, mit "fernweiter" Zuchthausstrafe.⁵³⁾ Dieses Leisten der Urfehde war ganz allgemein üblich und erhielt sich bis ins 19. Jahrhundert.

c) Die Berichte und Forderungen von Wagnitz zu den Disziplinarstrafen.

Zu den Ende des 18. Jahrhunderts in den deutschen Zuchthäusern herrschenden Zuständen gibt Wagnitz⁵⁴⁾ einen guten Einblick. Als allgemein übliche Disziplinarstrafen zählt er auf:⁵⁵⁾

- "1) Das Admoniren, sowol in der Stille, als auch vor der Versammlung der Officianten und Gefangenen.

53) Von Lichtenberg, aaO., S. 200. Im Zuchthaus zu Torgau lautete Mitte des 18. Jahrhunderts der Text, der zu schwörenden Urfehde: "Nachdem ihr wegen eurer ausgeübten Verbrechen auf Churfürstlich allergnädigsten Befehl 10 Jahre in hiesigem Zucht-, Arbeits- und Armenhaus zur Strafe zugebracht und darin als ein Züchtling tractirt worden, daraus aber wiederum entlassen werden sollt, als habt ihr zuvor mittelst abzugebenden Handschlags zu geloben und zu versprechen; dass ihr dieser allhier erlittenen Strafe halber und was euch sonst dabei begegnet, weder an Ihro churfürstl. Durchlaucht zu Sachsen höchsten Person, noch an Dero ganzem hohen Churfürstlichen Hause, sowohl Dero Landen und Leuten, hohen und niedern Bedienten, wie auch dem Zucht- Arbeits- und Armenhause allerhier und dessen Bedienten, euch keineswegs und zu keinen Zeiten, weder mit Worten noch mit der That selbst rächen, eifern und ahnden, noch dass solches durch Andere geschehen und ausgeübt werden möge, anstiften und gestatten wollt. Ferner müsset ihr zugleich versichern und geloben: dass ihr von den andern allhier befindlichen Züchtlingen an ihre draußen habende Befreundete oder andere Personen etwas zu bestellen, weder mündlich noch schriftlich nicht schon angenommen habet, solches auch ohne Vorwissen meiner, des Hausverwalters, nicht noch annehmen, am wenigsten aber etwas ausrichten, bestellen oder abgeben wollet. - Uebrigens werdet ihr, wegen dieses jetzo mittels Handschlages zu leistenden Urphedens, zu Folge der in's Land ergangenem gnädigsten Generalis d.d 27. October 1770 und desselben §. 13 annoch ausdrücklich bedeutet: daß, wenn ihr euer Versprechen nicht erfüllet oder dardrüber auf einige Weise handelt, ihr sofort mit einjähriger Zucht- und Arbeitsstrafe anderweit wieder belegt werden sollt, wenn nicht euer Vergehn etwa noch eine härtere Ahndung verdient, entlassen."

54) In seinen historischen Nachrichten über die merkwürdigsten Zuchthäuser.

55) aaO., Bd. I S. 189 f.

- 2) Das Versetzen aus der Classe der bessern, wenn nemlich der Gefangene, der gesündigt hat, sich in dieser befindet, in die Classe der schlechtern.
 - 3) Das zur Beschämung dienende Klotztragen oder Festschnallen auf dem sogenannten Tollstuhl.
 - 4) Das Cariren oder Hungerleiden.
 - 5) Das Verweisen in ein besonderes einsames Behälter oder Strafcarcer.
 - 6) Das Hauen mit Ruten auf den s.v. Hintern, oder mit der Karbatsche oder dem Ochsenziemer auf den Rücken.
- Auch gehört in die Reihe der Strafmittel und Strafen die bey keiner verspürten Verbesserung und Frucht und bey zunehmender Verschlimmerung angedrohte und zuletzt erfolgende Überlieferung des Züchtlings in härtere Anstalten oder in die casemattirten Behälter der Vestung, wo er dann auf immer seine Torheit, wenn er will, bereuen kann."

Als besonders wirksam wird von Wagnitz die Einsperrung und die Absonderung von den Übrigen gehalten, wobei er mehr auf die Einsamkeit als auf die fürchterliche Beschaffenheit der Strafzellen rechnet.⁵⁶⁾ Aber auch die Peitsche wird von ihm als unbedingt notwendiges Strafmittel angesehen. Sie sollte jedoch nur unter Aufsicht angewandt werden und nicht aus Draht geflochten sein, wie es noch in einigen Zuchthäusern der Fall war.⁵⁷⁾ Die Anzahl der Peitschenhiebe bei den Bestrafungen betrug im allgemeinen 20 - 30. Die Vollstreckung erfolgte ganz verschieden, entweder am Pfahl oder Pfosten "oder durch die sogenannte Fiddel, (eine Maschine, die den Kopf niederhält, die Arme vorwärts zieht und die Füße befestigt.⁵⁸⁾ In Bern musste sich der Züchtling zum Empfang der Prügel in den "Schwingstuhl" setzen.⁵⁹⁾ Unabhängig von diesen meist und unter Aufsicht vollzogenen Prügelstrafen gab es überall die sogenannten Jagd- oder Fanghiebe. Das sind vier bis fünf Hiebe, die jeder Aufseher auf der Stelle einem fehlbaren oder ungehorsamen Gefangenen verabreichen konnte. Gleichwohl soll es aber in Leipzig manchem Züchtling, wenn er folgsam war, möglich gewesen sein,

56) aaO., S. 190 f.

57) Vgl. dazu Wagnitz aaO., S. 191 f.

58) Wagnitz, aaO., Bd. II/1 S. 79.

59) Schaffroth, aaO., S. 67.

seine Strafzeit hinter sich zu bringen, ohne einen Hieb abzubekommen.⁶⁰⁾ Als Fortschritt ist es sogar anzusehen, wenn der Hausvater des Zuchthauses in Luckau/Niederlausitz sagte, dass die Strafen in "Kantschug- oder Ruthenhieben auf den s.v. Hintern" bestünden, weil die Hiebe auf den Rücken, wie sie allgemein üblich waren, gesundheitsschädlich seien.⁶¹⁾ Im Zuchthaus Waldheim wurde bei der Anwendung der mannigfachen Strafmittel, wie Strafzahl (grösseres Arbeitspensum), Peitsche, Fiedel, Weife, Brezel, Tollstein, Kette, Beineisen und Verlängerung der Strafzeit, auf den Charakter des Bestraften und das begangene Verbrechen Rücksicht genommen. So wurden z.B. bei Flucht das Beineisen, bei Unbändigkeit der Tollstein und bei Faulheit die Strafzahl verhängt.⁶²⁾ Die Berichte Wagnitz' über die anderen Zuchthäuser lassen immer wieder die gleichen Strafen erkennen. Das ganze System hält Wagnitz⁶³⁾ nicht für richtig: "Strafen hält man für das beste und wirksamste Mittel, Ordnung unter den Gefangenen zu erhalten, von Verbrechen abzuschrecken, Fleiss zu befördern, und, wo möglich, Besserung hervorzubringen. Daher lässt man oft und mit Kraft die Karbatsche über und um sie schwingen, und würde vielleicht den Tag für verlohren achten, an dem nicht irgendeiner Execution vollzogen worden wäre. Uebrigens giebt mans gern zu, dass bisweilen manchen hie und da zuviel geschehe, und dass Verzweiflung bisweilen einen Selbstmord befördere." Dabei ist er gar nicht einmal gegen die Prügelstrafe. Nur sollen die willkürlichen Hiebe unterbleiben. Er empfiehlt für den Vollzug der Prügel eine gewisse Feierlichkeit. Das Zischen der Peitsche solle mit dem Wort der Ermahnung gepaart sein.⁶⁴⁾

d) Die Disziplinarstrafen in Bruchsal nach der Zuchthausordnung von 1785.

Als Beispiel für die Anwendung der Disziplinarstrafen gegen Ende des 18. Jahrhunderts sei noch die Hausordnung des Zuchthauses zu Bruchsal aus dem Jahre 1785 erwähnt.⁶⁵⁾

60) Wagnitz, aaO., Bd. I. S. 276.

61) Wagnitz, aaO., S. 192.

62) Wagnitz, aaO. S. 236 f.

63) aaO., S. 47.

64) aaO., S. 188 f.

65) Abgedruckt BlfGefK 3, S. 40.

In elf verschiedenen Ziffern wurden einzelne Tatbestände und die dafür zulässigen Strafen aufgezählt. Bis auf Ziffer 8 entspricht die Regelung durchaus schon den Anforderungen an moderne Disziplinarbestimmungen. In Ziffer 8 wird für Aufruhr und Ausbruchversuch die Verlängerung der Strafe um ein Jahr vorgesehen, wer aber schon Hand angelegt hat, wird "mit schärferer und willkürlicher Strafe belegt." In den anderen Ziffern ist jeweils die zulässige Höchststrafe angegeben. Leichte Fälle des Ungehorsams oder der Faulheit, Kostverachtung usw. werden je nach Schwere entweder mit drei bis vier Streichen auf der Stelle geahndet oder mit 12 - 24 Prügel im Bock. Tabakrauchen gibt ein Vierteljahr Verlängerung der Strafzeit. Tätliche Beleidigung von Vorgesetzten nach Unterschied der Person ein halbes, ein ganzes oder mehrere Jahre Verlängerung. Die Verlängerung der Strafzeit auf ein viertel, halbes oder ganzes Jahr schien ein sehr beliebtes und wahrscheinlich auch wirkungsvolles Hausstrafmittel zu sein. Im Berner Schalllenwerk hatte bei Entweichung ein Wiedereingebrachter sogar die doppelte Strafzeit zu verbüssen.⁶⁶⁾ Arrest, Dunkelarrest oder Fesselung usw. sind in der Bruchsaler Zuchthausordnung nicht erwähnt. Auch nicht die Kostschmälerung, ohne die man doch damals nicht auszukommen schien.

3.) Die Verhältnisse im Ausland.

Im Ausland waren die Zustände nicht anders. In Schweden z.B. waren die Aufseher befugt, die Gefangenen zu züchtigen und sie mit beliebigen Zuchtmitteln zur Arbeit anzutreiben.⁶⁷⁾ In Bern konnten die strafbaren Gefangenen sogar an den Karren geschmiedet werden. Überhaupt sollte gegen das unbotmässige Verhalten der Schalllenleute mit allen dienlichen Mitteln vorgegangen werden.⁶⁸⁾

Nur in Amerika wurden in den Zuchthäusern der Quäker die Gefangenen human und gerecht behandelt. "Sie bedienen sich keiner Prügel, keiner Ketten, keiner finsternen Löcher.⁶⁹⁾ " Die erste Verwaltungsvorschrift für das Walnut Street Prison in New York vom 26.2.1792 kennt für die

66) Schaffroth, aaO., S. 56.

67) Wieselgren, aaO., S. 29.

68) Schaffroth, aaO., S. 64.

69) Zitat eines englischen Schriftstellers bei Wagnitz, aaO., Bd. I S. 54.

Disziplinarstrafen folgende Bestimmung: " 7. Die Übertreter sollen den Inspektoren gemeldet werden und bestraft werden mit Anschliessung,⁷⁰⁾ einsamer Einsperrung, Beschränkung der Nahrungsmittel. Aber in Fällen, in denen die Sicherheit des Gefängnisses in Gefahr ist oder eine Gewalttätigkeit gegen Gefängnisbeamte verübt wird, sollen die Beamten dies mit allen rechtmässigen Mitteln bekämpfen und die Urheber solcher Gewaltakte festsetzen."⁷¹⁾

Andrerseits wurde jedoch auch in der New Yorker Strafgesetzgebung von 1796 bestimmt, dass bei Flucht aus dem Gefängnis eine Verdoppelung der ursprünglichen Kriminalstrafe eintritt.⁷²⁾

4.) Die harten Disziplinarstrafen als Produkte ihrer Zeit.

Die übergrosse Strenge und die harten Strafen in den Zuchthäusern des 17. und 18. Jahrhunderts entsprachen dem Geist dieser Zeit⁷³⁾, in der auch die Kriminalstrafen ausserordentlich hart waren. Am treffendsten wird das Leben im Zuchthaus in Krausolds *de miraculis S. Raspini*⁷⁴⁾ geschildert. "Ein Zuchthaus ist der beste Präceptor. Fein viel Arbeit; Wasser und Brodt, und nicht einmal satt; alle Stunden Schläge, und doch über Hand und Fuß geschlossen, mit Händen angeschnüret; bis aufs Blut gezeißelt: Das sind der Gezüchtigten ihre Tractamente."

Die für unsere Begriffe übermässig harten Disziplinarstrafen entsprachen nur der Einstellung zum Besserungsvollzug. Man glaubte, nur durch harte Behandlung und schwerste Arbeit eine Besserung der Züchtlinge erreichen zu können. Zum anderen muss man bedenken, dass in der damaligen Zeit ja in den Folterkammern noch die grausamsten Misshandlungen der Gefangenen erlaubt waren, und dass die Prügelstrafe auch beim Militär eine durchaus übliche Disziplinar-massnahme war. Dass der Ungehorsame im

70) Die es nach Foltin, aaO., S. 143, in der Form von Fusskette und Halsring gab. Um 1800 soll es danach im Walnut Street Jale auch kalte Güsse als Disziplinarstrafen gegeben haben.

71) Teeters, aaO.

72) Foltin S. 132.

73) Wagnitz, Nachrichten, Bd. I S. 184.

74) Zitiert bei Wagnitz, aaO., S. 184.

Zuchthaus geprügelt wurde, wurde deshalb nicht als unsittlich oder grausam empfunden. Wenn Vargha⁷⁵⁾ über die Zuchthäuser des 17. Jahrhunderts sagt, dass die gewiss notwendige strenge Disziplin nur von den unterentwickelten Gehirnen der damaligen Machthaber in der Form der Marter gedacht werden konnte, dann ist das etwas zu hart geurteilt. Die grausamen Strafen sind nur ein Ausdruck des Strafdenkens der ganzen Zeit. Die Aufrechterhaltung der Prügelstrafe im 20. Jahrhundert und vor allem die für ihre Zeit unmenschlichen Strafen in den Strafkolonien bezeugen einen weitaus tieferen Stand des sittlichen Empfindens.

Erst als die Folter abgeschafft war, und in der Strafrechtspflege eine menschlichere Behandlung der Angeklagten geübt wurde, und die Leibes- und Körperstrafen verschwanden, begann sich allmählich auch der Gedanke durchzusetzen, dass der Gefangene nicht unter Missachtung jeder menschlichen Würde misshandelt und gequält werden dürfe, dass er auch bei schweren Verstößen nicht rechtlos ist und als Mensch behandelt werden müsse. Die Prügelstrafe hielt sich als Disziplinarmittel jedoch noch weit bis in das 19. Jahrhundert, im Ausland sogar noch bis in die heutige Zeit.

III. Die Veränderungen von 1800 bis zum Ersten Weltkrieg.

1.) Bis 1850.

a) Milderungen und Neuerungen zu Beginn des Jahrhunderts.

Eine neue Entwicklung wurde zu Anfang des 19. Jahrhunderts eingeleitet. In zunehmendem Masse wurden in den verschiedenen Anstalten Regelungen getroffen, die in etwa schon den heutigen Anforderungen entsprechen. D.h., in den Bestimmungen werden die zulässigen Strafen aufgezählt, ihre Höhe und Dauer begrenzt und für ihren Vollzug gewisse Richtlinien gegeben. Schon um das Jahr 1820 war im Hamburger Spinnhaus das Schlagen und Prügeln untersagt und kein Officiant, auch nicht der Oeconom, hatte ein Recht,

75) aaO., S. 281.

einen Gefangenen zu bestrafen.⁷⁶⁾

Die in den Württembergischen Zuchthäusern zulässigen Disziplinarstrafen um das Jahr 1830 waren:⁷⁷⁾ Schmälerung der Kost in verschiedenen Stufen, worunter auch der Entzug des Rechts fiel, sich Zusatzlebensmittel zu kaufen; Vermehrung der Arbeit, das war die tägliche Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde; minder bequeme Einrichtung der Schlafstätte, ebenfalls in verschiedenen Abstufungen bis zum gänzlichen Entzug einer Lagerstätte; Engerer Gewahrsam in Form von einfachem Dunkelarrest ohne Lager; Anlegung von Fesseln, d.h. eiserner Ringe an den Füßen oder Spandauer Eisen. In Verbindung mit strengem Arrest wurde der Gefangene auch kurzgeschlossen, jedoch höchstens für drei Tage je 8 Stunden. Die körperliche Züchtigung war auf 25 Hiebe begrenzt. Auf dieses Maximum konnte jedoch nur die "Strafanstaltenkommission" erkennen. Die anderen Strafen waren nicht begrenzt. Jedoch konnte der Verwalter leichten Arrest und Fesselung nur bis zu vier Wochen, strengen Arrest nur bis zu 14 Tagen verhängen. Für höhere Strafen war die Strafanstaltenkommission zuständig. Die Willkür war jedoch nicht ganz aufgehoben, denn jedem Aufseher war es erlaubt, zur Erhaltung seines persönlichen Ansehens und zur augenblicklichen Wiederherstellung der Ordnung widerspenstigen oder unverschämten Gefangenen mit einem dünnen spanischen Röhrchen vier bis fünf Hiebe auf den Rücken (Fanghiebe) zu geben.⁷⁸⁾ Die Disziplinarstrafen im Arbeitshaus waren die gleichen.⁷⁹⁾ Bei Festungsstrafe und Polizeihausstrafe fallen Fesselung und körperliche Züchtigung, aber auch die Fanghiebe weg.⁸⁰⁾

In der Freiburger Arbeitshausordnung von 1830 (? spätestens 1837)⁸¹⁾ tauchte auch schon die strafweise Versetzung in ein anderes Arbeitshaus auf. Wenn nämlich die Strafen der Kostschmälerung, der strengeren Arbeit, des Abzuges von Guthaben oder der "Einhürmung" wirkungslos bleiben sollten, konnte höheren Orts der Antrag auf Verbringung des Gefangenen nach Pforzheim gestellt werden.

76) Martens, aaO., S. 41.

77) Vgl. dazu Wächter, Straforten und Strafanstalten S. 84.

78) Was Wächter, aaO., sehr missbilligte.

79) Wächter, aaO., S. 94, 98.

80) Wächter, S. 105, 123.

81) Saam, aaO., S. 97.

Auch die Görlitzer Hausordnung von 1835⁸²⁾ kannte eine Einstufung des Gefangenen aus disziplinarischen Gründen. Der Direktor hatte das Recht, "alljährlich bei Gelegenheit Sr. Königlichen Majestät Geburtsfestes" gute Gefangene in eine höhere Klasse, faule und unverträgliche Gefangene in eine schlechtere Klasse zu versetzen.

b) Das Rawiczer Reglement von 1835.

Vorbildlich und beispielhaft für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts war jedoch das Reglement für die Strafanstalt zu Rawicz vom 4.11.1835.^{82a)} Es ist wohl auch das bedeutendste Dokument des Strafvollzuges jener Zeit überhaupt. Es bringt ausführliche Regelungen und Instruktionen für alle Beamten und Dienste. Allein die Hausordnung umfasst 164 Paragraphen. Ausserdem waren noch die Tagesordnung und die ausführliche Polizei-Ordnung für die Schlafsäle von grosser Bedeutung für das Disziplinarwesen. Die Hausordnung bringt in elf Paragraphen Disziplinarbestimmungen. Danach stand die Strafgewalt dem Direktor allein zu. Die anderen Beamten durften die Sträflinge weder mit Stossen oder Schlagen, noch mit Schimpfworten und Bitterkeiten misshandeln. Die Festsetzung der Strafen sollte nach den Umständen mit Rücksicht auf die Eigentümlichkeit des Sträflings erfolgen. Bei den Sträflingen der besseren Klasse waren erst die gelinderen Strafen anzuwenden. Der § 79 nennt die zulässigen Strafen:

"Der Direktor kann folgende Strafen festsetzen und vollstrecken lassen:

- 1.) Versetzung in die zweite oder die Klasse der schlechteren Sträflinge;
- 2.) Entziehung der Disposition über die Zulage vom Überverdienst bis auf drei Monate;
- 3.) Einsame Einsperrung in die besonderen Disciplinar-Strafgelesse der Anstalt bis auf 14 Tage, welche Entziehung des Tageslichts, der Arbeit, der warmen Kost von drei zu drei Tagen, so daß der Gefangene drei Tage Wasser und Brot und bloß am vierten Tage die gewöhnliche Kost erhält, und durch Detention in

82) Saam, S. 102.

82a) Reglement für die Strafanstalt zu Rawicz v. 4.11.1835. Berlin 1868.

einer Kammer, deren Fussboden mit Latten belegt ist, verschärft werden kann.

In dem letzten Falle wird dem Gefangenen keine Lagerstätte, also weder Bettstelle noch Strohsack oder Kopfkissen verabreicht. Wird dieser Arrest über drei Tage ausgedehnt, so erhält der Gefangene am vierten Tage den Genuss der warmen Kost, des Tageslichts und einer Lagerstätte; und so wird bei längerer Dauer des Arrestes, die ebenfalls auf 14 Tage beschränkt bleibt, fortgefahren;

4.) Entziehung des Fleisches und des Bieres an einem Festtage;

5.) Körperliche Züchtigung bis zu 30 Streichen.

Die Verbindung zweier verschiedener Strafarten ist nicht zulässig."

Sollten härtere Strafen erforderlich sein, dann musste eine schriftliche Verhandlung erfolgen, und ein Antrag bei der Regierung gestellt werden. Diese konnte dann die angegebenen Strafmasse verdoppeln. Die körperliche Züchtigung wurde mit einer Peitsche auf das Gesäss vollzogen. Der Sträfling wurde dazu auf einer Maschine (Bock) befestigt. Auch gegen Frauen war die Prügelstrafe noch zulässig. Erst durch Rescript vom 30.4.1867 wurde sie für Frauen abgeschafft.⁸³⁾ Es waren allerdings besondere Schutzbestimmungen getroffen.

Von grosser Bedeutung war auch, dass eine Strafliste geführt werden musste und ein Verzeichnis aller verhängten Disziplinarstrafen jeden Monat der Regierung in Posen vorzulegen war.

Durch Rescript von 1836 wurde als neues Strafmittel die Zwangsjacke eingeführt.⁸⁴⁾ Rescripte von 1824 und 1838 sahen auf Wunsch des Königs die körperliche Züchtigung nur noch gegen Angehörige der untersten Volksklasse vor, nicht mehr gegen Personen höheren Standes.

- c) Der Reformator Obermaier, der Kampf gegen die Prügelstrafe und ihr Ersatz durch andere harte Disziplinarstrafen.

83) Reglement, S. 125.

84) Reglement, S. 127

Am Anfang des 19. Jahrhunderts begann ein scharfer Kampf gegen die Prügelstrafe. Ganz entschieden für eine humane Behandlung setzte sich ein so hervorragender Mann wie der Direktor des Zuchthauses München, Obermaier, ein: Dort, wo die Ordnung in der Strafanstalt noch mit der Peitsche aufrechterhalten werden müsse, herrsche noch soviel Roheit, dass eine gründliche Besserung der Gefangenen nicht Eingang finden könne.⁸⁵⁾ In seiner Anstalt dürfe weder eine unmenschliche, noch eine entehrende und herabwürdigende Strafe eingeführt oder angewandt werden, weil er selbst in dem grössten Verbrecher den Menschen geachtet wissen will.⁸⁶⁾ Als geeignete Disziplinarstrafen schlägt er vor:⁸⁷⁾

- 1.) Zurechtweisung;
- 2.) Nacharbeiten während der gewöhnlichen Ruhestunden;
- 3.) Abzug der warmen Kost in angemessenen Zwischenräumen, ganz oder theilweise, mit oder ohne einsames Einsperren;
- 4.) einsames Einsperren bis zu 14 Tagen in ein dunkles Gemach, mit Schliessen an Händen und Füssen von Dauer bis zu drei Stunden und Kostabzug, jedoch beides in angemessenen Zwischenräumen;
- 5.) einsames Einsperren in ein dunkles Gemach bis zu 20 Tagen, mit Schliessen an Händen und Füssen, anhaltend nicht länger als sechs Stunden und Kostabzug in angemessenen Zwischenräumen."

Der Erfolg Obermaiers in seiner Anstalt bestätigte zwar die Richtigkeit seiner Ansichten, und die Stimmen gegen die Prügelstrafe mehrten sich, in der Praxis blieb jedoch sein Vorgehen in Deutschland fest allein, wohl hauptsächlich deshalb, weil Obermaiers System in erster Linie auf seiner überaus starken Persönlichkeit aufbaute. Der Kampf gegen die Prügelstrafe wurde jedoch mit Heftigkeit weitergeführt. Sie galt als das Symbol der Grausamkeit und Willkür. Der Stärkste Widerstand kam allerdings von den Strafvollzugsbehörden. Sie befürchteten, dass es in den Anstalten leicht zu einem Chaos kommen könnte,

85) Obermaier, Die amerikanischen Pönitentiarsysteme, S. 10.

86) Obermaier, Anleitung, S. 119.

87) Obermaier, Anleitung, S. 123.

wenn nicht harte Strafen zur Verfügung stünden. Als 1831 in Baden durch Gesetz die Prügelstrafe abgeschafft wurde⁸⁸⁾, war man bemüht, einen Ersatz dafür zu finden. Die Verwaltung des Mannheimer Zuchthauses schrieb 1834 an die Regierung: "Die körperliche Züchtigung ist abgeschafft worden, allein wir fragen vergebens, welche wirksame Strafe an ihre Stelle trete; Krummschliessen, schmale Kost; Dunkelarrest, philanthropisch zugemessen, sind keine Strafübel, welche den Auswurf der bürgerlichen Gesellschaft im Sturm der Leidenschaft von einem strafwürdigen Beginnen, wozu ihm freie Macht gegeben ist, abhalten können."⁸⁹⁾ In Mannheim hatte es zuvor mehrere Meutereien gegeben.

Die Verwaltung von Bruchsal schlug als Ersatz vor: Geldstrafe (vom Arbeitsverdienst), einsames Gefängnis, Dunkelarrest, Hungerkost, Verlängerung der Strafzeit, Rückstufung, Zwangsstuhl, Krummschliessen, Kettentragen, und unter Umständen sogar die Tretmühle. Durch Erlass wurde 1832 in Baden in sämtlichen Strafanstalten der Strafstuhl als Disziplinarmittel eingeführt.⁹⁰⁾ Die Badische Hausordnung für die Strafanstalten von 1841⁹¹⁾ zählt als zulässige Hausstrafen auf: "Verweis, Entziehung von Bequemlichkeiten und Vergünstigungen, Kostabzug, Hungerkost, einsame Einsperrung, Dunkelarrest und für die Zuchthaussträflinge Anlegung von Ketten und Anbinden an den Strafstuhl."

Die Prügelstrafe wurde also durch nicht minder grausame Strafen abgelöst. Ihr Erbe traten fast überall nach und nach der Zwangsstuhl und der Lattenarrest an.

In den meisten deutschen Ländern blieb die Prügelstrafe jedoch noch neben den neuen Strafmitte~~n~~ des Zwangsstuhles und des Lattenarrestes bestehen. Von Vielen wurde sie als Disziplinarmittel für unentbehrlich gehalten.⁹²⁾

Der Zwangsstuhl ist ein massiver Holzstuhl mit einer Lehne, an den der Gefangene in sitzender Stellung so angebunden wird, dass er zwar nicht direkt Schmerzen verspürt,

88) Veith, aaO., S. 32.

89) Veith, S. 30.

90) Veith, S. 33.

91) Saam, aaO., S. 105.

92) Z.B. von Fischer, aaO., S. 30 und S. 153 ff.

sich aber auch nicht bewegen kann, da er vom Hals - später Brust - bis zu den Füßen an den Stuhl angeschnallt ist. Dies dauert bis zu sechs Stunden, wenn nötig, wird nach halbtägiger Unterbrechung der Gefangene wiederum sechs Stunden angeschnallt. Er ist gezwungen, unbeweglich zu sitzen, was äusserst lästig und unbequem ist, da das Bedürfnis, sich zu recken und zu dehnen, ausserordentlich in Erscheinung tritt. Der Vollzug erfolgt in einer völlig dunklen Zelle. Diese Strafe ist von empfindlicher Härte und besitzt eine starke moralische Wirkung. Sie war sehr gefürchtet, schon ihre blossе Drohung hatte oft Erfolg.⁹³⁾

Der Lattenarrest, auch kurz "Latten" genannt, war eine raffinierte Quälerei, eine Körper und Geist zermalmende Strafe.⁹⁴⁾ Der Gefangene wird in eine leere und völlig dunkle Zelle eingesperrt, die gewöhnlich im Kellergeschoss gelegen ist und deren Fussboden (teilweise auch die Wände z.B. in Sachsen) aus in geringer Entfernung voneinander angebrachten dreikantigen Latten besteht. Als Bekleidung besitzt er einen besonderen Drillichanzug, der in einem Stück aus Jacke, Hose und Strümpfen gefertigt ist und hinten längs des Rückens zugeschnürt wird. Einen Strohsack erhält er nur an jedem vierten Tag. Die Toilette ist oben mit spitzen Eisen versehen. Der damit Bestrafte konnte also nicht ruhig stehen, sitzen oder liegen, sondern war gezwungen, seine Stellung laufend zu verändern. Trotzdem wurde sein Körper nach und nach völlig mit Schwielen bedeckt.

d) Disziplinarstrafen auf gesetzlicher Grundlage.

1839 wurden in Deutschland erstmals die Disziplinar-massnahmen der Vollzugsanstalten in einem Gesetz geregelt. Das StGB für das Königreich Württemberg vom 1.3.1839⁹⁵⁾ erklärt in Art. 39 Disziplinarstrafen für zulässig; in Art. 40 werden folgende Disziplinarstrafen aufgezählt:

- "1.) Schmale Kost, bestehend in Wasser und Brod je um den anderen Tag, jedoch nicht länger als acht Tage.
- 2.) Einsame Einsperrung, ununterbrochen auf nicht länger

93) Veith, S. 34

94) Baer, aaO., S. 185.

95) Stenglein, aaO.

als 14 Tage. (Gegen Zuchthaus- und Arbeitshaus Gefangene bis zu zwei Monaten).

3.) Dunkelarrest bis zu acht Tagen.

4.) Anlegung von Fesseln.

5.) Körperliche Züchtigung."

Nach Art. 41 bestand die körperliche Züchtigung aus 25 Hieben. Der Vorsteher durfte nur bis zu 15 verhängen.

Auch Baden traf eine gesetzliche Regelung der Disziplinar-massnahmen im StGB für das Grossherzogtum Baden vom 6.3.1845.⁹⁶⁾ Die Strafen waren die gleichen wie die der Hausordnung von 1841.

2.) Nach 1850.

a) Die Einführung von Verfahrensvorschriften und andere Veränderungen.

Baden richtete 1851 in den Kreisgefängnissen einen Aufsichtsrat ein, der die Disziplinarstrafbefugnis hatte und aus einem Beamten, dem Arzt und dem Geistlichen, sowie aus zwei nichtbeamteten Staatsbürgern bestand. Gegen die vom Aufsichtsrat verhängten Disziplinarstrafen war ein Rekurs an das Justizministerium zulässig, der jedoch keine aufschiebende Wirkung hatte.⁹⁷⁾

Allmählich traten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wesentliche Milderungen der Disziplinarstrafen ein. Vor allem hatte schon vorher die Einführung des Stufenstrafvollzuges eine erhebliche Milderung und Neuerung der Disziplinarstrafen gebracht. Beschwerden gegen Disziplinarstrafen wurden ganz allgemein zulässig. Es traten jedoch auch wieder Rückschritte ein. So wurden z.B. in Baden nach dem Bericht einer Kommission aus dem Jahre 1878:

"Verwaltungsrat, Vorstand und Hausgeistliche sind sich darin einig, dass gegen die in derselben (der Anstalt) sich kundgebende Entartung, Rohheit und Unbotmässigkeit nur durch Vermehrung und Verschärfung der Disziplinar-mittel aufzukommen sei" der Zwangsstuhl und der Dunkelarrest im Arbeitshaus wieder eingeführt, nachdem sie vorher schon abgeschafft wurden.⁹⁸⁾

Von grosser Bedeutung war in dieser Zeit auch der

96) Bei Stenglein, aaO.

97) Veith, S. 39.

98) Veith, S. 42.

Versuch ein deutsches Strafvollzugsgesetz zu schaffen. Am 1. März 1879 wurde dem Bundesrat der erste Entwurf der Grundsätze mit 44 Paragraphen vorgelegt. Damit wäre eine Vereinheitlichung des Strafvollzuges in Deutschland erreicht und der Vollzug auf eine gesetzliche Grundlage gestellt worden. Leider führten die Bemühungen nicht zum Erfolg.

b) Die Abschaffung der Prügelstrafe in den Gefängnissen.

Die Prügelstrafe wurde jetzt auch von einem grossen Teil der Strafvollzugsbeamten bekämpft. Wohl am entschiedensten wendete sich der Strafanstaltsdirektor Wirth gegen eine solche Form der Bestrafung. Seine etwas sehr drastische Schilderung einer Exekution der Prügelstrafe wurde von Vielen als starkes Argument gegen die Prügelstrafe aufgenommen: "Werden die Hiebe mit dem Stock oder Peitsche ordonnanzmässig aufgezählt, so müssen sich nach jedem Hieb auf dem getroffenen Körperteil geschwollene, blutunterlaufene Striemen bilden, beim 5. Hieb muss in der Regel die angespannte Haut platzen, die wiederholt getroffenen Stellen also bluten! Jeder nachfolgende Hieb klatscht in die blutige Masse !! Nun dazu das vor Aufregung bis zur Apoplexie geröthete oder vor Entsetzen todtenbleiche, schmerzverzerrte Gesicht des auf den Fuchs geschnallten Uebelthäters, sein markerschütterndes Geschrei bei jedem Hiebe, sein Aechzen, Stöhnen, Bitten um Gnade oder auch sein Fluchen und die grässlichsten Verwünschungen seiner Peiniger!"⁹⁹⁾ In den Gefängnissen wurde dann auch die Prügelstrafe abgeschafft. Dagegen blieb sie in den Zuchthäusern noch weiterhin zulässig.

c) Das preußische Reglement von 1881.

In den einzelnen Disziplinarregelungen fanden sich jetzt auch Bestimmungen, die das Verfahren regelten. So bestimmte z.B. das Reglement für die Gefängnisse der Justizverwaltung in Preußen von 1881, dass der Gefangene in einem Disziplinarverfahren gehört werden musste. Das gleiche Reglement nennt in § 55 als zulässige Disziplinarstrafen:

99) BlfGefK 21, S. 271.

- 1.) Verweis.
- 2.) Entziehung der Erlaubnis, über das Guthaben aus dem Arbeitsverdienste zum Zwecke des Ankaufs von Zusatznahrungsmitteln zu verfügen, bis auf die Dauer von zwei Monaten.
- 3.) Einziehung des vorhandenen Guthabens aus dem Arbeitsverdienste bis auf Höhe des in einem Zeitraum von zwei Monaten angesammelten Betrages.
- 4.) Entziehung der Bewegung im Freien bis auf höchstens acht Tage, der Lektüre bis auf 14 Tage.
- 5.) Bei Einzelhaft: Entziehung der Arbeit unter gleichzeitiger Entziehung der Lektüre bis auf höchstens acht Tage.
- 6.) Kostschmälerung, welche bestehen kann:
 - a) in der Entziehung der Brotportion zum Frühstück-, Mittag- oder Abendessen,
 - b) in Entziehung der Frühstück-, Mittags- oder Abendsuppe,
 - c) Entziehung der Fleischportion zu a) und b) bis auf die Dauer von 14 Tagen,
 - d) in Beschränkung der Kost auf Wasser und Brot je um den anderen Tag bis auf die Dauer von acht Tagen.
- 7.) Arrest bis zu einem Monat, der geschärft werden kann, durch: Entzug des Bettlagers, Verdunkelung und Kostschmälerung.

Körperliche Züchtigung und Lattenstrafe waren also ausgeschlossen. Ebenso waren auch Fesselung, Zwangsjacke und Zwangsstuhl nicht als Disziplinarstrafen, sondern nur noch als Bändigungs- und Beruhigungsmittel zugelassen. Nach Jagemann¹⁰⁰⁾ wurden aber teilweise noch Ketten bis zu 2 kg Gewicht zur Strafe auf eine Dauer bis zu drei Monaten angelegt. Nach ihm gab es auch noch sehr verschiedene Arten von Fesselungen: Ketten von Arm zu Arm, Fuß zu Fuß, Arm zu Fuß gerade oder übers Kreuz, am Fuß mit Kugel oder Klotz, Beineisen, Kurzschliessen, eiserne Hosenträger, Zwangsjacke, Strafstuhl und Anschliessen an die Wand oder an eine Ecke.

100) aaO., S. 93

d) Die Strafen von der Jahrhundertwende
bis zum Ersten Weltkrieg.

Die Preußische Gefängnisordnung von 1898¹⁰¹⁾ brachte ausführliche Bestimmungen über das Disziplinarverfahren. Über alle verhängten Strafen musste ein Strafbuch geführt werden. Die Strafen waren im wesentlichen die gleichen wie 1881. Ende des 19. Jahrhunderts gab es die Prügelstrafe noch in den Zuchthäusern in Preußen, Sachsen, Mecklenburg, Rudolstadt, Hamburg und Lübeck.¹⁰²⁾

Auch nach dem Jahre 1900 bestand die Prügelstrafe in den Zuchthäusern einiger Länder als Disziplinarmassnahme fort. In Preußen brachte die Dienstordnung von 1902 genaue Ausführungsbestimmungen: "Körperliche Züchtigung bis zu 30 Hieben. Dieselbe darf nur gegen männliche Zuchthausgefangene, die sich tätlich an einem Beamten, einem Arbeitsunternehmer oder deren Bediensteten vergriffen haben, zur Anwendung gebracht werden. Sie ist in der Weise zu vollziehen, dass der Gefangene mit Hemd und Drillichhose bekleidet über einen Bock gelegt und mit den Händen und Füßen derart festgeschnallt wird, dass die Haut des Gesässes straff gespannt ist. Die Hiebe werden mit einer Lederpeitsche von 50 cm Länge und ca. 2 cm Umfang an einem kurzen Stiele von einem dazu bestimmten Aufseher auf das Gesäss verabreicht. Die Hiebe sind in rascher, ununterbrochener Folge auszuführen....."¹⁰³⁾ Erst mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges wurde in Deutschland die Prügelstrafe endgültig und in allen Vollzugsanstalten abgeschafft.

e) Auszug aus der Statistik.

Zum Abschluss dieser Strafvollzugsperiode in Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg seien ausnahmsweise einige Zahlen genannt, die einen, wenn auch nur bruchstückhaften, so doch eindrucksvollen Überblick über die in den 28 preußischen Zuchthäusern verhängten Strafen geben sollen.

In den Jahren 1885/86 wurden dort 43 % aller Gefangenen disziplinarisch bestraft. Diese Zahl gibt den damaligen

101) Bei Klein, aaO., S. 13 ff.

102) v. Jagemann, aaO., S. 94.

103) Veith, S. 75

Normalzustand wieder. Die Strafen bestanden 1868 zu 46 % aus Arrest, 16,4% aus Lattenarrest und 2,1% aus Prügel. Bis 1880 steigerte sich der Anteil der Arreststrafen auf 70%, während der Lattenarrest und die Prügelstrafe auf je 1% zurückgingen. Danach verminderte sich auch der Anteil des Arrestes auf 50% und darunter, Lattenarrest und Prügel auf weniger als je 1/2 %. In einzelnen Zuchthäusern wie z.B. Fordon, Delitzsch, Rawicz und Lüneburg waren in mehreren Jahren 100% aller Disziplinarstrafen Arreststrafen. Noch 1879 betrug der Prozentsatz der Arreststrafen in 11 Anstalten über 90%.

In Werden waren 1869 46,2% aller Strafen Lattenarrest, in Fordon sogar 53%. Ab 1870 nahm jedoch der Anteil der Lattenstrafe ganz erheblich ab.¹⁰⁴⁾ Preußen dürfte mit der Härte der Strafen in Deutschland wohl an der Spitze gestanden haben. In Bruchsal kamen 1877 demgegenüber auf 100 Gefangene 40 Strafen, wobei die Hungerkost den Hauptanteil hat.¹⁰⁵⁾ Strafstuhl wurde ausserordentlich selten verhängt; meist nur vier bis fünf mal im Jahre.

Um die Jahrhundertwende wurden für die preußischen Männerzuchthäuser folgende Zahlen genannt: 1894 bei 21 652 Gefangenen über 24 000 Disziplinarstrafen; 1900 bei 19 880 Gefangenen über 17 000 Disziplinarstrafen. In diesen wenigen Zahlen ist wohl deutlich der erhebliche Fortschritt innerhalb dieser 10 Jahre zu erkennen. Für die Männergefängnisse sehen diese Zahlen noch günstiger aus:

1894

bei 43 818 Gefangenen über 16 000 Strafen

1900

bei 46 284 Gefangenen über 15 000 Strafen und

1907

bei 44 118 Gefangenen nur noch 3 643 Disziplinarstrafen, von denen nur 1 347 Arreststrafen waren.¹⁰⁶⁾

3.) Die Entwicklung im Ausland.

a) In den europäischen Staaten.

Im Ausland verlief die Entwicklung ganz ähnlich. In

¹⁰⁴⁾ Vgl. dazu näher die statistischen Angaben bei v.Koblinski, aaO, S. 1313 ff.

¹⁰⁵⁾ Veith, S. 69.

¹⁰⁶⁾ Vgl. dazu Pollitz, aaO. S. 102.

Österreich wurde schon 1842 ein Disziplinarrat als Schutz gegen eine eventuelle Willkür eingeführt.¹⁰⁷⁾ Der Kampf gegen die Prügelstrafe führte schon 1848 zum Erfolg. Sie wurde abgeschafft, jedoch schon 1852 für bestimmte Fälle wieder eingeführt.¹⁰⁸⁾

Eine Verordnung des Ministeriums des Innern über die Disziplinarstrafgewalt von 1860 nennt folgende Strafen:¹⁰⁹⁾ Verweis, schwere Arbeit, Entzug von Vergünstigungen, Fasten, Krummschliessen, hartes Lager, Einzelhaft, Dunkelhaft, Rückstufung und körperliche Züchtigung (nicht über 20 Hiebe). Ausserdem gab es auch die Anlegung von schweren Ketten, Spring- und Schliesseisen, Gurten mit Anketten an die Erde oder an die Mauer. Ein Beschwerderecht bestand nicht. Endgültig wurde die Prügelstrafe in Österreich 1867 abgeschafft.¹¹⁰⁾ Ein beliebtes Strafmittel scheint in Österreich das Krummschliessen gewesen zu sein. 1875 wurden in den österreichischen Strafanstalten 29 727 Stunden Krummschliessen verhängt.¹¹¹⁾ 1894 waren es über 34 000 Stunden.¹¹²⁾ Auch Fesseln wurden nicht selten angewandt (1894 über 9 000 Tage). Die Fesseln bestanden aus Ketten bis zu 2,24 kg Schwere. Es gab einfache und doppelte, Fußeisen und Fußschellen.¹¹³⁾

In der Schweiz wurde 1871 eine Bestimmung in die Bundesverfassung aufgenommen, nach der körperliche Strafen untersagt waren. Demzufolge wurde sie auch danach in den Kantonen verboten, welche sie bisher noch nicht abgeschafft hatten. Nur in Basel-Land und Nidwalden bestand die Prügelstrafe noch bis 1905- ein Zustand, der also verfassungswidrig war. Als Überreste mittelalterlicher Ehrenstrafen gab es in Nidwalden das Anlegen eines Schnabels und für weibliche Sträflinge das Abschneiden der Haare. Beide Strafen wurden jedoch um 1900 nicht mehr angewandt.¹¹⁴⁾

107) v. Wirth, aaO., S. 37.

108) Hoegel, aaO., S. 47.

109) Hoegel, S. 66 ff.

110) v. Jagemann, aaO., S. 94.

111) Vgl. dazu und über andere verhängte Disziplinarstrafen die Statistische Übersicht der Verhältnisse der kk österreichischen Strafanstalten 1875.

112) Marcovich, aaO., Tafel IX; dort auch noch andere Strafen.

113) Leitmaier, aaO., S. 282.

114) Häberli, aaO., S. 37.

Von den irischen Zwischenanstalten (die höchste Stufe im Strafvollzug) berichtet 1859 v.Holtzendorff,¹¹⁵⁾ dass in ihnen keinerlei Disziplinarstrafen vollzogen wurden. Jede Zuwiderhandlung gegen die Hausordnung wurde durch Zurückversetzung geahndet.

Die Prügelstrafe existierte Ende des 19. Jahrhunderts ausserhalb Deutschlands noch in Dänemark, Norwegen, Schweden, Russland, Großbritannien, einem Teil der Schweiz, USA und den französischen Kolonien.¹¹⁶⁾ In Dänemark wurde z.B. im Jahre 1868 die Prügelstrafe noch 68 mal gegen Frauen verhängt.¹¹⁷⁾

In Frankreich gab es zwar keine Prügelstrafe mehr, die Gefangenen wurden jedoch auf andere Weise gequält, nämlich durch das cachot double boucle und den salle de discipline.¹¹⁸⁾ 1842 wurden in einem Zentralgefängnis mit 1 200 Insassen allein über 10 000 Disziplinarstrafen wegen Bruchs des Stillschweigens verhängt.¹¹⁹⁾ La double boucle ist eine Eisenstange mit einem Eisenring an jedem Ende. In diese Ringe werden die Beine des Gefangenen geschlossen, so dass er in sitzender Stellung verbleiben muss. Die Fesselung wird im cachot durchgeführt und kann bis zu drei Nächten dauern.¹²⁰⁾ Die zu "salle de discipline" verurteilten Gefangenen sind in einem Raum unter ständiger Beobachtung eines oder mehrerer Beamter zusammengefasst. Sie marschieren darin in Holzschuhen im Gleichschritt und in einer Reihe von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang herum. Der Marsch wird jede halbe Stunde von einer viertelstündigen Ruhepause unterbrochen, während der die Gefangenen in entsprechendem Abstand voneinander auf Holz- oder Steinwürfeln, die Hände auf den Knien, sitzen. Die Mahlzeiten werden während dieser Pausen eingenommen. Die ganze Zeit über herrscht absolutes Stillschweigen. Die Ernährung besteht aus Suppe und Brot. Diese Strafe konnte bis zu einer Dauer von 90 Tagen verhängt werden. Im Dekret vom

115) aaO., S. 81.

116) v.Jagemann, aaO., S. 94.

117) RRGesK 4, S. 562.

118) Korn, aaO., S. 40.

119) v.Würth, aaO. S. 29.

120) Korn, aaO., S. 39.

2.5.1876 wird bestätigt, dass diese Strafe sehr gefürchtet war, weil sie zu einer völligen geistigen und körperlichen Erschöpfung des Gefangenen führte. Allerdings ist diese Massnahme niemals gegen Frauen angewandt worden.¹²¹⁾

Harte Strafen wurden auch in den französischen Bagnos gegen die Galeerensträflinge ausgesprochen: Dunkelarrest, schwere Eisen und Prügel mit einem geteerten Seil auf den Rücken.¹²²⁾

In Russland gab es für die Katorga-Sträflinge ausser der Knute auch die Ankettung an die Schubkarren in den Bergwerken. Die Gefangenen wurden zum Teil so eng an die Bergwerkskarren gekettet, dass sie nur wenig Bewegung hatten und sich weder setzen noch legen konnten.¹²³⁾

b) In Übersee.

Eine besondere Disziplinarstrafe war auch das Pingo-Tragen in Ceylon, das bis zu 6 Monaten verhängt werden konnte. Der Pingo ist eine Bambusstange, die über die Schultern getragen wird und an deren beiden Enden Gewichte von je 20 Pfund hängen. Damit gehen die Gefangenen in flottem Tempo (zwei engl. Meilen pro Stunde) täglich acht Stunden an einem Seil in bestimmten Abständen um eine Bretterwand herum. Nach sechs Runden wird kehrt gemacht. Faulenzen ist nicht möglich, der Gefangene müsste dann schon aus der Reihe treten oder den Pingo hinwerfen. An der Zwischenwand ist ein Zählrad angebracht, das von einer Stange am Pingo eines Gefangenen weitergedreht wird, damit der Aufseher die Runden nicht zu zählen braucht.¹²⁴⁾

In den USA wurde durch das Auburn'sche System auch die Prügelstrafe dort wieder eingeführt, wo sie von den Quäkern schon abgeschafft worden war,¹²⁵⁾ weil das strenge Stillschweigen nur von rücksichtslosen Aufsehern durch Peitschenhiebe aufrecht erhalten werden konnte. Besonders berüchtigt war der brutale Direktor Elam Lynds, der Er-

121) Artikel 45 des Dekrets vom 4.9.1891, der den Disziplinarsaal regelt, ist abgedruckt bei Korn, und Mossé in Recueil IV S. 239.

122) v. Würth, aaO., S. 24.

123) Korn, aaO., S. 106.

124) Rosenfeld, aaO., S. 20 ff.

125) Foltin, aaO., S. 149.

bauer von Sing Sing. Unter seiner Herrschaft gab es in Auburn bis 1847 Fußketten, Eisenkugeln und viele andere Martern, wie z.B. die Spanische Krippe, die den Gefangenen zum Krüppel machte. Die Peitsche wurde in einem unvorstellbaren Ausmass gebraucht. In einer Woche wurden etwa 6 000 Hiebe ausgeteilt. Viele Gefangene starben daran. Als erstes Opfer wurde eine Frau zu Tode geprügelt. Sein politischer Einfluss ermöglichte es Lynds, immer wieder in ein anderes Gefängnis zu kommen. 28 Jahre lang konnte er seinen Sadismus austoben, bis er endlich unter dem Druck der öffentlichen Meinung zurücktreten musste.¹²⁶⁾ In Sing Sing wurde dem Gefangenen, weil Prügel auf den nackten Rücken verboten war, teilweise ein dünnes mit Salzwasser getränktes Hemd übergezogen. Als später die Prügelstrafe in einigen Staaten aufgehoben wurde, traten schmerzhaft Fesselungen als vollwertiger Ersatz an ihre Stelle.¹²⁷⁾

c) Die grausamen Disziplinarstrafen in den Strafkolonien.

Besonders grausame Disziplinarstrafen gab es in diesem Zeitabschnitt in den verschiedenen Strafkolonien. In Cayenne gab es bis zu 100 Peitschenhiebe, daneben auch Daumenschrauben, die angezogen wurden, bis das Blut unter den Nägeln hervorspritzte. Eine andere Strafe war der "Pfosten". Der Gefangene wurde dabei an einen starken Pfahl gebunden und mit Stricken allmählich zusammengepresst, bis er das Bewusstsein verlor. Diese Prozedur wurde täglich zweimal bis zu zwei Stunden in glühender Sonne vollzogen. Es wurden nie weniger als 60 Stunden Pfosten in einem Falle verhängt.¹²⁸⁾ Wagner¹²⁹⁾ schreibt, dass als Disziplinarstrafe bei Deportierten das Ankettan an eine Kugel von zwei bis sieben Pfund Gewicht ausgesprochen wurde. Und zwar für leichtere Vergehen bis zu 12 Monaten, bei Fluchtversuch oder auch Sachbeschädigung bis zu fünf Jahren. Bei neuerlichen Vergehen konnte diese Strafe auf zehn

126) Vgl. dazu Elliott, aaO., S. 592.

127) Foltin, aaO., S. 144.

128) Vgl. dazu Attibert, aaO., S. ff und S. 124.

129) aaO., S. 193.

Jahre verlängert werden. In Neukaledonien wurde noch bis zum Ersten Weltkrieg das "cachot noire" als Disziplinarstrafe verhängt. Das ist ein fensterloser Raum von drei Meter Länge und 1,25 Meter Breite. Nach 30 Tagen wurde der Gefangene für acht Tage in eine helle Zelle gebracht. Später gab es dann alle acht Tage einen Tag "local clair" mit einer Stunde Spaziergang. Die zulässige Höchstdauer betrug zwei Jahre. Die üblichen Fesselungen während der Nacht wurden im Jahre 1900 abgeschafft.¹³⁰⁾

Anlässlich einer Selbstverstümmelungsepidemie wurde für die Blinden eine Art Zirkus errichtet, in dem sie acht Stunden täglich Sandsäcke im Kreis tragen mussten. Die Einarmigen wurden vor Karren gespannt und für andere Verstümmelte ähnliche Strafen erdacht.¹³¹⁾

IV. Bemerkenswertes aus der Zeit von dem Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart.

1.) In Deutschland.

Für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bis heute soll kein Überblick über die gesamte Entwicklung gegeben werden, sondern es soll nur aufgezeigt werden, dass es in vielen Ländern noch Disziplinarstrafen gab und gibt, die in ihrer Art und Härte nicht in diese Zeit passen.

In Deutschland wurde nach dem Ersten Weltkrieg das Disziplinarrecht in wenigen Jahren auf den noch heute bestehenden Zustand gebracht. Die Disziplinarstrafen sind im wesentlichen noch die gleichen. Lediglich die Länge der Arreststrafen betrug zum Teil noch bis zu sechs Wochen. Eine Verkürzung auf vier Wochen bzw. 20 Tage trat dann erst nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Zu beachten ist auch der in den zwanziger Jahren unternommene Versuch zur Schaffung eines deutschen Strafvollzugsgesetzes. Der Entwurf wurde dazu im Jahre 1927 fertiggestellt. Ihm war das gleiche Los beschieden, wie dem Entwurf des Strafgesetzbuches. Er ist nie Gesetz geworden!

130) Heindl, aaO., S. 46.

131) Heindl, aaO., S. 42 f.

2.) Die Entwicklung im Ausland.

Interessanter für diese Zeit war die Entwicklung im Ausland. In vielen Ländern gab und gibt es noch Prügel und andere harte Strafen. Frankreich kannte immer noch den Disziplinarsaal, der sich bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt. 1923 wurde er noch in 2 042 Fällen verhängt.¹³²⁾

Holland beschränkte 1932 die allerdings nur noch in Leeuwarden zulässige Prügelstrafe von 50 auf 25 Hiebe.¹³³⁾ Erst im Jahre 1935 wurde sie durch die neue Vollzugsordnung zusammen mit dem Dunkelarrest abgeschafft.

In der Schweiz ist der Dunkelarrest noch heute zulässig. Auch das Krummschliessen ist z.Zt. in Basel-Stadt erlaubt. In einem Entwurf von 1956 zu einer neuen Hausordnung ist diese Strafe allerdings nicht mehr enthalten. Sie wurde 1925 zum letztenmal angewandt. Bis 1920 gab es auch dort noch eine sogenannte "Stehbar". Das ist ein enger Käfig von 40 x 60 cm und 2 Metern Höhe, in den der Gefangene eingesperrt wurde und sich also kaum rühren konnte.

Auch in Ungarn gab es bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges noch Dunkelarrest und Fesselung an Füßen oder Armen.¹³⁴⁾

Kanada schaffte die Prügelstrafe erst nach dem letzten Kriege ab.

Selbst in einem im Strafvollzug so fortschrittlichen Land wie Schweden gab es den Dunkelarrest noch bis 1933. Andererseits wurde aber auch hier 1946 das harte Lager als Disziplinarstrafe abgeschafft.

Besonders unterschiedliche Verhältnisse bestehen in den USA. Teilweise gibt es dort noch heute recht grausame Strafen. In Colorado gab es bis 1927 noch die Fußkette mit einer schweren Eisenkugel. Die Strafe wurde bis zu 90 Tagen verhängt, in Einzelfällen sogar bis zu acht Monaten. Die so bestraften Gefangenen trugen quer gestreifte Kleidung und hatten das Haar auf der halben Kopfseite geschoren. Im Winter durften sie ihre Zellen nur zu

132) Schirwindt, aaO.

133) MKrimpsych, 1932, S. 690.

134) Recueil IV, S. 343.

den Mahlzeiten verlassen, im Sommer mussten sie ihre Eisenkugel täglich acht Stunden in einem Schubkarren im Kreis herumfahren. Auch gab es "step-chains", eine Kette, mit der beide Füße verbunden sind und die das Gehen sehr erschwert. In Georgia wurden die "stocks" angewandt: In sitzender Haltung werden die Hände und Füße an den Gelenken in eine Bretterwand eingeklemmt. In vorgebeugter Haltung musste der Sträfling so manchmal sogar noch auf einem Holzscheit sitzen. Auch die Fesselung existierte in sehr vielfältiger Form. Die Gefangenen wurden an die Zellentür und die Wände gekettet oder zwischen zwei Türen gesperrt, so dass sie stehen mussten. Die Hungerstrafe wurde zum Teil sehr radikal durchgeführt. So betrug z.B. in Jolliet die tägliche Brotportion bei Wasser und Brot nur 1/9 kg. Dazu gab es einen Liter Wasser. Da die Gefangenen ihren Durst an der Spülung der Aborte löschten, wurden diese zugemauert. Noch 1929 gab es so enge Strafzellen, die nur ein Niederkauern gestatteten.¹³⁵⁾ Auch Cormick¹³⁶⁾ berichtet von solchen harten Strafen: 30 Tage Dunkelzelle, enge Strafzellen, (in vielen Anstalten ist auch das Tragen von gestreifter Kleidung eine Disziplinarstrafe) Disziplinarzelle von einem Jahr Dauer, kalte Duschen. Die Prügelstrafe bestand vor allem noch in den Südstaaten. Man brauchte den Gefangenen zur Arbeit, deshalb bekam er keine Arreststrafe, sondern wurde geprügelt oder nach der Arbeit krummgeschlossen. Es wurde ihm so während kurzer Zeit ein empfindliches Übel auferlegt. Bei Arbeitsverweigerung durfte sogar jeder Aufseher den Gefangenen sofort schlagen.¹³⁷⁾ Liepmann¹³⁸⁾ berichtet, dass in einer von ihm besuchten Jugendanstalt etwa 20 Züchtigungen im Monat vorkamen.

Noch 1939 gab es die körperliche Züchtigung in 26 Gefängnissen der USA. Die Höhe ging bis zu 25 Hieben. Weiter gab es zu dieser Zeit noch die Eisenkugel an der Kette, "Sweat box", "spread eagle" (fliegender Adler), "cage door", und kalte Dusche. Beim fliegenden Adler wird

135) Vgl. dazu Foltin, aaO., S. 142 ff.

136) aaO., S. 363, 291, 232, 242, 329, 590, 304 u. 602.

137) Vgl. Foltin, aaO., S. 150 und S. 42.

138) aaO., S. 46.

der Gefangene mit möglichst weit gespreizten Armen und Beinen festgebunden.¹³⁹⁾ Auch heute gibt es in den USA noch körperliche Strafen. Erlaubt sind sie in Alabama, Colorado, Mississippi, Tennessee und Virginia. Sie bestehen im Auspeitschen oder Geisseln oder Stehen auf einem Fass oder Schemel für mehrere Stunden hintereinander. Körperliche Züchtigungen sind ebenfalls in Oklahoma, Nevada und Idaho gegen entsprungene Gefangene angewendet worden. In Kansas wird noch die sogenannte "hot-box" gebraucht. Die ist ein kleiner dunkler Metallraum, der durch eine Dampfheizung auf sehr hohe Temperatur gebracht werden kann. Die Hitze steigt solange, bis der Gefangene sich bereit erklärt, die Gefängnisordnung einzuhalten. Vor einigen Jahren sind an den Folgen einer solchen Prozedur einige Gefangene gestorben.¹⁴⁰⁾ In Texas kennt man als Disziplinarstrafe noch das Tragen von gestreifter Gefängniskleidung.

3. Die Richtlinien der Internationalen Strafrechts- und Gefängniscommission aus dem Jahre 1951 und die Grundsätze für die Gefangenenbehandlung des UNO-Gefängnis Kongresses in Genf 1955 als Grundlage für eine künftige Entwicklung.

Der Überblick über den letzten Zeitabschnitt, der in erster Linie nur Negatives und rückständige Strafen hervorhob, soll jedoch mit einem positiven Eindruck abschliessen, und einen hoffnungsvollen Ausblick in die künftige Entwicklung gewähren.

Im Jahre 1951 arbeitete die Internationale Strafrechts- und Gefängniscommission im Auftrage der Vereinten Nationen Mindestregeln für die Behandlung von Gefangenen aus,¹⁴¹⁾ nach denen sich die Gefangenenbehandlung in allen Staaten richten sollte. Sie enthielten auch Empfehlungen für das Disziplinarrecht.

139) Vgl. dazu Elliott, aaO., S. 654.

140) Elliott, aaO., S. 639.

141) Recueil XV, S. 457.

Der Gefängniskongress der Vereinten Nationen in Genf 1955¹⁴²⁾ hat diese Richtlinien vervollständigt und erweitert. Er stellte 95 Mindestgrundsätze für die Gefangenbehandlung auf.¹⁴³⁾ Die Grundsätze befassen sich mit allen Fragen des Vollzuges und dürften in der künftigen Entwicklung positiv und fruchtbar auf die Vollzugsbestimmungen aller Länder einwirken. Für das Disziplinarrecht werden darin folgende Richtlinien aufgestellt:

Disziplin und Strafen.

- 27) Disziplin und Ordnung sollen mit Festigkeit aufrechterhalten werden, jedoch nicht mit mehr Zwang, als für einen sicheren Gewahrsam und ein geordnetes Gemeinschaftsleben notwendig ist.
- 28) Kein Gefangener soll im Dienst einer Einrichtung tätig sein, die mit disziplinarischen Befugnissen ausgestattet ist.¹⁴⁴⁾
- 29) Durch Gesetz oder durch Verordnung der zuständigen Verwaltungsbehörde sollen immer festgelegt sein:
 - (a) Das Betragen, das einen Disziplinarverstoss begründet,
 - (b) Art und Dauer der Strafen, die auferlegt werden können,
 - (c) die zuständige Stelle, welche die Strafen verhängt.
- 30) Ein Gefangener soll nur in Übereinstimmung mit den festgelegten Regeln bestraft werden und niemals doppelt für einen Verstoss.

¹⁴²⁾ Ausführlicher Bericht in: First United Nations Congress on the Prevention of Crime and the Treatment of Offenders. Geneva, 22. August - 3. September 1955. Bericht des Sekretariats. Herausgegeben von den Vereinten Nationen. New York 1956. In französischer Sprache erschien der Bericht unter dem Titel: Premier Congrès des Nations Unies pour la Prévention du Crime et la Traitement des Délinquants. S. 73.

¹⁴³⁾ In englischer Sprache abgedruckt in dem Bericht First United Nations Congress, S. 67.

¹⁴⁴⁾ Dieser Grundsatz ist neu. Er stellt sich eindeutig gegen die Bestrebungen, die eine Beteiligung der Mitgefangenen bei disziplinarischen Bestrafungen vorsehen. Seine Aufstellung ist wahrscheinlich nicht unwesentlich auf die schlechten Erfahrungen der Länder zurückzuführen, die solche Einrichtungen kennen. Zu diesem Problem vgl. unten im vierten Teil, Beteiligung von Gefangenen am Disziplinarrecht.

Kein Gefangener soll bestraft werden, ohne dass er über den ihm zur Last gelegten Verstoß unterrichtet wurde und ihm ausreichende Gelegenheit zu seiner Verteidigung gegeben wurde. Die zuständige Stelle soll eine gründliche Untersuchung des Falles durchführen. Wenn nötig und ausführbar, soll dem Gefangenen zu seiner Verteidigung ein Dolmetscher zur Verfügung gestellt werden.

- 31) Körperliche Züchtigung, Dunkelzelle und alle grausamen, unmenschlichen oder herabwürdigenden Strafen sollen als Strafen für Disziplinarverstöße untersagt sein.
- 32) Einsame Einsperrung und Kostschmälerung sollen nicht vollzogen werden, ohne dass der Arzt den Gefangenen untersucht und schriftlich bescheinigt, dass dieser eine solche Strafe ohne Schädigung erdulden kann. Das Gleiche soll für jede andere Strafe gelten, welche die körperliche oder geistige Gesundheit des Gefangenen schädigen kann. In keinem Falle darf eine solche Bestrafung im Gegensatz zu den in Nr. 31 festgelegten Bestimmungen stehen oder von ihnen abweichen. Der Arzt soll einen Gefangenen, an dem eine solche Strafe vollzogen wird, täglich aufsuchen und den Direktor verständigen, wenn ihm die Beendigung der Strafe auf Grund des körperlichen oder geistigen Gesundheitszustandes für angebracht erscheint.

Zwangsmittel.

- 33) Zwangsmittel, wie Handfesseln, Ketten, Eisen und Zwangsjacken sollen nicht mehr als Strafen verhängt werden. Darüberhinaus sollen Ketten und Eisen nicht mehr zur Zwangsanwendung benutzt werden. Andere Zwangsmittel sollen nur bei folgenden Umständen benutzt werden:
- (a) Zur vorbeugenden Sicherheit gegen Flucht während eines Transportes, vorausgesetzt, dass die Fesseln entfernt werden, wenn der Gefangene vor einem Gericht oder einer Behörde erscheint,
 - (b) aus medizinischen Gründen auf Anordnung des Arztes,
 - (c) auf Anordnung des Direktors, wenn andere Mittel versagen, den Gefangenen vor Selbstverletzungen oder der Verletzung anderer oder von Sachbeschädigungen abzuhalten. In solchen Fällen soll

der Direktor den Arzt verständigen und einen Bericht an die übergeordnete Gefängnisbehörde erstatten.

- 34) Muster der Zwangsmittel und die Art und Weise ihrer Anwendung sollen von den oberen Gefängnisbehörden vorgeschrieben werden. Die Zwangsmittel dürfen nicht für längere Zeit angewandt werden, als es unbedingt notwendig ist.

Belehrungen und Beschwerden der Gefangenen.

- 35) Jeder Gefangene soll mit schriftlichen Informationen versehen werden, welche die Verwaltungsbestimmungen über die Behandlung der Gefangenen seiner Kategorie, die disziplinarischen Anforderungen der Anstalt, die die vorgeschriebene Art und Weise, Auskünfte einzuholen und Beschwerden einzureichen, und alle anderen Dinge enthalten müssen, die notwendig sind und ihn in die Lage versetzen, seine Pflichten und Rechte zu kennen und sich dem Leben in der Anstalt anzupassen. Ist ein Gefangener Analphabet, so sind ihm diese Informationen mündlich mitzuteilen.
- 36) Jeder Gefangene soll Gelegenheit haben, wöchentlich¹⁴⁵⁾ bei dem Direktor oder seinem Vertreter im Amt, Gesuche und Beschwerden anzubringen.

Es soll möglich sein, Gesuche und Beschwerden dem Gefängnisinspekteur während der Inspektion vorzutragen. Der Gefangene soll Gelegenheit haben, mit dem Gefängnisinspekteur oder einem anderen inspizierenden Vorgesetzten zu sprechen, ohne dass der Direktor oder andere Mitglieder des Anstaltspersonals zugegen sind.

Jedem Gefangenen soll erlaubt sein, schriftliche Gesuche und Beschwerden an die oberen Gefängnisbehörden, die Gerichtsbehörden oder andere Behörden, die Mitteilungen entgegennehmen, zu richten, wobei sich eine Kontrolle nur auf die zulässige Form, nicht jedoch auf den Inhalt erstrecken darf.¹⁴⁶⁾

145) Nach den Grundsätzen von 1951 sollte diese Möglichkeit noch täglich bestehen.

146) Der sog. verschlossene Brief.

Alle Gesuche und Beschwerden sollen, sofern sie nicht leichtfertig oder grundlos sind, sofort geprüft und ohne unnötige Verzögerung beantwortet werden.

Von Bedeutung erscheint auch noch eine Bestimmung, die unter der Frage "Verkehr mit der Aussenwelt" behandelt wurde. Sie enthält in erster Linie eine Rechtsgarantie, die man besser im Zusammenhang mit diesen gebracht hätte.

38) Gefangenen, die Ausländer sind, soll billigerweise erlaubt sein, mit der diplomatischen oder konsularischen Vertretung ihres Staates in Verbindung zu treten. Ausländern, deren Staaten keine diplomatische oder konsularische Vertretung besitzen, und Flüchtlingen oder Staatenlosen soll ohne Schwierigkeiten erlaubt sein, mit der diplomatischen Vertretung des Staates in Verbindung zu treten, der seine Interessen wahrnimmt oder mit jeder nationalen oder internationalen Behörde, deren Aufgabe es ist, solche Personen zu schützen.

In Deutschland ist fast allen diesen Punkten schon seit längerer Zeit in den Vollzugsordnungen der Länder Rechnung getragen. Für die Schaffung eines neuen deutschen Vollzugsgesetzes sollte jedoch beachtet werden, dass die Grundsätze des Strafrechts- und Gefängniskongresses der Vereinten Nationen nur Mindestanforderungen sind, die an einen Strafvollzug gestellt werden, und die sich vor allem nur an die auf diesem Gebiete rückständigen Länder wenden. Für Deutschland ist deshalb eine Neuordnung anzustreben, die über diese Mindestanforderungen hinausgeht und ihre fortschrittliche Entwicklung darstellt.

Dritter Teil

Das Disziplinarrecht in den
usländischen Vollzugsanstalten

D ä n e m a r k

I. Die Regelung der Disziplinarmassnahmen.

Das dänische Strafgesetzbuch von 1930 i.d.F. von 1939 (Stand vom 1. April 1953) bringt nicht nur grundlegende Bestimmungen über Disziplinarmassnahmen gegenüber Gefangenen, sondern legt selbst die zulässigen Massnahmen in den §§ 47 und 48 fest. Die Königl. Anordnungen über den Vollzug der einzelnen Straforten enthalten danach mehrerer Disziplinarbestimmungen. So z.B. die Königl. Anordnung vom 10. Mai 1947 betr. den Vollzug von Gefängnisstrafe im Staatsgefängnis (Kongelig Anordning af 10 maj 1947 angaaende Fuldbyrdelse af Faengselsstraf i Statsfaengsel (Nr. 369)). In den §§ 35 - 37, die fast den gleichen Inhalt wie die Bestimmungen des StGB haben, sind die Disziplinar-massnahmen geregelt.

II. Die zulässigen Disziplinarstrafen.

Wenn wegen besonderer Vergehen von Gefangenen nicht öffentliche Klage erhoben wird, können gegen Gefangene, die sich eines Bruchs der Ordnung und der Disziplin schuldig machen, ausser dem Verweis¹⁾ folgende Disziplinarstrafen verhängt werden:

1. Entziehung von Vergünstigungen, die nach den Vollzugsordnungen und Reglements den Gefangenen zustehen, die sich einwandfrei führen. Z.B. Versetzung in eine niedrigere Klasse.

2. Kostbeschränkung bis zu 15 Tagen; besteht diese darin, dass der Gefangene nur Wasser und Brot erhält, so kann sie nur bei über 18 Jahre alten Gefangenen angewandt werden und bei Gefangenen, die Haft verbüssen, nur bis zu 5 Tagen.

3. Arbeitsentziehung bis zu 14 Tagen.

4. Unterbringung in einer Strafzelle bis zu 60 Tagen, jedoch bei Gefangenen, die Gefängnis verbüssen bis zu 3 Monaten.

5. Entzug des Arbeitsverdienstes, jedoch nur gegen

1) Den das StGB nicht nennt, der also wohl mehr den Charakter einer Ermahnung als den einer Strafe hat.

Gefangene, die eine Gefängnisstrafe verbüßen.

Gegen Gefangene, die Haft verbüßen, gibt es noch

6. Entzug des Rechts der Selbstbeköstigung bis zu 30 Tagen.

Mehrere Disziplinarstrafen können nebeneinander verhängt werden.

Der Ausschluss von Vergünstigungen und der Entzug der Arbeitsvergütung dürfen im allgemeinen nicht für eine längere Dauer als 4 Monate erfolgen.

Kostbeschränkung darf nur angewendet werden, wenn auf Grund der eingeholten ärztlichen Erklärung anzunehmen ist, dass diese ohne Schaden für die körperliche und geistige Gesundheit des Gefangenen geschehen kann. Bei Wasser und Brot soll nach jedem 3. Tage eine Zwischenfrist von einem Tag ohne Kostbeschränkung eingelegt werden.

Die Zeit, die der Gefangene in der Strafzelle verbringt, wird auf die Verbüßung seiner kriminellen Strafe nicht angerechnet. Eine dadurch verursachte Verlängerung der Strafzeit darf ohne Zustimmung des Justizministeriums nicht ein Drittel, in keinem Falle jedoch die Hälfte der Strafzeit übersteigen.

Die Arbeitsbelohnungen können auch zum Ersatz von Schäden oder Ausgaben verwendet werden, für die der Gefangene sich während des Gefängnisaufenthalts durch vorsätzliche oder fahrlässige Beschädigung von Bauten, Inventar, Büchern, Werkzeug, Arbeitsmaterial und ähnlichem oder durch Entweichen verantwortlich gemacht hat. Den Entscheid darüber fällt der Anstaltsleiter nach Anhörung des Gefangenen.²⁾

III. Andere Zwangsmittel.

§ 48 des StGB bestimmt: "Zwangsjacken, Fesseln, Unterbringung in einer Sicherungszelle und andere Sicherungsmittel können in dem durch den Zweck gebotenen Umfang angewandt werden, um drohende Gewalt abzuwenden, gewaltsamen Widerstand zu brechen oder einem Entweichen vorzubeugen. Die Unterbringung in einer Sicherungszelle von mehr als 6 Monaten bedarf der Genehmigung des Justizministers."

2) § 20 Abs. 3 der Vollzugsordnung.

Diese zeitliche Beschränkung ist in der Vollzugsordnung mit 3 Monaten angegeben.

IV. Die Disziplinarstrafgewalt.

Die Disziplinarstrafgewalt wird vom Anstaltsleiter ausgeübt. Er bedarf aber bei der Verlängerung der Strafzeit über ein Drittel und bei der Unterbringung in eine Sicherheitszelle über 6 bzw. 3 Monate der Zustimmung des Justizministers.

Eine Disziplinarstrafe darf nur nach vorausgegangener Untersuchung und nach Anhörung des Gefangenen verhängt werden. Die verhängte Strafe und die näheren Umstände, die Anlass zu der Strafe gaben, sind in das Straf- und Verhörsprotokoll des Gefängnisses einzutragen.

V. Beschwerdemöglichkeit.

Für die Gefangenen bestehen folgende einfache Beschwerdemöglichkeiten.³⁾ Sie können mit dem Anstaltsleiter und den übrigen vorgesetzten Beamten Rücksprache halten. Weiter können sie verlangen, dem Direktor für das Gefängniswesen vorgestellt zu werden, wenn dieser von Amtswegen in der Anstalt weilt.

Schliesslich haben sie die Möglichkeit, schriftliche Eingaben an das Justizministerium zu machen. Vom Justizministerium können hinsichtlich der Vorlage solcher Schreiben jedoch Begrenzungen festgelegt werden. Möchte ein Gefangener eine solche Eingabe in einem verschlossenen Umschlag absenden, so soll der Anstaltsleiter diesen ungeöffnet weitersenden.

3) § 31 der VZO.

E n g l a n d

I. Die Regelung der Disziplinarmaßnahmen.

Die einheitliche Regelung des englischen Strafvollzuges in den Prison Rules von 1949 enthält in den allgemeinen Vorschriften über die Behandlung der Gefangenen¹⁾ und in den besonderen Vorschriften²⁾ Bestimmungen über die Disziplin und Disziplinarmaßnahmen. Abgeändert wurden diese Vorschriften durch die Prison Rules von 1952 und ergänzt durch die Prison Act von 1952³⁾.

Für die Borstal-Anstalten sind Disziplinarbestimmungen in den Borstal (No.2) Rules von 1949⁴⁾ und für die Haftanstalten in den Detention Centre Rules von 1952⁵⁾ festgelegt.

II. Ordnungsverstösse und Disziplinarstrafen.

Vor einer Aufzählung der zulässigen Strafen sind in den Prison Rules⁶⁾ zunächst die Tatbestände festgelegt, die als eine strafbare Verfehlung anzusehen sind. Ein Gefangener macht sich eines Verstosses gegen die Gefängnisdisziplin schuldig, wenn er:

Gegenüber einer Anordnung des Anstaltsleiters oder eines anderen Beamten oder einer Gefängnisvorschrift¹ ungehorsam ist;
einen Beamten oder eine Person, die berechtigt ist, das Gefängnis zu besichtigen, mit Missachtung behandelt; faul, unachtsam oder nachlässig bei der Arbeit ist oder die Arbeit verweigert;
sich einer schimpfenden, unverschämten, drohenden oder in anderer Weise ungehörigen Sprache bedient;
in Sprache, Handlung oder Gebärden unanständig ist;
Tätlichkeiten verübt;

1) Rules 29-55.

2) Für Untersuchungsgefangene Rules 119 u. 120, für wegen Aufruhr Verurteilte 128 u. 139, für Verwahrte 169.

3) Section 18 enthält Bestimmungen über den Vollzug der körperlichen Strafe.

4) Rules 25-48.

5) Rules 21-43.

6) Rule 42.

mit anderen Gefangenen ohne Erlaubnis Verbindungen aufnimmt;

ohne Erlaubnis seine Zelle oder seinen Arbeitsplatz verlässt;

vorsätzlich einen Teil des Gefängnisses oder andere Sachen, die nicht sein Eigentum sind, beschädigt oder verunstaltet;

Unfug verübt;

unerlaubte Gegenstände in seiner Zelle oder seinem Besitz hat oder versucht, solche Gegenstände zu erlangen;

einem anderen unerlaubte Gegenstände gibt oder von ihm erhält;

aus dem Gefängnis oder der gerichtlichen Haft entflieht;

meutert oder andere Gefangene zur Meuterei anstiftet; grobe persönliche Gewalttätigkeit gegen einen Beamten begeht;

grobe persönliche Gewalttätigkeit gegen einen anderen Gefangenen begeht;

wiederholt grundlose Beschwerden vorbringt;

falsche und kränkende unerwiesene Behauptungen gegen einen Beamten vorbringt;

in anderer Weise gegen Ordnung und Disziplin verstösst;⁷⁾

den Versuch zu einem der aufgezählten Tatbestände begeht;

auf Parole beurlaubt ist und bei Ablauf der Parolezeit nicht in das Gefängnis zurückkehrt oder eine der Bedingungen bricht, die nach Rule 84 A mit der Parole verknüpft wurden.

Für alle diese Verstösse können folgende Strafen verhängt werden:

1. Verwarnung
2. Verwirkung des Straferlasses für höchstens sechs Monate.⁸⁾

7) Die praktische Notwendigkeit einer Generalklausel durchbricht auch hier den rechtsstaatlichen Gedanken einer erschöpfenden Aufzählung der Tatbestände.

8) Jedem Gefangenen, der für länger als einen Monat verurteilt wurde, wird bei guter Führung $\frac{1}{3}$ der Strafzeit erlassen.

3. Verwirkung oder Aufschiebung von Vergünstigungen.
4. Ausschluss von der Gemeinschaftsarbeit für höchstens achtundzwanzig Tage.
5. Hungerkost ersten Grades für höchstens fünfzehn Tage.
6. Hungerkost zweiten Grades für höchstens achtundzwanzig Tage.
7. Einsperrung in die Zelle für höchstens fünfzehn Tage.
8. Sperrung des Verdienstes für höchstens achtundzwanzig Tage.
9. Körperliche Züchtigung.

Mehrere Strafen können miteinander verbunden werden.

Die Hungerkost ersten Grades, die schärfer als die zweiten Grades ist, besteht aus einem Pfund⁹⁾ Brot täglich und Wasser. Ist die Strafe für länger als drei Tage verhängt, so hat der Gefangene abwechselnd drei Tage Wasser und Brot und drei Tage normale Kost zu erhalten. Während der Wasser- und Brot-Tage darf dem Gefangenen keine Arbeit aufgezwungen werden. Kein Gefangener soll erneut mit Hungerkost ersten Grades bestraft werden, wenn zwischen der alten und der neuen Strafe nicht genau soviel Tage liegen, wie die erste Strafe dauerte.

Bei der Hungerkost zweiten Grades erhält der Gefangene zum Frühstück etwa einen halben Liter (ein pint) Haferschleim, enthaltend 85 Gramm Haferschleim, 225 g Brot, 15 g Margarine und einen halben Liter Kakao, zum Mittagessen 115 g Brot und 1 1/2 Liter Suppe, die hinreichend Erbsen, Bohnen, Kartoffeln usw. enthält und auch Fleisch, wenn es solches bei der normalen Kost gibt; zum Abendessen 225 g Brot, 15 g Margarine und 1/2 Liter Kakao.¹⁰⁾ Wenn der Gefangene, der Hungerkost zweiten Grades bekommt, sich schlecht benimmt, kann er zwischen- durch für drei Tage die Hungerkost ersten Grades erhalten. Darauf soll er aber für den gleichen Zeitraum die normale

9) Englisches Pfund = 453 g.

10) Diese Hungerkost Nr.2, die den Eindruck einer nur sehr milden Kostschmälerung hinterlässt, wurde durch die Prison Rules 1952 eingeführt, da die bis dahin übliche Hungerkost Nr.2 von den Ärzten als gesundheitsschädlich angesehen wurde. Vgl. dazu auch Report S. 15.

Kost erhalten, wobei diese Tage nicht auf die Hungerkost zweiten Grades angerechnet werden.

Arrest und Hungerkost dürfen nur verhängt werden, wenn der Arzt es erlaubt.

Die körperliche Züchtigung kann nur bei den Vergehen der Meuterei oder der Anstiftung dazu und der groben Gewalttätigkeit gegen Beamte verhängt werden. Und dann auch nur gegen Männer, die zu Gefängnis, Zuchthaus oder Sicherungsverwahrung verurteilt wurden. Ein Gefangener über einundzwanzig Jahre kann höchstens achtzehn Hiebe mit der neunschwänzigen Katze (cat-o'-nine-tails) oder einer Birkenrute (birch rod), ein Gefangener unter einundzwanzig zwölf Hiebe mit einer Birkenrute verabreicht bekommen.¹¹⁾ Bei den Züchtigungen müssen der Anstaltsdirektor und der Arzt zugegen sein. Vor der Vollstreckung hat sich der Arzt zu überzeugen, dass der Gesundheitszustand des Gefangenen die Züchtigung erlaubt. Erforderliche Anordnungen zum Schutze der Gesundheit des Gefangenen sind zu treffen. Auf Anweisung des Arztes muss die Züchtigung unterbrochen oder abgebrochen werden. Der Direktor hat die näheren Umstände des Vollzuges in ein besonderes Protokollbuch einzutragen.

III. Das Disziplinarverfahren und die Disziplinarstrafgewalt.

Jeder Gefangene, der wegen eines Disziplinarvergehens gemeldet ist, soll Gelegenheit haben, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu hören und sich zu verteidigen. Für die Zeit bis zur Verhängung der Disziplinarstrafe kann der Gefangene gesondert von den anderen gehalten werden.

Jedes Disziplinarvergehen soll unverzüglich gemeldet werden. Der Anstaltsleiter hat die gemeldeten Vergehen spätestens am nächsten Tag zu untersuchen, es sei denn, dass dies ein Sonntag oder öffentlicher Feiertag ist. Seine Disziplinargewalt umfasst jedoch nicht alle der aufgezählten Strafen, bzw. kann er sie nur in zeitlich begrenztem Rahmen auferlegen. Der Anstaltsleiter und bei seiner Abwesenheit sein Stellvertreter können folgende Strafen verhängen: Verwarnung, Verwirkung des Straßerlasses

11) Prison Act 1952, Sect. 18.

für höchstens vierzehn Tage, Verwirkung von Vergünstigungen bis zu achtundzwanzig Tagen, Ausschluss von der Gemeinschaftsarbeit bis zu vierzehn Tagen, Hungerkost ersten Grades für höchstens drei, zweiten Grades für höchstens fünfzehn Tage, Arrest für höchstens drei Tage, Sperrung des Verdienstes für höchstens vierzehn Tage!

Hat sich ein Gefangener einer Flucht, eines Fluchtversuchs, eines Angriffs gegen einen Gefängnisbeamten, einer groben Gewalttätigkeit gegen einen anderen Gefangenen oder eines anderen schweren oder wiederholten Disziplinarvergehens schuldig gemacht, dessen Aburteilung die dem Direktor gewährten Strafbefugnisse überschreiten würde, so hat der Direktor die Angelegenheit unverzüglich dem Visiting Committee¹²⁾ zu melden. Das Visiting Committee führt dann die Untersuchung und kann bei einer Besetzung von nicht weniger als zwei und nicht mehr als fünf Mitgliedern alle aufgezählten Disziplinarstrafen in voller Höhe verhängen.

Der Direktor kann den Fall jedoch auch den Commissioners¹³⁾ melden; ein Commissioner oder ein Assistant Commissioner hat dann die gleichen Strafbefugnisse wie das Visiting Committee.

12) Für jedes Gefängnis besteht ein Überwachungsausschuss der Lokalbehörden, von dessen Mitgliedern (regelmässig 12) mindestens 2 Friedensrichter sein müssen. Zu den Hauptaufgaben dieses Visiting Committee gehört es, zur Förderung einer wirksamen Arbeit im Strafvollzug beizutragen, Untersuchungen anzustellen, Mißstände, die zu seiner Kenntnis kommen, anzuzeigen, dringend notwendige Verbesserungen vorzuschlagen, Beschwerden der Gefangenen entgegenzunehmen und zu untersuchen, sowie Verfehlungen schwerer Art gegen die Disziplin zu ahnden. Jedes Mitglied hat freien Zutritt zu allen Teilen des Gefängnisses und allen Gefangenen; sie dürfen alle von der Verwaltung geführten Bücher einsehen und prüfen. Mindestens einmal in jeder Woche soll ein Mitglied des Ausschusses die Anstalt aufsuchen. Jährlich erstattet das Visiting Committee dem Secretary of State Bericht über sein Wirken und seine Beobachtungen. Vgl. Prison Act 1953, Sect. 6.

13) Die Prison Commissioners, deren Zahl nicht fünf überschreiten darf und von denen einer zum Vorsitzenden der Prison Commission ernannt wird, üben im Auftrag des Secretary of State, der obersten Gefängnisbehörde, die unmittelbare Aufsicht über die Gefängnisse aus. Über die einzelnen Aufgaben und Befugnisse vergleiche Prison Act 1952, sect. 2-5.

Die Anordnung der körperlichen Züchtigung muss unverzüglich der obersten Strafvollzugsbehörde¹⁴⁾ gemeldet werden. Ihr sind auch alle Unterlagen und Gründe der Entscheidung zuzuleiten. Vollzogen werden darf diese Strafe erst, wenn sie vom Secretary of State bestätigt wurde.

Jede Strafe, ausser der Verwarnung und der Verwirkung des Straferlasses, kann während des Vollzuges von dem für ihre Verhängung Zuständigen verkürzt oder gemildert werden. Der Secretary of State kann alle Strafen mildern oder aufheben.

Jeder in Arrest oder in Hungerkost ersten Grades befindliche Gefangene muss täglich vom Direktor und dem Arzt besucht werden. Arrestanten müssen darüberhinaus noch alle drei Stunden vom aufsichtshabenden Beamten aufgesucht werden.

IV. Die Zwangsmittel.

Die Anwendung körperlicher Zwangsmittel (mechanical restraints) ist in den Prison Rules 1949 in einem besonderen Abschnitt geregelt.¹⁵⁾

Der Direktor kann die Fesselung eines Gefangenen anordnen, wenn die Gefahr besteht, dass er sich oder einen anderen Gefangenen oder einen Beamten verletzt oder einen Aufruhr verursacht. Die Anordnung der mechanical restraints muss sofort einem Arzt und einem Mitglied des Visiting Committee oder einem Commissioner oder einem Assistant Commissioner gemeldet werden.

Diese Mittel dürfen niemals als Strafe, sondern nur zur Sicherung angewendet werden, und es dürfen nur solche Mittel angewendet werden, die von der obersten Gefängnisbehörde zugelassen sind.

Kein Gefangener darf länger gefesselt werden, als der Sicherungszweck es erfordert oder für länger als vierundzwanzig Stunden, es sei denn, dass eine schriftliche Anordnung eines Mitgliedes des Visiting Committee, eines Commissioner oder Assistant Commissioner vorliegt, welche die Gründe der Massnahme darlegt und ihre Dauer bestimmt.

14) Die oberste Gefängnisbehörde ist der Secretary of State, vgl. Prison Act 1952, Sect. 1.

15) Rules 49 u. 50.

Die Einzelheiten eines jeden Falles hat der Direktor in einem Protokoll besonders festzuhalten.

Der Direktor kann auch die Unterbringung eines widersätzlichen oder tobenden Gefangenen in einer Beruhigungszelle anordnen. Diese Massnahme darf ebenfalls nur solange dauern, wie es notwendig ist. Kein Gefangener darf strafweise in eine solche Zelle gesperrt werden oder darin behalten werden, wenn er sich wieder beruhigt hat.

V. Das Beschwerderecht.

Die Prison Rules regeln in Rule 51 nur das mündliche Beschwerderecht des Gefangenen.

Jeder Wunsch eines Gefangenen, dem Direktor, einem Mitglied des Visiting Committee, einem Commissioner oder Assistant Commissioner vorgeführt zu werden, ist von dem Beamten, dem gegenüber der Wunsch geäussert wurde, unverzüglich dem Direktor zu melden. Der Direktor hält täglich, ausser an Sonntagen und öffentlichen Feiertagen, eine Sprechstunde für die Gefangenen, die um eine Unterredung mit ihm nachgesucht haben. Über die anderen Unterredungswünsche hat er den nächsten, das Gefängnis besuchenden Commissioner, Assistant Commissioner oder Angehörigen des Visiting Committee zu unterrichten.

Im Report von 1951¹⁶⁾ wird berichtet, dass jeder Gefangene, der glaubt, das Opfer einer Ungerechtigkeit oder einer schlechten Behandlung zu sein, das Recht hat, sich darüberhinaus bei der obersten Gefängnisbehörde und bei seinem Parlamentsabgeordneten zu beschweren. Diese Beschwerde beim Secretary of State oder dem Parlamentsabgeordneten ist schriftlich einzureichen. Bevor der Gefangene sich an die oberste Gefängnisbehörde oder den Abgeordneten wendet, hat er gegebenenfalls die anderen Beschwerdemöglichkeiten zu nutzen. Ist eine derartige Zuständigkeit gegeben, so ist zunächst eine weitergehende Beschwerde nicht erlaubt.¹⁷⁾

16) S. 22.

17) Diese Regelung der Beschwerde an den Secretary of State oder den Member of Parliament ist in der Hausordnung von Maidstone vorgesehen, die dort in allen Zellen aushängt. Sie dürfte in anderen Gefängnissen ähnlich gehandhabt werden und kann deshalb wohl als die allgemein übliche Form gelten.

Der Report ist der Meinung, dass diese Beschwerdemöglichkeiten, von denen die Gefangenen auch Gebrauch machen, ein ausreichender Schutz gegen Drangsalierungen und andere Formen von Ungerechtigkeiten sind.

VI. Disziplinarstrafen im Jugendstrafvollzug und in den Sonderanstalten.

In den Borstalanstalten gibt es als besondere Disziplinarmaßnahme noch die Versetzung eines Insassen in ein anderes Haus, Ausschluss aus der Gemeinschaft für höchstens achtundzwanzig Tage, die Herabsetzung in eine andere Stufe oder die Verzögerung des Aufrückens in eine höhere Stufe. Die Prügelstrafe ist in den Borstals nicht vorgesehen, ebenso sind die anderen Strafen in ihrer zeitlichen Anwendung gemildert. Der Board of Visitors tritt an die Stelle des Visiting Committee und ergänzt die Strafbefugnisse des Direktors.¹⁸⁾

Auch in den Detention Centres sind die Strafen milder. Neben der Zurückstufung gibt es hier noch die Sonderarbeit oder die Arbeit ausserhalb der normalen Arbeitsstunden für nicht mehr als zwei Stunden an jedem Tag und für einen Zeitabschnitt bis zu achtundzwanzig Tagen.¹⁹⁾

Für Gefangene, die zu Preventive Detention verurteilt sind, gibt es darüberhinaus noch die Versetzung in die Strafstufe²⁰⁾, die regelmässig nicht länger als drei Monate dauern soll. Die Gefangenen in der Strafstufe werden in einem besonderen Teil des Gefängnisses gehalten und dürfen nicht ausserhalb des Gefängnisses zur Arbeit eingesetzt werden. Sie dürfen untereinander oder mit anderen Gefangenen nicht in Verbindung treten. Sie verlieren verschiedene Vergünstigungen, die ihnen in einer höheren Stufe gewährt worden waren, wie höheren Lohn für Mehrarbeit, Erhöhung der Anzahl der Briefe und Besuche, die Möglichkeit, ihre Kost durch Einkäufe aufzubessern, Freizeit-

18) Die Strafbefugnisse des Direktors sind in Rule 37, die des Board of Visitors in Rule 38 der Borstal Rules von 1949 aufgezählt.

19) Die Strafbefugnisse des Vorstehers werden durch die Befugnisse des Board of Visitors ergänzt. Vgl. dazu Rules 32 und 33 der Detention Centres Rules 1952.

20) Rule 169 der Prison Rules 1949.

gestaltung und ihre Gartenbauparzellen. Die Kost der Gefangenen in der Strafstufe kann geschmälert werden, muss aber im Nährwert für die Erhaltung der Gesundheit und der Kräfte bei normaler Arbeit ausreichend sein.²¹⁾

VII. Die praktische Anwendung der Disziplinarstrafen.

Aus einer Übersicht im Report einer Kommission, welche die Disziplinarstrafen in den Strafanstalten überprüfen sollte, aus dem Jahre 1951, in der alle Verstösse gegen die Gefängnisdisziplin innerhalb 4 Wochen des Jahres 1949 aufgeführt sind,²²⁾ geht hervor, dass ausser der Verwarnung kaum eine Massnahme allein verhängt wird. Immer werden dem Übertreter mehrere Massnahmen zugleich auferlegt. Am häufigsten werden strafweise die Vergünstigungen entzogen.

Von dem Verlust des Straferlasses sollte nach den Empfehlungen der Kommission in dem ersten Teil der Strafzeit wenig Gebrauch gemacht werden.²³⁾ Dessen ungeachtet tauchte diese Massnahme aber in den Straflisten sehr häufig auf, weil sie eine sehr wirksame Strafe darstellt. Verhältnismässig selten wird Arrest verhängt und dann auch nur in Verbindung mit Kostschmälerung und nur bis zu drei Tagen.

Von der Hungerkost zweiten Grades wird noch verhältnismässig oft Gebrauch gemacht, was wohl nach den Milderungen der Prison Rules 1952 nicht mehr der Fall sein dürfte. Die Gefängnisbeamten stellen diese Massnahme als weitgehend wirkungslos hin, weil der Gefangene, wenn er nicht gleichzeitig in Arrest sitzt, mit den anderen Berührung hat und von seinen Freunden mit Nahrungsmitteln versorgt wird.²⁴⁾

21) Vgl. dazu Rule 170 der Prison Rules 1949.

22) Es sind erfasst die Gefängnisse Cardiff (325), Durham (725), Leicester (260), Lewes (290), Lincoln (405), Maidstone (390), Northallerton (203), Shrewsbury (220), Stafford (710), Sudbury (106), Swansea (225), Warmwood Scrubs (1000). In den Klammern die Zahlen der Gefängnisinsassen.

23) Report S. 15 ff. und 31.

24) Report S. 15.

Das harte Lager, das bis zum Inkrafttreten der Prison Rules 1949 am 15. Juni noch verhängt werden konnte, taucht in der Übersicht nur einmal auf. In den Borstal-Anstalten kommt es jedoch noch mehrmals vor.²⁵⁾

In den meisten Fällen ahndet der Anstaltsleiter die Verstösse innerhalb seiner eigenen Strafbefugnis. Das Visiting Committee übt die Disziplinarstrafgewalt nur sehr selten aus. Die anderen Inhaber der Strafgewalt erscheinen in der Übersicht überhaupt nicht.

Auffällig ist, dass selbst bei schweren Verstössen, die durch das Visiting Committee geahndet werden, nicht etwa die Höchstdauer des Arrestes verhängt wird, sondern dass in diesen Fällen der Verlust des Straferlasses ausgesprochen wird, der sich mit der Schwere des Verstosses steigert.²⁶⁾

25) Report S. 105.

26) Verhängt wurden z.B.: Durham 15.3.49 wegen Flucht 9 Tage Arrest, 9 Tage Hungerkost Nr.1, 42 Tage Ehtzug d. Vergünstigungen und 180 Tage Verlust des Straferlasses. Dieses Höchstmass für den Verlust des Straferlasses wird aber nur sehr selten verhängt. Bei leichten Verstössen ist eine Streichung des Straferlasses von 2 - 3 Tagen sehr häufig.

F i n n l a n d

I. Die Regelung der Disziplinarmassnahmen

Die Disziplinarmassnahmen sind in der Verordnung über die Strafvollstreckung vom 19.12.1889, die oft geändert wurde, im Kapitel 2, §§ 10 u. 11 geregelt. Die letzte grössere Änderung erfolgte durch ein Gesetz vom 19.5.1944.¹⁾

II. Die zulässigen Disziplinarstrafen.

Wenn ein Gefangener durch Faulheit, Ungehorsam oder Widerspenstigkeit oder sonstwie gegen die Ordnung des Gefängnisses verstösst oder andere dazu zu verleiten sucht oder in der Strafanstalt eine Straftat begeht, die durch Geldstrafe abgebusst werden kann, und die Entziehung von Vergünstigungen oder Vertrauensposten oder andere Massnahmen, die eine Besserung bezwecken, nicht ausreichend sind, so kann er auf folgende Weise gezüchtigt werden:

1. Hartes Lager für höchstens 8 Tage.
2. Schmälerung der Kost bis zu höchstens 8 Tagen.
3. Herabsetzung der Kost auf Wasser und Brot für höchstens 8 Tage.
4. Einsperrung in eine helle Einzelzelle auf unbestimmte Zeit, jedoch nicht länger als 20 Tage ohne Arbeit.
5. Verlust der Spargelder oder des Arbeitslohnes höchstens für die letztvergangenen 6 Monate.
6. Versetzung in eine niedrigere Klasse oder Abteilung.
7. Einsperrung in die Strafzelle bis zu 20 Tagen.

Zwei Strafen können miteinander verbunden werden, jedoch nicht die unter 4-7 genannten Strafen.

Eine verhängte Disziplinarstrafe ist unabhängig vom Ablauf der kriminellen Strafzeit zu verbüssen. Der Gefangene wird also zum Vollzug der Disziplinarstrafe auch über den ursprünglichen Entlassungstermin hinaus in der

1) Abschaffung der Dunkelzelle und der körperlichen Züchtigung, Einführung des Entzuges von Vergünstigungen und der Strafzelle als Disziplinarstrafen.

Anstalt behalten. Die Zeit, die ein Gefangener in der Strafzelle verbringt, wird nicht auf die Verbüßung der Kriminalstrafe angerechnet. Wegen einer Disziplinarstrafe darf ein Gefangener nicht länger als die Hälfte der im Urteil festgelegten Strafzeit in der Strafanstalt behalten werden, höchstens aber 90 Tage.

Schädigt ein Gefangener die Anstalt vorsätzlich oder durch grobe Fahrlässigkeit, so kann der Direktionsrat²⁾ die Spar- und Arbeitslohnbeträge des Gefangenen zum Ersatz dieses Schadens verwenden.

III. Besondere Zwangsmittel.

Wenn ein Gefangener entsprungen ist, einen Fluchtversuch gemacht oder Gewalttätigkeit gezeigt hat, so kann er, falls er nicht auf andere Art gebändigt werden kann, in Eisen gelegt oder auf andere Weise gefesselt werden. Eine solche Massnahme und ihre Aufhebung wird von Direktionsrat angeordnet. In dringenden Fällen kann sie auch vom Anstaltsleiter angeordnet werden, der davon dem Direktionsrat unverzüglich Mitteilung zu machen hat.

IV. Strafbefugnis und Verfahren.

Der Anstaltsleiter hat jeden Verstoss gegen die Ordnung sobald wie möglich in Gegenwart eines Mitgliedes des Direktionsrates oder, falls die Anstalt keinen solchen besitzt, eines dazu berufenen Vertrauensmannes, die Sache zu untersuchen. In der Zwischenzeit kann er den Gefangenen in einer hellen Einzelzelle verwahren. Nach Beratung mit der zugezogenen Person kann der Anstaltsleiter hartes Lager, Kostschmälerung, Wasser und Brot oder helle Einzelzelle bis zu 14 Tagen verhängen.

Alle anderen Strafen können nur vom einberufenen Direktionsrat ausgesprochen werden. Wird ein Gefangener auf unbestimmte Zeit in einer Einzelzelle untergebracht

2) In den meisten Strafanstalten besteht ein Direktionsrat (auch mit Vorstand übersetzt), dessen Vorsitzender der Anstaltsleiter ist. Dem Rat gehören weiter der Gefängnisgeistliche und der Arzt an. Zwei weitere aussenstehende Personen werden jeweils für ein Jahr vom Justizminister zu Mitgliedern des Rates ernannt.

oder in eine niedrigere Stufe versetzt, so hat der Direktionsrat die Befugnis zu entscheiden, wann die betreffende Strafe aufhören soll.

Die Disziplinarstrafen und ihre Ursachen sind schriftlich zu vermerken. Das gleiche gilt für die Fesselung.

V. Das Beschwerderecht.

Die Gefangenen haben das Recht, sich wegen einer ungerichteten Disziplinarstrafe mündlich oder schriftlich in einem verschlossenen Brief bei den höheren Gefängnisbehörden zu beschweren. Diese können dann die Massnahme abändern oder aufheben.

F r a n k r e i c h

I. Die Regelung der Disziplinarmaßnahmen.

In Frankreich sind die Disziplinarmaßnahmen in den Hausordnungen der einzelnen Anstalten geregelt. Verschiedene Dekrete des Justizministeriums enthalten Richtlinien über den Vollzug der Hausstrafen und ihre Zulässigkeit, so dass also trotz des Fehlens eines Vollzugsgesetzes oder einer Vollzugsordnung eine gewisse Einheitlichkeit der Disziplinarmaßnahmen gewährleistet ist.

II. Die zulässigen Disziplinarstrafen.

Die Reihe der möglichen Disziplinarstrafen reicht überall vom einfachen Verweis über den Entzug gewisser Vergünstigungen bis zur Einsperrung in die Strafzelle. Die allgemein genannten zulässigen Strafen sind:

1. Der Verweis;
2. Wegnahme von Photographien oder anderer erlaubter Gegenstände;
3. Entzug des Rechts zu rauchen;
4. Entzug der Arbeit und der Lektüre für höchstens acht Tage;
5. Entzug der Kantine für höchstens fünfzehn Tage oder Kostschmälerung und Entzug der Kantine für höchstens vier Tage;

6. die Versagung des Empfangs von Paketen während eines Monats im Höchstfall;
7. Geldstrafe zugunsten der Staatskasse, jedoch nur für den Fall der Wiedergutmachung eines angeordneten Schadens;
8. die Strafe von trocken Brot und Wasser für höchstens drei aufeinanderfolgende Tage;
9. die strafweise Einsperrung in die Zelle, die nach den geltenden Anweisungen ausgesprochen und vollzogen wird.

Alle Strafen, mit Ausnahme der Geldstrafe, können bedingt verhängt werden.

Der Entzug der Besuchserlaubnis und der Korrespondenz können nicht mehr als selbständige Strafmassnahme verhängt werden. Sie sind nur noch eine Folge der strafweisen Einsperrung in die Zelle.¹⁾

Die Strafe der Schmälerung der Kost zieht während ihres Vollzuges selbstverständlich die Paketsperre nach sich.

Die Paketsperre dürfte eine sehr einschränkende Massnahme sein, da offenbar in Frankreich ein grosses Bedürfnis der Gefangenen nach Zusatzlebensmitteln besteht, und der Paketempfang praktisch kaum beschränkt ist. In der Regel darf der Gefangene im Monat vier Pakete von je drei kg mit nicht verderblichen Lebensmittel empfangen.²⁾

Sehr genau ist der Vollzug der strafweisen Einsperrung in die Zelle, also des Arrestes, geregelt.³⁾ Die zulässige Höchstdauer beträgt neunzig Tage.⁴⁾ Bis in die jüngste Zeit. d.h. bis zum Dekret vom 28.4.1947, das erhebliche Milderungen brachte, erhielt der Gefangene bis auf jeden vierten Tag nur Wasser und Brot. Der Arrest führte so, war er für längere Zeit verhängt, zu einer allgemeinen Schwächung oder zu einem geistigen Schaden.⁵⁾ Dies ist jetzt abgeschafft. Der einfache Arrest kennt keine Kostschmälerung mehr. Ausserdem ist der Gefangene zweimal

1) Dekret vom 6.9.1948. Vgl. Pinatel, aaO., S. 264.

2) Artikel 19 HO Mulhouse, Artikel 20 HO Loos.

3) Pinatel, aaO., S. 257 f.

4) Dekret vom 21.3.1876. Vgl. Pinatel, aaO., S. 260.

5) Pinatel, aaO. S. 257 f.

in der Woche zu untersuchen und auf ärztliche Anordnung die Strafe zu unterbrechen. Auch ist immer, wenn es angebracht erscheint, der Vollzug der ganzen oder eines Teiles der Arreststrafe auszusetzen. Diese bedingt aufgeschobene Strafe wird nicht mehr vollstreckt, wenn der Gefangene nicht innerhalb von sechs Monaten mit einer neuen Arreststrafe belegt wird. Im anderen Falle muss er beide Strafen nacheinander verbüssen.⁶⁾ Während der ganzen Zeit ist jede Verbindung mit anderen Gefangenen streng untersagt. Der Gefangene erhält keine Lektüre, er darf keine Besuche empfangen, sein Recht zum Erhalt von Paketen und zum Briefwechsel ist ihm entzogen. Er darf jedoch an Gefängnis- oder Gerichtsbehörden schreiben. Der Arrest ist auch nicht mit hartem Lager verbunden, denn zur Zellenausstattung gehört ein Feldbett mit einer dünnen Matratze.

Sowie ein Angehöriger des Gefängnispersonals die Zellentür öffnet, hat sich der Gefangene an der hinteren Wand der Zelle in Hab-Acht-Stellung aufzustellen, den Rücken zur Tür und in einiger Entfernung vom Hocker.

Zu diesem normalen Vollzug der Arreststrafe können jedoch noch Verschärfungen treten: Entzug des Hockers während der ersten acht Tage (bei angeschlossenem Bett). Verdunkelung der Zellenfenster durch Fensterläden für ein oder zwei Tage oder höchstens für zweimal zwei Tage, die durch vierundzwanzig Stunden voneinander getrennt sein müssen. Oder Kostschmälerung in der Art, dass der Gefangene während der ersten vierzehn Tage jeden dritten Tag, in der folgenden Zeit einen Tag in jeder Woche nur Brot, Suppe und Wasser erhält. Die übrige Zeit hat er Anspruch auf normale Verpflegung. Diese Strafverschärfungen kommen besonders für das Vergehen der Entweichung oder des Versuchs dazu in Betracht.⁷⁾ Ist die Strafe wegen Faulheit oder sonstwie im Zusammenhang mit der Arbeit verhängt worden oder erachtet es der Direktor überhaupt für zweckmässig, so kann der Gefangene gezwungen werden, in der Zelle zu arbeiten.

6) So dass ein Gefangener unter Umständen 5-6 Monate Arrest hintereinander absitzen muss.

7) Pinatel, aaO., S. 238.

In den Zentralgefängnissen ist nach einem Dekret vom 2.5.1876 noch eine weitere Disziplinarstrafe möglich: Der Disziplinarsaal (La salle de discipline).^{8) 9)}

Der Gebrauch des Disziplinarsaales ist in den letzten Jahren praktisch in allen Gefängnissen aufgegeben worden.

Körperliche Züchtigungen und Gewaltakte gegen die Gefangenen sind überall untersagt.

Die Unterbringung in einer Anstalt mit grösseren Freiheiten (offene oder halboffene Anstalten) wird als eine besondere Vergünstigung angesehen, die bei schlechter Führung wieder rückgängig gemacht werden kann. Eine solche Rückversetzung in eine strengere Anstalt ist also praktisch eine empfindliche Disziplinar massnahme.

III. Besondere Zwangsmittel.

Das Anlegen von Fesseln ist nur im Falle des Aufstandes oder bei Widersätzlichkeiten erlaubt. Weiter können Fesseln bei Transporten von Gefangenen gebraucht werden. Die Handfesseln dürfen den Gefangenen jedoch nicht während der Nachtruhe und während der Mahlzeiten angelegt sein.¹⁰⁾

Der Gebrauch der Zwangsjacke kann nur von den Ärzten vorgeschrieben werden.¹¹⁾

IV. Die Disziplinarstrafbefugnis

In den Departementsgefängnissen können die Strafen vom Leiter des Überwachungsdienstes, dem Stellvertreter des Direktors oder vom Direktor verhängt werden. Das richtet sich ganz nach der Grösse und Wichtigkeit der einzelnen Anstalt. In den Zentralgefängnissen besteht ein

8) Artikel 45 des Dekrets vom 4.9.1891 abgedr. in Korn, aaO., S. 39; vgl. dazu auch Pinatel, aaO., S. 259 und Mossé in Recueil IV s. 239.

9) Eine Beschreibung des Disziplinarsaales ist oben S. 42 gegeben.

10) Dekret vom 6.11.1924. Vgl. Pinatel, S. 257.

11) Dekrete vom 30.4.1907, 6.11.1924 und 27.10.1932. Vgl. Pinatel, S. 257.

Disziplinarausschuss (Le prétoire disciplinaire), der sich aus dem Direktor, seinem Stellvertreter, dem Lehrer oder Werkmeister und dem Dienstaufsichtshabenden zusammensetzt. Er tritt in Tätigkeit, wenn Übertretungen der Gefängnisordnung gemeldet werden. Die fehlbaren Gefangenen haben vor ihm zu erscheinen. Verhängt wird die Strafe jedoch vom Direktor. Der Ausschuss soll nur den Tatbestand feststellen und den Direktor beraten.

Die Strafbefugnis des Anstaltsleiters geht jedoch nicht bis zur vollen Höhe der Arreststrafe. Die Direktoren der Zentralgefängnisse können Arrest bis zu dreissig Tagen aussprechen. Bis zu 45 Tagen ist der Bezirksdirektor und darüberhinaus bis zu neunzig Tagen die zentrale Gefängnisbehörde zuständig.¹²⁾

In den kleineren Departementsgefängnissen und den Haftanstalten hat der Leiter, bzw. Dienstaufsichtshabende alle für eine Arreststrafe in Betracht kommenden Fälle dem Bezirksdirektor zu melden. Dieser kann dann bis zu fünfzehn Tagen verhängen. Bis zu dreissig Tagen kann der Präfekt aussprechen und bis zu neunzig Tagen der Minister.¹³⁾

Zum Vollzug des Arrestes ist ein ärztliches Attest, das einen Gesundheitszustand des Gefangenen bestätigt, der es ihm erlaubt, die Strafe zu verbüssen. Überhaupt ist eine ärztliche Überwachung des ganzen Vollzuges aller in Betracht kommenden Strafen angeordnet.

In eine Führungsliste, die bei den Gefängnisakten des Gefangenen liegt, werden alle Bestrafungen und Belohnungen des Gefangenen während der Strafzeit aufgenommen.

V. Das Beschwerderecht.

Die Beschwerdemöglichkeit des Gefangenen gegen Disziplinar massnahmen ist nicht besonders festgelegt, sondern sie ergibt sich aus der allgemeinen Regelung.

Jeder Gefangene, der vom Direktor angehört zu werden wünscht, ersucht darum beim Dienstaufsichtshabenden, der dies in einem besonderen Register vermerkt.

Jede gewährte Rücksprache wird in ein anderes Ver-

12) Dekret vom 28.4.1947. Pinatel, S. 259 f.

13) Pinatel, S. 259.

zeichnung eingetragen, welches auch den Grund der Anhörung und die getroffene Entscheidung enthält.¹⁴⁾

Weiter hat der Gefangene das Recht, ohne jede Beschränkung in einem verschlossenen Umschlag an alle Verwaltungs- oder Gerichtsbehörden zu schreiben. Er kann sich also in einem Brief an die Gefängnisbehörden wegen einer ungerechten Disziplinarmaßnahme beschweren.

Ein Rechtsmittel zu den ordentlichen Gerichten ist nicht gegeben, weil die Verhängung einer Disziplinarmaßnahme ein Verwaltungsakt ist.¹⁵⁾

VI. Jugendstrafvollzug.

Für den Jugendstrafvollzug ergeben sich keine anderen Gesichtspunkte. Auch für den Vollzug der Arreststrafe gelten die allgemeinen Bestimmungen. Teilweise wird jedoch die Strafe der Kostschmälerung nicht angewandt.¹⁶⁾

VII. Die praktische Anwendung der Disziplinarstrafen.

In der Reihe der Strafen ist die am meisten gebräuchliche die Einsperrung in die Zelle.¹⁷⁾ Sie ist auch die strengste, denn sie ermöglicht infolge der Absonderung des Gefangenen von den anderen die strikte Durchführung aller Beschränkungen, die gegenüber den in Gemeinschaftshaft befindlichen Gefangenen in ihrer Wirkung sehr abgeschwächt sein können. Z.B. gilt dies für die Kostschmälerung, den Empfang von Paketen und den Einkauf in der Kantine.

Im Einzelnen ist die Anwendung der Strafen in den verschiedenen Anstalten sehr unterschiedlich.¹⁸⁾ In der Strafanstalt Fresnes z.B. befinden sich die Disziplinarzellen in einem nicht heizbaren Flügel, was im Winter eine recht unangenehme Verschärfung des Arrestes sein kann. Genauso verschieden ist auch die Disziplin von einer Anstalt zur

14) Diese Vorschrift besteht in wörtlicher Übereinstimmung in allen geprüften Hausordnungen.

15) Pinatel, S. 269.

16) Das Règlement provisoire de la prison-école de Doullens wendet die allgemeinen Bestimmungen an, und das Règlement provisoire de la prison-école d'Oermingen kennt keine Kostschmälerung.

17) Pinatel, S. 257.

18) Pinatel, S. 256.

anderen, je nach Einstellung des Direktors zu der Anwendung der Disziplinarmaßnahmen.¹⁹⁾

VIII. Belohnungen.

Da die Hoffnung auf eine Belohnung den Gefangenen eher zu einer guten Führung bewegt, als die Furcht vor einer Strafe, zählen die Hausordnungen im Anschluss an die Hausstrafen auch eine Reihe zulässiger Belohnungen auf.

Es sind dies: Raucherlaubnis, Gestattung eines häufigeren Briefwechsels, Einkauf von Wein oder einer grösseren Ration anderer Waren in der Kantine, Kauf von Büchern, Erlaubnis zum Aufstellen von Photographien, Empfang von Geld von der Familie, einen um ein oder zwei Zehntel höheren Arbeitslohn, die Erteilung von Urlaub.

Die gute Führung des Gefangenen ist natürlich auch ein wesentlicher Faktor für seine bedingte Entlassung oder für die Verwendung zu Lehr- und Aufsichtsdiensten.²⁰⁾

IX. Reformbestrebungen.

Eine Neugestaltung der Disziplinarmaßnahmen in den französischen Gefängnissen hält Pinatel für erforderlich.²¹⁾ Ansatzpunkte sind in den einzelnen Strafen, dem Problem der körperlichen wirkenden Strafen und in der Organisation der Disziplinargewalt zu suchen. Bei den einzelnen Strafen sollte das Schwergewicht in dem Entzug von Vergünstigungen liegen. Die lange Arreststrafe, die bis zu neunzig Tagen verhängt werden kann, hält Pinatel nicht für geeignet. Für die einzelnen Strafen befürwortet er eine Anpassung an die kanadische Regelung.²²⁾ Er tritt zwar nicht für die Einführung der körperlichen Züchtigung ein, weist aber darauf hin, dass ein Reglement, das die Prügelstrafe androht, nicht gleichbedeutend mit einem brutalen und rück-

19) Diese Feststellung traf im Jahre 1924 eine Generalinspektion über die Zentralgefängnisse, bei Pinatel S.260.

20) Die Aufsichtsgefangenen bleiben während der Nachtruhe der Reihe nach zwei Stunden wach, um die Sicherheit im Schlafsaal zu überwachen.

21) S. 262 ff.

22) Die Disziplinarstrafen in Kanada sind unten unter Andere Staaten, II, 1 aufgezählt.

ständigen Strafvollzug ist. Pinatel sieht in einer zu starken Ausgestaltung der Beschwerdemöglichkeiten und in der Schaffung von Rechtsmitteln gegen die Disziplinarstrafen eine Aushöhlung der Disziplinargewalt, spricht sich aber unbedingt für eine Beschwerdemöglichkeit aus und weist dabei auf die glückliche Lösung der Visiting Committees in England hin, denen die Gefangenen alle Beschwerden vortragen können.

I t a l i e n

I. Die Regelung der Disziplinarmaßnahmen.

Der Strafvollzug in Italien ist im Regolamento per gli istituti di prevenzione e di pena (Verordnung für die Vorbeugungs- und Strafanstalten) vom 18.6.1931, der italienischen Vollzugsordnung, sehr umfassend geregelt. Die Bestimmungen, welche die Beziehungen zwischen Staat und Gefangenen festlegen und die Rechte und Pflichten abgrenzen, befassen sich in Art.147 bis 172 mit den Disziplinarmaßnahmen in den Strafanstalten. Weitere Bestimmungen, die Sonderanstalten betreffend, sind in den Vorschriften über diese Anstalten zu finden. Über die Anstalten für Minderjährige in Art. 224, über Anstalten für die Arbeit im Freien in Art.226, für Strafhäuser in Art.234, über Anstalten für strenge Zucht in Art.236, über Anstalten für körperlich und geistig Minderwertige und über Gerichtssanatorien (Gefängniskrankenanstalten) in Art.237 und 240 und über die Anstalten für die freiheitsentziehenden Verwaltungs- und Sicherungsmassnahmen in Art.277 bis 283.

II. Belohnungen und Disziplinarstrafen.

Die ganze Ausführlichkeit des Regolamento spiegelt sich in den Disziplinarbestimmungen wieder. Neben der Aufzählung der überhaupt zulässigen Strafen sind die im einzelnen möglichen Verstösse gegen die Gefängnisdisziplin

aufgezählt und die dafür auszusprechenden Strafen festgelegt.^{1) 2)}

In den einleitenden Bestimmungen wird zunächst nicht nur von Strafen, sondern auch von Belohnungen gesprochen. Art. 148 Abs. II lautet: "Um die Gefangenen zu belohnen, die dessen würdig sind und um diejenigen zu bessern, welche sich schlecht führen, werden Belohnungen gewährt und Hausstrafen auferlegt." Darin kommt klar der Gedanke zum Ausdruck, dass die Disziplin in der Anstalt und die gute Führung der Gefangenen nicht nur durch Strafen und die Furcht davor zu beeinflussen sind, sondern dass auch die Hoffnung des Gefangenen auf eine Belohnung sein Verhalten ganz wesentlich bestimmt.

Es werden dann auch nicht die zulässigen Strafen, sondern zuerst die möglichen Belohnungen aufgezählt.³⁾ An Belohnungen können den Gefangenen in den ordentlichen Strafanstalten gewährt werden:

1. Das Lob, das vom Direktor in Gegenwart von einem Beamten und möglichst von drei Gefangenen, die im Jahre eine Belohnung empfangen haben, ausgesprochen wird.
2. Die Erlaubnis, die bedürftige Familie zu unterstützen.
3. Die unentgeltliche Gewährung von Briefpapier und Freimarken, jedoch nicht mehr als zweimal im Monat.
4. Die Erlaubnis, häufiger und länger an die Familie zu schreiben, wobei der Brief nicht das Doppelte der festgesetzten Masse überschreiten darf.
5. Die Gestattung einer grösseren Zahl von Besuchen der Familie und des Empfanges in einem besonderen Raum, jedoch nicht mehr als einmal im Monat.
6. Die Gewährung der Erhöhung des Arbeitslohnes um ein Zehntel.

1) Art. 161-166.

2) Mit diesen ausführlichen Bestimmungen wollte der damalige Justizminister Rocco die Ordnung und Disziplin in den Gefängnissen wesentlich verbessern. Anscheinend ist ihm dies auch gelungen. Vgl. dazu Kellerhals, SchwZStr 1933, S. 345.

3) Artikel 151.

7. Die besondere Empfehlung an den Patronatsrat.⁴⁾

8. Der Vorschlag zur Begnadigung.

Die gewährten Belohnungen werden durch besonders Tagesberichte veröffentlicht, wenn nicht wichtige Gründe entgegenstehen.

Die zulässigen Hausstrafen sind für Männer und Frauen gesondert festgelegt.⁵⁾ Es können auferlegt werden:

1. Die mündliche Verwarnung durch den Direktor in Gegenwart eines Beamten oder des Vorstehers oder Hauptwachtmeisters.
2. Das Verbot des gemeinsamen Spazierganges für ein bis zehn Tage. Für Frauen ein bis acht Tage.
3. Die Einzelzelle mit einfachem Ruhelager für ein bis zwanzig Tage. Frauen ein bis zehn Tage.
4. Die Einzelzelle bei Wasser und Brot und mit einfachem Ruhelager für drei bis fünfzehn Tage. Frauen drei bis zehn Tage.
5. Die Einzelzelle bei Wasser und Brot und mit Pritsche und einer Decke für drei bis fünfzehn Tage. Frauen drei bis zehn Tage.
6. Die Einzelzelle mit einfachem Ruhelager und mit Wasser und Brot am Montag, Mittwoch und Freitag jeder Woche für ein bis drei Monate. Frauen ein bis zwei Monate.

Die unter 3. und 5. genannten Strafen können durch Herabsetzung der Arbeitsentlohnung bis auf die Hälfte und für die Frist von nicht länger als einem Monat ersetzt werden.

Gegen schwangere Frauen, Wöchnerinnen in den ersten zwei Monaten und stillende Mütter dürfen nur die unter 1. bis 3. genannten Strafen verhängt werden. Also Arrest nicht länger als zehn Tage und keine Kostschmälerung oder hartes Lager.

Die Bestrafung mit Einzelzelle hat stets den Verlust der Zusatzkost, der Besuche und der Schreiberlaubnis zur Folge. Für Arrest bei Wasser und Brot sind, falls die Kost-

4) Der Patronatsrat ist ein ehrenamtlicher Ausschuss, dem besonders die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge obliegt. Art. 8-16.

5) Für Männer in Art.153, für Frauen in Art.154.

schmälerung länger als drei Tage dauert, der Donnerstag und der Sonntag "gute Tage" mit normaler Kost.

III. Zwangsmittel.

Falls moralische Mittel unwirksam geblieben sind, kann nach Art. 158 in Fällen unbedingter Notwendigkeit der Sicherheitsgürtel angewandt werden, um zu verhindern, dass der Gefangene sich oder anderen Schaden zufügt. Die Anwendung des Sicherheitsgürtels wird vom Direktor nach Anhörung des Arztes angeordnet. Der Arzt hat den mit dem Gürtel gesicherten Gefangenen täglich zu besuchen.

In dringenden Fällen können die schwerer Vergehen beschuldigten Gefangenen auch vom Vorsteher oder Hauptwachtmeister vorläufig in die Einzelzelle gesetzt werden. Der Anordnende hat dies jedoch unverzüglich der Direktion zu melden.

IV. Die Disziplinarstrafgewalt und das Verfahren.

Obgleich die Vollzugsordnung die Disziplin in den Anstalten dem Direktor anvertraut, gibt sie ihm nicht die volle Disziplinarstrafgewalt.⁶⁾ Zuständig ist der Direktor nämlich nur für Verwarnung, Verbot des Spazierganges, sowie für alle Arreststrafen bis zu einer Dauer von zehn Tagen.

Die länger dauernden Strafen kann nur der Disziplinartrat⁷⁾ verhängen, der aus Direktor, dem nächstfolgenden Beamten, dem Geistlichen und dem Arzt besteht.⁸⁾ Er wird vom Direktor geleitet und muss innerhalb von 24 Stunden nach Vorlegung eines Berichtes über einen Disziplinarfall zusammentreten. Die Entscheidung erfolgt mit Stimmenmehrheit.

Als weitere Kontrolle müssen alle Entscheidungen, in denen mehr als ein Monat Arrest verhängt wird, vierteljährlich dem Ministerium gemeldet werden.

In jedem Disziplinarfall muss die Entscheidung des Direktors oder des Disziplinarrates innerhalb von drei Tagen nach Feststellung der Tat erfolgen. Eine Strafe

6) Art. 149.

7) Art. 149.

8) Wenn bei kleineren Gefängnissen eine selbständige Direktion nicht besteht oder diese nur von einem Beamten gebildet wird, so hat der Generalstaatsanwalt den Disziplinarrat zu vervollständigen.

darf aber nur verhängt werden, wenn der Gefangene vorher gehört wurde.

Auch Gerichte können unabhängig von der Direktion Disziplinarstrafen verhängen, wenn der Gefangene gegen einen Amtshandlungen vornehmenden Gerichtsbeamten oder in an ihn gerichteten Gesuchen und Beschwerden sich Disziplinarübertretungen zuschulden kommen lässt.⁹⁾ Die Massnahme ist der Direktion mitzuteilen.

Über alle verhängten Hausstrafen wird ein Verzeichnis geführt, in dem auch die Gründe angegeben sind, die zur Bestrafung führten.

Darüber hinaus sind alle Bestrafungen mit Einzelzelle den anderen Gefangenen in einer geeigneten Weise bekanntzugeben, es sei denn, dass dem Gründe entgegenstehen.¹⁰⁾

Die Gewährung der Belohnungen steht mit Ausnahme der unter 6. und 8. genannten dem Direktor zu. Die Erhöhung der Entschädigung und der Vorschlag zur Begnadigung können nur vom Disziplinarrat gewährt werden. Der Gewährende kann die Belohnungen dauernder Art widerrufen, falls er meint, dass der Gefangene ihrer nicht würdig ist.

V. Der strafgesetzbuchmässige Aufbau des Disziplinarrechts.

Eine gewisse Einschränkung der Disziplinargewalt bedeutet auch die strafgesetzbuchmässige Festlegung, für welche Vergehen die einzelnen Strafen auszusprechen sind.

Der Direktor oder der Disziplinarrat haben, wenn sie einmal ein bestimmtes Vergehen festgestellt haben, keine Möglichkeit mehr, eine individuelle Strafe zu verhängen, die unter Umständen nach der Persönlichkeit des Täters ganz verschieden ausfallen könnte, sondern sie können nur die dafür vorgesehene Strafe aussprechen. Der Inhaber der Strafbefugnis ist jedoch dabei nicht völlig ausgeschaltet, denn er hat ja die Tat zu subsumieren. Wie er das Verhalten wertet, danach richtet sich schliesslich auch die Höhe der zu verhängenden Strafe. So ist es ganz vom Direktor abhängig, ob er im Einzelfall Verspottung eines

9) Art. 160.
10) Art. 172.

Mitgefangenen, ungebührliche Bemerkungen oder Beleidigung eines Mitgefangenen für gegeben sieht. Jedoch sind diese Möglichkeiten nicht sehr gross. Für die meisten Disziplinarfälle kann der Direktor nur eine ganz bestimmte dafür vorgesehene Strafe verhängen. Er kann also nicht nur verwarren, wenn Einzelzelle vorgeschrieben ist. z.B. für den Tausch von Lebensmitteln oder für Singen "la cella" bei Wasser und Brot, obgleich im Einzelfalle eventuell eine Verwarnung völlig ausreichen würde, um den Gefangenen vor weiteren Übertretungen der Hausordnung abzuhalten. Dagegen ist die Möglichkeit, eine schwerere Strafe als die im Reglement vorgesehene zu verhängen, eher gegeben. Leichtere Vergehen, wie Unsauberkeit, für die es eine Verwarnung gibt, können in den meisten Fällen wohl immer unter Ungehorsam eingestuft werden, für den es dann Arrest gibt. Die tatbestandsmässige Erfassung der Disziplinarvergehen und die Festlegung ganz bestimmter dafür zu verhängender Strafen ist also nur eine Garantie gegen zu milde, selten aber gegen zu strenge und ungerechtfertigte Strafen. Eine Aufzählung aller im Regolamento vorgesehenen Tatbestände erscheint nicht erforderlich und notwendig. Zum Überblick soll jedoch eine kleine Auswahl angeführt werden:

Mit einer Verwarnung können nur folgende Vergehen bestraft werden:

1. Nachlässigkeit beim Waschen oder Reinigen der eigenen Person, der Zelle, des Raumes oder des im Schlafsaal oder Arbeitsraum zugewiesenen Platzes;
2. Nachlässigkeit bei der Arbeit oder in der Schule;
3. Übertretung des Schweigegebotes.

Mit einfacher Einzelzelle werden u.a. bestraft:

Zerreißen des Kontobuches, Verletzung der Pflicht, schleunig und ehrerbietig die erteilten Anweisungen zu befolgen.

Mit Einzelzelle bei Wasser und Brot z.B.: Vortäuschen von Krankheiten, Schreiben, Singen, Verwünschungen, Versuch mit anderen Gefangenen oder Fremden Verkehr zu erlangen, unerlaubtes Verlassen des Bettes in der Nacht. Mit Einzelzelle bei Wasser und Brot und Pritsche: Verweigerung des Gehorsams gegenüber den Beamten, Entweichungsversuch.

Mit geschäftiger Einzelzelle (1-3 Monate): Beleidigungen, Bedrohungen oder Versuch der Gewaltanwendung gegen Beamte und Besucher.

Für die disziplinarischen Folgen gilt es als Entweichung, wenn der Gefangene einen geschlossenen Ort verlässt oder sich von dem ihm bei der Arbeit im Freien zugewiesenen Posten für mehr als zwei Stunden entfernt.¹¹⁾

So sind in 54 Ziffern, teils sehr weiten, teils sehr engen Tatbeständen, alle Disziplinarvergehen erfasst, von denen man glaubt, dass sie vorkommen könnten. Für nicht ausdrücklich vorgesehene Verfehlungen, welche die Disziplin oder Ordnung stören, sowie für das Zusammentreffen mehrerer Verfehlungen besteht eine Generalklausel. Art. 164 sagt, dass in diesen Fällen nach Art und Schwere der Tat unter Berücksichtigung der Disziplinarbestimmungen des Regolamento bestraft werden soll.

VI. Besondere Bestimmungen.

Besonders interessant ist auch die Aufnahme einer Vorschrift über Rückfall und schärfende und mildernde Umstände.¹²⁾ Danach ist ein Gefangener disziplinarisch rückfällig, wenn er mit einer Hausstrafe belegt wurde und innerhalb einer bestimmten Frist nach dieser Bestrafung erneut eine Verfehlung begeht. Die Frist richtet sich nach der Schwere der neuen Verfehlung. Sie beträgt drei Monate bei den leichteren und ein Jahr bei den schwereren Übertretungen. Bei Rückfälligkeit wird, falls schärfende Umstände hinzutreten, nicht die Strafe für die begangene Verfehlung, sondern die für die nächst höhere Verfehlungsgruppe erkannt. Fällt die begangene Verfehlung sowieso schon unter die schwerste Strafe, nämlich Arrest von ein bis drei Monaten, so darf Arrest nicht unter zwei Monaten ausgesprochen werden. Liegen andererseits mildernde Umstände vor, so kann bei den beiden leichtesten Verfehlungsgruppen der Direktor von einer Bestrafung absehen, wenn zu vermuten ist, dass der Gefangene keine neuen Verfehlungen begehen wird. Die schärfenden und mildernden Umstände richten sich nach Art und Weise der Tatbegehung, dem verursachten Schaden, dem Grad der Gefährlichkeit des Gefangenen und seiner Stellung zur Ordnung und Disziplin.

11) Art. 118.

12) Art. 168.

Eine weitere Verschärfungsmöglichkeit besteht für die Gefangenen, die zur Überführung in ein Strafhaus vorgeschlagen werden.

Die Gefangenen, die nach Verhängung der schwersten Hausstrafen, gleich welcher Dauer, ihre schlechte Führung fortsetzen und erneut disziplinarstraffällig werden, können vom Disziplinarrat dem Überwachungsrichter (Vollstreckungsrichter) zur Überführung in ein Strafhaus vorgeschlagen werden.¹³⁾ Dieser ordnet nach Prüfung des gesamten Vorlebens des Gefangenen die Überführung an oder verhängt eine Disziplinarstrafe. Die Überführung in ein Strafhaus ist also das schärfste Mittel, das gegen die Gefangenen in der Strafanstalt angewandt werden kann. Nach einjähriger guter Führung im Strafhaus kann der Gefangene, bei dem die Gefahr eines Rückfalles nicht mehr anzunehmen ist, auf Vorschlag des Disziplinarrates wieder in eine normale Strafanstalt kommen.¹⁴⁾

Haben die angewandten sittlichen Beeinflussungen und die Sonderbehandlung des Gefangenen im Strafhaus keinen Erfolg, so wird er, falls er geistig minderwertig ist, in einer Sonderanstalt untergebracht. Wenn der Überwachungsrichter jedoch zu der Auffassung gelangt, dass der Gefangene ein gewohnheitsmässiger und unverbesserlicher Aufrührer gegen die Ordnung und Disziplin ist, wird die Überführung in eine Anstalt für strenge Zucht angeordnet.¹⁵⁾ In diesen Anstalten bestehen Sondervorschriften, welche die persönliche Unversehrtheit der Verurteilten und die Sicherheit der Bewachungsbeamten gewährleisten. Disziplinarische Massnahmen richten sich nicht nach dem Regolamento, sondern nach den besonderen Anstaltsordnungen, die auch entgegen den Vorschriften des Regolamento festgelegt werden können.¹⁶⁾ Diese Möglichkeit der Überführung in eine Anstalt mit einem strengeren Reglement und schärferen Sicherungsmassnahmen ist die ultima ratio der Strafanstalt und zugleich die wirksamste disziplinarische Massnahme, die gegen unbotmässige Gefangene ergriffen werden kann. Wirksam einmal für die Ordnung der Anstalt, denn der

13) Art. 231.

14) Art. 233.

15) Art. 234.

16) Art. 236.

dauernde Störenfried scheidet aus dem Anstaltsverband aus und kann deren Ordnung nicht weiterhin brechen, wirksam aber auch in ihrer generalpräventiven Wirkung gegenüber noch beeinflussbaren Gefangenen. Den Unverbesserlichen wird freilich die Drohung des Strafhauses oder der Anstalt für strenge Zucht nicht abschrecken, es wird ihm dafür aber in Zukunft schwerer gemacht, gegen eine Ordnung zu verstossen, weil er nicht eine so grosse Entfaltungsmöglichkeit besitzt wie in einer normalen Strafanstalt.

Das Regolamento sieht schliesslich noch anlässlich besonderer vaterländischer Ereignisse einen ganzen oder teilweisen Erlass von Hausstrafen durch den Direktor vor.¹⁷⁾

Auch dürfen Direktor oder Disziplinarrat aus gerechtfertigten Gründen bei nicht rückfälligen Gefangenen den Vollzug der Hausstrafen aussetzen.

Abgesehen von der Unterbrechung der Disziplinarstrafe wegen Erkrankung des Gefangenen¹⁸⁾ können der Direktor oder der Disziplinarrat aus gerechtfertigten Gründen die Hausstrafe auch während des Vollzugs, falls es sich nicht um einen rückfälligen Gefangenen handelt, unterbrechen. Der Vollzug der Strafe wird dann fortgesetzt, wenn der Gefangene innerhalb einer Frist von drei Monaten eine neue Verfehlung begeht.¹⁹⁾

VII. Das Beschwerderecht.

Die Beschwerdemöglichkeiten sind im Regolamento verstreut geregelt. Eine besondere Beschwerde gegen Disziplinarstrafen ist nicht angeführt.

Der Gefangene darf sich aber immer beim Vorliegen wichtiger Gründe unmittelbar oder durch andere Überwachungspersonen an den Direktor wenden.²⁰⁾ Auch der Überwachungsrichter, der die Aufsicht über den Vollzug der Freiheitsstrafen ausübt²¹⁾, die Anstalten alle zwei Monate besucht und nachprüft, ob die Bestimmungen der Gesetze und Verordnungen befolgt werden, ist für eine die Disziplinar-

17) Art. 169.

18) Art. 170.

19) Art. 171.

20) Art. 91.

21) Art. 4.

massnahmen betreffende Beschwerde zuständig, da ja eine ungerechtfertigte Massnahme wegen der strengen Regelung nur unter Verletzung des Regolamentoo zustande kommen kann. Die Beschwerde an den Überwachungsrichter muss innerhalb einer Ausschlussfrist von fünfzehn Tagen seit der Mitteilung der Massnahme eingelegt werden. Der Direktor nimmt dazu Stellung und gibt die Beschwerde innerhalb von fünf Tagen an den Überwachungsrichter weiter.²²⁾ Die Beschwerden an den Überwachungsrichter können auch in einem verschlossenen Umschlag abgegeben werden.

In gleicher Weise kann der Gefangene Beschwerden an den Ministerpräsidenten, den Justizminister, die Direktion, die Leiter der Staatsanwaltschaft und die Generaldirektion der Vorbeugungs- und Strafanstalten richten.²³⁾

VIII. Disziplinarstrafen in den Sonderanstalten.

Im Jugendstrafvollzug sind die Disziplinar-massnahmen den besonderen Bedürfnissen eines erzieherischen Vollzuges angepasst und die Strafen auf das notwendige Mass beschränkt.²⁴⁾ An zulässigen Hausstrafen nennt der Art. 224 nur:

1. Verwarnung.
2. Herabsetzung der Zahl der Unterredungen.
3. Verbot des gemeinsamen Spazierganges.
4. Einzelzelle mit einfachem Ruhelager und ein-facher Beköstigung von ein bis fünfzehn Tagen.

Besonders geregelt sind die Disziplinar-massnahmen auch in den Anstalten für freiheitsentziehende Verwaltungs- und Sicherungsmassnahmen.²⁵⁾

Die Hausstrafen in den landwirtschaftlichen Kolonien und Arbeitshäusern sind:²⁶⁾

22) Art. 5.

23) Art. 90.

24) Dybwad, aaO., S. 63.

25) Art. 256 teilt diese ein in: landwirtschaftliche Kolonien, gerichtliche Irrenanstalten, Heil- und Bewahrungsanstalten, gerichtliche Besserungsanstalten, Gerichtssanatorien und Anstalten für strenge Zucht.

26) Art. 280.

1. Verwarnung.
2. Verbot des Spazierganges auf die Höchstdauer von zehn Tagen.
3. Verbot des Erwerbs von Zusatzkost auf die Höchstdauer von fünfzehn Tagen.
4. Die Einzelzelle ohne Kostbeschränkungen auf die Höchstdauer von fünfzehn Tagen.

5. Die Überführung in eine Anstalt für strenge Zucht. In den Anstalten für strenge Zucht können die unter 2. bis 4. angegebenen Massnahmen das Doppelte der angegebenen Zeit betragen.

In den gerichtlichen Besserungsanstalten können verhängt werden:

1. Verwarnung.
2. Beschränkung der Dauer des täglichen Spazierganges auf die Höchstdauer von zehn Tagen.
3. Verbot des Erwerbs von Zusatzkost auf die Höchstdauer von fünf Tagen.
4. Die Einzelzelle ohne Kostbeschränkungen auf die Höchstdauer von fünfzehn Tagen.
5. Die Überführung in eine besondere gerichtliche Besserungsanstalt.

In den besonderen gerichtlichen Besserungsanstalten können die unter 2. und 4. genannten Strafen für die doppelte Zeit angewandt werden.

Die Internierten können mit Urlaub bis zu dreissig Tagen im Jahr oder sogar mit einer Haftunterbrechnung bis zu sechs Monaten belohnt werden.

Die Hausstrafen in den gerichtlichen Irrenanstalten, den Heil- und Bewahrungsanstalten und den Gerichtssanatorien setzt die Direktion fest, wie es die Gesundheit der Gefangenen erfordert.

IX. Anwendung der Disziplinar-massnahmen.

Man ist in Italien zur Zeit geneigt, die Disziplinar-massnahmen nicht in strenger Weise und als Mittel zu einer harten Behandlung der Gefangenen anzuwenden, sondern die lange Liste der Belohnungen, die den Gefangenen winken, sollen sie zu einer besseren Führung veranlassen. Infolge

der Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse ergibt sich aber in den einzelnen Anstalten ein ganz verschiedenes Bild.²⁷⁾

J u g o s l a w i e n .

I. Die Regelung der Disziplinarmaßnahmen.

Jugoslawien regelt die Disziplinarmaßnahmen in dem Gesetz über den Strafvollzug, über den Vollzug der Sicherheitsmaßnahmen und Erziehungs- und Besserungsmaßnahmen vom 8.10.1951 in Art. 58 u. 59.

II. Die zulässigen Disziplinarmaßnahmen.

Die Strafgefangenen sind verpflichtet, sich an die Hausordnung¹⁾ zu halten und sich nach den Regeln der Arbeitsdisziplin und nach den Anordnungen der Beamten zu richten. Wegen Verletzung der Hausordnung, der Arbeitsdisziplin und des Anstandes gegenüber beamteten Personen oder Strafgefangenen können folgende Disziplinarstrafen verhängt werden:

1. Verwarnung.
2. Zweistündige Verlängerung der täglichen Arbeitszeit an 3-30 Tagen.
3. Einweisung auf schwere Arbeit bis zu 14 Tagen.
4. Entziehung des Rechts auf Korrespondenz und Besuch bis zu 3 Monaten.
5. Entziehung des Rechts auf Empfang von Paketen bis zu 3 Monaten.
6. Beschränkung des Verfügungsrechts über das Geld von persönlichen Bedürfnissen bis zu 14 Tagen.
7. Absonderung bis zu 14 Tagen.

Mehrere Disziplinarstrafen können miteinander verbunden werden.

Verlängerung der Arbeitszeit, Entzug des Besuches und der Korrespondenz, Paketsperre und Beschränkung des

²⁷⁾ Erra, aaO., S. 241.

1) Die Regelung der Hausordnung schreibt der Minister des Innern vor. Sie enthält neben Vorschriften über Arbeit, Gesundheitsmaßnahmen, Erziehung, Rechte des Gefangenen usw. auch Bestimmungen über die Disziplin.

Verfügungsrechts über das Geld für persönliche Bedürfnisse können gegen eine schwangere Frau oder eine stillende Mutter nur dann verhängt werden, wenn sie sich einer wiederholten Verletzung der Hausordnung schuldig macht.

Die Brief-, Paket- und Besuchssperre hat in den einzelnen Anstalten verschiedene Wirkung, da zu Gefängnis Verurteilte 2 Briefe, 2 Pakete und zweimal Besuch im Monat empfangen dürfen, während die zu strengem Gefängnis Verurteilten diese Rechte nur jeweilig einmal im Monat haben. Die Verfügungsbeschränkung über das Geld betrifft nur das eine Drittel des Arbeitslohnes, das der Gefangene für Gegenstände des persönlichen Bedarfs wie Zeitungen, Bücher, Lebensmittel usw., ausgeben darf.²⁾ Es ist anzunehmen, dass das verfügbare Geld dieser Zeit auf das Rücklagekonto des Gefangenen überschrieben wird.

Die zwei Stunden Verlängerung der täglichen Arbeitszeit sind nicht als Überstunden anzusehen; die in dieser Zeit geleistete Mehrarbeit wird also nicht bezahlt.

Bei der Massnahme der Absonderung wird der Gefangene in Einzelhaft gesetzt. Es gibt dafür keine besondere Straf- oder Arrestzelle, sondern diese Massnahme wird in einer normalen Einzelhaftzelle vollzogen. Während dieser Zeit fällt auch nicht der Spaziergang fort, der Gefangene ist dabei nur getrennt von den anderen zu halten. Wenigstens einmal wöchentlich muss der Abgesonderte vom Leiter der Anstalt, vom Arzt und vom Erzieher besucht werden.

Bestimmungen über die Anwendung von Zwangsmitteln, wie Fesseln, Zwangsjacke usw. zur Beruhigung tobender Gefangener fehlen in dem Gesetz. Ihre Anwendung ist jedoch nicht ausdrücklich verboten.

III. Die Disziplinarstrafgewalt.

Die Disziplinarmaßnahmen verhängt der Leiter des Straf- und Besserungsheimes³⁾ oder des Gefängnisses.

2) Diese Massnahme kommt also einer Einkaufssperre gleich.

3) Straf- und Besserungsheime, Schutzheime für verurteilte Wöchnerinnen und Gefängnisse sind in Jugoslawien die sogen. Straf-Besserungsanstalten, in denen die Strafe des strengen Gefängnisses und des Gefängnisses vollzogen werden. Vgl. Art. 9 des Vollzugsgesetzes. Gefängnisstrafen über 6 Monate werden in den Straf- und Besserungsheimen, Gefängnisstrafen unter 6 Monaten in Gefängnissen verbüsst. Vgl. Art. 10.

Gibt es keinen Gefängnisleiter, so liegt die Disziplinar-gewalt bei dem Beauftragten des Innenministeriums.⁴⁾

Der Gefangene muss vor der Verhängung der Disziplinar-strafe gehört werden. Die erkannte Disziplinarstrafe ist in das Personalblatt des Strafgefangenen einzutragen.

IV. Das Beschwerderecht.

Die Gefangenen haben das Recht, sich beim Leiter der Anstalt bzw. beim Beauftragten des Innenministeriums zu beschweren. Alle Beschwerden werden in das Rapportbuch eingetragen. Die Entscheidungen darüber müssen ebenfalls darin enthalten sein.

Gelegentlich einer Inspektion⁵⁾, die beamtete Per-sonen in den Anstalten durchführen, können sich die Ge-fangenen bei diesen Personen beschweren, auch wenn ein Beamter der Anstalt nicht zugegen ist.

Eine schriftliche Beschwerde an die oberen Gefängnis-behörden oder das Innenministerium ist in dem Gesetz nicht geregelt.

V. Massnahmen in den Jugendanstalten.

Nach den Bestimmungen über die Durchführung der Erziehungs- und Besserungsmassnahmen und der Sicherungs-massnahmen gegen Minderjährige⁶⁾ können gegen diese, soweit sie zu Gefängnis oder strengem Gefängnis verurteilt sind, nicht die Massnahmen der zweistündigen Verlängerung der täglichen Arbeitszeit, die Einweisung auf schwere Arbeit, sowie Absonderung über 7 Tage verhängt werden.

Minderjährigen, bei denen die Erziehungs- oder Besserungsmassnahmen der Einweisung in ein Erziehungs- oder Besserungsheim angeordnet wurde, können in diesen Heimen

4) Nur in den grösseren Gefängnissen gibt es einen Gefängnis-leiter, die kleineren verwaltet ein Beauftragter des Innenministeriums. Art. 30.

5) Inspektionen werden durch vom Minister des Innern be-stimmte Beamte mindestens dreimal jährlich durchgeführt. Ausserdem können Inspektionen vom Beauftragten des Präsidiums der Volksversammlung der Förderativen Volks-republic Jugoslawien oder von Personen, die vom Präsi-dium der Volksversammlungen der einzelnen Republiken bestimmt werden, ausgeführt werden.

6) Minderjährige im Sinne dieses Gesetzes sind die Gefangenen unter 18 Jahren.

bei Disziplinarverstössen vom Heimleiter nur folgende Massnahmen auferlegt werden:

1. Mahnung.
2. Verwarnung.
3. Entziehung des Rechts auf Briefwechsel bis zu 3 Monaten.
4. Verbot des Ausganges aus dem Heim bis zu 4 Tagen.
5. Einsperrung in einen besonderen Raum bis zu 2 Stunden täglich und längstens an drei Tagen nacheinander.

N i e d e r l a n d e

I. Die Regelung der Disziplinarmassnahmen.

Auf Grund der im Gesetz vom 21.12.1951 (Staatsblad von het Koninrijk der Nederlanden Nr.56) aufgestellten neuen Grundsätze für das Gefängniswesen wurde am 23.5.1953 eine neue Strafvollzugsordnung erlassen (Staatsblad 1953 S. 407), in der die Disziplinarmassnahmen in den Haftanstalten, Gefängnissen, Reichsarbeitsanstalten und Reichsasylen für Psychopathen geregelt wurde.

II. Die zulässigen Disziplinarstrafen.

Wegen Handlungen, die unvereinbar mit der guten Ordnung und Zucht sind, können ausschliesslich folgende Disziplinarstrafen auferlegt werden:

1. Einschliessen in eine Strafzelle für höchstens 4 Wochen; dabei kann für höchstens 10 Tage die Bewegung im Freien entzogen werden.
2. Einschliessen in eine Strafzelle während der Freizeit für höchstens 4 Wochen.
3. Anlegen von Fesseln für höchstens 14 Tage. Krummschliessen ist nicht zulässig.
4. Verabreichung von Wasser und Brot statt der normalen Kost für höchstens 4 Wochen. Dauert diese Strafe länger als 2 Tage, so ist sie nur einen um den anderen Tag anzuwenden.

5. Rückstufung mit der Massgabe, dass ein Gefangener niemals in eine Beobachtungsstufe zurückversetzt werden kann, in welcher er sich in Einzelhaft befinden würde.
6. Entziehung der Besuchserlaubnis, der Erlaubnis zum Briefeschreiben oder zum Briefempfang für höchstens 4 Wochen, wenn die Übertretung im Zusammenhang mit Besuchen oder Briefwechsel begangen wurde.
7. Entziehung des Lesestoffs, Entziehung des Rechts zu Einkäufen in der Kantine oder die Entziehung von anderen Vorrechten für höchstens 4 Wochen.

Mehrere Strafen können gleichzeitig verhängt werden, so dass auch Arrest bei Wasser und Brot ausgesprochen werden kann.

Alle Strafen können auch bedingt ausgesprochen werden, wobei die bedingte Strafe vollstreckt werden kann, wenn der Gefangene innerhalb einer Bewährungszeit von sechs Monaten erneut eine Handlung begeht, die mit guter Ordnung und Disziplin nicht vereinbar ist. Bei jeder Überführung des Gefangenen in eine andere Anstalt soll stets die Umwandlung in eine bedingte Strafe erwogen werden. Auch während der Vollstreckung kann der noch nicht vollstreckte Teil der Strafe in eine bedingte Strafe umgewandelt werden.

Eine Strafe kann auch gemildert werden, wenn das Betragen oder die Haltung des Gefangenen dazu Anlass geben oder falls der Anstaltsarzt es aus Gesundheitsrücksichten für wünschenswert erachtet.

Das Rückstufungsverbot in eine Stufe, in der der Gefangene in Einzelhaft sitzen würde, soll verhindern, dass Einzelhaft von unbestimmter Dauer verhängt wird, der diese Rückstufung praktisch gleichkäme.

Die Strafzellen dürfen keine Dunkelzellen sein, es heisst, dass sie nicht ausschliesslich durch künstliches Licht erhellt werden dürfen. Eine gewisse Verminderung des Tageslichtes dürfte also zulässig sein.

III. Die Disziplinarstrafbefugnis.

Die Disziplinargewalt liegt bei dem Direktor der Anstalt. Er kann alle zulässigen Strafen verhängen. Eine

Strafe darf jedoch nur ausgesprochen werden, wenn der Übertreter vorher gehört wurde.

In der Vollzugsordnung ist nicht erwähnt, dass Tatbestand und die Aussage schriftlich niedergelegt werden müssen. Die verhängten Strafen sind jedoch in ein Strafbuch einzutragen.

IV. Das Beschwerderecht.

Eine besondere Beschwerde gegen Disziplinarstrafen ist nicht vorgesehen. Die Möglichkeit dazu ergibt sich jedoch aus den allgemeinen Bestimmungen. Die Gefangenen können sich wegen ihnen gegenüber ergriffener Massnahmen oder der ihnen zuteil werdenden Behandlung an die Aufsichtskommission wenden. Diese besteht aus drei bis acht Mitgliedern, die vom Justizminister auf fünf Jahre berufen werden. Sie hat die Aufgabe, über alle die Anstalt betreffenden Angelegenheiten, im besonderen über die Behandlung der Gefangenen und die Erfüllung der Vorschriften die Aufsicht zu führen. Die Kommission hat sich durch persönliche Fühlungnahme mit den Gefangenen regelmässig über deren Wünsche und Ansichten zu unterrichten.

Neben einer der Kommission mündlich vorgetragenen Beschwerde können sich die Gefangenen, auch wenn sie Schreibverbot haben, schriftlich an die Kommission wenden. Der Brief kann verschlossen sein und darf nicht zensiert werden. Der Direktor kann nachträglich von dem Brief Kenntnis nehmen, es sei denn, die Kommission hält das nicht für angebracht.

Die Aufsichtskommission kann die vom Direktor verhängten Disziplinar massnahmen nicht aufheben oder abändern, sie wird aber von Verstössen gegen die Vollzugsordnung oder bei Ermessensmissbrauch dem Justizminister berichten, der dann entsprechend vorgehen kann.

V. Disziplinarstrafen in den Sonderanstalten.

Für die Sonderanstalten ergeben sich hinsichtlich der Strafen keine neuen Gesichtspunkte. In den Psychopathenasylen beträgt die Höchstdauer des Arrestes fünfzehn Tage.

VI. Die praktische Anwendung der Disziplinarstrafen.

Aus den Berichten über die Handhabung der Disziplin in den niederländischen Gefängnissen im Jahre 1953¹⁾ und im Jahre 1954²⁾ geht hervor, dass als Disziplinarstrafe im wesentlichen Arrest und der Entzug von Vergünstigungen verhängt werden. Rückstufungen als Strafe kommen nur selten vor. Ebenso ist die Verhängung von Wasser und Brot sehr selten angewandt worden; und dann nur in Verbindung mit der Strafzelle. In den Übersichten des Jahres 1953 ist auch die Verwarnung als Disziplinarstrafe zu finden, obgleich sie nach der alten Vollzugsordnung aus dem Jahre 1932 nicht vorgesehen war.

Die Anzahl der überhaupt verhängten Strafen erscheint verhältnismässig gering.

1953 wurden verhängt: Haftanstalt Maastricht (durchschnittliche Tagesbelegung 82 Männer und 5 Frauen) insgesamt 58 Disziplinarstrafen. Gefängnis und Haftanstalt Arnheim (durchschnittliche Belegungsziffer 156) 108 Strafen. Gefängnis Gravenhage (durchschnittliche Belegung 222) 32 Strafen. Gefängnis und Haftanstalt Groningen (Belegungsziffer 193) 123 Strafen.

Im Gefängnis Leeuwarden waren 1954 von 88 verhängten Disziplinarstrafen allein 68 Arreststrafen; davon allerdings nur zwei mit Wasser und Brot.

Auch im Gefängnis und Arbeitshaus Esserheem te Norg war im Jahre 1954 der Anteil der Strafzelle ziemlich hoch, nämlich 116 von insgesamt 243 verhängten Disziplinarstrafen.

1) Het nederlandse Gefangniswezen in de jaren 1945 tot en met 1953, Gravenhage 1954, S. 88 ff.

2) aaO., in het jaar 1954, S. 112 ff.

N o r w e g e n

I. Die Regelung der Disziplinar massnahmen.

Für die norwegischen Vollzugsanstalten sind die disziplinarischen Massnahmen in dem Gesetz über das Gefängniswesen und über Zwangsarbeit (lov om Faengselsvaesenet og om Twangsarbeide) vom 12.12.1903 und in den Ordnungen für die Landesgefängnisse, Bezirksgefängnisse und Hilfsgefängnisse geregelt (Reglement for lamsfengsler, Reglement for kretsfengslene og de store Hjelpfengsler). Die letzteren stammen ebenfalls aus den ersten Jahren dieses Jahrhunderts, sind jedoch genau wie das Gesetz laufend geändert worden. Die letzten grösseren Änderungen und die Neufestsetzung der Ordnung erfolgten 1950. Für die Sonderanstalten bestehen eigene Ordnungsvorschriften.¹⁾

II. Die zulässigen Disziplinarstrafen.

Wenn ein Gefangener im Gefängnis, bei vorübergehender Abwesenheit von diesem oder auf dem Transport zu einer anderen Anstalt ungehorsam ist, ein schlechtes Benehmen zeigt oder sonst gegen die Gefängnisordnung verstösst, können ausser der Warnung, dem Ausschluss von Buchleihe, Kirchgang und Schulbesuch und dem Verlust zugestandener Vergünstigungen folgende Strafen angewandt werden:²⁾

1. Verweis.
2. Kost nach besonderer Anordnung für die Dauer von einem Monat.
3. Entzug der Arbeit für höchstens 14 Tage.
4. Einzug des gutgeschriebenen Arbeitslohnes.³⁾
5. Einschluss in die Strafzelle für höchstens 14 Tage.
Diese Zeit wird nicht auf die Verbüssung der kriminellen Strafe angerechnet.⁴⁾

1) Z.B. Reglement für die Sicherungsanstalt Ila vom 12.12.1950, Reglement für die Arbeitsschule Berg vom 2.2.1953.

2) Für Haftgefangene gelten die gleichen Strafen.
§ 45 Vollzugsgesetz.

3) Ausser als Disziplinarstrafe kann die Einziehung nicht ausgezahlten Arbeitslohnes erfolgen, wenn der Gefangene nach seiner Entlassung das ihm Ausgezahlte missbraucht oder sonst schlechte Führung gezeigt hat.
§ 13 Vollzugsgesetz.

4) Es erfolgt also eine Unterbrechung des Strafvollzuges.

6. Herabsetzung im Grad.⁵⁾
7. Verlängerung der Strafzeit bis zu einem Monat.
Bei Gemeinschaftsgefängnis ist dies mit der Unterbringung in einer Einzelzelle verbunden.
8. Hartes Nachtlager bis zu 18 Tagen.
9. Einschränkung der Kost auf Wasser und Brot bis zu 12 Tagen. Diese Strafe darf nur gegen Personen über 18 Jahre angewendet werden.

Mehrere der genannten Strafen können miteinander verbunden werden. Die Disziplinarstrafen können unabhängig von der zu verbüssenden Strafzeit vollstreckt werden und diese überschreiten. Durch Arrest, der nicht auf die Strafzeit angerechnet wird und durch die Massnahme der Verlängerung der Strafzeit darf die Strafzeit um nicht mehr als insgesamt 3 Monate verlängert werden.

Arrest, hartes Nachtlager und Einschränkung der Kost auf Wasser und Brot dürfen nicht gegen stillende Mütter verhängt werden.

Wird ein Gefangener mit Einschluss in die Strafzelle, Entzug der Arbeit oder Herabsetzung der Kost auf Wasser und Brot bestraft, so ist er in Einzelhaft zu halten. Die Bewegung im Freien und das Baden sollen ihm in diesen Fällen jedoch nicht entzogen werden.

Der Vollzug aller Strafen kann, wenn es zweckmässig erscheint, auf Anordnung des Direktors für eine gewisse Zeit ausgesetzt werden.⁶⁾ Nach dem Ablauf von 3 Monaten darf die Strafe nicht mehr vollzogen werden. Macht sich der Gefangene innerhalb dieser Zeit eines neuen Disziplinarvergehens schuldig, so ist sowohl die alte, als auch die neue Strafe zu vollstrecken. Der Direktor kann auch anordnen, dass der Vollzug einer Disziplinarstrafe teilweise erlassen oder unterbrochen wird. Wenn im letzteren Fall der Vollzug nicht innerhalb von drei Monaten fortgesetzt wird, so entfällt die Strafe.

Nach dreissig Tagen hartem Lager und 20 Tagen Wasser und Brot muss ein Zwischenraum von einer bzw. zwei Wochen eintreten.

5) Diese Strafe besteht nur in den Landesgefängnissen, weil es dort den Stufenstrafvollzug gibt.

6) Was der bedingten Verhängung gleichkommt.

Verursacht der Gefangene vorsätzlich oder durch grobe Fahrlässigkeit einen Schaden, so kann sein Arbeitslohn dazu verwendet werden, diesen abzudecken (§ 13 des VollzugsGes.).

III. Die Anwendung von Zwangsmitteln.

Zur Brechung gewaltsamen Widerstandes können Fesselung, Zwangsjacke oder andere im Augenblick notwendige Zwangsmittel angewendet werden. Hat ein männlicher Gefangener die Absicht zu fliehen erkennen lassen, Gewalttätigkeit gezeigt oder Drohungen geäußert und wird es deshalb notwendig erachtet, so kann er zum Schutze der Sicherheit oder um einer Flucht vorzubeugen, gefesselt werden. Auch ein Gefangener, der die Ordnung stört und sich nicht nach einer erteilten Warnung richtet, kann vom Oberaufseher vorläufig in eine Strafzelle gesperrt werden. Von allen derartigen Vorfällen ist der Direktor, falls er nicht selbst zugegen ist, unverzüglich zu benachrichtigen.

IV. Die Strafbefugnis und das Verfahren.

Die Disziplinargewalt liegt beim Leiter der Anstalt. Er kann alle vorgesehenen Strafen verhängen, ausgenommen den Einzug des gutgeschriebenen Arbeitslohnes, der von der obersten Gefängnisbehörde (Fengselsstyret)⁷⁾ verhängt wird. Die Massnahmen des harten Nachtlagers und der Herabsetzung der Kost auf Wasser und Brot dürfen, wenn sie die Hälfte der zulässigen Dauer, also 9 bzw. 6 Tage, überschreiten sollen, vom Direktor erst verhängt werden,

7) Diese oberste Gefängnisbehörde bildet eine besondere Abteilung im Justizministerium. Ihr Leiter ist direkt dem Justizminister unterstellt.

wenn der einzelne Fall dem Gefängnisrat (Fengselradet)⁸⁾, wo ein solcher besteht, zur Stellungnahme vorgelegt wurde. Auch über eine beabsichtigte Verlängerung der Strafzeit muss mit dem Gefängnisrat beraten werden. Das gleiche gilt für alle Massnahmen gegen geistig unterentwickelte Gefangene. Der Gefängnisrat hat lediglich beratende Befugnisse. Die Entscheidung liegt allein beim Direktor.

Für leichtere Vergehen sind Disziplinarstrafen nicht anzuwenden, bevor dem Gefangenen nicht eine vergebliche Warnung erteilt wurde.

Vor jeder Verhängung einer Disziplinarstrafe ist dem Gefangenen Gelegenheit zu geben, eine Erklärung abzugeben oder schriftlich niederzulegen. Diese Erklärung soll in der Regel dem Direktor persönlich abgegeben werden. Soll eine Frage vom Gefängnisrat behandelt werden, so soll der Gefangene, wenn er es wünscht, und falls besondere Umstände dies nicht verhindern, die Möglichkeit haben, vor diesem eine Erklärung abzugeben. Wenn Zweifel bestehen, ob der Gefangene die auferlegte Massnahme zu verbüssen in der Lage ist, darf sie nicht vollzogen werden, bevor nicht ein ärztliches Gutachten eingeholt wurde.

Alle verhängten Disziplinarstrafen sind vom Direktor mit den Gründen, die zur Bestrafung führten, in ein besonderes Protokoll einzutragen. Bei jeder Disziplinarstrafe, durch die die Strafzeit verlängert wird, hat der Direktor einen Bericht an die oberste Gefängnisbehörde zu machen. Das gleiche gilt für alle Strafen, die vorher dem Gefängnisrat zur Beratung vorgelegt werden sollen, ein solcher Gefängnisrat aber an der betreffenden Anstalt nicht besteht.

8) Die oberste Gefängnisbehörde ernennt in den Landesgefängnissen und in den Bezirksgefängnissen, in denen es angebracht erscheint, Gefängnisräte, welche jede Woche einmal zusammentreten und über die verschiedensten Fragen der Anstalt beraten, darunter auch die Gesuche von Gefangenen, den Arbeitseinsatz und die Führung und Disziplin der Gefangenen. Sie bestehen aus dem Direktor und besonders bestimmten Beamten. § 7 des Vollzugsgesetzes.

V. Das Beschwerderecht.

Jeder Gefangene kann mit Beschwerden oder Gesuchen beim Direktor vorstellig werden. Auch haben die Gefangenen die Möglichkeit, sich an Mitglieder des Aufsichtsrates⁹⁾ zu wenden. Wünscht der Gefangene Rücksprache mit einer zuständigen Behörde, so ist diese davon zu verständigen.¹⁰⁾ Die Gefangenen können sich auch bei jeder anderen Persönlichkeit der Gefängnisbehörden oder des Ministeriums beschweren. Wünscht der Gefangene eine solche Person zu sprechen, so soll diese davon unterrichtet werden. Die Beschwerde darf vom Gefangenen auch schriftlich eingereicht werden.

Für unbegründete Beschwerden oder für solche mit ungebührlichem Inhalt kann der betreffende Gefangene eine Warnung oder eine andere zulässige Disziplinarstrafe erhalten.

VI. Disziplinarstrafen im Sondervollzug.

In den Sonderanstalten sind die Strafen die gleichen. Nur fallen dort die nicht möglichen Massnahmen, wie z.B. bei Sicherungsverwahrten eine Verlängerung der Strafzeit, weg. Für Gefangene, die keine Strafe verbüssen, gelten die gleichen Disziplinarstrafen ausser Arrest, Rückstufung und Verlängerung der Strafzeit.¹¹⁾ Auch für Zwangsarbeitshäuser sind die gleichen Vorschriften entsprechend anzuwenden.¹²⁾ Für Verwahrte sind die Disziplinarstrafen der Gefängnisse ebenfalls entsprechend anzuwenden.¹³⁾

9) Der Aufsichtsrat beaufsichtigt alle Gefängnisse des Bezirks. Er übt nur Kontrollbefugnisse aus und ist keine verwaltende Einrichtung. Seine Mitglieder werden für ein Jahr vom Justizminister ernannt. In den Landesgefängnissen besteht der Aufsichtsrat aus einem Richter, einem Mitglied der Anklagebehörde und zwei Männern oder für Frauengefängnisse zwei Frauen. In Bezirksgefängnissen kommt noch der Amtmann des jeweiligen Bezirks hinzu, der dann immer Vorsitzender ist. In Bezirksgefängnissen für Männer und Frauen sind als Mitglieder je ein Mann und eine Frau einzusetzen. §8 Vollzugsges.

10) § 29.

11) § 49.

12) § 58.

13) § 50 b.

Auch für Untersuchungsgefangene sind die Massnahmen die gleichen, ausgenommen der Einschluss in die Strafzelle und die Verlängerung der Strafzeit.¹⁴⁾

S c h w e d e n

I. Die Regelung der Disziplinarmassnahmen.

Schweden besitzt seit dem 21.12.1945 ein Vollzugsgesetz, das auch die Disziplinarmassnahmen einheitlich regelt. Das Gesetz über den Vollzug von Freiheitsstrafen wurde am 1.10.1956 neu gefasst und behandelt in den §§ 75 bis 82 die Disziplinarmassnahmen.

II. Die Disziplinarstrafen und ihre Anwendung.

Die Liste der zulässigen Hausstrafen ist sehr kurz. Die Verwarnung oder der Verweis durch den Direktor als die sonst übliche leichteste Strafe ist als eigentliche Hausstrafe nicht vorgesehen. Es heisst jedoch in § 75, dass der Vorsteher der Anstalt einem Gefangenen, der gegen die anbefohlene Ordnung verstösst, oder sonst ein tadelnswertes Benehmen zeigt, geeignete Vorhaltungen zu machen hat. Erst wenn der Gefangene sich davon nicht beeinflussen lässt, oder die Verfehlung ernsterer Art ist, kann er vom Vorsteher bestraft werden mit:

1. Dem Verlust einer ihm besonders zugebilligten Vergünstigung für eine bestimmte Zeit oder bis auf weiteres.
2. Dem völligen oder teilweisen zeitlich begrenzten Entzug des Rechtes, Waren zu kaufen, die in der Anstalt bereitgehalten werden.
3. Dem in seinem Umfang vom Vorsteher bestimmten, mit höchstens vierzehn Tagen begrenzten Verlust

¹⁴⁾ Es ist dies ausdrücklich erwähnt, weil es in den meisten Fällen wohl zur Verurteilung kommen wird und eine Verlängerung der so erkannten Strafe denkbar wäre.

des Rechts, Zeitungen zu lesen oder andere Lektüre zu besitzen.

4. Mit der Einschliessung in eine Einzelzelle (Einzelarrest) für die Dauer von höchstens einem Monat oder bei der Verbüssung von Jugendgefängnis für höchstens sieben Tage.

Gefangene, die berechtigt sind, Lebensmittel oder Gegenstände zur Erleichterung des Vollzugs selbst zu erwerben oder zu empfangen, können auch mit Entzug dieser Vergünstigungen für eine bestimmte Frist bestraft werden. Es handelt sich dabei um Strafarbeitsgefangene, Geldstrafengefangene, Sicherungsverwahrte und Internierte, die bei Fleiss und guter Führung mehr Waren kaufen können, als dies sonst erlaubt ist, eigene Kleider benützen dürfen, wenn diese von zufriedenstellender Beschaffenheit sind (dies jedoch nur, wenn der Gefangene in einer Einzelzelle arbeitet oder in ihr seine Freizeit verbringt) oder sich diejenigen Bequemlichkeiten verschaffen können, die sich mit Einfachheit und guter Ordnung vereinbaren lassen (Kissen, Bett- und Tischdecken, Wandschmuck, evtl. auch bequemere Stühle usw.)

Hat ein Strafarbeits-, Gefängnis- oder Geldstrafengefangener eine Verfehlung begangen, die eine schwerere als die genannten Disziplinarstrafen verlangt, so kann eine Verlängerung der Vollzugszeit um höchstens vierzehn Tage verhängt werden. Durch eine oder wiederholte Bestrafung dieser Art darf aber die Vollzugszeit um insgesamt nicht mehr als ein Drittel, in keinem Fall aber um mehr als drei Monate verlängert werden. Es ist dies nicht die sogenannte Unterbrechnung der Vollzugszeit für die verbüssten Arresttage, sondern eine regelrechte Verlängerung der Strafzeit, die auch ohne Arrest und unabhängig vom Arrest verhängt werden kann, wenngleich sie wohl in den meisten Fällen zusammen mit Arrest ausgesprochen werden wird.

Für die offenen und halboffenen Anstalten besteht als scharfe Massnahme noch die Rückversetzung in eine geschlossene Anstalt, die jedoch im Strafvollzugsgesetz nicht als Disziplinarstrafe angeführt ist, sondern sich nur aus den Einrichtungen des schwedischen Strafvollzuges ergibt, als schwerste Sanktion jedoch nur in den schwierigsten Fällen angewandt wird.¹⁾

1) Vgl. dazu Halder, aaO., S. 67.

Alle Bestrafungen können je nach Art der Verfehlung und der sonstigen vorliegenden Umstände kumulativ verhängt werden. Wenn mehrere Verfehlungen vorliegen, hat für sie eine einheitliche Bestrafung zu erfolgen.

Hat ein Gefangener ununterbrochen das Höchstmass des Einzelarrestes (einen Monat, Jugendliche sieben Tage) verbüsst, so darf er erst nach einer siebentägigen Zwischenzeit einer erneuten Einschliessung unterworfen werden.

Verfehlungen eines Gefangenen während eines Transportes, während eines Aufenthaltes ausserhalb der Anstalt oder unter solchen Umständen, dass diese nicht sofort verfolgt werden können, können in der Anstalt bestraft werden, in der er untergebracht wird.

Aus der Begründung des Gesetzes²⁾ geht hervor, dass für den Entzug von besonders zugebilliten Vergünstigungen in erster Linie in Betracht kommen: Das Recht auf erhöhten Kauf von Prämienwaren, auf eine während der Freizeit unverschlossene Zellentür, auf verminderte Arbeitszeit, auf Freigang, die Erlaubnis zum Abschicken und Empfang von Briefen, die nicht die Zensur durchlaufen und die dem Gefangenen zur Belohnung von Fleiss bei der Arbeit und guter Führung erteilte Genehmigung, sich unter Beschränkung der Arbeitszeit, Studien oder anderen Ausbildungen zu widmen (§ 52 des Vollzugsges.).

Der Entzug gewisser Vergünstigungen wird bei Gefangenen in Einzelhaft stärker wirken, als bei Gefangenen in Gemeinschaftshaft, die doch meist zur Erfüllung ihrer Wünsche gelangen können. Bei Gemeinschaftshaft soll der Entzug in Verbindung mit Arrest die gewünschte Wirkung herbeiführen.

Der Einzelarrest als Disziplinarstrafe ist strenger als die gewöhnliche Vollzugsform der Einzelhaft. Er wird zwar in einer gewöhnlichen Wohnzelle vollzogen, es soll aber ein Zusammentreffen mit anderen Gefangenen unter allen Umständen verhindert werden.

In den einzelnen offenen Anstalten, in denen es eine Gelegenheit zum Vollzug des Einzelarrestes nicht gibt, kann dafür die schärfste Disziplinarstrafe, nämlich die Verlängerung der Strafzeit verhängt werden. Diese Massnahme

2) Vgl. Motive, S. 247.

ist nach den Motiven als Abschreckungsmittel gegen die meist nicht allzu schwierigen Entweichungen notwendig und dürfte wohl hauptsächlich bei Entweichungen oder Fluchtversuchen zur Anwendung gelangen. Ihre Wirkung ist in diesen Fällen wesentlich grösser als die des Arrestes.

III. Besondere Zwangsmittel.

Zur Unterdrückung von Gewalttätigkeiten, oder wenn die Sicherheit der Anstalt dies sonst erfordert, kann der Vorsteher einen Gefangenen getrennt von den anderen halten oder ihn für die Zeit, in der die Sicherheit es erfordert, in geeignete Fesseln legen, wenn andere Mittel als unzureichend anzusehen sind.

Auch während eines Transportes kann ein Gefangener auf Anordnung des Vorstehers in Fesseln gelegt werden,³⁾ wenn dies notwendig erscheint.

Die Bestimmung über die Anwendung von geeigneten Fesseln, zu denen auch die Zwangsjacke gehört, ist verhältnismässig weit gefasst und gibt das Recht zur Gewaltanwendung nicht nur in den Fällen, in denen sich ein Gefangener zur Wehr setzt oder flüchtet, sondern geht darüber hinaus.⁴⁾

IV. Die Disziplinarstrafbefugnis.

Die Disziplinalgewalt liegt in einem sehr weiten Umfange beim Vorsteher der Anstalt. Er kann alle Disziplinarmassnahmen mit Ausnahme der Verlängerung der Strafzeit verhängen. Die Verlängerung der Strafzeit wird auf Vorschlag des Vorstehers vom Zentralamt für Vollzugswesen ausgesprochen. Der Vorsteher hat ausserdem, wenn dies ohne Aufschub geschehen kann, jeden Disziplinarfall dem

3) Diese sollen von der Kleidung verdeckt werden. § 39.

4) Vgl. Motive, S. 250.

Anstaltsausschuss⁵⁾ zur Beratung vorzulegen. Der Anstaltsausschuss hat zwar nur beratende Befugnisse, er kann aber wegen aller die Behandlung der Gefangenen und die Verhältnisse in den Vollzugsanstalten betreffenden Fragen Vorstellungen beim König oder beim Zentralamt für das Vollzugswesen erheben.

Die verhängten Disziplinarstrafen sind aber in jedem Falle vom Vorsteher auf der nächsten Sitzung des Anstaltsausschusses diesem zur Kenntnis zu geben. Dies soll keine Beschränkung oder Kontrolle der Strafgewalt des Vorstehers sein, sondern nur den Zweck haben, dass grobe Unbotmässigkeiten und die künftige Allgemeinbehandlung des Gefangenen zur Besprechung gelangen.⁶⁾

V. Das Beschwerderecht.

Gegen die verhängten Disziplinarmaßnahmen hat der Gefangene das Recht, an das Zentralamt für Vollzugswesen einen Antrag auf Abänderung oder Aufhebung zu stellen. Das Zentralamt kann den Beschluss des Vorstehers aufheben oder abändern.

Gegen die vom Zentralamt für Vollzugswesen gefassten Beschlüsse ist das Rechtsmittel der Beschwerde an den König zulässig. Diese Beschwerde ist beim Justizministerium einzureichen.⁷⁾

Die Briefe eines Gefangenen an das Zentralamt für Vollzugswesen dürfen nicht geöffnet werden, wenn sie verschlossen abgegeben werden und sind unverzüglich weiterzubefördern.⁸⁾

VI. Disziplinarstrafen im Sonderstrafvollzug.

Im Jugendstrafvollzug und in den Sonderanstalten

5) Vgl. § 4 des Vollzugsges. Der Anstaltsausschuss ist eine Einrichtung, die an jeder Anstalt vorhanden sein muss und aus dem Vorsteher, der jedoch nie Vorsitz des Ausschusses sein darf, und vier anderen Personen besteht, von denen eine die Befähigung zum Richteramt hat oder sonst rechtskundig ist, eine ein Amt in der Anstalt innehat und einen Einblick und Erfahrung auf dem Gebiet sozialer Hilfsarbeit hat.

6) Motive, S. 251.

7) § 83.

8) § 34.

gelten für die Disziplinarmaßnahmen die gleichen Bestimmungen. In Jugendgefängnissen ist jedoch die Höchstdauer des Einzelarrestes auf sieben Tage festgelegt.

Für die Sicherungsverwahrten und die Internierten ist nach dem Charakter und dem Zweck ihrer Einsperrung keine Verlängerung der Strafzeit möglich.

VII. Wirkung und Kritik der Disziplinarstrafen.

Die schwedische Gesetzgebung glaubte die Disziplinarmaßnahmen auf die im Gesetz von 1945 vorgesehenen⁹⁾ beschränken zu können, weil die Neugestaltung des schwedischen Strafvollzuges auch die Disziplin unter veränderten Gesichtspunkten erscheinen lässt. Es wird eine individuelle Erziehung des Gefangenen ermöglicht. Der Gefangene konzentriert seine Gedanken infolge einer grosszügig gehandhabten Freizeitbeschäftigung nicht mehr auf die internen Verhältnisse der Anstalt und auf mehr oder weniger eingebildete Ungerechtigkeiten. Kein System von bagatellartigen und kleinlichen Ordnungsvorschriften, denen sich der Gefangene meist nur schwer anpasst und die Anlass zu einer feindlichen Einstellung der Anstalt gegenüber sind, kann übertreten werden.

Die nach Aussiebung der schwer zu Behandelnden und deren Unterbringung in besonderen Anstalten in den normalen Anstalten verbleibenden Gefangenen werden im Rahmen des neuen Strafvollzuges mit Vergünstigungen und vernünftigem Zureden leichter zur Ordnung anzuhalten sein, als mit schematischen Bestrafungen.¹⁰⁾

Nach einem Bericht Simsons¹¹⁾ ist die Zahl der schweren Disziplinarvergehen relativ gering, weil der schwedische Strafgefangene im allgemeinen leichter lenkbar ist und nicht zu herausforderndem Benehmen und unbe-

9) In der Neufassung des Gesetzes von 1956 wurden sie nicht geändert.

10) Motive, S. 14.

11) SchwZStr 63, 2. 66.

gründeter Aufsässigkeit neigt.¹²⁾

Die negativen Äusserungen einiger schwedischer Praktiker¹³⁾, aus denen hervorgeht, dass die Disziplin in den offenen und halboffenen Anstalten auf Grund der humanitären Art des Vollzuges sehr zu wünschen übrig lässt, und dass man noch nicht die Weiterentwicklung auf diesem Gebiete absehen könne, stammen aus dem Jahre 1947. Aus dem schwedischen Bericht 1951/52 an die Vereinten Nationen ist zu ersehen, dass sich die Institute der Strafvollzugsreform von 1945 und 1946 nach allgemeiner Überzeugung bewährt haben und deshalb an entscheidende Änderungen nicht zu denken ist. In den Neufassungen des Vollzugsgesetzes sind tatsächlich auch die Disziplinar massnahmen nicht geändert worden.

Auch die Klage eines schwedischen Gefängnisdirektors, dass die Disziplin deshalb so schlecht sei, weil in Schweden eigentliche Disziplinarstrafen fehlen¹⁴⁾, stammt aus den ersten Jahren nach der Einführung des neuen Systems.

Demgegenüber berichtet Krebs¹⁵⁾ von einer Studienreise im Jahre 1951, dass der Ton in den Anstalten ruhig und sachlich ist, und dass er keinen Gefangenen in Arrest oder besonderer Sicherung gesehen hätte. Nach seiner Meinung werden in den kleineren Anstalten mit einer ausreichenden Beamtenzahl, wie sie in Schweden vorherrschen¹⁶⁾, diese Disziplinar massnahmen kaum nötig.

12) Man muss dabei wohl die Entweichungen ausnehmen! Denn nach der schwedischen Tageszeitung "Dagens Nyheter" vom 2.9.49 sind die schwedischen Gefängnisse in der Zahl der vorkommenden Entweichungen führend in der Welt. Auch 1947 spricht "Aftonbladet" schon von Massenfluchten. Vgl. dazu Halder, aaO., S. 64. Die Fluchthäufigkeit hat wohl ihren Grund darin, dass ein Entweichen aus den offenen und halboffenen Anstalten sehr leicht ist. Einer der Grundsätze des schwedischen Strafvollzuges, dass nämlich die überwiegende Mehrheit der Gefangenen nicht an Fluchtversuche denkt und lieber den Verbleib in der Anstalt dem Gejagtwerden durch die Polizei vorzieht, wird dadurch nicht widerlegt. Vgl. Simson in SchwZStr 63, S. 70.

13) Halder, aaO., S. 64 ff.

14) Halder, aaO.

15) ZStW 64, S. 420.

16) Vgl. die Aufstellung des Zentralamtes für Gefangenenwesen aus dem Jahre 1951.

S c h w e i z

I. Die Regelung der Disziplinar massnahmen.

Nach der Bundesverfassung Art. 64^{bis} ist in der Schweiz der Strafvollzug den einzelnen Kantonen verblieben. Es bestehen keine Strafvollzugsvorschriften des Bundes und keine Bundesstrafanstalten.¹⁾²⁾ Das schweizerische StGB stellt für den Strafvollzug lediglich bestimmte Mindestanforderungen an die Kantone.³⁾ Für eine Untersuchung scheiden die Kantone aus, die keine eigenen Strafanstalten besitzen und ihre Strafgefangenen anderen Kantonen in Pension geben; mit Ausnahme ganz kurzer Freiheitsstrafen, die meist im gleichen Gebäude wie die Untersuchungshaft vollzogen werden.⁴⁾ Für die Darstellung der Regelung der Disziplinar massnahmen schränkt sich der noch verbliebene grosse Kreis der Kantone erheblich ein, wenn man sich auf die Kantone mit grösseren Strafanstalten beschränkt und nur Vollzugs- bzw. Hausordnungen der neueren Zeit berücksichtigt.

Nachfolgend wird die Regelung der Disziplinar massnahmen in den Kantonen Zürich, Bern, Aargau, Thurgau und Basel-Stadt beschrieben. Es sind damit erfasst die grossen Strafanstalten Regensdorf, Lenzburg, Witzwil, Thorberg, Hindelbank und Tobel, in denen alle Gefängnis- und Zuchthausstrafen und (ausser Witzwil) auch Sicherungsverwahrung vollzogen werden können, weiter an bedeutenden Anstalten die Arbeitsanstalten St.Johannisen, Kalchrain, Uitikon a.A. und Kappel a.A., zahlreiche Spezialanstalten, sowie insgesamt 62 Bezirks-oder Amtsbezirksgefängnisse.⁵⁾

1) Wie z.B. in den USA.

2) Eine Ausnahme bildet der militärische Vollzug der Gefängnisstrafe, welcher auf dem Zuger Berg und der Festung St.Gotthardt erfolgt.

3) Für die geforderte Trennung der Abteilungen müssen die Kantone 14 verschiedene Anstalten oder Anstaltsabteilungen bereit halten. Die Frist zur Angleichung des kantonalen Strafvollzuges an die gesetzlichen Forderungen läuft jedoch erst am 1.1.62 ab.

4) Appenzell i.Rh., Glarus, Graubünden, Neuenburg, Nidwalden und Schaffhausen.

5) Nach einer Zusammenstellung von Pfenninger, "Schweizerischer Strafvollzug im Jahre 1930" SchwZStr. 44, 369.

Die Untersuchung berücksichtigt also nicht die Regelung in allen Anstalten und in allen Kantonen,⁶⁾ die Auswahl der kleinen, mittleren und grossen Anstalten sowie die Sonderanstalten bietet jedoch die Gewähr, dass trotz der kantonal verschiedenen Regelung ein umfassender Gesamtüberblick gegeben wird und vor allem die schweizerischen Besonderheiten klar erkenntlich werden.

Geregelt sind die Disziplinarstrafen in Verordnungen und Dekreten der kantonalen Regierungsräte. Daneben werden sie zum Teil noch in den einzelnen Hausordnungen wiedergegeben und vermitteln so jedem Gefangenen Kenntnis von den möglicherweise gegen ihn ergreifbaren Massnahmen. Im Kanton Thurgau sind ausschliesslich die Reglements für die einzelnen Anstalten massgeblich.

II. Die zulässigen Disziplinarstrafen.

Die für den Gefangenen mildeste Disziplinar-massnahme ist, ausser im Kanton Thurgau, der nur Kostschmälerung und Arrest kennt⁷⁾, der Verweis oder die Verwarnung, der im Kanton Bern schriftlich erteilt werden muss.

Die als nächste angeführte Massnahme ist der Entzug von Vergünstigungen. Lediglich in Zürich wird noch davor die Büchersperre besonders genannt. Eine zeitliche Begrenzung ist in diesen Fällen nicht vorgeschrieben. Nur Basel beschränkt die Entziehung der Lektüre auf höchstens drei Monate. Während überall nur ganz allgemein der Entzug von Vergünstigungen genannt wird, gibt Zürich für die Bezirksgefängnisse die einzelnen Vergünstigungen an.

Die nächst strengere Stufe der Disziplinarstrafen ist die Schmälerung der Kost, die überall ganz verschieden

6) Eine genaue Darstellung der Regelung in allen Kantonen dürfte aus der Ferne wohl auch kaum möglich sein. Pfenniger klagt darüber, dass auf An- und Umfragen immer nur wenige Kantone antworten und deshalb die schweizerischen Wissenschaftler über die Regelung bestimmter Fragen in den Kantonen schlechter orientiert sind, als über die gleiche Angelegenheit im benachbarten Ausland. SchwZStr. 1955, 288.

7) Wobei die Zwangsarbeitsanstalt Kalchrain wiederum eine Ausnahme bildet, weil es dort nämlich den Verweis des Hausvaters gibt.

ausgestaltet ist. Basel jeden 3. Tag Wasser und Brot (500 g) bis zu einer Dauer von vier Wochen oder Entzug des Kaffees oder der dazu gehörenden Speise am Abend, anscheinend auf beliebige Zeit. Der neue Entwurf kennt nur Kostschmälerung bis zu vierzehn Tagen. Zürich einen Liter Suppe und 500 g Brot bis zu fünf Tagen. Bern und Aargau geben für die Kostschmälerungen keine Richtlinien, stellen also die Menge der auszugebenden Verpflegung und die Dauer der Massnahme in das Ermessen des Bestrafenden. Jedoch wird anzunehmen sein, dass die Verpflegung des Gemassregelten nicht unter der des scharfen Arrestes liegen darf. Auch für die Dauer der Kostschmälerung dürfte die Höchstdauer des Arrestes gelten. Im Kanton Thurgau kann in den Bezirksgefängnissen die Kostschmälerung bis zu zwei Tagen verhängt werden, wobei der Gefangene 1 1/4 Pfd. Brot und zwei Krüge frisches Wasser erhält. In der Anstalt Tobel (Zuchthaus, SV sowie Arbeitshaus) Entziehung der halben Brotration bis zu acht Tagen.

Hartes Lager als Einzelmassnahme ist in den untersuchten Hausordnungen und Verordnungen unbekannt.

Dafür gibt es den Arrest in vielseitigster Ausgestaltung. Basel kennt nur den einfachen und geschärften Arrest bis zu einem Monat⁸⁾. Der einfache Arrest besteht in der Verlegung in eine Arrestzelle ohne Arbeit. Für den geschärften Arrest tritt hinzu, dass der Gefangene jeden zweiten bis dritten Tag auf Wasser und Brot gesetzt wird und nur ein Pritschenlager erhält. Tobel kennt das Einsperren in die Zelle bei magerer Kost bis zu acht Tagen und den Einschluss in eine dunkle Zelle bei magerer Kost, mit oder ohne Bett bis zu acht Tagen. In der Zwangsarbeitsanstalt Kalchrain wird Arrest nur für einen bis vier Tage vom Hausvater verhängt und zwar einfacher Arrest oder scharfer Arrest, abwechselnd mit Dunkel und magerer Kost. Länger dauernde Einzelhaft kann bei schweren Verstössen nur das Polizeidepartement anordnen. In der Strafanstalt Lenzburg im Kanton Aargau gibt es Arrest bis zu zwanzig Tagen, evtl. mit Wasser und Brot an jedem zweiten Tag. Für die Berner Anstalten gibt es einfachen Arrest bis zu

8) Anders im neuen Entwurf.

vier Wochen mit oder ohne Kostschmälerung. Zürich erklärt für die Bezirksgefängnisse Dunkelarrest bis zu zehn Tagen mit gewöhnlicher oder magerer Kost als zulässig. Die kantonale Strafanstalt Regensdorf kennt einfachen Arrest mit oder ohne Kostschmälerung bis zu zwanzig Tagen und Dunkelarrest von gleicher Dauer.

Als weitere Disziplinarstrafen werden angeführt: Rückversetzung in eine niedrigere Stufe oder in Einzelhaft. In Witzwil hat jede Disziplinarstrafe automatisch den Tabakentzug zur Folge.

Als Besonderheit gibt es in Basel als Disziplinar-massnahme noch das Anlegen von Ketten.⁹⁾

In Kalchrain kann bei Flucht oder anderen schweren Vergehen neben einer anderen Massnahme auf Beschluss des Regierungsrates eine Verlängerung der Detention bis zu drei Monaten als Strafe verhängt werden.

In Aargau, wo regelmässig der Zuchthausgefangene während der ersten drei Monate und der Gefängnisgefangene während des ersten Monats in Einzelhaft gehalten wird, kann der Direktor diese Einzelhaft als disziplinarische Massnahme verlängern.

Für alle Arrest-und Nahrungsstrafen ist eine verstärkte ärztliche Beobachtung vorgesehen. Nach Verbüssung von je fünf Tagen Arrest mit magerer Kost muss ein Tag mit gewöhnlicher Beköstigung erfolgen und eine ärztliche Begutachtung des Gesundheitszustandes eingeholt werden, bevor diese Strafart weiter angewendet werden darf.

Im Kanton Thurgau darf denjenigen Sträflingen, bei welchen Kostschmälerung und Arrest nicht angewandt werden kann, durch Beschluss des Justizdepartements der Verdienst ganz oder teilweise entzogen werden.

Als Beispiel seien noch die zulässigen Disziplinarstrafen für Basel-Stadt nach dem Entwurf einer Hausordnung von 1956 angegeben. Die zulässigen Disziplinarstrafen sind:

1. Verwarnung.
2. Entzug der Lektüre.
3. Entzug des Kopfhörers.

9) Das aber zuletzt 1925 angewandt worden ist. Nach den Bemerkungen zum Entwurf 1956 hat man diese Strafe stillschweigend fallen gelassen, weil sie praktisch kaum je in Frage kommen wird. Gleichwohl hält man die Ketten aber für alle Fälle immer noch bereit.

4. Entzug des Rauchens.
5. Entzug von Erleichterungen.
6. Kostschmälerung bis auf vierzehn Tage.
7. Entzug von Spaziergang und Turnen bis auf vierzehn Tage.
8. Korrespondenz- und Besuchssperre.
9. Zellenarrest mit Entzug der Arbeit bis auf acht Tage.
10. Herabsetzung des Pekuliums oder dessen völliger Entzug.
11. Versetzung in Einzelhaft bis auf dreissig Tage.
12. Einfacher Arrest von ein bis vierzehn Tagen mit oder ohne Kostschmälerung.
13. Dunkelarrest bis dreimal vierundzwanzig Stunden mit oder ohne Kostschmälerung.

Die genannten Disziplinarstrafen können auch in Verbindung angewendet werden. Für weitergehende Strafen ist die Genehmigung des Vorstehers des Justizdepartements einzuholen.¹⁰⁾

Bern untersagt ausdrücklich jede körperliche Züchtigung.

III. Die Disziplinarstrafgewalt.

Dem Direktor der Strafanstalt steht nicht überall die volle Disziplinarstrafgewalt zu. So kann er in Aargau und Zürich nur Arrest bis zu zehn Tagen verhängen, also nur die Hälfte der vorgesehenen längsten Arreststrafe. Die schwereren Strafen können nur vom Präsidenten der Aufsichtskommission oder der Justizdirektion verhängt werden.

Geringer ist die Strafgewalt der Gefängnisverwalter der Bezirksgefängnisse, die in Zürich nur den Verweis, Büchersperre und den Entzug von Vergünstigungen aussprechen dürfen. Die mittleren Strafen können von der Bezirksanwaltschaft und die schweren von der Justizdirektion verhängt werden.

10) Die in der Hausordnung festgelegten Strafen stellen demnach nicht die Höchstgrenze des möglicherweise aufzuerlegenden Übels dar.

Über die ausgefällten Disziplinarstrafen ist in Bern eine Kontrolle zu führen, die Datum und Art der Verfehlung, Datum der Disziplinarverfügung, Art und Dauer der Disziplinarstrafe, sowie besondere Bemerkungen, wie ärztliches Zeugnis und Weisungen der Polizeidirektion, enthalten muss. Die anderen Kantone schreiben eine derartige Kontrolle nicht ausdrücklich vor. Aus den Jahresberichten von Lenzburg, Basel und Regensdorf geht jedoch hervor, dass die verhängten Disziplinarmaßnahmen schriftlich festgehalten werden.

IV. Besondere Bestimmungen.

Vielfach werden in den Hausordnungen oder Verordnungen über die Strafanstalten gewisse Richtlinien aufgestellt, die jedoch nicht bindend sind, weil sie entweder nur als Beispiele oder als Kann-Bestimmungen angeführt werden.

So gelten in Zürich als leichtere Disziplinarvergehen, die mit allen Strafen bis höchstens zehn Tage Dunkelarrest mit gewöhnlicher Kost als obere Grenze bestraft werden können: Unanständiges Benehmen und Lügen gegenüber dem Personal; Hinaufklettern an die Zellenfenster, Sprechen und Rufen aus den Zellenfenstern und -türen; Singen, Pfeifen, Klopfen, Lärmen, Tabakkauen und das unbefugte Rauchen; unsittliche Gespräche, Aussage über Amtspersonen; das Beschädigen von Mobiliar und Büchern, das Beschreiben oder Verschmieren von Türen, Wänden, Fenstern, Heizkörpern, Einrichtungsgegenständen, Büchern und das Herausreißen von Seiten aus den Büchern, wobei Strafklage wegen böswilliger Eigentumsbeschädigung vorbehalten bleibt; das Sitzen und Liegen tagsüber auf dem Bett ohne ärztliche Verordnung und die Verwendung von Bettstücken oder Wäsche als Sitzpolster; die Verheimlichung ansteckender Krankheiten.

Als schwere Vergehen gelten im allgemeinen: Entweichung und Fluchtversuch; Widersetzlichkeit gegen die Gefängnisverwaltung und das Personal; Arbeitsverweigerung; böswillige Schädigung der Anstalt, des Werkzeugs oder des Arbeitsstoffes; Aufreizung oder Verleitung Mitgefangener zu Fluchtversuchen, zur Widersetzlichkeit oder zur

Schädigung der Anstalt; Auflehnung im Komplott gegen die Hausordnung; Tötlichkeiten, beharrliches Lügen, Aufnahme unerlaubter Verbindungen mit Personen ausserhalb der Anstalt und Mitgefangenen; sowie alle anderen Handlungen von Gefangenen, die sich als Vergehen oder Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches erweisen.

V. Das Beschwerderecht.

In allen Kantonen steht dem Gefangenen ein Beschwerderecht über die gegen ihn getroffenen Massnahmen zu. Da es sich bei den Hausstrafen um Massnahmen des Direktors handelt, sind die Beschwerden schriftlich an die Justizdirektion des Kantons zu richten. Beschwerden aus den Bezirksgefängnissen zum Teil auch an die Bezirksanwaltschaft oder die Polizeidirektion. Der neue Entwurf von Basel sieht in § 34 bei Beschwerden gegen den Direktor den verschlossenen Brief an das Justizdepartement vor. In Zürich gibt es ebenfalls aus den Bezirksgefängnissen die Beschwerde im verschlossenen Brief an die Bezirksanwaltschaft. Auch können hier bei Inspektionen durch Aufsichtsorgane Beschwerden unmittelbar vorgebracht werden.

Bern droht für wiederholte unbegründete Beschwerdeführung, Zürich und Basel nur für bewusste unwahre Angaben eine disziplinarische Bestrafung an.

VI. Die praktische Anwendung der Disziplinarstrafen.

Einen nur bruchstückartigen Einblick in die praktische Anwendung der Hausstrafen geben die Jahresberichte 1949 - 1951 der Strafanstalt Regensdorf. 1949 wurden bei einer durchschnittlichen Belegung von 325 Gefangenen allein 35 strafweise Rückstufungen ausgesprochen, Arrest und Kostschmälerung werden als wirksame Strafen bezeichnet. Dunkelarrest braucht nicht verhängt zu werden. Von den am Jahresende Inhaftierten wurden 19% im Laufe des Jahres disziplinarisch bestraft. 1950 wurden bei einer Belegung von 345 Gefangenen 61 strafweise Rückstufungen ausgesprochen. 27% der Insassen wurden disziplinarisch bestraft. 1951 gab es bei 349 Gefangenen 61 Rückstufungen. Von den

Insassen wurden insgesamt 55% disziplinarisch straffällig. Eine nähere Aufschlüsselung wurde nicht gegeben. Die Disziplin wird in allen Berichtsjahren als zufriedenstellend bezeichnet.

Einen wesentlich besseren Einblick gewähren die Jahresberichte der Strafanstalt Lenzburg. 1945 wurden bei einer durchschnittlichen Belegung von 274 Gefangenen 63 Verweise, zweimal Entzug von Vergünstigungen, dreimal Schadensersatz, fünfzehnmal Kostschmälerung, sechzehn Rückstufungen und sechsfünfundfünfzigmal Arrest von insgesamt 164 Tagen, davon vierundsechzig bei Wasser und Brot verhängt. Die Zahl der Verweise steigt auf 230 im Jahre 1952 an. Ansteigend ebenfalls die Rückstufungen. Entzug von Vergünstigungen wurde von 1945 - 1952 insgesamt nur fünfzehnmal ausgesprochen. Entzug des Verdienstanteils nur viermal. Die Durchschnittszahlen für die Jahre 1945 bis 1952 sind: Belegung 218, 103 Verweise, 1,9 mal Entzug von Vergünstigungen, 0,5 mal Entzug des Verdienstanteils, 4,6 mal Schadenersatz, 14,8 mal Kostschmälerung, 21 Rückstufungen und 46 Arreststrafen mit 100 Tagen. Für die in diesem Zeitraum vorgekommenen 65 Entweichungen wurden insgesamt 558 Tage Arrest verhängt.

Auffällig ist die steigende Zahl der Verweise und der sehr seltene Entzug der Vergünstigungen oder des Verdienstanteils. Ferner die Tatsache, dass die Entweichungen im Durchschnitt nur mit etwa acht Tagen Arrest bestraft wurden. Es gibt Fälle, in denen die Flüchtigen, die sich wohl allerdings selbst gestellt hatten, nur zwei Tage Arrest bekamen. Selbst bei rückfälligen Flüchtigen, also Gefangenen, die schon ein zweites Mal entwichen sind, ist die Strafe selten höher als 10 Tage Arrest, von denen auch nur jeder zweite bei Wasser und Brot abgesessen wird. Das zulässige Höchstmass der Arreststrafen beträgt in Lenzburg zwanzig Tage.

Die letzten Berichte klagen über eine steigende Lockerung der Disziplin, betonen aber, dass es sich meist um leichtere Vergehen wie Schmuggel und unerlaubten Verkehr, Unverträglichkeit, Verleumdungen, freches Betragen, Beschimpfung von Personal oder Gefangenen, Belästigungen von Zivilpersonen usw. handelt. 1953 kamen 12 Fälle von Arbeitsverweigerung vor.

S o w j e t u n i o n

I. Die Regelung der Disziplinar massnahmen.

Grundlage des Strafvollzugs in Russland ist das Korrektionsgesetzbuch der RSFSR¹⁾ vom 1.8.1933²⁾.

Inwieweit infolge des Überganges von Organisation und Verwaltung sämtlicher Strafanstalten (Freiheitsentziehungsanstalten für Strafen bis zu drei Jahren, Arbeitslager für Strafen über drei Jahre und Sondergefängnisse) auf das Innenministerium (MWD) das Gesetz durch Verwaltungsanweisungen ersetzt wurde, kann hier nicht geprüft werden.³⁾

II. Belohnungen und Disziplinarstrafen.

Vor den Disziplinarstrafen werden in einem besonderen Kapitel⁴⁾ die Sonderbelohnungen aufgezählt.

Zur Erhöhung der Arbeitsfreudigkeit und der Produktivität, sowie der Tätigkeit auf politisch-erzieherischem Gebiet kann der Anstaltsleiter ausser den allgemeinen Ermunterungen, die die Aufsichtskommission gewährt, folgende Belohnungen gewähren:

1. Das öffentliche Lob, das im Personalheft⁵⁾ vermerkt wird und allen Mitgefangenen mitgeteilt wird.
2. Erhöhung der sonstigen Unterhaltungen über das allgemeine Mass hinaus.
3. Besseres Essen.
4. Geldpreise oder Geschenke.
5. Kurze Urlaube (nicht für Untersuchungshaft und Disziplinkolonie).

1) Die Russische Sozialistische Förderative Sowjet-Republik ist die bedeutendste der 16 selbständigen Republiken der UdSSR.

2) Das erste Korrektionsgesetzbuch wurde im Jahre 1924 herausgegeben. Deutsche Übersetzung bei Freund, aaO., S. 363. Die anderen Republiken erliessen danach übereinstimmende Gesetze. Vgl. Schirwindt, aaO., S. 9.

3) Vgl. dazu auch Maurach, aaO., S. 47.

4) Art. 77 und 78.

5) Das jedem Häftling bei Einlieferung ausgehändigt wird und bei ihm verbleibt. Es hat einen ähnlichen Inhalt wie die Personalakten.

Bei Verstößen gegen die Gefängnisordnung und die Arbeitsdisziplin können alle Gefangenen mit folgenden Disziplinarmaßnahmen bestraft werden:

1. Die Rüge.
2. Die Rüge mit Androhung strengerer Massnahmen.
3. Ein während des Appells ausgesprochener Tadel, der in das Personalheft eingetragen wird.
4. Wiedergutmachung des Schadens.
5. Die Beschränkung oder der Entzug des Rechts des Besuchsempfangs, des Paketempfangs, der Verfügung über das gutgeschriebene Geld für die Zeit von höchstens einem Monat.
6. Völlige oder teilweise Streichung des durch Arbeit erworbenen Strafnachlasses.⁶⁾
7. Versetzung in eine Disziplinarkolonie.⁷⁾
8. Überführung in eine Strafanstalt, die eine strengere Ordnung hat oder die weiter vom Heimort des Verurteilten entfernt ist.⁸⁾

In die Disziplinarkolonie werden Gefangene eingewiesen, die in einer anderen Anstalt ein dauerndes Verhalten zeigen, das sich mit der Ordnung dieser Anstalten nicht verträgt. Die Ordnung in den Disziplinarlagern besteht in der strengen Isolierung der Gefangenen.⁹⁾

-
- 6) Nach Artikel 127 kann die Aufsichtskommission bestimmen, dass Gefangenen, die besonders produktiv und gut arbeiten, zwei Arbeitstage als drei Tage der Strafverbüßung angerechnet werden. Der Gefangene kann sich also praktisch einen Strafnachlass von einem Drittel erarbeiten. Diese Einrichtung besteht neben der bedingten Freilassung.
 - 7) Die Kolonien sind der Grundtypus der Anstalten. Der russische Text spricht von Strafkolonien. Dieser Ausdruck ist in der italienischen Übersetzung vermieden worden, um keine Verwechslung mit der richterlichen Strafe herbeizuführen. Im Russischen ist eine derartige Verwechslung nicht möglich, weil das Strafgesetzbuch nicht von Strafen sondern nur von Erziehungsmassnahmen spricht.
 - 8) Damit dürfte die Verschickung in Straflager oder in Lager in entlegenen Gebieten wie Eismeergebiet oder Sibirien gemeint sein.
 - 9) Art. 45 - 57.

III. Die Strafbefugnis und das Verfahren.

Mit Ausnahme der Streichung des durch Arbeit erworbenen Strafnachlasses und der Überführung in eine strengere oder entferntere Anstalt kann alle Massnahmen der Direktor der Anstalt auferlegen. Die gleiche Disziplinarstrafgewalt haben auch die Kameradengerichte, in Übereinstimmung mit der allgemeinen Verordnung über Kameradengerichte.¹⁰⁾

Die Überführung in eine strengere oder entferntere Anstalt wird von den Generaldirektionen oder den Gefängnisbehörden der autonomen Republik direkt verfügt oder auf Vorschlag der Aufsichtskommission.¹¹⁾

Ebenfalls auf Vorschlag der Aufsichtskommission wird die Streichung des durch Arbeit erworbenen Strafnachlasses von den Gefängnisbehörden der autonomen Republik verhängt.

Vor der Verhängung von Disziplinarstrafen muss der Gefangene gehört werden. Der Entscheid und die festgestellten Tatsachen müssen schriftlich niedergelegt werden.

Zeigt der Gefangene Besserung, können die Disziplinar-massnahmen aufgehoben werden. Das Recht zu einer solchen

10) Die Einrichtung der Kameradengerichte geht auf die Oktober-Revolution zurück. In den Jahren 1925/26 wurde ihr Bestehen rechtlich unterbaut. 1929 erhielten sie eine umfassende Regelung durch die allgemeine Verordnung über Kameradengerichte. Sie dürften für Disziplinarfälle zuständig sein, bei denen in erster Linie Mitgefangene geschädigt wurden, und deshalb das Interesse der Anstaltsleitung an einer Bestrafung hinter das der Mitgefangenen zurücktritt. In den Untersuchungsanstalten und Disziplinarlagern gibt es keine Kameradengerichte.

11) Die Aufsichtskommission hat im Strafvollzug verschiedene wichtige Aufgaben, wie Klassifizierung, vorzeitige Entlassung, Urlaub, Disziplinarstrafen usw. Sie besteht aus 6 - 10 Mitgliedern: Dem Volksrichter des Ortes, in dem die Anstalt sich befindet, dem Direktor der Anstalt oder seinem Vertreter, einem Vertreter der Inspektion des Arbeitseinsatzes und Vertretern der sozialen und wirtschaftlichen Organisationen, an welche die Anstalt durch Art und Produktion gebunden ist. Beratend wirken mit: Polit-Leiter, Arbeitsleiter und Arzt.

Zurücknahme steht für die vom Direktor verhängten Strafen diesem oder der Aufsichtskommission zu. Für vom Kammergericht ausgesprochenen Massnahmen steht das Rücknahmerecht ebenfalls diesen oder der Aufsichtskommission zu.¹²⁾

IV. Das Beschwerderecht.

Jeder Gefangene hat das Recht, sich über Handlungen der Gefängnisverwaltung zu beschweren. Die Verwaltung ist verpflichtet, die Beschwerde unverzüglich an die entsprechenden Instanzen weiter zu geben und die Entscheidungen über die Beschwerden dem Beschwerdeführer zugleich bekannt zu geben.¹³⁾

V. Disziplinarstrafen für Verwahrte.

Für Verwahrte sind in den Arbeitslagern folgende Disziplinarstrafen vorgesehen.¹⁴⁾

1. Einfacher oder schwerer Tadel.
2. Entzug oder Beschränkung des Rechts auf Empfang oder Versand von Gegenständen bis zu einem Monat.
3. Entzug oder Beschränkung der Korrespondenz bis zu drei Monaten.
4. Beschränkung des Rechts, über das Geld auf dem eigenen Konto zu verfügen, bis zu drei Monaten.
5. Isolierung an einem besonderen Ort bis zu 30 Tagen.
6. Veränderung der Behandlung.
7. Zuweisung von Strafarbeiten bis zu sechs Monaten.
8. Überweisung in eine Disziplinarabteilung bis zu einem Jahr.

12) Für die von den höheren Behörden verhängten Massnahmen ist ein Rücknahmerecht nicht geregelt, doch ist es selbstverständlich, dass es diesen selbst zusteht.

13) Vgl. dazu Schirwindt, aaO., S. 11.

14) Art. 44 der allgemeinen Verordnung für Arbeitsbesserungslager vom 7.4.1930.

S p a n i e n

I. Die Regelung der Disziplinarmaßnahmen.

Die Ordnung des Gefängnisdienstes (Reglamento de Los Servicios de Prisiones) vom 2.2.56 regelt in Art. 104-116 die Disziplinarmaßnahmen. Sie gilt für alle Straf- und Haftanstalten, in denen sich Straf- oder Untersuchungsgefangene befinden.

II. Belohnungen, Ordnungsverstösse und Disziplinarstrafen.

Vor den Strafen werden erst die Belohnungen aufgezählt, die für Handlungen, die Fleiss, gute Führung und aufrichtige Besserungsvorsätze bezeugen, gewährt werden können. Im einzelnen sind dies:

1. Erhöhter Briefwechsel oder mehr Besuche.
2. Befreiung von unbezahlten mechanischen Arbeiten.
3. Geldprämien für Taschengeld und Rücklage.
4. Aufrücken in eine höhere Stufe.
5. Einsatz zu Hausdiensten und Vertrauensposten.

Die Belohnungen werden unter Berücksichtigung der Art der Verdienste des Gefangenen und seiner Kriminalstrafe ausgesprochen.

Die Bestimmungen über die Disziplinarstrafen werden mit der Festlegung und der Einteilung der Verstösse gegen die Gefängnisdisziplin eingeleitet. Diese sind in leichte, schwere und sehr schwere eingeteilt.

Leichte Verstösse sind die durch entschuldbare Nachlässigkeit oder Unvorsichtigkeit hervorgerufenen und im allgemeinen alle die, die nicht absichtlich begangen wurden und deren Folgen unbedeutend sind.

Schwere Verstösse sind:

1. Mangelnde Ehrerbietung oder Achtung gegenüber dem Gefängnispersonal oder anderen Personen des Gefängniswesens.
2. Ungehorsam oder Widersetzlichkeit, sofern die Handlung keine offensichtliche Auflehnung zeigt.

3. Störung der Ordnung durch Streitereien mit den Mitgefangenen oder Beleidigungen oder Misshandlungen leichterer Art derselben durch Worte oder Tätlichkeiten.
4. Absichtliche Beschädigung von Material, Büchern usw.
5. Heimlicher Besitz verbotener Gegenstände oder Missbrauch der erlaubten.
6. Jede Handlung oder Unterlassung ähnlicher Art, die eine willentliche Verletzung der Ordnungs- oder Arbeitsvorschriften darstellt.

Sehr schwere Verstösse sind:

1. Drohende oder beleidigende Äusserungen gegen die oberen Gefängnisbeamten oder gemeinschaftliche Proteste und Beschwerden.
2. Ungehorsam oder Widersetzlichkeit, die eine Auflehnung zeigen. Ebenso die Äusserung von Beleidigungen und Drohungen gegen Beamte oder Angriffe auf sie.
3. Anzetteln oder Ausführen von Tumulten, jede andere aufrührerische Äusserung oder die Herbeiführung anderer schwerer Unruhen.
4. Unehreerbietigkeiten oder Scherze in Bezug auf die Religion oder Handlungen, die den guten Sitten oder der Moral widersprechen.
5. Absichtliches Unbrauchbarmachen oder Entziehen von Material oder Gegenständen des Gefängnisses, der Gefangenen oder anderer Personen.
6. Angriffe, schwere Gewalttätigkeiten oder schwerer Zank gegen Mitgefangene.
7. Flucht, Fluchtversuch oder Beihilfe dazu und alle Handlungen, die ein Delikt im Sinne des StGB sind.

Wegen dieser Verstösse können folgende Korrektionsmittel gegen die Gefangenen verhängt werden:

Für leichte Verstösse:

1. Mündliche Ermahnung oder mündlicher Tadel durch den Direktor.

2. Ermahnung oder Tadel von der Beamtenkonferenz.¹⁾
3. Entzug des Spazierganges und anderer Erholungseinrichtungen.
4. Einteilung zu mechanischen und hygienischen Diensten.

Für schwere Verstösse:

5. Entzug von Besuchen und Briefwechsel.
6. Entzug der Zusatznahrungsmittel und der freien Verfügung über das Taschengeld und seine Überweisung auf die Rücklage.
7. Verlust von Hausdiensten und Vertrauensposten.
8. Einschliessung in die Strafzelle für 1-20 Tage.

Für die sehr schweren Verstösse:

9. Einschliessung in die Strafzelle von 1-24 Tagen.
10. Zurückversetzung um 1 oder 2 Stufen.

Als zusätzliche Korrekturen können noch der Verlust des Strafnachlasses durch Arbeit oder die Überführung in eine Anstalt für Ungebesserte ausgesprochen werden, wenn dies auf Grund der Hartnäckigkeit des Gefangenen angemessen und im Hinblick auf die Besserung des Gefangenen angebracht erscheint.

Der Einschluss in eine Strafzelle zieht für seine Dauer Entzug des Spazierganges, der anderen Erleichterungen sowie eine Unterbrechnung des Straferlasses durch Arbeit nach sich. Die Dauer der Korrektionsmittel hängt von dem Betragen des Bestraften und dem Urteil der Beamtenkonferenz ab. Der Vollzug kann nach Gutachten des Arztes für die erforderliche Zeit unterbrochen werden, wenn der Gesundheitszustand des Gefangenen dies erfordert.

1) Die Beamtenkonferenz, "junta de régimen y administración" sorgt für eine einheitliche Anwendung der Gefängnisordnung und eine gute Verwaltung der Gefängnisse. Ausserdem hat sie Disziplinarstrafbefugnisse. Sie besteht an jedem Gefängnis. Den Vorsitz führt der Direktor, Beisitzer sind sein Stellvertreter, der Verwalter, der Geistliche, der Arzt, der Lehrer und die Oberen der religiösen Vereinigung, die in der Anstalt Dienst leistet. Wenn der Gefängnisinspekteur mitwirkt, so übernimmt er den Vorsitz.

Jede Art von Misshandlung ist verboten. Duldet bei Disziplinarverstößen die Bestrafung keinen Aufschub, so kann der einschreitende Beamte den Gefangenen sofort in eine Zelle einsperren. Der Direktor ist davon unverzüglich zu benachrichtigen.

Bei Sachbeschädigungen kann dem Gefangenen neben der Strafe eine Wiedergutmachung des Schadens von seinem Taschengeld auferlegt werden.

III. Die Disziplinarstrafbefugnis, das Verfahren, Beschwerde und andere Bestimmungen.

Alle Belohnungen und Disziplinarstrafen, mit Ausnahme des mündlichen Tadels, der auch vom Direktor verhängt werden kann, werden von der Beamtenkonferenz ausgesprochen. Der Verlust des Strafnachlasses durch Arbeit und die Überführung in eine Anstalt für Ungebesserte wird auf Vorschlag der Beamtenkonferenz von den oberen Gefängnisbehörden verfügt.

Vor jeder Bestrafung ist der Gefangene zu hören. Die Umstände der Tat und des Täters sind zu berücksichtigen. Ausgesprochene Belohnungen und Strafen werden in die Führungskarte²⁾ und in die Akten eingetragen.

Die Vermerke über die Strafen in den Akten des Gefangenen können nach bestimmten Fristen gelöscht werden, sofern der Gefangene sich keines neuen Disziplinarbruches schuldig macht und eine gute Führung zeigt. Diese Frist beträgt bei leichten Verstößen zwei Monate, bei schweren sechs und bei sehr schweren zwölf Monate. Die Fristen betragen die Hälfte, wenn der Gefangene nachträglich eine Belohnung erhält. Bei disziplinarischem Rückfall verdoppeln sich die Fristen.

Der Gefangene kann eine mündliche Beschwerde beim Direktor der Beamtenkonferenz oder dem Gefängnisinspekteur³⁾ im Laufe einer Inspektion vorbringen. Eine schriftliche Beschwerdemöglichkeit ist im Reglamente nicht vorgesehen.

2) Jeder Gefangene erhält bei seiner Einlieferung eine Führungskarte, in der die Ordnungsverstöße und die Sanktionen, sowie die Belohnungen aufgezählt sind.

3) Der die Strafanstalten eines bestimmten Bezirkes überwacht.

C h i l e

I. Die Regelung der Disziplinarmaßnahmen.

In der chilenischen Strafvollzugsordnung (Reglamento Carcelario) vom 30.4.1928¹⁾, die durch zahlreiche Verordnungen geändert wurde, ist eine Regelung der Disziplinarmaßnahmen in den Vollzugsanstalten enthalten. Obgleich das Reglamento noch in Kraft ist, wurde der Bearbeitung die im Entwurf zu einem neuen Strafvollzugsgesetz für Chile (Proyecto de código carcelario y Penitenciario)²⁾ angeführten Disziplinarstrafen zugrundegelegt.

II. Die zulässigen Disziplinarstrafen.

Wie auch schon im Reglamento wird zwischen Strafen für Arrestanten und Untersuchungsgefangene und Gefängnisgefangene unterschieden.

Die Strafen für Arrestanten und Untersuchungsgefangene sind:

1. Ermahnung.
2. Entzug der Besuchserlaubnis, ausgenommen Besuche des Rechtsanwaltes und des Geistlichen.
3. Entzug der gestatteten Vergünstigungen für höchstens einen Monat.
4. Einschluss in die Einzelzelle für höchstens einen Monat.

Gegen die Gefängnis (Zuchthaus)-Gefangenen kann verhängt werden:

1. Ermahnung.
2. Entzug der Besuchserlaubnis, der Korrespondenz und anderer erworbener Rechte für längstens einen Monat.
3. Einschluss in die Einzelzelle für höchstens einen Monat.

1) Abgedruckt im Anhang der Amtl. Ausgabe des Código Penal, Valparaíso 1954, S. 203.

2) In Revista Chilena de Ciencia Penitenciario y de derecho penal Nr. 3 (Mai bis August 1951), S. 121.

4. Herabsetzung im Grad mit Verlust oder angemessener Verminderung der Vorteile und Vergünstigungen.
5. Überführung in eine Disziplinarstrafanstalt oder Anstalt für unverbesserliche Gefangene.

Das Reglamente kennt noch den Einschluss in die Einzelzelle bis zu einem Monat ohne Bett oder Sitzgelegenheit am Tage und bis zu fünfzehn Tagen Einschluss in die Strafzelle, in der als einziges Möbelstück nur ein Schemel steht. Zum Schlafen bleibt den Gefangenen also nur der Fussboden. Im Entwurf des Codice Carcelario hat man diese beiden Strafen wegen ihrer Härte und der Gefahr für die Gesundheit des Gefangenen fallengelassen.

Gefangene, die mit Einsperrung in die Zelle bestraft sind, müssen täglich vom Gefängnisarzt und dem Leiter des Strafvollzugs der Anstalt besucht werden.

Grund zur Bestrafung ist jeder Ungehorsam gegenüber einem Beamten oder Angestellten der Anstalt oder ein Verstoß gegen das Reglement oder die Befehle und Verordnungen des Direktors.

III. Strafbefugnis und Beschwerderecht.

Alle Strafen können vom Direktor oder Vorsteher der Anstalt verhängt werden, jedoch kann der Strafvollzugsleiter (Jefe de la Seccion Penal) die Unterbrechung der zu vollziehenden Disziplinarstrafen anordnen, wenn dies angebracht erscheint. Er hat dem Direktor darüber unverzüglich Rechenschaft zu geben.

Jeder Gefangene hat das Recht, eine Unterredung mit dem Leiter des Gefängnisses, dem Generaldirektor und dem Gefängnisinspekteur während ihres Besuches zu erbitten. Auch sind den Gefangenen schriftliche Bitten oder Beschwerden gestattet.³⁾ Bei der Bitte um eine Unterredung und bei den schriftlichen Beschwerden muss eine Begründung angegeben werden. Gemeinschaftliche Beschwerden von Gefangenen sind verboten.

3) Das gilt auch für Verwahrte. Nach Art. 38, II des Gesetzes Nr. 11 625 vom 21.9.54 kann den Verwahrten die schriftliche Beschwerde an die Gerichts- und Gefängnisbehörden nicht untersagt werden.

C u b a

I. Die Regelung der Disziplinarmaßnahmen.

Die Disziplinarmaßnahmen sind in dem Vollzugsgesetz für Strafen und freiheitsentziehende Sicherungsmassregeln (Ley de Ejecucion de Sanciones y Medidas de Seguridad privativas de Libertad)¹⁾ geregelt. Das Gesetz stammt aus dem Jahre 1935 und ist heute noch in Kraft. Hinsichtlich der Disziplinarmaßnahmen ist es als durchaus modern anzusehen.

II. Belohnungen und Disziplinarstrafen.

Als Massnahmen, die geeignet sind, die Disziplin in den Anstalten zu erhalten und zu fördern, werden nicht nur Strafen, sondern auch Belohnungen angesehen. Vor der Liste der möglichen Strafen werden die erlangbaren Belohnungen aufgezählt. Die einzelnen Belohnungen sind:

1. Bewilligung eines öfteren Briefwechsels oder besonderer Besuche.
2. Befreiung von Arbeitsleistungen, für die kein Arbeitslohn gezahlt wird.
3. Verwendung auf Vertrauensposten.
4. Verkürzung der Zeit der Einzelhaft.
5. Vorschlag zur Bewilligung von Strafnachlass.²⁾
6. Berechtigung zum Verlassen der Anstalt (Urlaub).
7. Irgend eine andere Vergünstigung vom gleichen Charakter wie die vorhergehende.

Die einzelnen Strafen entsprechen den Vergünstigungen. Es können ausgesprochen werden:

1. Vorübergehender Entzug des Briefverkehrs und der Besuchserlaubnis.
2. Auferlegung von Arbeiten, die nicht bezahlt werden.
3. Verlust erworbener Vergünstigungen.
4. Entzug der zusätzlichen Nahrungsmittel.

1) Abgedruckt in Menendes, Codigo de Defensa social. La Habana 1952, S. 797 ff.

2) Für die Bewilligung des Strafnachlasses ist der Consejo Superior de Defensa Especial zuständig.

5. Einschliessung in die Strafzelle.
6. Herabsetzung im Grad.
7. Streichung des erworbenen Strafnachlasses.
8. Versetzung in eine Anstalt mit strengerer Disziplin.

Zeitliche Beschränkungen der einzelnen Massnahmen sind nicht vorgesehen.³⁾

Verboten sind ausdrücklich Gewaltakte und Misshandlungen. Jedoch darf bei Zuchtlosigkeiten, die zur Wiederherstellung der Ordnung unumgängliche Gewalt angewendet werden.

Keine der Massnahmen darf gesundheitsschädlich sein oder der Erziehung des Gefangenen zuwiderlaufen. Auch soll eine Massnahme nicht die dauernde Herabsetzung des Gefangenen im Grad nach sich ziehen, wenn seine Führung sonst immer einwandfrei war.

III. Disziplinalgewalt, Verfahren und Beschwerde.

Belohnungen und Strafen werden vom Direktionsrat (Consejo de Dirección) ausgesprochen. Er besteht aus Direktor, dem Anthropologen der Anstalt, dem Leiter der Erziehung, dem Arbeitsleiter und dem Generalsekretär der Anstalt.

Die Streichung des erworbenen Strafnachlasses und die strafweise Versetzung in eine Anstalt mit strengerer Zucht sind nur zulässig mit Zustimmung des Obersten Rates der Defensa Social⁴⁾ und des Gerichtes, das die letzte Verurteilung ausgesprochen hat.

Jede Bestrafung ist mit ihrem Grund in die Personalakten des Bestraften einzutragen.

Besondere Verfahrensvorschriften bestehen nicht, ebenso ist im Vollzugsgesetz keine Regelung für Beschwerden der Gefangenen vorgesehen.

3) Nach der ganzen Art der Disziplinarstrafen ist jedoch anzunehmen, dass die Dauer der einzelnen Massnahmen nicht übermässig lang ist, sondern etwa den normalen Massstäben entspricht.

4) Der Consejo Superior de Defensa Social hat neun Mitglieder, die vom Präsidenten der Republik auf Vorschlag des Regierungssekretärs ernannt werden. Dem Rat obliegt auch die Überwachung des Strafvollzuges und des Gefängniswesens. Vollzugsgesetz Art. 3-29.

C h i n a

I. Die Regelung der Disziplinar massnahmen.

In der Vollzugsordnung für den Umerziehungs-Arbeitsdienst der Chinesischen Volksrepublik vom 26.8.1954¹⁾ sind in Artikel 44 bis 49 die Sicherungsmassnahmen und in Art. 67-73 die Belohnungen und Disziplinarstrafen geregelt. Diese Regelung gilt für Arrestanstalten, Gefängnisse, Lager zur Umerziehung durch Arbeit und Besserungsanstalten für kriminelle Jugendliche.

II. Belohnungen, Disziplinarstrafen und Sicherungsmassnahmen.

Nach der Verordnung sollen die Verbrecher unter einem System von Belohnungen und Strafen stehen, in dessen Rahmen sie durch gute Dienste ihre Verfehlungen wiedergutmachen und gerechte Strafen oder Belohnungen empfangen können. Die Belohnungen und Strafen sind jedoch nur ganz allgemein bezeichnet und in Einzelheiten oder ihrer Anwendung nicht näher in der Verordnung festgelegt. Dafür sind aber einzelne Punkte aufgezählt, wann ein Gefangener eine Belohnung oder Strafe erhalten soll.

Das Belohnungssystem ist vor die Strafen gesetzt. An Belohnungen können gewährt werden: Das Lob, eine materielle Belohnung, ein gutes Zeugnis, Herabsetzung der Strafe oder Entlassung nach dem Parole-Verfahren.

Die Belohnungen sind nach Massgabe des jeweiligen Betrags in folgenden Fällen zu gewähren:

1. Wenn sich ein Gefangener stets der Disziplin unterwirft, seine Studien eifrig betreibt und echte Reue über sein Verbrechen zeigt;
2. Wenn ein Gefangener nachgewiesenermassen Mitgefangene durch Wort und Tat von ungesetzlichen Handlungen abhält und konterrevolutionäre Organisationen und Umtriebe inner- oder ausserhalb des Gefängnisses aufdeckt.

1) Abgedruckt in Englisch in: Carlton, Forced Labor in the "People's Democracies", New York 1955, S. 233 ff. Deutsch auszugsweise in Ost-Probleme 1954, S. 1858 ff.

3. Wenn sich ein Gefangener im Arbeitsdienst durch eifrige Erfüllung oder Übererfüllung seines Arbeitssolls auszeichnet.
4. Wenn ein Gefangener mit Rohstoffen und öffentlichem Eigentum sparsam umgeht und darin nennenswerte Leistungen aufweist;
5. Wenn sich ein Gefangener durch besondere technische Leistungen, eigene Erfindungen oder Anregungen auszeichnet und anderen seine technischen Kenntnisse vermittelt;
6. Wenn ein Gefangener aus eigener Initiative Missstände beseitigt oder schwere Unfälle und mit ihnen verbundene Verluste verhütet;
7. Wenn ein Gefangener sonstige für Staat und Volk nützliche Handlungen vollbringt.

Disziplinarstrafen sind in folgenden Fällen zu verhängen:

1. Wenn ein Gefangener die Besserung der anderen Gefangenen beeinträchtigt;
2. Wenn ein Gefangener seine Arbeitsgeräte nicht pfleglich behandelt oder sie gar beschädigt.
3. Wenn ein Gefangener faul bei der Arbeit ist.
4. Wenn ein Gefangener auf andere Weise die Vorschriften verletzt.

Die einzelnen in der Verordnung aufgezählten Disziplinarstrafen sind: Verwarnung, Eintragung in das Disziplinarregister und Arrest. Die Strafe ist nach der Schwere des jeweiligen Verstosses zu bemessen.

Bei offenem Aufruhr oder Gewalttätigkeit oder Anstiftung dazu, bei Flucht oder Fluchtversuch, Sabotage an Bauprojekten oder wichtigem öffentlichen Eigentum, offenem, trotz wiederholter Erziehungsversuche reuelosem Widerstand gegen den Arbeitsdienst und anderen schweren Verstössen gegen die Gesetze ist je nach Schwere des Falles die Angelegenheit dem örtlichen Volksgerichtshof zur gerichtlichen Verfolgung und Aburteilung zu übergeben.

Auch wenn ein gefährlicher Konterrevolutionär, ein gewohnheitsmässiger Räuber oder ein Gewohnheitsdieb während seines Arbeitsdienstes dauernd sein Arbeitssoll nicht erfüllt, die Gefängnisvorschriften oft verletzt oder

erwiesenermassen nicht zu bessern ist und deshalb nach seiner Entlassung möglicherweise weiter eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bildet, kann er vom örtlichen Volksgerichtshof zu weiteren Arbeitsdienstleistungen verurteilt werden. Seine Strafe wird also praktisch verlängert.

Die Verordnung zählt keine Zwangsmittel sondern nur die Voraussetzung für den Waffengebrauch durch das Bewachungspersonal auf.

III. Die Disziplinarstrafbefugnis.

Die Belohnungen und Disziplinarstrafen werden von der verantwortlichen Leitung des Arbeitslagers oder Gefängnisses ausgesprochen.

Die Herabsetzung der Strafe und die Entlassung auf Parole werden nach Kenntnissnahme der staatlichen Sicherheitsorgane vom örtlichen Volksgerichtshof angeordnet.

IV. Das Beschwerderecht.

Ein Beschwerderecht der Gefangenen ist in der Verordnung nicht geregelt. Eine Aufsichts- und Kontrollkommission²⁾ hat jedoch die Aufgabe, regelmässig die Anstalten zu inspizieren und dabei die Erziehung und Behandlung der Gefangenen und die Anwendung des Systems der Belohnungen und Disziplinarstrafen zu überwachen und die Ergebnisse den Sicherheitsbehörden, dem Volksgerichtshof und der Staatsanwaltschaft zu berichten.

2) Die Kommission besteht aus 5-7 Mitgliedern, von denen je 1 oder 2 den staatlichen Sicherheitsbehörden, dem Volksgerichtshof und der verantwortlichen Leitung des Arbeitslagers oder des Gefängnisses angehören müssen. Art. 65.

Indien und Pakistan

I. Die Regelung der Disziplinarmassnahmen.

In der Prison Act vom 22. März 1894, die für Indien und Pakistan nach wie vor in Kraft ist, sind in Artikel 45 - 54 die Disziplinarmassnahmen geregelt. Das Gesetz wurde durch Verordnungen laufend geändert und lag in der 1951 gültigen Fassung der Bearbeitung zugrunde. Durch die verschiedene Gesetzgebung unterscheiden sich die Bestimmungen von Indien und Pakistan nur in der Bezeichnung der Behördenstellen.

II. Die zulässigen Disziplinarstrafen.

Zunächst werden, ähnlich der englischen Regelung, in 16 Ziffern verschiedene Handlungen zu Gefängnisverstössen erklärt.

Diese Verstösse können bestraft werden mit:

1. Einer formellen Warnung.
2. Wechsel der Arbeit mit solcher von ermüdender oder strengerer Art für solange, wie dies durch die Vorschriften des Ministeriums erlaubt ist.
3. Schwere Arbeit nicht über 7 Tage, falls es sich um einen verurteilten Gefangenen handelt, der nicht zu strenger Gefangenschaft verurteilt ist.
4. Verlust von zulässigen Vergünstigungen für solange Zeit, wie es durch die Vorschriften des Ministeriums zugelassen ist.
5. Zuweisung von Kleidung aus Jute oder anderem groben, nicht wollenen Material für höchstens drei Monate.
6. Anlegung von Handfesseln.
7. Anlegung von Fesseln.
8. Absonderung für nicht länger als drei Monate.
9. Strafkost für höchstens 96 aufeinanderfolgende Stunden. Bei einer wiederholten Auferlegung soll eine Woche dazwischen liegen.
10. Einsame Einsperrung in die Zelle nicht über 14 Tage.

11. Strafkost verbunden mit Einsperrung in die Zelle.
12. Auspeitschen nicht über 30 Hiebe.

Frauen oder Schuldgefangenen dürfen Handfesseln und die körperliche Züchtigung nicht auferlegt werden.

Die formelle Warnung wird in das Strafbuch und die Führungspapiere des Gefangenen eingetragen. Sie ist dem Gefangenen gegenüber persönlich durch den Direktor auszusprechen.

Unter Absonderung versteht man einen Einschluss ohne oder mit Arbeit, bei welchem der Gefangene von jeder Berührung mit den anderen Gefangenen ausgeschlossen ist. Das geht jedoch nicht soweit, dass er sie überhaupt nicht sehen dürfte. Eine Stunde täglichen Spaziergangs ist ihm erlaubt. Auch kann er die Mahlzeiten mit einem oder mehreren anderen Gefangenen einnehmen. Die einsame Einsperrung in die Zelle ist ein Einschluss ohne Arbeit, bei dem der Gefangene von jeder Berührung mit den anderen Gefangenen fern gehalten wird.

Immer zwei der aufgezählten Strafen können miteinander verbunden werden, vorbehaltlich folgender Bestimmungen:

Die formelle Warnung darf nur mit dem Verlust von Vergünstigungen unter 4 verbunden werden.

Strafkost darf nicht mit dem Wechsel der Arbeit unter 2 verbunden werden. Strafkost darf auch nicht im Anschluss an die einsame Einsperrung verhängt werden, wenn gleichzeitig mit dieser schon Strafkost verhängt war.

Einsame Einsperrung darf nicht so mit der Absonderung verbunden werden, dass die höchstzulässige Dauer der Abgeschiedenheit überschritten wird.

Auspeitschen soll nicht mit anderen Strafen verbunden werden, ausgenommen Absonderung, einsame Einsperrung und Verlust von Vergünstigungen.

Keine Strafe soll mit einer anderen verbunden werden, wenn dies besondere Bestimmungen des Ministeriums nicht zulassen.

Die körperliche Züchtigung darf nicht in Raten und nicht in Abwesenheit des Direktors und des Arztes vollzogen werden. Die Hiebe sollen mit einem dünnen Stock

(ratan) von nicht mehr als 1 1/4 Zentimeter Durchmesser auf das Gesäss erfolgen. Wenn der Gefangene noch unter 17 Jahren ist, soll die Strafe mit einem dünneren Stock vollzogen werden.

III. Besondere Zwangsmittel.

Wenn es die Sicherheit der Anstalt oder der anderen Gefangenen erfordert, kann der Direktor anordnen, dass der Gefangene in Eisen gelegt wird. Wenn es unbedingt notwendig ist, kann auch ein Aufseher den Gefangenen in Eisen oder andere Zwangsmittel legen. Der Direktor ist dann unverzüglich zu benachrichtigen.

IV. Disziplinarstrafgewalt, Verfahren und Beschwerden.

Die Strafbefugnis liegt beim Direktor der Anstalt. Er kann alle Strafen verhängen, ausgenommen die Absonderung über einen Monat, die vom Generalinspekteur verhängt wird.

Jede Bestrafung ist in ein Strafbuch einzutragen. Anzuführen ist der Verstoss, die Strafe und ihr Vollzug. Bei ernsteren Verstössen sind auch die Namen der Zeugen anzugeben. Bei Verstössen, die mit körperlicher Züchtigung bestraft werden, ist der Inhalt der Aussagen des Zeugen, der Verteidigung des Gefangenen und die Erkenntnis mit den Gründen einzutragen.

Eine Mitwirkung des Arztes bei allen Bestrafungen, besonders bei Kostschmälerung, schwerer Arbeit und körperlicher Züchtigung, ist vorgeschrieben, so dass die Vollstreckung solcher Strafen nicht zu gesundheitlichen Schäden führen kann. Der Arzt hat zu entscheiden, ob der Gesundheitszustand den Vollzug solcher Strafen zulässt.

Beschwerdemöglichkeiten sind weder aus der Prison Act noch aus der Prisoners Act von 1900 zu ersehen.

A n d e r e S t a a t e n

I. Belgien.

1. Belgien hat kein umfassendes Strafvollzugsgesetz. Der Strafvollzug ist in Einzelgesetzen und Verwaltungsanordnungen geregelt. Für die Regelung der Disziplinar-massnahmen sind darüber hinaus die einzelnen Hausordnungen der Anstalten von Bedeutung.

2. Die zulässigen Disziplinarstrafen sind:

- a) Verweis oder Verwarnung, die für erstmalige oder leichtere Vergehen ausgesprochen werden.
- b) Entzug der Arbeit, der Leseerlaubnis, der Erlaubnis zur Benutzung der Kantine, der Besuche, des Briefwechsels und sonstiger in der Anstaltsordnung vorgesehener Vergünstigungen oder Rücknahme der gegebenenfalls gewährten Belohnungen.
- c) Einschliessung in die gewöhnliche Zelle bei Wasser und Brot für höchstens neun Tage. Wird sie für länger als drei Tage angeordnet, so wird an jedem dritten Tag normale Verpflegung gewährt.
- d) Einschliessung in die Strafzelle mit oder ohne Verdunkelung bei Wasser und Brot oder der normalen Verpflegung für höchstens neun Tage.

Die Gefangenen, die aus Böswilligkeit oder Fahrlässigkeit Sachbeschädigungen begehen, können verpflichtet werden, den Wert des verursachten Schadens zu ersetzen. Die Beträge werden aus den ihnen auszuzahlenden Anteilen des Arbeitsverdienstes einbehalten.

In den Anstalten mit progressivem Vollzug ist die Versetzung von einer Strafgruppe in die andere eine Belohnung für gute Führung des Gefangenen. Eine Rückstufung wegen schlechter Führung also ein Strafmittel.

Andere Vergünstigungen sind die Zulassung zu Vertrauensämtern, zum Hausdienst, Erweiterung der Besuchs- und Korrespondenzerlaubnis, Kantinenbenutzung usw.

Die Strafzelle¹⁾ ist kleiner als die normalen Zellen und meist mit doppelten Türen versehen. Das Fenster kann

1) Starke, aaO., S. 64.

verdunkelt werden. Als Einrichtung befindet sich in ihr lediglich eine hölzerne Pritsche ohne Matratze.

3. Die Disziplinalgewalt wird vom Direktor ausgeübt. Er spricht die Disziplinarstrafen aus, nachdem er die beschuldigten Gefangenen im Rapport gehört hat. Am Rapport nehmen die wichtigsten Angestellten der Anstalt teil.²⁾

Alle Bestrafungen werden unter Angabe des Grundes in ein Strafregister eingetragen.³⁾ Bei einer Bestrafung wird immer die Akte über die sittliche Führung herangezogen, welche die Vorgeschichte des Gefangenen und Vermerke über seine Führung enthält.

4. Jedes Gefängnis wird von einem Verwaltungsausschuss überwacht, dessen Mitglieder durch Königl. Verordnung ernannt werden. Der Staatsanwalt des Bezirks und der Bürgermeister der Gemeinde gehören dem Ausschuss ohne weiteres an. Die Kommissionen, denen auch das Strafregister vorzulegen ist, wachen darüber, dass die Disziplinarmaßnahmen in Übereinstimmung mit der Anstaltsordnung verhängt und vollzogen werden.

II. Kanada.

1. Die kanadische Strafvollzugsordnung zählt in Art. 163 zunächst eine lange Reihe von Tatbeständen auf, die Verstösse gegen die Gefängnisordnung darstellen und bei deren Vorliegen eine Disziplinarmaßnahme verhängt werden kann. Diese Regelung ist ähnlich der in den englischen Prison Rules. Auch hier muss für alle Eventualitäten in Durchbrechung des rechtsstaatlichen Gedankens, der dieser Regelung zugrunde liegt, neben 28 Tatbeständen eine Generalklausel angeführt werden, die jeden anderen Verstoß gegen die Gefängnisordnung erfasst. Für diese Verstösse sind in Art. 164 folgende Disziplinarstrafen vorgesehen:

2) Früher war die Kompetenz verschieden. Die Direktoren der Maisons Secondaires konnten nur eine Strafe bis zu 3 Tagen verhängen, die der Maisons Centrales bis zu 14 Tagen. Über darüber hinausgehende entschied die Aufsichtskommission. Vgl. Starke, aaO., S. 146.

3) Starke, aaO., S. 147.

- a) Entzug des Tabaks und des Rechts zu rauchen.
- b) Entzug der Unterhaltsvergünstigungen.
- c) Entzug des Rechts, die Bücherei zu benützen.
- d) Entzug des Rechts, Besuch zu empfangen.
- e) Entzug des Rechts, Briefe zu schreiben.
- f) Fortfall des Straferlasses für höchstens 30 Tage.
- g) Verlängerung der Bewährungsfrist (Probation Period) bis zu 3 Monaten.
- h) Hartes Lager mit einer oder mehreren Decken, je nach der Jahreszeit, für höchstens 1 Monat.
- i) Hungerkost ersten Grades für nicht mehr als 9 aufeinanderfolgende Mahlzeiten.
- j) Hungerkost zweiten Grades für nicht länger als 21 aufeinanderfolgende Tage.
- k) Einschliessung in eine besondere Zelle für höchstens 3 Tage.

Für Meuterei oder Anstiftung dazu oder für grobe Gewalttätigkeiten gegen Gefängnisbeamte ist die Prügelstrafe vorgesehen. Bei Flucht, Fluchtversuch, Ausbruch aus der Zelle oder bei Zerstörung von Einrichtungsgegenständen oder bei Angriffen gegen Gefängnisbeamte fällt der ganze bisher erworbene Straferlass fort. Ein Gefangener, der den ganzen Straferlass verloren hat, kann wieder beginnen, neuen Straferlass zu erwerben. Ist der Fortfall mit einer anderen Strafe von zeitlicher Dauer verbunden, so kann er neuen Straferlass erst mit Ablauf dieser Strafzeit erwerben. Hat ein Gefangener den Straferlass zweimal verloren, so soll er neuen Straferlass erst erwerben können, wenn er nach der Meinung des Direktors endgültige Besserung erkennen lässt.

2. Die Disziplinargewalt liegt beim Direktor der Anstalt. Prügelstrafe kann jedoch nur mit Genehmigung der Gefängniskommission vollzogen werden. Zum Verlust des Straferlasses über 30 Tage muss die Genehmigung des Justizministers eingeholt werden.

III. Luxemburg.

1. Der Strafvollzug in Luxemburg ist in verschiedenen Gesetzen und Erlassen geregelt.⁴⁾ Die in den Luxemburger Gefängnissen⁵⁾ zulässigen Disziplinarstrafen sind folgende:

- a) Warnung oder Verweis.
- b) Entzug der Arbeit, der Bewegung im Freien, des Tabaks, der Kantine, der Besuche, der Korrespondenz und der anderen gestatteten Vergünstigungen.
- c) Entzug des Taschengeldes.
- d) Entzug einer Mahlzeit täglich oder die Herabsetzung der Kost auf Wasser und Brot für drei Tage höchstens.
- e) Entzug des Bettes und Einschluss in eine Spezialzelle für höchstens sieben Tage.

In besonderen Fällen kann der Leiter der Gefängnisbehörde gegenüber widerspenstigen Gefangenen von der Zwangsjacke Gebrauch machen. Körperliche Strafen sind streng verboten.

2. Die Disziplinalgewalt liegt beim Leiter der Gefängnisbehörde⁶⁾, der auf Vorschlag des die Anstalt leitenden Beamten die Disziplinarmaßnahmen direkt auferlegt. Er spricht auch die zulässigen Belohnungen aus.

IV. Türkei.

1. Die Vorschriften für Gefängnisse und Verwahrungshäuser vom 31.7.1941 enthalten eine Regelung der Disziplinarmaßnahmen in diesen Anstalten.

Als einzelne Massnahmen sind genannt:

- a) Verweis.
- b) Aufhebung der Besuchserlaubnis.
- c) Aufhebung der Schreiberlaubnis und des Rechts, Briefe zu empfangen.
- d) Herabsetzung der Kost auf Wasser und Brot.

4) Übersicht Stand 1951 in Recueil XV, S. 191.

5) Luxemburg-Grund, Givenich und Diekirch.

6) Dem alle Vollzugsanstalten unterstellt sind.

e) Einsame Einschliessung.

f) Anlegen von Ketten.

Die Aufhebung der Besuchserlaubnis und des Rechts zur Korrespondenz dürfen drei Monate nicht überschreiten. Beide Massnahmen können miteinander verbunden werden. Wasser und Brot darf nur nach ärztlicher Untersuchung vollzogen werden. Diese Strafe darf nicht länger als 15 Tage dauern und nicht gegen Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren verhängt werden. Die einsame Einsperrung darf in jedem Fall für höchstens 15 Tage ausgesprochen werden.

Ein Gefangener ist in Ketten zu legen, wenn er besonders gefährlich wird, z.B. wenn diese Massnahme zur Sicherheit der anderen Gefangenen notwendig ist, wenn er versucht hat, Selbstmord zu begehen oder zu entweichen, oder wenn er Vorbereitungen für Selbstmord oder Flucht getroffen hat.

2. Die Disziplinargewalt liegt in erster Linie bei dem Disziplinarrat. Er setzt sich zusammen aus dem Direktor als Vorsitzenden, dem Arzt, dem Lehrer oder Erzieher, dem Arbeitsleiter, dem Verwaltungsbeamten und dem Chef des Überwachungspersonals. Der Direktor allein kann als Disziplinarstrafe nur den Verweis, die Besuchs- und Briefsperre verhängen. Für alle anderen Disziplinarstrafen ist der Disziplinarrat zuständig. Für das Anlegen von Ketten ist eine Genehmigung des Staatsministeriums erforderlich.

Der Direktor vollstreckt die vom Disziplinarrat verhängten Strafen. Ist er jedoch mit ihnen nicht einverstanden, so soll er das Staatsministerium in Kenntnis setzen; dessen Entscheidung ist endgültig.

Vor der Verhängung einer Strafe muss der Gefangene vom Disziplinarrat gehört werden. Bei der Anlegung von Ketten oder bei Verhängung von Wasser und Brot hat der Gefangene das Recht, sich innerhalb von 24 Stunden beim Staatsministerium gegen die Entscheidung des Disziplinarrates zu beschweren.

V. Vereinigte Staaten.

1. Das Gefängnisssystem der Vereinigten Staaten verfügte 1952 über 266 verschiedene Strafanstalten (Prison Reformatories, Prison Farms und Correctional Institutions) unter der Verwaltung der einzelnen Staaten und etwa 30 Anstalten (Prisons und Reformatories) unter der Verwaltung der Bundesgefängnisbehörde. Dazu kommen noch etwa 3000 Haftanstalten (Jails) der Bezirke und etwa 11 000 der Städte und Gemeinden. Eine gewisse Übereinstimmung des Disziplinarrechts besteht nur in den Bundesanstalten. In den einzelnen Staaten ist jedoch die Regelung und die Anwendung der Disziplinarmaßnahmen ausserordentlich unterschiedlich.⁷⁾

2. In fast allen Strafanstalten sind in einer langen Liste die möglichen Verstösse gegen die Gefängnisordnung aufgezählt, welche mit einer Hausstrafe belegt werden können. Diese Aufzählung ist mit der in den englischen Prison Rules zu vergleichen, oft jedoch noch umfangreicher. Sie enthalten zum Teil über 70 Bestimmungen, die aber in ihren Formulierungen ausserordentlich knapp sind. So z.B. unordentliche Zellen, Hände in den Taschen, Haar nicht gekämmt, Spucken auf den Fussboden, Lachen und albern, Grimassen schneiden, Besucher anstarren usw.

Die zulässigen Strafen in den Bundesanstalten sind:
Verweis.

Verlust von Vergünstigungen.

7) Das gilt selbst für Anstalten in den gleichen Staaten. Die Berichte von europäischen Besuchern über die einzelnen Einrichtungen der Gefängnisse und des Disziplinarrechts widersprechen sich oft in geradezu unwahrscheinlicher Weise. Die vorliegende Darstellung des Disziplinarrechts in den amerikanischen Gefängnissen kann und soll nur einen Überblick vermitteln. Das Fehlen von Einzelheiten und wirklich präzisen Angaben lässt einen echten Vergleich und eine Auswertung der amerikanischen Einrichtungen für eine deutsche Strafvollzugsreform nicht zu. Idealzustände und beispielhafte Fortschritte, wie viele meinen, gibt es auch in dem Gefängniswesen der USA nicht oder jedenfalls weniger als in den europäischen Staaten.

Verlust der "good time"⁸⁾.

Einsperrung in die Einzelzelle mit normaler Verpflegung oder mit Kostbeschränkung.

Die einsame Einsperrung wird selten länger als 10 Tage verhängt. Ausserordentlich starker Gebrauch wird von dem Entzug der Vergünstigungen und dem Verlust der "good time" gemacht. In den einzelnen Staaten kommen verschiedentlich noch die Zurückstufung im Grad und die Verlängerung der einzelnen Strafperioden dazu. Auch hier wird von dem Entzug der Vergünstigungen und dem Verlust der "good time" sehr oft Gebrauch gemacht. Die einsame Einsperrung dauert in den Bundesstaaten oft sehr lange, zum Teil sogar mehrere Jahre (in Idaho sind Fälle bis zu 27 Monaten vorgekommen, Kentucky 6 Monate). In Texas gibt es drei verschiedene Stufen der einsamen Einsperrung. Die schärfste Stufe hat kein Bett. Die normale Dauer der Einsperrung liegt hier zwischen 30 und 60 Tagen. Tennessee kennt den Wochenarrest bei Wasser und Brot. Überhaupt wird von der Kostschmälerung auf Wasser und Brot sehr oft Gebrauch gemacht.

Auch körperliche Züchtigungen existieren noch in den Strafanstalten der Staaten. Erlaubt sind sie in Alabama, Colorado, Mississippi, Tennessee und Virginia. Sie bestehen im Auspeitschen oder Geisseln oder Stehen auf einem Fass oder einem Schemel für mehrere Stunden hintereinander. In Texas muss der Gefangene 2 Stunden auf einem Schemel stehen, dann darf er sich eine Stunde ausruhen und hinlegen. So kann es abwechselnd vom Frühstück bis 9 Uhr abends gehen. In Oklahoma, Nevada und Idaho sind körperliche Züchtigungen gegen entsprungene Gefangene angewendet worden.

In Kansas gibt es die "Hot-Box), die noch gebraucht wird. Es ist dies ein kleiner dunkler Metallraum, der durch eine Dampfheizung auf sehr hohe Temperatur gebracht werden kann. Die Hitze steigt solange, bis der Gefangene sich bereit erklärt, die Gefängnisordnung einzuhalten.

8) Ein Gefangener, der eine bestimmte Zahl von Tagen gut arbeitet, verdient sich damit einen Tag Strafverkürzung, "good time". Dieses System ist oft auch mit der Arbeitsentlohnung verbunden.

In dem Philadelphia County Prison in Pennsylvanien sind vor einigen Jahren einige Gefangene an den Folgen einer solchen Prozedur gestorben.⁹⁾

In Texas kann als Disziplinarstrafe noch das Tragen von gestreifter Gefängniskleidung auferlegt werden.

3. In den grossen Strafanstalten werden die Disziplinarstrafen vom Stellvertreter des Direktors auferlegt. Das hängt mit der Grösse dieser Anstalten zusammen. Aber auch dem Deputy Warden ist eine individuelle Bestrafung bei mehreren Tausend Insassen nicht möglich. Er kennt die Gefangenen nur, wenn sie straffällig werden.

In den weniger grossen Anstalten liegt die Strafbefugnis beim Direktor selbst. Verschiedentlich gibt es auch eine Beteiligung der Gefangenen am Disziplinarrecht. So bestehen in Wisconsin, Oklahoma, Virginia, Wyoming, Alabama und Washington Gefangenenkomitees, die einen gewissen Einfluss auf die Disziplin und die Gefängnisregeln haben. In Disziplinarfällen haben sie jedoch nur eine beratende Stimme, dies jedoch nicht einmal überall. Am weitesten scheint Washington zu gehen, wo ein "Three-man disciplinary committee" Disziplinarstrafen verhängen kann, die der Direktor allerdings bestätigen muss. Die wirkliche Disziplinalgewalt liegt also immer beim Direktor. Die Gefangenen haben nur ein Vorschlagsrecht in mehr oder weniger starker Form.

9) Elliott, aaO., S. 639.

V i e r t e r T e i l

V e r g l e i c h

u n d E i n z e l u n t e r s u c h u n g e n

Vorbemerkung zum vierten Teil.

In den Einzeluntersuchungen dieses Teiles werden nicht nur die im vorhergehenden Teil dargestellten ausländischen Regelungen untereinander verglichen, sondern es werden auch zum Vergleich die Regelungen der deutschen Länder herangezogen. Bei Vorschlägen für eine künftige Regelung wird besonders auf die deutschen Bestimmungen eingegangen und auf ihre eventuellen Mängel oder Vorteile hingewiesen.

I. Der Rechtsnormcharakter der Disziplinarbestimmungen.

Im Vergleich der Länder ist das Disziplinarrecht für Gefangene in Normen von sehr unterschiedlichem rechtlichen Wert geregelt. Länder mit Vollzugsgesetzen erfassen darin auch die Disziplinarbestimmungen für die Vollzugsanstalten. Andere Staaten haben als Vollzugsgrundlage nur eine Vollzugsordnung, die dann entsprechende Disziplinarvorschriften enthalten. Die 3. Gruppe der Länder schliesslich besitzt keine zusammengefasste umfassende Regelung des Vollzugs, sondern die Bestimmungen sind in verschiedenen Dekreten, Verordnungen, Dienstvorschriften usw. geregelt. In diesen Ländern ist eine zusammenfassende Regelung der Disziplinarbestimmungen lediglich in den Hausordnungen der einzelnen Anstalten enthalten. Dem letzten Kreis gehören in Europa nur noch Frankreich, Belgien, Griechenland und die Tschechoslowakei¹⁾ an; abgesehen von der Schweiz, die entsprechend ihrer kantonalen Vielfalt die Gefängnisdisziplin in kantonalen Gesetzen, Verordnungen oder Hausordnungen regelt. Die andere Gruppe bilden die Länder, in denen die Disziplinarbestimmungen innerhalb umfassender Vollzugsordnungen geregelt sind. Ihr gehören ausser Deutschland auch Italien, England, die Niederlande, Spanien, Finnland, Chile und

I) Näheres über den Strafvollzug in der Tschechoslowakei bei Schmied, Das Strafvollzugsrecht in der Tschechoslowakei. ZStW 68, S. 321.

China an. Disziplinarbestimmungen als Gesetzesnormen finden wir nur in Schweden, Norwegen, Dänemark, Jugoslawien, Russland, Cuba, Indien und Pakistan. Ganz aussergewöhnlich ist dabei die dänische Regelung, die Disziplinarbestimmungen für Gefangene im Strafgesetzbuch auführt. Angesichts der Tatsache, dass vor allem in Deutschland immer wieder auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen wurde, Vollzugsvorschriften und besonders die Disziplinarstrafen durch ein Gesetz zu regeln, ist diese geringe Zahl sehr erstaunlich. Noch erstaunlicher ist, dass in verschiedenen Ländern, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Strafvollzug auf eine neue Grundlage stellten, dies wiederum nur in einer Vollzugsordnung erfolgte. England 1949, Niederlande 1953, China 1954 und Spanien 1956. Für die anderen Einrichtungen des Vollzuges mag eine Verwaltungsanordnung als rechtliche Grundlage noch ausreichend sein, keinesfalls aber ist sie dies für die Disziplinarmaßnahmen mit Strafcharakter. In Deutschland darf nach Art. 2 des GG in das Recht des Menschen auf körperliche Unversehrtheit und in seine Freiheit nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden. Auch der Gefangene hat diese Rechte nur in beschränktem Masse verloren. Nicht alle Disziplinarstrafen werden also von der gesetzlichen Grundlage der Gefangenschaft gedeckt. Für einen Teil der Disziplinarstrafen ist deshalb eine Verwaltungsverordnung als rechtliche Grundlage formell nicht ausreichend. Auch die Festlegung von Höhe und Umfang der Disziplinarstrafen sollte nicht der Verwaltung überlassen bleiben, sondern durch Gesetze geregelt werden.²⁾ Im Rechtsstaat ist deshalb die Regelung der Disziplinarmaßnahmen innerhalb eines Vollzugsgesetzes eine unumgängliche Notwendigkeit. Zweimal sind in Deutschland die Bemühungen um ein Vollzugsgesetz schon gescheitert, bzw. nur bis zum Entwurf gediehen.³⁾

2) Zu diesem Problem vgl. die eingehendere Darstellung oben, S. 10 ff, über die rechtliche Zulässigkeit der Disziplinarmaßnahmen.

3) Entwurf der Grundsätze von 1879 und der Entwurf eines deutschen Strafvollzugsgesetzes von 1927.

Deutschlands Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit lässt das Nichtvorhandensein eines Vollzugsgesetzes besonders deutlich als Mangel hervortreten. Schon diese Erwägung sollte den Gesetzgeber veranlassen, das geplante Strafvollzugsgesetz Wirklichkeit werden zu lassen.

Die ersten gesetzlichen Regelungen der Disziplinarstrafen, die mit den deutschen Verhältnissen vergleichbar sind, brachten Norwegen 1903, Dänemark 1930, Cuba 1935 und Schweden 1945, Jugoslawien folgte 1951.

Von dem russischen Korrektionsgesetzbuch aus dem Jahr 1924, und dessen Nachfolger, dem Korrektionsgesetzbuch von 1933, das hinsichtlich der Disziplinarstrafen fast vorbildlich und ausserordentlich modern erscheint, kann wohl wegen der mangelnden Vergleichsmöglichkeiten der Praxis mit dem deutschen Vollzug abgesehen werden.

Die Vollzugsordnung der Niederlande wurde 1953 auf Grund von 1951 gesetzlich aufgestellten neuen Grundsätzen über das Gefängniswesen erlassen, hat also eine ausserordentlich enge Verbindung zu dem Gesetz, das auch hinsichtlich der Disziplinarstrafen besonders ausführliche Grundsätze aufgestellt hat.

Neben der Aufnahme der Disziplinarbestimmungen in einem Vollzugsgesetz ist es ferner erforderlich, dass diese Bestimmungen in den Hausordnungen der einzelnen Anstalten wiedergegeben werden. Eine auszugsweise Übernahme in die Hausordnung wäre am geeignetesten, damit jeder Gefangene das Höchstmass der Strafen, die ihm auferlegt werden können, und auch seine Rechte kennt. Gesetzeskenntnis wird zwar von jedem Staatsbürger vorausgesetzt, die Besonderheit der Situation rechtfertigt jedoch nicht nur die Aufnahme eines Gesetzesauszuges in die Hausordnungen, sondern macht sie sogar notwendig. So sind auch in fast allen Ländern die Disziplinarstrafen und ihr Gebrauch in den Hausordnungen der Vollzugsanstalten wiedergegeben.

II. Die Voraussetzungen der Anwendung von Disziplinar massnahmen.

1. Allgemeines.

Für die Anwendung von Disziplinar massnahmen ist es eine Voraussetzung, dass der Gefangene, dem gegenüber sie angewandt werden sollen, durch eine Handlung, - in Frage kommt sowohl ein Tun als auch ein Unterlassen -, oder auch nur durch ein vorbereitetes Unternehmen, sich ausserhalb eines bestimmten Verhältnisses zu der Anstaltsdisziplin stellt. Bestimmungen über Disziplinar massnahmen müssen deshalb festlegen, wann ein unmittelbarer Anlass für ihre Anwendung gegeben ist. Dem Inhaber der Disziplinargewalt und dem Anstaltspersonal wird damit gezeigt, wann im einzelnen von ihnen ein Vorgehen erwartet wird, die Gefangenen ersehen neben den allgemeinen Ordnungsbestimmungen daraus das Mindestmass des ordnungsmässigen Verhaltens, das von ihnen verlangt wird.

Für die Formulierung solcher Bestimmungen sind folgende Möglichkeiten denkbar:

- a) Eine Generalklausel,
- b) die Aufzählung von Tatbestandsgruppen im Zusammenhang mit bestimmten Anstaltseinrichtungen oder Vollzugsnormen, als leichte, mittlere und schwere Vergehen,
- c) eine Aufzählung aller Tatbestände, die ein Anlass zur Anwendung von Disziplinar massnahmen sind.

Die beiden letzten Möglichkeiten können sich auch noch darin untergliedern, dass sie entweder für bestimmte Fälle festgelegte Massnahmen vorsehen oder aber dem Inhaber der Disziplinargewalt für die Frage, welche Massnahme er anwenden möchte, eine beschränkte oder völlige Freiheit geben.

2. Die Gewährung von Belohnungen.

Für die Gewährung von Belohnungen glaubten alle Staaten, die sie überhaupt als Disziplinar massnahmen anführen, mit einer Generalklausel auszukommen, mit der Ausnahme Chinas, das als Voraussetzung einer Belohnung sieben sehr weite Tatbestände aufzählt. Unter Berück-

sichtigung des Wesens der Belohnungen, die ja dem Gefangenen nur Vorteile bringen sollen, so dass die Gefahr einer ungesetzlichen Beschränkung von Rechten des Gefangenen nicht gegeben ist, und im Hinblick darauf, dass die Belohnungen in den meisten Fällen nicht für einzelne Handlungen, - denkbar ist dies selbstverständlich auch, z.B. für Rettungshandlungen oder andere Handlungen, die eine überaus anständige Gesinnung bezeugen -, sondern fast immer nur für gute Führung und beispielhaftes Benehmen innerhalb eines längeren Zeitabschnitts ausgesprochen werden, erscheint jede andere Regelung als die der Generalklausel unangebracht und umständlich. Die weiteste Fassung einer solchen Klausel dürfte in diesem Falle auch die beste sein. Besonders glücklich und geeignet dürfte die Formulierung der italienischen Vollzugsordnung sein, die in Art. 148 Abs. 2 diejenigen Gefangenen belohnen will, "die dessen würdig sind". Dem verantwortungsbewussten Inhaber der Disziplinargewalt ist damit zwar eine geradezu unbeschränkte Freiheit in der Gewährung von Belohnungen, jedoch auch die Grundlage für einen sinnvollen Einsatz des Belohnungssystems im Erziehungsstrafvollzug in die Hand gegeben.

3. Die Anwendung von Zwangsmitteln.

Auch bei den Zwangsmitteln ist das Bestreben vorherrschend, die Voraussetzungen ihrer Anwendung in einer allgemeinen Formel festzustellen. Die einzelnen Ordnungen begnügen sich jedoch nicht mit der blossen Klausel der Notwendigkeit oder Sicherheit, sondern es werden ein Tatbestand oder auch mehrere besonders hervorgehoben. Diese Aufzählung der Beispiele ist ganz unterschiedlich. Während das schwedische Vollzugsgesetz lediglich die Unterdrückung von Gewaltakten hervorhebt, gibt die Türkei Gefährlichkeit, Sicherheit der anderen Gefangenen, Selbstmord- oder Fluchtversuch und Vorbereitungen dazu als Beispiele an. Die englischen Prison Rules nennen neben Gewalttätigkeiten, Toben und Widersätzlichkeit noch die Verursachung eines Aufruhrs.

Wegen der oft nicht unerheblichen körperlichen Beeinträchtigung, welche die Gefangenen bei der Anwendung

von Zwangsmitteln erdulden müssen, ist eine weite Generalklausel für ihre Anwendung abzulehnen, weniger, weil ein Missbrauch dieser Massnahmen zu befürchten wäre, sondern um den Gefangenen nicht einer für ihn unbestimmbaren Anwendung der Massnahmen gegenüberzustellen. In dem Gutwilligen soll das Gefühl der Verlorenheit und des Ausgeliefertseins an die Gnade oder Ungnade der Vollzugsbeamten nicht noch erhöht werden, der Böswillige, der Flucht, Gewalttätigkeiten oder Simulation beabsichtigt, soll dagegen sehen, dass für diese Fälle Bändigungs-mittel vorgesehen sind.

Geeignet für die Formulierung der Voraussetzungen zur Anwendung von Zwangsmitteln erscheint deshalb eine Generalklausel, die auf die unbedingte Notwendigkeit abstellt und beispielhaft die wichtigsten Tatbestandsgruppen wie Schutz der Beamten und Gefangenen vor Gewalttätigkeiten, die Sicherheit der Anstalt und die Verhinderung von erheblichen Sachschäden besonders heraushebt. Für die einzelnen Massnahmen ist dann gesondert anzugeben, wann sie anzuwenden sind. Die Ausführlichkeit der Vollzugsordnungen der deutschen Länder ist hier den zum Teil sehr weiten und deshalb unsicheren Formulierungen des Auslandes vorzuziehen. Rein bezugnehmende Anordnungen jedoch, wie z.B. § 178 Abs. 5 der Vollzugsordnung von Hamburg, in der es heisst, dass die Vorschriften über die Fesselung bei Vorführungen, Ausführungen und Überführungen unberührt bleiben, sind ungeeignet für ein Vollzugsgesetz und abzulehnen, wenn sie nicht gleichzeitig positiv die Zulässigkeit dieser Massnahmen bei den genannten Anlässen regeln.

4. Die Verhängung von Disziplinarstrafen.

a) Auf Grund einer Generalklausel.

Die unterschiedlichsten Regelungen sind für die Voraussetzung der Verhängung von Disziplinarstrafen anzutreffen. In den Vollzugsordnungen der deutschen Länder sowie in der überwiegenden Zahl der ausländischen Regelungen sagt eine sinngemäss übereinstimmende Generalklausel, dass gegen den Gefangenen, der gegen die Anstaltsordnung verstösst oder seine Pflichten vernach-

lässt, eine Disziplinarstrafe verhängt werden kann. Teilweise wird auch darauf abgestellt, dass die Verfehlung schuldhaft begangen ist.

Mitunter werden die Tatbestände in grosse Gruppen aufgegliedert. Die Vollzugsordnung von Berlin nennt beispielsweise in § 89 "Verstösse gegen die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften, gegen die Vollzugsordnung, die Hausordnung, die sonstigen Anordnungen und gegen Sitte und Anstand." Das schwedische Vollzugsgesetz sagt in § 75, dass einem Gefangenen, der gegen die anbefohlene Ordnung verstösst oder sonst ein tadelnswertes Benehmen zeigt, vom Vorsteher geeignete Vorhaltungen zu machen sind, und er zu bestrafen ist, wenn er sich davon nicht beeinflussen lässt oder die Verfehlung ernsterer Art ist. Norwegen führt Ungehorsam, schlechtes Benehmen und Verstösse gegen die Gefängnisordnung an. Jugoslawien nennt Verletzungen der Hausordnung, der Arbeitsdisziplin und des Anstandes gegenüber Beamten oder Strafgefangenen. Auch Russland nennt Verstösse gegen die Anstaltsordnung und die Arbeitsdisziplin.

b) Auf Grund von einzelnen Tatbeständen.

Ganz anders dagegen ist die Regelung in England, Italien, Spanien, Kanada, USA, China, Indien und Pakistan. Nach rechtsstaatlichen Grundsätzen sind alle Tatbestände festgelegt, die als eine strafbare Verfehlung anzusehen sind. Die englischen Prison Rules zählen 19 solcher Einzel- oder Sammeltatbestände auf. Die kanadische Vollzugsordnung 28, Indien und Pakistan 16, während es in den USA zum Teil sogar über 70 sind. Aber auch hier kommt man in Durchbrechung des rechtsstaatlichen Gedankens, der Festlegung aller einzelnen Verstösse, nicht ohne eine Generalklausel aus, die den Tatbeständen noch hinzugefügt wird, um alle diejenigen bestrafen zu können, die "in anderer Weise gegen die Ordnung und Disziplin verstossen." Sind in England, Kanada, USA, China, Indien und Pakistan lediglich die Tatbestände genannt, die eine strafbare Verfehlung des Gefangenen darstellen, so geht Spanien noch weiter und teilt die Tatbestände in leichte, schwere und sehr schwere Verstösse ein. Die Höhe der Strafen bleibt

jedoch der Entscheidung des Strafbefugten überlassen.

Wesentlich weiter jedoch geht die italienische Vollzugsordnung, die gewissermassen ein Hausstrafgesetzbuch aufstellt. 54 Tatbestände sind in 6 Gruppen eingeteilt, für die jeweils nur eine bestimmte Strafe verhängt werden kann. Dazu kommen noch die Vergehen gegen Gerichtsbehörden, welche von diesen selbst bestraft werden können, und natürlich auch die unvermeidliche Generalklausel, nach der nicht ausdrücklich vorgesehene Verfehlungen unter Berücksichtigung der Bestimmungen, also entsprechend ihrer Schwere, zu bestrafen sind. Der Inhaber der Disziplinargewalt kann bei einer solchen Regelung nur die in Betracht kommenden Handlungen unter den Tatbestand subsumieren, und dann die dafür vorgesehene Strafe auswerfen, wobei ihm hinsichtlich des Strafmasses eine gewisse Freiheit bleibt. In der Verbindung mit den anderen Bestimmungen stellt die italienische Regelung sozusagen ein Strafgesetzbuch für Gefangene auf.

c) Die Nachteile einer Aufzählung von Tatbeständen.

Die in den genannten Ländern vorgenommene Kodifikation der Disziplinarvergehen ist zwar recht umfangreich und erfasst eigentlich alle Vergehen, die für Gefangene in Betracht kommen, aber sie ist jedoch ebenfalls keine Lösung, die Fehlerquellen oder Ungleichmässigkeiten bei der Verhängung von Disziplinarstrafen ausschalten kann. Einmal sind die Tatbestände notwendigerweise sehr weit gefasst, um auch wirklich alle Vergehen einzubeziehen und die Liste nicht endlos werden zu lassen, zum anderen bleiben noch immer viele Begriffe übrig, deren Auslegung letzten Endes doch dem Strafenden überlassen wird. Was unter Unfug, unanständigen Gebärden, unverschämter Sprache, Versuch usw. zu verstehen ist, kann von dem Einzelnen sehr verschieden ausgelegt werden. Ungleichmässige Bestrafungen sind also mit einem Katalog der Verstösse nicht vermieden. Aus dem gleichen Grunde kann die Aufzählung der Tatbestände auch keine Hilfe oder Richtlinie für den Inhaber der Strafbefugnis darstellen. Eine gewisse Berechtigung hat die Aufzählung lediglich im Hinblick auf die Gefangenen, die hier noch einmal

alles das aneinander gereiht sehen, was sie nicht tun dürfen. Aber auf sie kann das nicht nur einen positiven, sondern auch einen negativen Eindruck haben.

Wenn auch eine blosser Aufzählung von Tatbeständen eine schematische Bestrafung noch nicht befürchten lässt, so besteht schliesslich doch die grosse Gefahr, dass der Strafende, nur um richtig zu subsumieren, sich allzu sehr an den Buchstaben und das äussere Geschehen hält, und die für eine sinnvolle Anwendung der Disziplinarstrafen im Erziehungsstrafvollzug so wichtige Beurteilung der Beweggründe und Gesinnung, die der Verfehlung zu Grunde liegen,⁴⁾ viel zu kurz kommt. Die rechtsstaatlichen Gedanken, die zu diesen ausländischen Regelungen führten, müssen zwar gewürdigt werden, doch ist dieses System zu unvollkommen⁵⁾ und bringt so viele Nachteile mit sich, dass es nicht nachahmenswert ist.⁶⁾

Noch entschiedener ist eine strafgesetzbuchmässige Ausgestaltung, wie sie die italienische Vollzugsordnung enthält, abzulehnen. Die Zuweisung bestimmter Disziplinarfolgen an festgelegte Tatbestände liesse das subjektive Moment des Täters gegenüber dem konkreten Tatbestand auf jeden Fall zurücktreten und würde einer schematischen Bestrafung, die leider in grösseren Anstalten nicht völlig ausgeschaltet ist, grossen Vorschub leisten. Sie wäre bald nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Ein schematisches Vorgehen bei der Verhängung von Disziplinarmassnahmen ist jedoch der schlimmste Fehler, der im Disziplinarrecht der Vollzugsanstalten begangen werden kann.⁷⁾ Eine individuelle Bestrafung der Übeltäter wäre in einem derartigen System sehr erschwert, ja überhaupt schlecht möglich. Dass aber der Inhaber der Disziplinargewalt in

4) Vgl. dazu Starke, aaO., S. 173, der den konkreten Tatbestand für viel unwichtiger hält als Beweggründe und Gesinnung. Salomon, aaO., S. 10, hält den konkreten Tatbestand gegenüber dem Motiv geradezu für bedeutungslos.

5) Ein zufriedenstellender Ausbau würde über den Rahmen eines Vollzugsgesetzes hinausgehen, seinen organischen Aufbau zerstören und es zu unübersichtlich machen.

6) Auch Kriegsmann, aaO., S. 170, spricht sich gegen Aufstellung von Tatbeständen aus.

7) Vgl. Krohne, aaO., S. 361.

der Verhängung von Disziplinarstrafen eine gewisse Freiheit haben muss und in ihrer Handhabung nur von den allgemeinen Rechtsnormen des Vollzugs und der Gerechtigkeit beschränkt und nur vom Erziehungsgedanken geleitet sein darf, um ihnen zur grösstmöglichen Wirkung und zum erhofften Erfolg zu verhelfen, ist in Deutschland wohl allgemein anerkannt.⁸⁾

d) Vorschlag für eine künftige Regelung.

Eine Bestimmung, welche die Voraussetzung für disziplinarische Bestrafungen festlegt, wird also nicht einzelne Tatbestände aufzählen und ihnen gar noch bestimmte Folgen zuweisen, sondern zweckmässig wird dazu eine Generalklausel verwandt werden, wie dies bisher in den Vollzugsordnungen der deutschen Länder und den entsprechenden Bestimmungen des überwiegenden Teiles der ausländischen Regelungen der Fall ist.

Da eine Disziplinarstrafe nur verhängt werden darf, wenn die Verfehlung dem Gefangenen zur Last gelegt werden kann, also sein Verschulden festgestellt ist,⁹⁾ müsste in der Bestimmung zum Ausdruck kommen, dass nur schuldhaftige Verfehlungen bestraft werden. In vielen ausländischen Regelungen fehlt jedoch ein derartiger Hinweis. Auf seine Unentbehrlichkeit weist auch Starke¹⁰⁾ hin.

Um nicht etwa einen Strafwang festzustellen, ist die Bestimmung als Kann-Bestimmung zu formulieren, wie dies fast alle ausländischen Regelungen tun. Der den deutschen Vollzugsordnungen hinzugefügte Absatz, dass bei leichten Verstössen sich der Anstaltsleiter mit einer Verwarnung begnügen kann¹¹⁾, wäre dann überflüssig. Besser erscheint auf jeden Fall eine dem schwedischen Gesetz ähnliche Formulierung, dass erst bei Fruchtlosig-

8) Die Fragen, wem die Strafbefugnis zustehen und welche Strafen zulässig sein sollen, werden davon nicht berührt.

9) Kriegsmann, aaO., S. 173; Starke, aaO., S. 173.

10) aaO.

11) Z.B. § 181 Abs. 2 von Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein. § 179 Abs. 2 von Bayern: Ermahnung oder Verwarnung.

keit geeigneter Vorhaltungen oder ernsteren Verfehlungen bestraft werden kann.¹²⁾

5. Disziplinarverstösse auf Transporten und in anderen Anstalten.

Weiter gehört in diesem Zusammenhang die zulässige Bestrafung von Verfehlungen in anderen Anstalten oder auf Transporten. Disziplinarübertretungen auf dem Transport werden am besten in der Anstalt bestraft, in die der Gefangene eingeliefert wird. Es wäre unzweckmässig, dafür eine besondere Zuständigkeit zu begründen. Will die Behörde, welche die Überführung anordnete, selbst eingreifen, dann kann sie es als übergeordnete Behörde direkt oder indirekt sowieso.

Bei Vergehen, die in einer anderen Anstalt verübt wurden, ist es für den Vollzug der Disziplinarstrafe besser, wenn sie vom neuen Anstaltsleiter verhängt wird, obgleich der frühere Strafbefugte den Gefangenen besser kennen wird. Es werden damit auch die Bedenken gegen eine Strafbefugnis gegenüber einem aus dem engeren Disziplinarverhältnis Ausgeschiedenen gegenstandslos.

Eine Festlegung der Hausstrafgewalt dürfte auch insoweit angebracht sein, dass sie sich nur auf die laufende Haft und die unmittelbar vorausgegangene erstreckt.¹³⁾

12) Für die Voraussetzungen zur Anwendung von Hausstrafen erscheint folgende Formulierung, in leichter Abwandlung des § 149 Abs. 1 der Vollzugsordnung von Baden-Württemberg und Bremen geeignet: "Verstösst ein Gefangener schuldhaft gegen die ihm durch das Strafvollzugsgesetz oder die Hausordnung auferlegten Pflichten, so kann gegen ihn eine Hausstrafe verhängt werden, wenn eine Ermahnung oder andere Vorhaltungen erfolglos oder nicht angebracht sind."

13) Geeignet für die Formulierung dieses Problems, sowie der Strafbefugnis bei Verstössen auf Transporten usw. dürfte § 184 Abs. 1 der VollzO von Hamburg usw. sein: "Die Hausstrafgewalt erstreckt sich auf Verfehlungen, die der Gefangene während der laufenden Strafhaft oder einer dieser unmittelbar vorausgegangenen Strafhaft, Untersuchungshaft oder anderen behördlichen Verwahrung auch in einer anderen Vollzugsanstalt oder bei einer Überführung begangen hat."

Dabei ist vor allem an die Fälle zu denken, in denen der Gefangene sich am Entlassungstag schlecht benimmt, weil ihm nun disziplinarisch nichts mehr passieren kann, und er nach einigen Wochen auf Grund eines neuen Urteils in die Anstalt eingeliefert wird. Der neue Vollzug ist keine Fortsetzung des alten Gewaltverhältnisses, sondern ist so anzusehen, als ob das Disziplinarverhältnis völlig neu begründet wurde. Eine Bestrafung wegen eines Disziplinarvergehens der früheren Zeit ist deshalb rechtlich nicht vertretbar. Auch eine sogenannte disziplinarische Rückfälligkeit kann aus der früheren Zeit heraus nicht begründet werden. Dass natürlich bei der Strafzumessung einer neuen Hausstrafe oder bei der Gewährung von Vergünstigungen die früheren Akten und die Kenntnis von der Persönlichkeit mit beachtet werden, ist eine völlig andere Sache. Manchem Vollzugsbeamten mag dies vielleicht unbefriedigend erscheinen, das eigentliche Problem dieser Frage liegt jedoch bei der Möglichkeit der Vollstreckung von Disziplinarmaßnahmen über die im richterlichen Urteil ausgesprochene Zeit hinaus, bzw. einer Verlängerung der Strafzeit als Disziplinarstrafe. Zulässig darf die disziplinarische Bestrafung eines Vergehens aus einer vorausgegangenen Strafhaft nur sein, wenn der Vollzug auf Grund eines neuen Urteils sich unmittelbar anschliesst, der Gefangene also nicht in die Freiheit, sei es auch nur für Stunden, entlassen wird.

6. Disziplinarstrafen neben einer gerichtlichen Bestrafung.

Auch die Frage der Zulässigkeit von Hausstrafen für Straftaten anstelle oder neben einer gerichtlichen Bestrafung bedarf einer Regelung.¹⁴⁾ Denn für Disziplinarstrafen gilt nicht das Legalitätsprinzip.¹⁵⁾ Die ausländischen Regelungen sind in dieser Hinsicht nur sehr unvollkommen. Auch wo es nicht positiv bestimmt ist, dürften Disziplinarvergehen, die gleichzeitig Straftaten sind,

14) Sehr klar auch hier § 149 Abs. 3 der VZO von Baden-Württemberg. "Auch wenn wegen der Verfehlung ein gerichtliches Strafverfahren eingeleitet wird, ist eine Hausstrafe zulässig. Der Anstaltsvorstand braucht ein während der Strafverbüßung begangenes Vergehen oder eine Übertretung nicht anzuzeigen, wenn nach seinem pflichtmässigen Ermessen eine Hausstrafe genügt."

15) Mittermaier, aaO., S. 119.

überwiegend von der Disziplinargerichtsbarkeit erledigt werden. Die deutschen Vollzugsordnungen stellen die Entscheidung darüber, ob eine disziplinarische Bestrafung genügt oder ein Strafverfahren einzuleiten ist, in das pflichtmässige Ermessen des Anstaltsleiters. Konsequenter wäre es, diese Entscheidung in das Ermessen des jeweils Strafbefugten zu stellen. Der deutsche Vollzug hat sich damit gegen die von Krohne¹⁶⁾ vertretene Auffassung entschieden, dass bei allen Disziplinarvergehen, die gleichzeitig unter das StGB fallen, Anzeige an die Staatsanwaltschaft zu erstatten sei. Deren Entscheidung, ob Anklage zu erheben sei, oder das richterliche Urteil sollten abgewartet und der Gefangene solange in Sicherungsarrest genommen werden. Bei der Verhängung einer richterlichen Strafe sollte die Grundlage für eine disziplinarische Bestrafung nach dem Grundsatz "ne bis in idem" wegfallen.

Einem solchen Verfahren stehen jedoch schwerwiegende Gründe entgegen. Das Disziplinarrecht erfordert zur grösseren Wirksamkeit auf den Übeltäter und die anderen Gefangenen eine rasche Bestrafung. Strafen, die Wochen nach der Tat verhängt würden, verfehlen ihre Wirkung und werden darüber hinaus als ungerecht empfunden werden, weil die Selbstentschuldigungsgedanken des Gefangenen sich mit dem zunehmenden Zeitabstand vom Vergehen vermehren. Auch wirkt die lange Verwahrung im Sicherungsarrest ebenfalls strafend, und der Gefangene wird eine dann später folgende Strafe auf jeden Fall als ungerechte Doppelbestrafung empfinden. Die Berücksichtigung der Grundgedanken der §§ 153 und 154 StPO in Verbindung mit den besonderen Verhältnissen in den Vollzugsanstalten verlangt geradezu die Aburteilung solcher Fälle im Rahmen der Disziplinargerichtsbarkeit.¹⁷⁾ Nur die schwersten Delikte, bei denen tatsächlich mit erheblichen Strafen zu rechnen ist, sollten ausserhalb der Disziplinarstrafgewalt im richterlichen Strafverfahren abgeurteilt werden. In Betracht kommen werden hauptsächlich gefährliche und schwere Körperverletzungen, Meuterei, schwere Sachbeschädigungen,

¹⁶⁾ aaO., S. 362.

¹⁷⁾ Dafür auch Starke, aaO., S. 174, der auch die Begründung einer allgemeinen Anzeigepflicht für den Anstaltsleiter ablehnt.

Sittlichkeitsdelikte, Erpressung und ähnliches. In diesen Fällen erscheint auch eine längere Verwahrung im Sicherungsarrest angebracht und gerechtfertigt. Interessant ist in diesem Zusammenhang die finnische Regelung. Danach können alle Straftaten, die durch Geldstrafe geahndet werden können, im Rahmen der Disziplinalgewalt erledigt werden.

Die rasche Verhängung einer Disziplinarstrafe kann nicht befürwortet werden, wenn das Vergehen vom Richter abgeurteilt werden soll. Eine Doppelbestrafung soll vermieden werden, denn der normale Gefangene oder überhaupt der normale Bürger erkennt einen Unterschied zwischen Disziplinar- und Kriminalstrafen nur an dem unterschiedlichen Verfahren. Beides sind für ihn jedoch reguläre Strafen, er empfindet die Disziplinarstrafe nicht nur als Erziehungsmittel und Massnahme innerhalb eines besonderen Gewaltverhältnisses. Bewusst ist er sich jedoch des Grundsatzes "ne bis in idem", der ursprüngliches Rechtsempfinden verkörpert. Jedes Nebeneinander von Disziplinar- und Kriminalstrafe wird deshalb als Doppelbestrafung und grobes Unrecht empfunden werden,¹⁸⁾ zumal die Disziplinarstrafe sicherlich in der härtesten Bestrafung, nämlich Arrest längstmöglicher Dauer, Entzug aller Vergünstigungen, Rückstufung usw. bestehen würde. Die Schwierigkeiten, die einer gesetzlichen Normierung dieser Gedanken, besonders im Hinblick auf die Entscheidungen des Anstaltsleiters bzw. Strafbefugten, entgegenstehen, werden nicht verkannt, doch erscheint es angebracht, das Problem im vorgeschlagenen Sinne gesetzlich zu regeln, sei es auch nur durch Aufstellung eines leitenden Grundsatzes für den Inhaber der Disziplinarstrafbefugnis.¹⁹⁾

18) So auch Wirth, aaO., S. 268.

19) Denkbar wäre folgende Formulierung: "Ist das Vergehen jedoch so schwer, dass Disziplinarstrafen dafür nicht ausreichend erscheinen, und ist eine erhebliche richterliche Strafe zu erwarten, so ist Anzeige zu erstatten. Der Gefangene kann bis zu einer richterlichen Entscheidung oder Anordnung in Sicherungsarrest verwahrt werden."

Für die geringfügigen Vergehen sollte die disziplinarische Bestrafung die kriminelle ersetzen, wie dies z.B. auch im Wehrstrafrecht der Fall ist. Eine gesetzliche Regelung dürfte auch Mittermaiers Bedenken²⁰⁾ hinsichtlich der Vereinbarkeit solcher Bestimmungen mit Art. 2 GG ausräumen. Der Disziplinarstrafberechtigte, der in diesen Fällen gewissermassen an Stelle des Gerichts entscheidet, hat besonders sorgfältig zu prüfen, ob die objektiven und subjektiven Merkmale des Tatbestandes der strafbaren Handlung gegeben sind.²¹⁾ Wäre danach der Ausspruch einer Kriminalstrafe ausgeschlossen, so kann trotzdem eine Disziplinarstrafe verhängt werden, wenn die Handlung noch eine schuldhaft Verletzung der Hausordnung darstellt.²²⁾

Die Bestrafung einer Ungebühr vor Gericht ist in Italien so geregelt, dass das Gericht unmittelbar Disziplinarstrafen verhängen kann.²³⁾ Die deutsche Regelung, nach der in solchen Fällen eine Hausstrafe nur auf Antrag des Gerichts verhängt werden darf, erscheint besser. Sie überlässt einerseits dem Gericht zu entscheiden, wann eine Ungebührlichkeit vorliegt und garantiert andererseits eine wirksame Strafe, indem sie das letzte Wort dem Inhaber der Disziplinarstrafgewalt überlässt, der in den meisten Fällen den Gefangenen besser kennt und deshalb die Wirkung der Hausstrafe auf den Gefangenen besser beurteilen kann.²⁴⁾

III. Belohnungen als Disziplinarmittel.

1. Grundsätzlicher Einsatz im Disziplinarsystem.

Im neueren Völlzug gibt es in allen Ländern Belohnungen oder Vergünstigungen für die Gefangenen, die eine gute Führung beweisen oder bei denen es sonst ange-

20) aaO., S. 119.

21) Starke, aaO., S. 175.

22) Anderer Ansicht Starke, der in einem solchen Falle auch die Verhängung einer Hausstrafe ausschliessen will. Mit Starke ist jedoch die sorgfältigste Feststellung der Schuld und der Zurechenbarkeit zu fordern.

23) Art. 160 der VzO.

24) Ein Richter könnte u.U. eine völlig unwirksame Strafe aussprechen, z.B. Entzug der Tabakwaren für einen Nichtraucher.

bracht erscheint, den Vollzug zu mildern und die bedrückende Gefangenschaft erträglicher zu gestalten. In unmittelbarem Zusammenhang mit dem System des Disziplinarrechts steht die Erteilung solcher Vorteile nur in Italien, Spanien, Cuba und China. In gewissem Zusammenhang auch noch in Russland. Die meisten Vollzugsnormen sehen eigentümlicherweise von einer Regelung der Belohnungen innerhalb der Disziplinarmaßnahmen ab, obgleich ihre Bedeutung für die Disziplin nicht verkannt wird.²⁵⁾ In der italienischen Vollzugsordnung kommt klar der Gedanke zum Ausdruck, dass die Disziplin in der Anstalt durch Hausstrafen und Belohnungen auf einem guten Stand gehalten werden kann. Es heisst in Art. 148 Abs. 2: "Um die Gefangenen zu belohnen, die dessen würdig sind, und um diejenigen zu bessern, welche sich schlecht führen, werden Belohnungen gewährt und Hausstrafen auferlegt." Die Belohnungen und Vergünstigungen werden hier also nicht nur im grossen Rahmen der Erziehung durch den Strafvollzug eingesetzt, sondern auch als Mittel zur Besserung der Disziplin.

Die Belohnung als Disziplinarmaßnahme ist von den Vergünstigungen, die im Stufenstrafvollzug gewährt werden, zu unterscheiden. Ihre Gewährung ist unabhängig von der Stufe oder dem Grad, denen der Gefangene angehört, und die gewährte Vergünstigung geht immer über die allgemeinen hinaus. Krohne²⁶⁾ sagt zwar, dass ein Gefangener für seine ordnungsmässige Führung keine Belohnung verdient habe, dagegen sollten die hausordnungsmässigen Vergünstigungen, die jedem Gefangenen zuteil werden, bei schlechter Führung entzogen werden. Er befürwortet also den Einsatz von Erleichterungen der Gefangenschaft nur in strafender Weise, denn der Entzug solcher Vergünstigungen wird als eine Strafe empfunden und soll auch eine sein. Es ist dabei folgendes zu berücksichtigen: Vergünstigungen, die ursprünglich als Belohnung für eine sehr gute Führung gedacht waren, kommen heute allen Gefangenen zugute, wenn

25) Schon Wächter, Zuchthäuser, S. 143, stellte 1786 fest, dass Belohnungen u.U. eher zu einer guten Ordnung führen würden als härteste Strafen.

26) aaO., S. 353 Anm. 1.

sie nicht gerade die Ordnung übertreten und daraufhin mit dem Entzug der Vergünstigungen bestraft werden. Der eigentliche Charakter der Belohnung ist also verloren gegangen. Die Gefangenen halten es mehr oder weniger für ihr Recht, Vergünstigungen zu erhalten, welches ihnen nur bei Verfehlungen zur Strafe entzogen werden darf. Der Gefangene braucht also nur zu fürchten, dass ihm die Vorteile entzogen werden. Die Hoffnung, dass sie ihm evtl. gewährt werden, wird sein Betragen nicht beeinflussen. Hoffnung bedeutet aber einen stärkeren Faktor für den Menschen als die Furcht.²⁷⁾ Deshalb sollte auch ein moderner Strafvollzug auf den Einsatz von Belohnungen, die sich der Gefangene erhofft, im Disziplinarsystem zur Hebung der Anstaltsdisziplin nicht verzichten.

Krohne ist insoweit Recht zu geben, dass nicht schon die blosse ordnungsmässige Führung zur Erteilung von Belohnungen führen darf, sondern dass mehr dazu gehören muss. Die ganze Persönlichkeit des Gefangenen und sein Wesen müssen dabei berücksichtigt werden, damit nicht "alte Kunden", die eine gewisse Routine als Anstaltsinsassen besitzen und deshalb nie schlecht auffallen, die Belohnungen sich erschleichen können. Vor allem muss es aber das Anliegen des Anstaltsleiters sein, die Belohnungen sparsam zu verteilen, weil sonst die Gefahr besteht, dass der eigentliche Charakter der Belohnung als Disziplinarmittel verwässert und schliesslich ganz verwischt wird.²⁸⁾ Sinn der Belohnungen soll es bleiben, dass der Gefangene durch die Hoffnung, sie zu erlangen, zu einer besseren Führung bewegt wird. Die Aussicht auf eine Belohnung wird auch den guten Willen des Gefangenen eher wecken, als eine Bestrafung, die ihn nur verhärten wird. Strafen können einer Einordnung in die Anstaltsdisziplin wohl erzwingen und den Widerstand des Gefangenen unterdrücken, Belohnungen jedoch sollen dem meist verständlichen Widerstreben die innere Grundlage nehmen und es auflösen,

27) Wines, zit. bei Liepmann, MonKrimPsych. 1926, S. 64.

28) Die sicherlich weiter fortschreitende Humanisierung im Strafvollzug wird vielleicht schon nach einiger Zeit die Belohnungen von heute als Normalzustand empfinden lassen, aber dann wird es eben andere Belohnungen geben.

um an seine Stelle eine gewisse Bereitwilligkeit des Gefangenen treten zu lassen, welche die Voraussetzung für den Erfolg der Erziehung ist.

2. Die einzelnen Belohnungen.

Als Belohnungen kämen im einzelnen in Betracht:

1. Das Lob, das vom Direktor persönlich auszusprechen ist.
2. Die Erlaubnis, häufiger zu schreiben oder öfter Pakete und Briefe zu empfangen.
3. Die Erlaubnis, die Zelle durch Bilder usw. auszuschnücken oder mit gewissen Bequemlichkeiten zu versehen.
4. Heranziehung zu Arbeiten, die ein grösseres Mass an Vertrauen voraussetzen.
5. Die Erlaubnis, häufiger Besuche zu empfangen oder sie in einem besonderen Raum zu empfangen.
6. Urlaub.
7. Erhöhung des Arbeitsverdienstes und des verfügbaren Geldes.
8. Die Erlaubnis, sich bei verkürzter Arbeitszeit beruflich fortzubilden.
9. Vorschlag zur bedingten Entlassung.

Die Aufzählung soll nur beispielhaft die Ansatzpunkte zeigen. Die Belohnungen sollten genau so wie die Strafen in den Personalakten des Gefangenen vermerkt werden.

Das Lob ist keine Belohnung im eigentlichen Sinne, sondern mehr eine Ermunterung für den Gefangenen, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen. Es ist die zunächst einmal erfolgende Inaussichtstellung von Belohnungen.

Bei der Erlaubnis zur Vergrößerung der Korrespondenz dürfte natürlich auch keine unbegrenzte Erhöhung zulässig sein, sondern höchstens eine Verdoppelung. Ganz bedeutend könnte sich die Zulassung des Empfanges von Paketen auswirken, wenngleich man dabei den belohnten Gefangenen der Gefahr des Tausch- oder Zellenhandels aussetzt.

Zur freundlicheren Ausgestaltung der Zelle ist an Bilder, Kissen, Tischdecken, Pflanzen, bequemere Stühle, Kopfhörer usw. zu denken.

Die Zuteilung sauberer und anregender Arbeit sollte ebenfalls in das Belohnungssystem eingebaut werden. Man könnte die Gefangenen auch zu den Büroarbeiten heranziehen, wie es z.B. in Schweden getan wird.

Die Erhöhung der Besuche der Familie dürfte für viele Gefangene ein grosser Anreiz sein. Man sollte dabei endlich auch die Methode des überwachten Messenbesuches aufgeben und den belohnten Gefangenen die Möglichkeit geben, mit ihren nächsten Angehörigen allein zu bleiben. Die Gefahr des Schmuggels ist bei eindringlicher Ermahnung der Beteiligten nicht so gross. Ob man dabei soweit gehen soll, Ehegatten den ehelichen Verkehr zu ermöglichen, mag fraglich sein. Man sollte jedoch das Problem nicht scheuen.²⁹⁾

Besser erscheint es jedoch, dem Gefangenen einen Wochenendbesuch zur Familie zu gewähren. Mit der Erteilung von Urlaub bietet sich dem Vollzug eine grosse Möglichkeit, den Gefangenen ohne Druck in die Erziehungsmethoden einzuordnen. Die Hoffnung auf einen regelmässigen Urlaub wird das Verhalten des Gefangenen mehr bessern können, als die schärfsten Hausstrafen.

Die Erhöhung des Arbeitsverdienstes soll den Gefangenen einen Anreiz bieten, für die Pakete, Besuche usw. nicht in Betracht kommen und ein evtl. Urlaub nicht angeraten ist. Sie werden sich davon einen gesteigerten Verbrauch von Zusatzlebensmitteln und Genussmitteln leisten können.

Die Möglichkeit, auch in der Anstalt etwas für seine Fortbildung zu tun, wird dem strebsamen Gefangenen über viele bittere Stunden hinweghelfen und von den Schwierigkeiten der Unterordnung unter die Anstaltsordnung ablenken. Da gleichzeitig damit für die Zeit nach seiner Freilassung gearbeitet wird, und sein Wiedereintritt in das normale Leben gefördert wird, sollte dieses ideale re-sozialisierende Erziehungsmittel weitgehend gefördert werden, und eine derartige Erlaubnis nicht von formalen Gesichtspunkten abhängig gemacht werden.

Der Vorschlag zur bedingten Entlassung soll als höchste Belohnung angesehen und danach in das Belohnungssystem

29) Nach Mittermaier, aaO., S. 116, hat sich eine derartige Einrichtung in Argentinien gut bewährt.

eingearbeitet werden. Es müsste sich dabei um eine aussergewöhnliche und nicht routinemässige Entlassung handeln, bei der die Initiative vom Anstaltsleiter ausgeht.

IV. Die Hausstrafen.

1. Notwendigkeit der Hausstrafen.

Der moderne Vollzug erstrebt zwar, die Ziele seiner Erziehungsarbeit möglichst ohne Zwang zu erreichen, jedoch ist die Ordnung in der Anstalt als subjektiver Faktor und Nerv der Strafvollstreckung³⁰⁾ nicht immer mit einem Belohnungssystem aufrechtzuerhalten. Bei einem nicht geringen Teil der Gefangenen ist eine Einordnung in die Anstaltsdisziplin nur mit Zwang zu erreichen. Die möglichen Zwangsmittel mit einschneidendster Wirkung sind die Hausstrafen, die dem Vollzug in vielfacher Abstufung zur Verfügung stehen müssen. Die leichteren sollen versuchen, den Willen des Gefangenen zu überwinden und positiv auf ihn einwirken.³¹⁾ Dem Erziehungswerk sind jedoch auch Grenzen gesetzt und eine erzieherische Einwirkung ist auf viele Gefangene nicht mehr möglich. In diesen Fällen sollen die schweren Strafen den Widerstand brechen und die Unterwerfung des Gefangenen unter die Anstaltsdisziplin erzwingen, damit nicht jede Erziehungsarbeit in der Anstalt überhaupt unmöglich gemacht wird. Der ausgeübte Zwang darf jedoch nicht beliebig, sondern muss genau festgelegt sein, um jede rechtsstaatswidrige Willkür auszuschalten. Die Schwere der Hausstrafen findet so, ausser durch die verfassungsmässigen Schranken, ihre Begrenzung in den jeweiligen Grundsätzen des Vollzugs und den sittlichen Anschauungen überhaupt. Auch den schweren Disziplinarstrafen muss deshalb der Erziehungsgedanke zu Grunde liegen. Sie dürfen den Vollzug der Kriminalstrafe nicht so verschärfen, dass dies als

30) v.Koblinsky, Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verw. und Volksw. XII S. 1311.

31) Der Wille des Gefangenen soll möglichst nicht gebrochen werden, weil damit die wertvollste Erziehungsgrundlage zerstört würde. Vgl. Starke, aaO., S. 170.

unerträgliche oder gar unmenschliche Härte angesehen würde. Sind jedoch der Erziehungsarbeit im Vollzug ganz allgemein schon Grenzen gesetzt, so gilt das in noch stärkerem Masse für den Erziehungswert der Hausstrafen. Ihr strafender Charakter und ihre präventive Wirkung auf die Gefangenen werden meist den Erziehungsgedanken überschatten, dürfen ihn aber nicht ausschalten. Die Hausstrafen sollen sich als notwendige Ergänzung der Erziehungsmittel in diese einordnen.

2. Die einzelnen Strafen.

Voraussetzung für eine erzieherische Wirkung der Hausstrafen ist eine grosse Zahl und eine grosse Verschiedenheit der zur Verfügung stehenden Mittel, um eine fast unbegrenzte Individualisierung bei ihrer Anwendung zu ermöglichen. Die Hausstrafen müssen also in ihrer zeitlichen Dauer und in ihrer Art von ausserordentlicher Vielfalt und Vielseitigkeit sein, damit der Strafende nicht nur ein Übel auferlegen, sondern auch noch erzieherisch auf den Gefangenen einwirken kann. Er muss einen sehr weiten Spielraum für Härte und Dauer der aufzuerlegenden Strafe haben. Auf der anderen Seite müssen die Strafen scharf umrissen und begrenzt sein, um Willkür auszuschliessen und eine unterschiedliche Anwendung in den einzelnen Anstalten auf ein erträgliches Mass zu beschränken.

Die Aufstellung einer Liste von zulässigen Hausstrafen geschieht am zweckmässigsten nach einem System, das mit der mildesten Strafe beginnt und in einer Steigerung der Übel die schärfste Strafe an das Ende stellt, weil auch die Überlegungen bei der Verhängung einer Hausstrafe von der leichteren zur schweren führen, um einmal nicht über das Ziel hinauszuschiessen und zum anderen Steigerungsmöglichkeiten zu behalten. In einer sich von Ziffer zu Ziffer steigenden Härte oder Schwere der Disziplinarstrafen kommt gleichsam das System der Anwendung zum Ausdruck. Alle Länder stellen auch die Liste der Hausstrafen in dieser Art auf. Nur Holland geht den umgekehrten Weg und beginnt mit der schärfsten Strafe. Dieses System könnte u.U. zu einer unnötigen Härte bei der Verhängung der Strafe führen.

Es erscheint nicht angebracht, bei der Einteilung der Hausstrafen nach einem anderen System vorzugehen. Eine Einteilung nach den verschiedenen Anstalten³²⁾ oder eine Unterscheidung zwischen solchen Strafen, die nur eine Vergünstigung entziehen, und solchen, die eine Verschärfung des Vollzuges bedeuten³³⁾, können als Grundlage einer modernen gesetzlichen Regelung nicht genügen. Auch eine Systematik der Disziplinarstrafen nach dem Rechtsgut, das sie schmälern³⁴⁾, ist nicht geeignet, weil sie die Liste umständlich lang und verwirrend gestalten würde.

In den vergleichenden Einzeluntersuchungen sind die Hausstrafen etwa nach ihrer Schwere und ihrem inneren Zusammenhang aufgezählt und betrachtet.

a) Der Verweis.

Der Verweis wird überall, ausgenommen in Schweden und Holland, als mildeste Hausstrafe angeführt. Verschiedentlich wird diese Strafe auch Verwarnung, z.B. in England und Jugoslawien, in Russland Rüge genannt. Belgien und die Schweiz kennen Verwarnung und Verweis ohne Unterschied. Spanien spricht vom mündlichen Tadel oder der Ermahnung. Nach dem deutschen Sprachgebrauch erscheint "Verweis" als die richtige Bezeichnung für diese Strafe. Allenfalls käme sinngemäss noch Rüge oder Tadel in Betracht, doch ist Verweis vorzuziehen, weil dieser Ausdruck im deutschen Disziplinarrecht ein fester Begriff geworden ist. Unter Verwarnung oder Ermahnung verstehen wir dagegen keine Strafe, sondern einen Verzicht auf Bestrafung bei gleichzeitiger Androhung einer Strafe. Dem Gefangenen werden zunächst einmal ernste Vorhaltungen gemacht.

³²⁾ Wie bei Hiller, aaO., S. 17 ff.

³³⁾ Nach Krohne, aaO., S. 353.

³⁴⁾ Bei Salomon, aaO., S. 19, wird diese Einteilung nur als Hilfsmittel einer Untersuchung über die rechtliche Zulässigkeit der Disziplinarmaßnahmen benutzt. Danach können sich die Strafen richten gegen: Die Ehre, das Vermögen, die Gesundheit, die Freiheit, die geistige Tätigkeit, das soziale Bedürfnis, den sinnlichen Genuss besserer Kost und das Wohlbefinden im Gebrauch eigener Sachen.

Dies ist natürlich in allen Ländern üblich. Darüber hinaus besteht jedoch die Notwendigkeit einer Strafe, die sonst keinerlei Übel für den Bestraften mit sich bringt, ausser dem Bewusstsein, bestraft worden zu sein. Der Verweis ist eine letzte Warnung mit Strafcharakter. Er ist so zu handhaben, dass er als Strafe in dem Bewusstsein der Gefangenen existiert und empfunden wird. In diesem Sinne wird der Verweis ~~dem~~ Gefangenen zweckmässigerweise gegenüber nicht "erteilt" oder "ausgesprochen", sondern der Gefangene wird mit einem "Verweis" bestraft, um den Strafcharakter zu betonen.

Russland hat für den Verweis praktisch 3 Abstufungen. Die Rüge, die Rüge mit Androhung strengerer Massnahmen und den vor anderen Gefangenen ausgesprochenen Tadel, der in das Personalheft eingetragen wird. Für eine derartige Abstufung besteht kein Bedürfnis. Die ersten beiden entsprechen etwa der Ermahnung und Verwarnung, die bei uns keine Strafen sind. Eine einzige Strafe mit nur moralischer Wirkung sollte genügen. Andererseits erscheint ihre Aufnahme in die Strafliste entgegen der in Schweden geübten Praxis jedoch auch geboten.

Der Verweis ist eine Strafe und deshalb nicht formlos zu verhängen, sondern im Disziplinarverfahren unter Beachtung aller Vorschriften. Auch hinsichtlich der anderen Formalitäten ist er genau wie jede andere Disziplinarstrafe zu behandeln.

So angewandt wird der Verweis als Disziplinarstrafe seine Wirkung auf noch verbesserliche Gefangene nicht verfehlen und als moralisches Mittel einigen Wert besitzen.

b) Beschränkung oder Entzug von Vergünstigungen oder Erleichterungen des Vollzuges.

aa) Vergleich und Allgemeines.

In fast allen Staaten ist der Entzug oder die Beschränkung von hausordnungsmässigen Vergünstigungen als Disziplinarstrafe vorgesehen. Nur Italien, Finnland, Norwegen und China erwähnen ihn nicht. Nicht überall jedoch ist klar gesagt, welche Vergünstigungen oder Erleichterungen darunter fallen und welche nicht beschränkt werden können. Eine vergleichsweise Nebeneinanderstellung

aller in Betracht kommender Bestimmungen erweckt den Eindruck einer Systemlosigkeit und einer ausserordentlichen Unsicherheit. Nur Jugoslawien hat eine ausschliessende Aufzählung getroffen. Zugelassen ist der Entzug von Korrespondenz, Besuch, Paketempfang und die Beschränkung des Verfügungsrechts über das Taschengeld. Mit Ausnahme der Briefsperré genauso Russland. Andere Länder nennen einige der Vergünstigungen, wie z.B. Korrespondenz, Besuche, Rauchen, Lektüre usw. neben allgemeinen Bestimmungen über den Verlust von Vergünstigungen. Teilweise ist auch überhaupt nur der Verlust von Vergünstigungen angedroht, z.B. in England, Indien und Pakistan. Einigermassen klar ist noch die spanische Regelung, die den Besuch, den Briefwechsel, die Zusatznahrungsmittel und das Taschengeld entzieht, aber daneben auch den Spaziergang und "andere Erholungsmittel".

Weder die blosser Nennung von Vergünstigungen oder die daneben erfolgende Aufzählung einiger solcher Vergünstigungen oder Erleichterungen als Beispiele können für eine deutsche Neuregelung empfohlen werden. Die Unsicherheit, welche Vergünstigungen und Erleichterungen des Vollzugs darunter fallen, wäre zu gross und eine derartige Bestimmung deshalb ungeeignet. Besser wäre die jugoslawische Regelung, die klar alle entziehbaren Vergünstigungen nennt. Sie ist jedoch für Deutschland nicht ohne Abänderung zu übernehmen, weil das Bedürfnis besteht, auch noch andere Vergünstigungen als die genannten zu entziehen.

Bei der Erfassung dieses Disziplinarstrafmittels ist zu unterscheiden zwischen Vergünstigungen und Erleichterungen, die der Anstaltsleiter bei guter Führung gewähren kann und solchen, die jedem Gefangenen zustehen, wie z.B. der tägliche Spaziergang, Korrespondenz, Besuche usw. Für die ersteren, ins Ermessen des Anstaltsleiters gestellten Vergünstigungen, ist eine allgemeine Klausel mit einer Bezugnahme auf den betreffenden Paragraphen, in dem diese aufgezählt sind, ausreichend, aber auch erforderlich.³⁵⁾ Eine zeitliche Beschränkung des Entzuges

35) Die entsprechende Ziffer könnte zweckmässig lauten: "Beschränkung oder Entzug der in § X vorgesehenen Vergünstigungen und Erleichterungen für eine bestimmte Zeit oder bis auf weiters."

braucht hier nicht vorgeschrieben zu werden, da ja auch die Gewährung ins Ermessen des Anstaltsleiters gestellt ist.

Alle anderen Vergünstigungen und Rechte jedoch, auf die der Gefangene nach dem Vollzugsgesetz ein gewisses Recht hat, müssten, wenn sie Gegenstand eines Strafmittels sein sollten, besonders aufgezählt werden. In Betracht kommen dafür besonders: der tägliche Spaziergang, Lese-stoff, Briefwechsel, Pakete, Besuch, Einkauf vom Taschen-geld und die Beleuchtung der Zelle nach Arbeitsschluss. Für den Entzug dieser Erleichterung ist auch eine Höchst-dauer vorzusehen. Am günstigsten dürfte dafür eine zeit-liche Höchstdauer von 3 Monaten sein. Im Ausland liegt der längst zulässige Entzug zwischen 4 Wochen und 3 Monaten. England, Schweden, Dänemark und zum Teil auch die Schweiz sehen keine zeitlichen Beschränkungen vor. Die drei-monatige Höchstdauer sollte jedoch nur bei schweren Ver-gehen verhängt werden.

bb) Die einzelnen Vergünstigungen.

Der Entzug von Besuchen oder Briefwechsel sollte nur zulässig sein, wenn die Übertretung im Zusammenhang mit Besuch oder Briefwechsel begangen würde, wie dies in der Vollzugsordnung der Niederlande vorgesehen ist. Denn auch die Angehörigen des Gefangenen haben ein Recht auf Besuche und Briefe und werden durch eine Beschränkung oft mehr getroffen als der Gefangene selbst. Bei dem meist günstigen Einfluss von Besuch und Briefen auf den Ge-fangenen ist anzustreben, dass diese Strafe auf wenige Fälle beschränkt bleibt. Auch ist eine Besuchssperre gegenüber einzelnen Personen als zulässig anzusehen.

Gegen den Entzug des Lesestoffes und der Beleuchtung der Zelle nach der Arbeitszeit bestehen keine Bedenken, ihre Wirkung wird mitunter jedoch nicht stark sein, des-halb sollte der Entzug der Beleuchtung nicht in die Liste der Hausstrafen aufgenommen werden. Diese Massnahme kann durch andere Strafmittel leicht ersetzt werden. Sie ist ohnehin auch im Ausland nirgends besonders erwähnt.

Die entsprechend angewandte Einkaufssperre gehört wohl mit zu den wirksamsten Strafen, besonders wenn sie sich auf die Tabakwaren erstreckt. Zur vollen Wirksamkeit

wird sie jedoch nur gelangen, wenn gleichzeitig die Verfügung über die entsprechende Summe Geldes entzogen und dieses auf die Rücklage überschrieben wird, denn sonst hat der Bestrafte nach Ablauf der Sperre Mittel zum Einkauf grösserer Mengen zur Verfügung. Er könnte sich also während der Sperre den Genuss der gesperrten Waren von seinen Mitgefangenen auf Kredit verschaffen. Diese Gefahr besteht bei Gemeinschaftshaft natürlich immer, Nur soll die Rückzahlungsmöglichkeit erschwert sein. In den ausländischen Regelungen wird deshalb oft nicht die Einkaufssperre, sondern nur die Verfügungsbeschränkung über das Taschengeld als Disziplinarstrafe genannt.

Der Entzug der Bewegung im Freien sollte nur zulässig sein, wenn der Gefangene wiederholt die Spaziergänge benutzt, um die Ordnung zu stören. Der tägliche Spaziergang ist vor allem für den Zellengefangenen eine unbedingte Notwendigkeit zur Erhaltung seiner Gesundheit. Als Strafe wird ein Entzug nicht besondere Wirkung haben, besonders während der kalten Jahreszeit und bei schlechtem Wetter. Dagegen kann er sich auf die Gesundheit des Gefangenen wesentlich auswirken. Eine Massnahme ist als Disziplinarstrafe sehr gut geeignet, wenn sie der Gefangene stark empfindet, sie aber seine Gesundheit nicht beeinträchtigt. Bei dem Entzug der Bewegung im Freien wird dieses Verhältnis oft umgekehrt sein. In vielen Ländern z.B. Cuba, Chile, Jugoslawien, Norwegen und Belgien ist deshalb auch ein Entzug der Bewegung als Disziplinarstrafe nicht vorgesehen.

Auch der Entzug des Bettlagers, das sogen. harte Lager, ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Die Auferlegung des harten Lagers als vom Arrest unabhängige Massnahme ist ausser in Deutschland nur noch in Norwegen bis zu 18 Tagen, in Kanada bis zu einem Monat und in der Tschechoslowakei höchstens dreimal in der Woche zulässig. In Verbindung mit Arrest kommt das harte Lager häufiger vor. Das harte Lager ist ohne Zweifel eine körperliche Strafe, denn es ist zwar ein grosser Unterschied, ob der Gefangene auf glattem Holz oder dreikantigen Latten schlafen muss, aber kein prinzipieller. Ob mit einem Stock geschlagen wird, oder ob das Holz durch das Gewicht

des Körpers drückt, ist zwar ein gradueller Unterschied, beides bedeutet aber die Zufügung eines körperlichen Schmerzes. Der Wert des harten Lagers als Disziplinarstrafe muss sehr angezweifelt werden. Für junge Männer wird es eine Kleinigkeit sein, einige Nächte auf einer Holzpritsche zu schlafen. Für ältere dagegen oder für Frauen kann es eine Strapaze und Quälerei sein, so dass es für sie als Leibesstrafe abzulehnen ist. Unter Berücksichtigung dieser Momente ist auch in der Praxis die Verhängung des harten Nachtlagers ganz erheblich zurückgegangen. Entweder wirkt ein Entzug des Bettlagers als körperliche Strafe oder aber er hat überhaupt kaum Wirkung, so dass die Arbeit des Aufsichtspersonals und der Aufwand in keinem Verhältnis dazu stehen. Diese Erwägungen sollten dazu führen, dass der Entzug des Bettes in einer Neuordnung des Disziplinarrechtes nicht berücksichtigt wird und als Hausstrafe fortfällt. Die praktische Anwendung dieser Strafe ist bereits so gering, dass man von einer Selbsterledigung sprechen kann.

c) Hausstrafen, die in einer Beschränkung der Ernährung bestehen.

Die Kostschmälerung war in früherer Zeit die am häufigsten angewandte Disziplinarstrafe.³⁶⁾ Sie kam überall dann zur Anwendung, wenn mit Verweis oder Entzug von Vergünstigungen nichts erreicht werden konnte. Vielfach wurde diese Strafe als eine der wirksamsten erklärt,³⁷⁾ besonders in ihrer Wirkung gegen Faulenzer und Arbeitsverweigerer.³⁸⁾ In ihrer Anwendung war sie jedoch nicht auf diese beschränkt. Seiner Bedeutung entsprechend war der Kostentzug oft in mehreren Abstufungen möglich und die einzelnen Stufen genau festgelegt.³⁹⁾

36) Streng, Blätter für Gefängniskunde, Bd. 13, S. 125.

37) Hiller, aaO., S. 48.

38) Vgl. dazu Ekert, Streng und Krohne in BlfGefK. Bd. 13, S. 123 ff.

39) Hiller, aaO., S. 38 ff gibt das genaue Fastenreglement der damaligen Zeit in den deutschen Ländern, Ungarn, Belgien, Frankreich, Italien, England und Österreich wieder.

Seit die Möglichkeit besteht, den faulenzenden Gefangenen mit Entzug des Arbeitsverdienstes oder Entzug des Tabaks oder anderen ähnlich wirkenden Massnahmen zu bestrafen, ist die Kostschmälerung in ihrer Bedeutung als Disziplinarstrafe ganz erheblich zurückgegangen. Grösstenteils wird auch eine Beschränkung der Nahrungsmittel nur für schwere Vergehen in Verbindung mit Arrest angewandt. Einfache Kostschmälerungen werden in Deutschland z.Zt. selten verhängt.

Die Kostschmälerung bezweckt die Erregung eines Hungergefühls, sie ist also eine körperliche Strafe. Der Hungernde empfindet bei richtiger Durchführung körperliche Schmerzen, die zwar in ihrer Intensität die Schmerzen einer Prügelstrafe nicht erreichen, aber ebenfalls sehr quälend sein können. Wenn man jedoch den Gefangenen überhaupt durch Zufügung eines körperlichen Schmerzes quälen will, dann ist die Art der Strafe nicht ausschlaggebend. Abgesehen von der Würdelosigkeit der Prügelstrafe könnte man ihn also genauso prügeln oder ihm das Trinkwasser entziehen.⁴⁰⁾ Meyer-Collings⁴¹⁾ sagt, dass die Strafe von Wasser und Brot de facto eine Leibesstrafe ist, als solche aber ein Stück überlebten Mittelalters, das nicht in unsere Zeit gehört.

Dessen ungeachtet nimmt die Kostschmälerung auch im heutigen Hausstrafensystem fast überall ihren Platz ein. Unabhängig von der Arreststrafe können Kostschmälerungen in England, Frankreich, Holland, Dänemark, Kanada, der Türkei, Australien, Schweiz und Norwegen verhängt werden, in England, Frankreich, Norwegen, der Schweiz u.a. sogar in zwei Stufen. Einmal ist dies eine blosse Schmälerung der Kost, deren Umfang nur in England, Kanada, Australien und der Schweiz genau festgelegt ist, zum anderen eine Herabsetzung der Kost auf Wasser und Brot. Die Niederlande, Dänemark und die Türkei kennen nur die Beschränkung auf Wasser und Brot. Italien, Belgien,

40) Merkwürdigerweise hat man das Letztere aber nur selten versucht, obgleich es nicht so gesundheits-schädlich ist wie das Hungern, als Strafe aber wohl schärfer.

41) Blätter für Gefängniskunde, Bd. 66, S. 170.

Indien und Pakistan sehen die Herabsetzung der Kost auf Wasser und Brot nur im Zusammenhang mit Arreststrafen vor. Unbekannt sind Kostschmälerungen in Schweden, Jugoslawien, Spanien, Russland, Cuba, Chile und China. Die Dauer der Kostbeschränkung ist ebenfalls ganz unterschiedlich. England sieht für Wasser und Brot höchstens 15 Tage vor, wobei auf 3 Tage Fasten 3 normale Tage folgen müssen. Frankreich höchstens 3 aufeinanderfolgende Tage.⁴²⁾ Niederlande 4 Wochen, wobei die Strafe, wenn sie länger als 2 Tage dauert, nur einen um den anderen Tag anzuwenden ist. Italien im Arrest bis 15 Tage, wobei Donnerstag und Sonntag "gute Tage" sind, wenn der Arrest länger als 3 Tage dauert. In der Dauerstufe des Arrestes bis zu 3 Monaten, hier gibt es Wasser und Brot jedoch nur am Montag, Mittwoch und Freitag jeder Woche. Schweiz bis zu 20 Tagen ebenfalls mit den üblichen Unterbrechungen, Belgien 9 Tage, Norwegen 14 Tage, Kanada für 9 aufeinanderfolgende Mahlzeiten, Türkei 15 Tage, Norwegen 12 Tage. Die einfache Kostschmälerung schwankt in ihrer zeitlichen Dauer zwischen 4 Tagen (Frankreich) und einem Monat (Norwegen). Für England und die Schweiz beträgt die Höchstdauer 4 Wochen.

Die Entziehung einer warmen Mahlzeit täglich auf bestimmte Zeit wird vom Gefangenen ohne erheblichen Schaden auf seine Gesundheit vertragen werden können.⁴³⁾ Die länger andauernde Beschränkung auf Wasser und Brot wird dagegen zu einer ernststen Gefahr für die Gesundheit, auch wenn die Strafe jeden 4. Tag unterbrochen und die normale Kost verabreicht oder die Strafe unter ärztlicher Aufsicht vollzogen wird. Die schädliche Wirkung tritt nicht augenblicklich ein, sondern ist mehr nachwirkender Art.

Abgesehen von den Arreststrafen wurden in der Nachkriegszeit in Deutschland, wohl unter dem Eindruck der Hungerjahre, auch erstaunlich wenig Kostschmälerungen verhängt. Die einzige Berechtigung, die diese Strafe wohl noch hätte, wäre ihre Anwendung gegen Gefangene, die vorsätzlich Lebensmittel verschwenden oder vernichten.

42) Für den Arrest besteht eine besondere Regelung.

43) Baer, aaO., S. 182.

In diesen Fällen wäre zweifellos die fühlbare Herabsetzung der Kost die geeignetste Erziehungsmassnahme. Ähnliches gilt auch für Faulenzer und Arbeitsverweigerer. Diesen ist jedoch auch mit anderen Massnahmen beizukommen oder man wird auch mit einer Hungerkur gegen sie nichts ausrichten. So sollten auch gegen die wenigen Fälle der Lebensmittelverschwender, die anderen zur Verfügung stehenden Massnahmen ausreichen. Einzelne, wie z.B. Entzug des Tabaks, werden sich dabei als viel wirksamer erweisen. Die praktische Bedeutungslosigkeit und der Makel der körperlichen Strafe sollten es wesentlich erleichtern, die Kostschmälerung in der Liste der Hausstrafen künftig in Deutschland zu streichen. Solange die Hausstrafen der allgemeinen Milderungstendenz des Vollzugs nicht vorausseilen, ist, wie die Vergangenheit bewiesen haben dürfte, durch ihre Humanisierung keine Verschlechterung der Disziplin zu befürchten.

Wird jedoch die Kostschmälerung als unentbehrliche Strafe angesehen, so ist das im Höchstfall zulässige Ausmass festzulegen. Ohne stärkere Gesundheitsschäden befürchten zu müssen, wäre ein Entzug der Mittagsmahlzeit für höchstens 15 Tage, wobei der Vollzug jeden 4. Tag ausgesetzt wird und der Gefangene normale Kost erhält, vollkommen ausreichend. Eine Erleichterung für die Vollzugsbeamten würde es auch bedeuten, wenn die guten Tage generell nach Wochentagen festgelegt werden, wie das in Italien der Fall ist, z.B. der Donnerstag und der Sonntag jeder Woche. Dies sollte die obere Grenze des Nahrungsentzuges sein. Auch im Arrest ist eine Wasser- und Brotkur nicht angebracht.

In den meisten Ländern ist vorgesehen, dass Kostschmälerungen (in manchen nur die Strafe von Wasser und Brot), nicht gegen Jugendliche unter 18 Jahren, schwangere Frauen, Wöchnerinnen und stillende Mütter verhängt werden dürfen. Eine ähnliche Bestimmung wäre bei der Beibehaltung der Kostschmälerung als Hausstrafe in Deutschland angebracht.

d) Mit der Arbeit zusammenhängende Disziplinarstrafen.⁴⁴⁾

Die mit der Arbeit zusammenhängenden Hausstrafen sind nach ihrer Wirkung in drei Gruppen eingeteilt:

1. Entzug der Arbeit.
2. Erschwerung der Arbeit und
3. Strafen, die auf Entzug oder Verminderung des Arbeitsentgelts gerichtet sind.

aa) Entzug der Arbeit.

Der Entzug der Arbeit ist als Hausstrafe bei weitem nicht so verbreitet, wie man allgemein annimmt. Er kommt in Frankreich, Belgien, Luxemburg, Norwegen, Dänemark und Finnland zur Anwendung. In Finnland jedoch nur in Verbindung mit Einsperrung in eine Einzelzelle. In England gibt es lediglich den Ausschluss von der Gemeinschaftsarbeit für höchstens 28 Tage. In allen anderen Ländern gibt es sonst ausserhalb des Arrestes keinen Arbeitsentzug.

Diese Tatsache zeigt, dass der Arbeitsentzug als Strafmittel keineswegs überall als unentbehrlich angesehen wird, wie das früher in Deutschland der Fall war.⁴⁵⁾ Der erzieherische Wert des Arbeitsentzuges ist jedoch unbestritten. Wenn überhaupt eine Disziplinarstrafe erzieherisch auf den Gefangenen einwirken kann, dann ist es diese Massnahme. Der Gefangene soll den Wert regelmässiger Arbeit schätzen lernen. Man darf jedoch dabei nicht übersehen, dass viele Gefangene weniger die Untätigkeit, als den damit verbundenen Fortfall des Arbeitsentgelts als Übel empfinden werden. Insoweit geht also der erzieherische Wert des Arbeitsentzuges nicht über den der anderen Hausstrafen. Individuell angewandt, kann der Arbeitsentzug jedoch einen grossen erzieherischen Einfluss auf den Gefangenen haben.

Die Massnahme sollte jedoch auch nur dann verhängt werden, wenn sie einen bessernden Erfolg verspricht.

44) Vgl. dazu Stobbe, aaO., S. 159 ff.

45) Vgl. dazu die Debatte im Verein der deutschen Strafanstaltsbeamten BlfGefK. Bd. 13, S. 113 ff.

Geht es lediglich um das strafende Moment, so sind andere Hausstrafen vorzuziehen, um nicht die Kosten des Vollzuges, die der Allgemeinheit aufgebürdet sind, durch untätige Gefangene zu erhöhen. Gegenüber ideellen Werten jedoch sollten solche materielle Überlegungen zurückstehen. Der Entzug der Arbeit ist als Hausstrafe dann gerechtfertigt. Dieser von vornherein sehr kleine Anwendungsbereich hat wohl viele Länder abgehalten, den Entzug der Arbeit in die Reihe der zulässigen Disziplinarstrafen aufzunehmen. In Verbindung mit der Einsperrung in eine Einzelzelle, wie das in Finnland üblich ist, sollte diese Massnahme in einem modernen Vollzug nicht fehlen.⁴⁶⁾

Der Arbeitsentzug dürfte weiterhin nur sinnvoll sein, wenn er mit anderen Massnahmen verbunden wird. Dem Gefangenen muss jede Möglichkeit einer anderweitigen Selbstbeschäftigung genommen sein. In Betracht kommen besonders Entzug der Bücher, Zeitungen usw., der Ausschluss von allen Freizeitgestaltungen u.ä. Nur die absolute Untätigkeit wird einen entsprechenden Erfolg herbeiführen.

Ganz wesentlich ist auch die Dauer der Massnahme. Der Arbeitsentzug muss länger dauern, als der Gefangene zu schlafen in der Lage ist.⁴⁷⁾ Streng⁴⁸⁾ ist der Ansicht, dass die Entziehung der Arbeit für weniger als 8 Tage nicht genügen würde. Es ist natürlich, dass erst eine gewisse Mindestdauer der Untätigkeit auf den Gefangenen wirken wird. Die Festlegung einer Mindestgrenze erscheint jedoch nicht angebracht, um eine individuelle Verhängung nicht zu beeinträchtigen. Die Höchstdauer des Arbeitsentzuges sollte 2 Wochen nicht überschreiten, weil nach etwa 12 Tagen ein degressiver Abbau der Wirkung einsetzt, und eine Gewöhnung an den Zustand jeden erzielbaren Erfolg wieder zunichte machen könnte. Bei den normalen Faulen wird mit 14 Tagen ein Erfolg zu erreichen sein, einem notorischen Faulenzer wird man jedoch auch mit einer längeren Dauer seine eigene Trägheit nicht zuwider werden lassen. In Frankreich liegt die zulässige Höchstdauer

46) Für eine Einführung in Deutschland auch Stobbe, aaO., S. 161.

47) Stobbe, aaO., S. 160.

48) Blätter für Gefängniskunde 13, S. 113.

des Arbeitsentzuges bei 8, in Norwegen und Dänemark bei 14 und in Finnland bei 20 Tagen. Belgien und Luxemburg geben keine zeitlichen Grenzen an.

Den Ausschluss von der Gemeinschaftsarbeit, wie es ihn in England gibt, als Disziplinarstrafe einzuführen, erscheint nicht angebracht. Eine derartige Massnahme kommt nur in Betracht, wenn ein Gefangener sich schlecht in die Gruppenarbeit fügt, ohne sonst die Ordnung zu brechen. Für diese Fälle ist eine besondere Hausstrafe nicht nötig, sondern es genügt, eine einfache Versetzung des Gefangenen an einen anderen Arbeitsplatz bzw. die Zuweisung von Zellenarbeit.

bb) Erschwerungen der Arbeit.

Einige Staaten gehen nun den umgekehrten Weg. Sie entziehen dem Faulenzer nicht die Arbeit, sondern legen ihm eine schwerere Arbeit auf oder verlängern seine Arbeitszeit. An solchen die Arbeit erschwerenden Massnahmen sind bekannt: In Spanien die Zuweisung unangenehmer Gefangenendienste, in England in den Dention Centres die Extraarbeit oder die Arbeit ausserhalb der normalen Arbeitsstunden für nicht mehr als 2 Stunden am Tag und nicht länger als 28 Tage. In Jugoslawien die 2stündige Verlängerung der Arbeitszeit an 3 bis 30 Tagen und die Zuteilung von schwerer Arbeit bis zu 14 Tagen, in Österreich die Zuweisung unangenehmer Arbeit,⁴⁹⁾ in Tanganyika Schwerarbeit bis zu 14 Tagen, ermüdende oder strengere oder Schwerarbeit in Indien und Pakistan.

Es erscheint prinzipiell verfehlt, Arbeit als Disziplinarstrafe aufzuerlegen, denn gerade sie ist einer der wesentlichsten Faktoren, mit denen eine Resozialisierung des Gefangenen erreicht werden kann. Der Gefangene soll die Arbeit nicht nur als gewinnbringende Tätigkeit schätzen, sondern es soll das Arbeitsethos in ihm angesprochen und wiedererweckt werden. Eventuell in dieser Hinsicht erreichte Erfolge würden durch einen strafweisen Einsatz der Arbeit vernichtet und wahrscheinlich für immer unmöglich gemacht werden. Zwar wäre vielleicht in vielen Fällen

49) Stobbe, aaO., S. 159.

der Drückebergerei, bei denen eine Besserung durch Arbeit ausgeschlossen ist, die Strafarbeit eine gut wirkende und geeignete Massnahme. Jedoch ist eine derartige Strafe auch hier abzulehnen. Einmal kann, zumal bei verschlossenen Gefangenen, ein endgültiges Urteil über die Besserungsfähigkeit mit Sicherheit nicht abgegeben werden,- der Vollzug wirkt oft erst nachträglich-, zum anderen ist die Gefahr eines Missbrauchs ausserordentlich gross. Auch erinnern solche Mittel zu stark an ein Zwangsarbeitssystem, so dass ihr Einsatz schon aus diesem Grunde abzulehnen ist.

cc) Entzug oder Verminderung des Arbeitsentgelts.

Bei den Strafen, die auf einen Entzug oder eine Verminderung des Arbeitsentgelts gerichtet sind, sind in den ausländischen Regelungen 3 Arten anzutreffen. Einmal die Strafen, die dem Gefangenen das Arbeitsentgelt streichen oder es einziehen, praktisch also eine Geldstrafe darstellen, zweitens die Strafen, die dem Gefangenen lediglich den verfügbaren Teil des Arbeitsentgelts sperren oder seiner Verfügung entziehen, praktisch also nur eine Einkaufssperre sind, und schliesslich Strafen, die dem Gefangenen eine unbezahlte oder schlechter bezahlte Arbeit zuweisen.⁵⁰⁾ Die Zuweisung von nichtbezahlter Arbeit kennt nur Cuba. Der Gefangene erhält für diese Zeit also überhaupt kein Arbeitsentgelt.

Ausdrücklich von einer Verfügungsbeschränkung über das sonst frei verfügbare Geld sprechen Jugoslawien für 14 Tage, Russland für einen Monat und Spanien ohne zeitliche Begrenzung. In diesen Fällen verfällt das betreffende

50) Stobbe, S. 159 unterscheidet nur zwischen Entzug des gutgeschriebenen und Entzug des zukünftigen Arbeitsentgelts. Die Disziplinarbestimmungen der betreffenden Länder lassen ausser Finnland sinngemäss einen derartigen Unterschied nicht erkennen. England spricht von der Sperrung des Verdienstes für 28 Tage, Italien von der Herabsetzung der Entschädigung von nicht länger als 1 Monat, Norwegen allerdings vom Einzug des gutgeschriebenen Arbeitsverdienstes. Es dürfte sich dabei jedoch immer je nach der Länge des Entzuges zunächst einmal um das noch greifbare Geld für vergangene Tage, über das der Gefangene noch nicht verfügt hat, und darüber hinaus um das zukünftige Entgelt handeln.

Geld also nicht dem Fiskus, sondern wird auf die Rücklage des Gefangenen überschrieben, wie das die spanische Vollzugsordnung auch ausdrücklich betont. Auch in Luxemburg sollte eine blossе Überschreibung gemeint sein, denn dort wird das Taschengeld für 7 Tage entzogen. Zweifelhaft ist dies jedoch bei Dänemark, das vom Entzug des Arbeitsverdienstes spricht. Auch die englische Sperrung des Verdienstes (stoppage of earnings) für 28 Tage lässt sowohl die Übersetzung einer blossen Sperrung als auch die eines Lohnabzugs zu.

Ganz offensichtlich jedoch ist ein Verfall des Arbeitsentgelts an die Staatskasse gemeint, also eine Geldstrafe, in der Schweiz (Einziehung oder Herabsetzung des Pekuliums) ohne zeitliche Begrenzung, in Norwegen Einzug (Inndragning) des Arbeitsverdienstes ohne zeitliche Beschränkung. Das italienische Regolamento kennt als Ersatz für Arreststrafen die Herabsetzung der Arbeitsentschädigung bis auf die Hälfte für höchstens einen Monat. In Finnland kann auf Verlust der Spargelder oder des Arbeitslohnes des Gefangenen für die letztvergangenen sechs Monate erkannt werden.⁵¹⁾ In Frankreich wird nur auf den Arbeitslohn des Gefangenen zurückgegriffen, wenn auf eine Geldstrafe zwecks Wiedergutmachung eines Schadens erkannt ist.

Der strafweise Einzug des Arbeitsentgelts des Gefangenen, vom Entzug zur Schadensersatzleistung zu unterscheiden, ist praktisch die Verurteilung zu einer Geldstrafe und damit von vornherein mit dem Odium sozialer Ungerechtigkeit behaftet. Rechtlich stehen einem Einzug des bereits gut geschriebenen und auch des künftigen Arbeitsverdienstes keine Bedenken entgegen. Dem Gefangenen wird heute zwar fast in allen Ländern eine Arbeitsbelohnung gewährt⁵²⁾, ihre Arbeit wird jedoch vom Staat beansprucht und ein einklagbarer Rechtsanspruch des Gefangenen auf diese Belohnung wird vom geltenden Recht nicht anerkannt.⁵³⁾ Die Gewährung ist

51) Hier ist also kein Einzug des künftigen Arbeitsentgelts möglich.

52) Dazu sehr eingehend Stobbe, S. 161 ff und 185 ff.

53) Mittermaier, aaO., S. 94.

also ein reiner Verwaltungsakt und kann durch eine Massnahme der Verwaltung, wie sie eine Disziplinarstrafe darstellt, wieder entzogen werden. Dies gilt für das bereits gutgeschriebene Arbeitsentgelt, an dem der Gefangene erst mit der Auszahlung bei der Entlassung Eigentum erwirbt, wie für das künftige Arbeitsentgelt, also die Anwartschaft darauf.

Die Bedenken gegen einen solchen Einzug sind anderer Art, jedoch nicht weniger schwerwiegend. Die dem Gefangenen gewährte Entlohnung ist nicht sehr hoch. Allgemein beträgt sie 10 - 50 Pfg. pro Tag. Die Hälfte davon kommt meist auf die sogen. Rücklage, die der Gefangene bei seiner Entlassung ausgehändigt erhält und die seinen Beginn in der Freiheit unterstützen soll. Vermindert man diese Summe, so nimmt man dem Gefangenen eine der ersten Hilfen in der Freiheit und erschwert ihm einen neuen Beginn, was die Rückfallgefahr erhöht. Eine verhältnismässig geringe Geldstrafe kann also u.U. den ganzen Erfolg der Erziehung zunichte machen, bzw. den letzten Anstoss geben. Deshalb ist ein strafweiser Einzug der Rücklage entschieden abzulehnen.⁵⁴⁾

Auch einem Einzug des verfügbaren Geldes ausserhalb eines Schadensersatzes ist nicht zuzustimmen. Das Arbeitsentgelt soll ein Anreiz zur Arbeit, dem wichtigsten Erziehungsmittel des Vollzugs, sein. Erhält nun ein Gefangener für seine Arbeit kein Geld, dann wird sich seine Einstellung zur Arbeit sehr ungünstig verändern. Das ist ganz verständlich und wird nicht nur bei schwierigen Gefangenen eintreten, sondern auch bei den sehr gut besehrungsfähigen. Von einer Streichung des gesamten Arbeitsverdienstes oder auch nur des verfügbaren Geldes für einen längeren Zeitraum ist daher abzusehen.

Weniger stark dagegen sind die Bedenken gegen eine kurzfristige Verfügungsbeschränkung über das Hausgeld und seine Überweisung auf die Rücklage. Die Wirkung auf den Gefangenen ist sehr gross, er kann sich keinen Tabak oder andere Waren kaufen. Andererseits bleibt ihm aber sein Arbeitsverdienst erhalten und vergrössert seine Rück-

54) Ablehnend auch Guggenheimer, aaO., S. 60 und Stobbe.

lage. Eine längere Beschränkung wird jedoch ebenfalls eine negative Einstellung zur Arbeit fördern, denn was nützt dem Gefangenen der Arbeitsverdienst, wenn er im Augenblick nicht darüber verfügen kann. Die Verfügungsbeschränkung des Hausgeldes sollte deshalb in keinem Fall länger als 14 Tage dauern. Für diesen Zeitraum ist der Arbeitseifer durch die Hoffnung auf das bald wieder verfügbare Geld in die normale Zeit hinüberzubringen.

dd) Kein Verzicht auf Arbeitsstrafen.

Dass auf alle mit der Arbeit zusammenhängenden Disziplinarstrafen verzichtet werden soll, wie Stobbe das vorschlägt und dabei nur den Arbeitsentzug ausnimmt, kann nicht befürwortet werden. Wenn man lediglich strafen will, stehen gewiss genügend andere wirksame Disziplinarstrafen zur Verfügung, aber der Arbeitsentzug, die kurzfristige Verfügungsbeschränkung über das Hausgeld und der Entzug des Hausgeldes im Zusammenhang mit einem Schadensersatz üben eine erzieherische Wirkung aus, auf die nicht verzichtet werden kann.

In einer Reihe von Staaten gibt es allerdings keine mit der Arbeit zusammenhängenden Disziplinarstrafen. Es sind dies Schweden, Niederlande, Türkei, Ägypten, Argentinien und Belgisch-Kongo. Dass man damit auch auf einen Schadensersatz verzichtet hat, der ja praktisch nur aus dem Arbeitsentgelt zu decken ist, ist nicht anzunehmen, obgleich in der Vollzugsordnung der Niederlande und dem Vollzugsgesetz Schwedens darüber keine Bestimmungen enthalten sind.

e) Geldstrafen und Schadensersatzleistung.

aa) Geldstrafe.

Mit dem Einzug des Arbeitsentgelts oder seiner Herabsetzung bestehen unter den Hausstrafen praktisch auch Geldstrafen. Wegen ihrer sozialen Ungerechtigkeit sind solche aber als Disziplinarmittel für den Vollzug ungeeignet. Neben den oben geschilderten nachteiligen Wirkungen auf die Eingliederung des Gefangenen in das normale Leben sind sie darüber hinaus auch bei gleicher Höhe

des auferlegten Entzuges in ihrer endgültigen Stärke im Einzelfall ganz unterschiedlich. Kann der Richter bei der Auferlegung einer kriminellen Geldstrafe noch einigermassen die sozialen Verhältnisse des Verurteilten berücksichtigen, so ist diese Möglichkeit eines Ausgleichs beim Verhängen einer Disziplinarstrafe nur in den wenigsten Fällen möglich, denn wie kann mit einiger Sicherheit vorausgesehen werden, wie die soziale Lage des Gefangenen nach seiner Entlassung, oft also erst nach Jahren, sein wird? Damit ist auch gleich das andere bedeutende Argument der Ablehnung angeschnitten. Eine disziplinarische Bestrafung wirkt immer am besten, wenn sie unmittelbar nach oder wenigstens noch im engen Zusammenhang mit der Tat wirksam wird. Bei der Geldstrafe erfolgt zwar der Ausspruch sofort, doch tritt eine Wirkung des auferlegten Übels nicht sofort, sondern u.U. erst nach Jahren ein. Schon diese Tatsache allein macht eine Geldstrafe als Hausstrafmittel ungeeignet. Die Vermeidung des Wortes "Geldstrafe" und stattdessen ihre Bezeichnung als Entzug, Streichung oder Herabsetzung des Arbeitsverdienstes soll wohl auch die soziale Ungerechtigkeit und die Unzulänglichkeit als Disziplinarstrafe verdecken und ihr einen erzieherischen Anstrich geben. Mit Geldstrafe wird diese Zufügung einer finanziellen Einbusse nur in Frankreich bezeichnet. Dafür ist aber unmissverständlich bestimmt, dass sie nur für den Fall der Wiedergutmachung eines angerichteten Schadens auszusprechen ist.

bb) Schadensersatzleistung.

Eine Heranziehung des Gefangenen zur Wiedergutmachung des von ihm während des Vollzugs grob fahrlässig oder vorsätzlich angerichteten Schadens ist in jedem Falle zu befürworten. Bei grösseren Schäden wird zwar eine völlige Wiedergutmachung wegen der geringen Geldmittel, die einem Zugriff offenstehen, ausgeschlossen sein, diese Massnahme ist jedoch nicht nach ökonomischen, sondern nach erzieherischen Gründen zu bewerten. Den meisten Gefangenen fehlt die Achtung vor fremdem Eigentum und der Respekt vor Werten, die anderen etwas bedeuten. Diese Einstellung ist wohl auch meist ursäch-

liche Bedingung für ihre kriminelle Strafe. Die Heranziehung zum Schadensersatz ist nun eine Möglichkeit, den Gefangenen auf die Unantastbarkeit fremder Güter hinzuweisen und ihn jede Verletzung dieser Rechtssphäre fühlen zu lassen. Wird vor allem das Hausgeld zum wenigstens teilweisen Ersatz des Schadens herangezogen, so ist dies für den Gefangenen wegen des Wegfalls zusätzlicher Genüsse sehr fühlbar. Die kleinsten, aber sofortigen Strafen haben grössere erzieherische Wirkung als spätere und schwerere. Wenn dazu die Strafe noch in einer Wiedergutmachung besteht, ist damit das vorstellbare Maximum der günstigen Beeinflussung erreicht. Eine Heranziehung des Gefangenen zur Schadensersatzleistung für angerichtete Schäden und der Zugriff auf das Hausgeld, sei es auch nur das halbe, ist deshalb zu befürworten.

Ausdrücklich sind solche Schadensersatzbestimmungen in den Vollzugsordnungen von Spanien, Frankreich, Russland, Norwegen, Dänemark, Finnland, Belgien und eines Teiles der Schweiz getroffen. Für die Staaten, die eine Herabsetzung oder Entzug des Arbeitsentgelts kennen, wie Italien, England, Norwegen, Jugoslawien, Cuba, Finnland und Luxemburg wird ein Entzug bei angerichteten Schäden auf jeden Fall ausgesprochen werden.

f) Rückstufung im Grad oder Versetzung in eine andere Anstalt.

aa) Die drei Formen der Massnahme im Vergleich.

In fast allen Ländern, die einen Strafvollzug in Stufen kennen oder die Anstalten mit unterschiedlicher Ordnung wie z.B. feste, offene, halboffene Anstalten besitzen, ist als disziplinarische Massnahme die Rückstufung oder die Versetzung in eine andere Anstalt vorgesehen. Obgleich eine derartige Massnahme für die meisten Gefangenen eine der härtesten Strafen sein wird, ist sie teilweise nicht unter den zulässigen Strafen aufgeführt, z.B. in Schweden, Frankreich und Belgien, sondern sie ergibt sich nur aus besonderen Verfügungen oder Gegebenheiten des jeweiligen Strafvollzugs. Es ist deshalb anzunehmen, dass auch die Staaten, welche die Rückstufung oder

Versetzung nicht in die Liste der Hausstrafmittel aufgenommen haben, aber über einen Stufenstrafvollzug oder unterschiedliche Anstalten verfügen, in der Praxis gleichwohl derartige Massnahmen anwenden. Eine Aufnahme als Hausstrafe haben sie nur deshalb nicht gefunden, weil die Klassifizierung der Gefangenen hauptsächlich nicht nach disziplinarischen Gesichtspunkten erfolgen soll und man eine allzu enge Verkoppelung der Klassifizierung mit der rein äusserlichen Führung des Gefangenen befürchtete, die dem routinierten und geschmeidigen "alten Kunden" den Vollzug noch mehr als gewöhnlich erleichtern würde, ohne die beabsichtigte Wirkung hervorzurufen.

Die Massnahmen, die den Gefangenen einem strengeren Reglement unterwerfen, kommen in drei Formen zur Anwendung. Einmal ist dies im Stufenstrafvollzug eine Rückstufung des Gefangenen aus einer bereits erreichten höheren Stufe in eine niedrigere. Der Gefangene verliert also nur eine Reihe von Vergünstigungen, die er sich durch sein bisheriges Verhalten erworben hatte, kann aber je nach der Rückversetzung immer noch mehr Erleichterungen haben, als der normale Gefangene, in keinem Fall aber weniger als dieser. Eine derartige Rückstufungsmöglichkeit ist vorgesehen in den Niederlanden, Spanien, einem Teil der Schweiz, Belgien, Dänemark, Finnland, Norwegen, Chile und Cuba. In England nur in den Borstals und Detention Centres.

Die zweite Form ist die Rückversetzung in eine andere Anstalt, und zwar aus einer Anstalt, die mehr Erleichterungen oder Vergünstigungen kennt, als die normale Anstalt und in die der Gefangene eingewiesen wurde, weil man glaubte, ihm aus Resozialisierungsgründen Erleichterungen gewähren zu können. Auch hier also nur die Rückkehr zum normalen Strafvollzug ohne besondere Erleichterungen. Es handelt sich meist um Versetzung aus einer offenen Anstalt in eine halboffene oder feste und aus einer halboffenen in eine feste. Solche Massnahmen sind bekannt in Frankreich und Schweden. Sie dürften jedoch in allen Ländern zur Anwendung gelangen, die ein derartiges System von Anstalten besitzen.

Während die beiden genannten Formen praktisch nur den Entzug von erworbenen besonderen Vergünstigungen darstellen, wie das dänische StGB auch die Rückstufung bezeichnet, ist die dritte Form mit ihrer Überführung in Anstalten mit besonders strenger Disziplin ein Entzug von Rechten, die dem normalen Gefangenen zustehen, ohne dass er sich besonders darum bemühen muss. Die Versetzung in ein Strafhaus, Anstalt für Unverbesserliche, Anstalt für strenge Zucht oder wie die entsprechenden Anstalten sonst heissen, bringt also eine Einschränkung der Lebensbedingungen des Gefangenen unter das normale Mass und eine Vergrösserung des Übels mit sich, die der Richterspruch in der Verurteilung vorgesehen hat. Derartige Massnahmen gibt es in Italien, wo sie sogar in zwei Abstufungen angewendet werden (Strafhaus und Anstalt für strenge Zucht), in Russland ebenfalls in zwei Abstufungen (Disziplinar-kolonie und Anstalten mit strengerer Ordnung), wobei der Gefangene allerdings gleich in die schwerste Stufe eingewiesen werden kann. Chile (2 Stufen Disziplinarstrafanstalt und Anstalt für unverbesserliche Gefangene), Spanien und Cuba. Die Versetzung in die Strafstufe, die es in den englischen Zuchthäusern gibt und regelmässig nicht länger als drei Monate dauern soll, gehört ebenfalls zu dieser Form, weil auch hier das normale im Urteil vorgesehene Strafübel über dieses Mass hinaus verschärft wird.

bb) Rückversetzung, Rückstufung und das Stufenstrafsystem.

Eine Rückstufung oder Rückversetzung der Gefangenen als disziplinarische Massnahme wird oft nicht zu vermeiden sein. Sie stellt eine sehr scharfe Strafe dar, weil sie den damit Bestraften für eine längere Zeit trifft, denn wie lange er in der niedrigeren Stufe bleiben wird, ist ganz unbestimmt. Die Aufnahme der Rückstufung in die Liste der zulässigen Hausstrafen ist bei einem Vergünstigungssystem mit verschiedenen Disziplinarklassen als wirksame Strafe zu befürworten. Bedenken bestehen jedoch für den echten Stufenstrafvollzug, der mit seinem Programm ausschliesslich die Erziehung und Resozialisierung

anstrebt, und nicht nur die Verbesserung der Disziplin und die Verhinderung der Abstumpfung wie das Vergünstigungssystem. Im Stufenstrafvollzug ist die Einteilung der Stufen nicht so ausschliesslich von der Anpassungsfähigkeit an die äussere Disziplin abhängig wie dort. Ausschlaggebend sind in erster Linie die Persönlichkeit des Gefangenen und seine Besserungsfähigkeit. In einem derartigen Vollzug wäre es verfehlt, wenn man das Verbleiben des Gefangenen in einer erreichten Stufe von einer Nichtübertretung der Ordnung abhängig machen wollte. Das würde dazu führen, dass der geschmeidige, in Wirklichkeit aber nicht resozialisierbare Gefangene in die oberste Stufe gelangen würde, während der tatsächlich Besserungsfähige unnötig unter den Vergeltungsübeln zu leiden hätte. Die Rückversetzung in eine niedrigere Stufe soll keine Strafe, sondern nur eine Korrektur der falschen Bewertung der Persönlichkeit des Gefangenen sein. Natürlich wird der einzelne diese Massnahmen als ein Übel empfinden. Gleichwohl ist aber im echten Stufenstrafvollzug die Rückstufung als Hausstrafe abzulehnen, weil sie keinen strafenden Charakter besitzen soll.

Praktisch kann es dieses reine Stufensystem kaum geben, sondern es ist mit dem Vergünstigungssystem vermengt, d.h. also, dass man für die Einteilung der Gefangenen in die Stufen Persönlichkeit und Besserungsfähigkeit einerseits und die Anpassung an die Anstaltsordnung andererseits als Bewertungsfaktoren heranzieht. Dass dabei trotz besten Willens der äusserlich in Erscheinung tretende Faktor, die Einfügung in die Disziplin, stark in den Vordergrund tritt und überbewertet wird, und die eigentlichen Hauptfaktoren des Stufenstrafvollzugs weitgehend verdrängt werden, ist nicht zu vermeiden. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte sollte auch im sogen. Stufenstrafvollzug die Rückstufung als Hausstrafe angeführt sein, denn für ihre Anwendung in der Praxis sind tatsächlich disziplinäre Gründe massgeblich. Auch würde dadurch eine Bestrafung auf kaltem Wege vermieden werden. Im dänischen StGB § 47 wird die Rückstufung nur als Entzug von Vergünstigungen angeführt. Interessant ist auch noch die niederländische Regelung, die vorsieht, dass ein Gefangener

niemals in eine Beobachtungsstufe zurückversetzt werden kann, in der er sich in Einzelhaft befinden würde. Damit soll verhindert werden, dass praktisch Arrest von unbestimmter Dauer verhängt werden kann.

Die Rückstufung sollte mit grosser Zurückhaltung und sparsam eingesetzt werden, um die Grundideen des Stufenstrafvollzugs nicht völlig zu verwischen. Ganz entschieden abzulehnen ist auf jeden Fall die derzeit in der Praxis stark geübte Methode, die Rückstufung mit einer schweren Disziplinarstrafe so zu koppeln, dass die Rückstufung automatisch eintritt. Damit entfernt man sich weiter und weiter vom echten Stufenstrafvollzug. Die Persönlichkeit des Gefangenen muss bei der Rückstufung weit mehr in Betracht gezogen werden, als dies bei anderen disziplinarischen Bestrafungen der Fall ist. Jeder Einzelfall ist deshalb sorgfältigst zu prüfen. Eine einmalige schwere Übertretung der Anstaltsdisziplin ist nicht gleichbedeutend mit Unresozialisierbarkeit, wie dies fälschlich oft angenommen wird.

Wie eine Rückstufung ist auch die Verlängerung der Periode oder die Verhinderung eines Aufrückens in eine höhere Stufe zu behandeln. Auch die Verlängerung der Bewährungsfrist (probation period) um drei Monate in Kanada ist hierher zu rechnen.

cc) Versetzung in eine Anstalt mit strenger Zucht.

Die Versetzung in eine Anstalt mit strengerer Zucht, die einige Staaten kennen, dürfte in Deutschland ohne gesetzliche Regelung nicht zulässig sein. Nach Art. 2 GG darf in das Recht der Freiheit einer Person nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden. Der Eingriff in dieses Recht ist zwar gesetzlich erlaubt, jedoch nur in der vorgeschriebenen Masse. Die Versetzung von Gefangenen in besondere Anstalten mit strenger Disziplin wäre also vom Strafgesetzbuch nicht gedeckt und würde ohne gesetzliche Neuregelung gegen das Grundgesetz verstossen. Es erscheint auch nicht notwendig, derartige Anstalten einzuführen. Die Klassifizierung der Gefangenen und ihre Aufteilung in verschiedenartige Anstalten sollten zwar das Hauptanliegen einer Reform sein, weil nur dadurch ein entscheidender

der Fortschritt auf dem Wege der individuellen Erziehungsarbeit und der Disziplin erzielt werden kann. Es ist jedoch nicht erforderlich, Anstalten zu schaffen, in denen die Lebensbedingungen unter den Bedingungen des jetzigen normalen Strafvollzugs liegen. Auch wenn es Gefangene geben mag, die anscheinend eine humane Behandlung nicht verdienen, und für welche die strengste Zucht als schweres Strafübel angebracht wäre, sind die Nachteile solcher Einrichtungen nicht zu übersehen. Ein Absinken der Achtung vor dem Menschen ist nicht zu verhindern. Die Gefährlichkeit einer solchen Entwicklung liegt in ihrer Unbegrenzbarkeit. Die jüngste Vergangenheit und auch die Gegenwart sollten den Strafvollzug davon abhalten, den Beginn einer solchen Entwicklung einzuleiten. Auch dem schlimmsten und aufsässigsten Verbrecher sollte deshalb ein bestimmtes Mass menschlicher Achtung nicht versagt und ein Mindestmass menschlicher Lebensbedingungen garantiert werden.

Eine bessere Klassifizierung der Gefangenen und ihre Aufteilung in verschiedene Anstalten ist für die Zukunft unerlässlich und erscheint überhaupt als der Angelpunkt eines Fortschrittes im Erziehungsstrafrecht. Die Abstufungen der Anstalten dürfen sich jedoch von den jetzigen Normalanstalten ohne Vergünstigungen nur als höhere Formen herausbilden. Je zahlreicher die Abstufungen, desto günstiger sind die Bedingungen des Vollzuges. Ganz entschieden ist jedoch die Bildung einer Strafstufe abzulehnen, die dem Gefangenen besonders harte und schwere Lebensbedingungen auferlegt.

g) Verlust eines Strafnachlasses oder einer gutgeschriebenen Zeit.

Die Streichung eines Strafnachlasses oder einer bestimmten gutgeschriebenen Zeit kann als Hausstrafe nur dort angewandt werden, wo es neben der bedingten Entlassung eine Einrichtung gibt, auf Grund deren sich der Gefangene bei guter Führung ein Anrecht erwirbt, eine bestimmte Anzahl von Tagen von seiner ursprünglich im Urteil vorgesehenen Entlassung in Freiheit gesetzt zu werden. In England, wo jedem Gefangenen, der für länger als einen Monat verurteilt ist, bei guter Führung ein Drittel der

Strafe erlassen wird, kann vom Inhaber der Disziplinar-
gewalt eine Verwirkung dieses Straferlasses bis zu 6
Monaten verhängt werden. In Kanada bis zu 30 Tagen. Die
Verlängerung der probation period um drei Monate ist wohl
mehr als eine Rückstufung oder Verhinderung des Auf-
rückens anzusehen. In Russland, wo sich der Gefangene durch
gute Arbeitsleistungen einen Straferlass insofern erwerben
kann, als 2 Arbeitstage für 3 Tage der Strafverbüßung
rechnen, können ihm diese Tage ganz oder teilweise ge-
strichen werden. Ähnlich in Spanien. Cuba sieht den völ-
ligen Verlust des Straferlasses für höchstens 28 Tage vor.

Eine derartige Massnahme stellt zweifellos eine
ausserordentlich wirksame Hausstrafe dar. Sie ersetzt die
verschiedentlich bekannte Verlängerung der Strafzeit und
ist vor allem rechtlich unbedenklich, weil praktisch nur
eine besondere Vergünstigung aberkannt wird. Ein Straf-
erlass wie in England, Kanada und Tanganyika, der nor-
malerweise schon in die richterliche Strafe einkalkuliert
wird, ermöglicht es so, den renitenten Gefangenen ohne
rechtliche Bedenken auf Grund eines Verwaltungsaktes
länger festzuhalten. Auch bei der bedingten oder vorzei-
tigen Entlassung wird die Einstellung des Gefangenen zur
Anstaltsordnung als wesentlicher Bewertungsfaktor heran-
gezogen werden. Es wird aber auf den Gefangenen wenig
oder gar keinen Eindruck machen, wenn ihm dies nach einem
Ordnungsverstoss klagemacht wird. Wenn er dagegen mit
dem Verlust von einer bestimmten Anzahl von Tagen des
Straferlasses bestraft wird, so wird dies seinen Eindruck
nicht verfehlen, denn was bei der bedingten Entlassung
ganz unwägbare war und lediglich eine Drohung sein konnte,
ist hier eine ganz konkrete, nach Tagen abzählbare Strafe.
Für Vollzugssysteme, die einen derartigen schon vorher
festgelegten Straferlass oder die Erwerbung eines nach
Tagen zählbaren Straferlasses kennen, ist eine Streichung
des Strafnachlasses ein äusserst wirksames und scharfes
Mittel der Disziplinarstrafgewalt, auf welches dann nicht
verzichtet werden sollte. In der deutschen Vollzugs-
praxis wird zum Teil die Meinung vertreten, ein derartiges
Strafnachlaßsystem sei einzuführen, um überhaupt wieder
ein wirkliches Disziplinarstrafmittel in die Hand zu be-
kommen.

h) Verlängerung der Strafzeit.

Eine Verlängerung der Strafzeit als Hausstrafe ist in Schweden und Norwegen bekannt. Die gleiche Auswirkung haben auch die Bestimmungen Dänemarks, Finnlands und Norwegens, nach denen die in der Strafzelle verbrachte Zeit nicht auf die Verbüßung der kriminellen Strafe anzurechnen ist, ihr Vollzug wird also während des Arrestes unterbrochen. In Schweden darf eine Verlängerung der Strafzeit unabhängig vom Arrest um höchstens 14 Tage verhängt werden. Durch eine oder wiederholte Bestrafungen darf die Strafzeit um nicht mehr als ein Drittel, in keinem Fall aber mehr als drei Monate verlängert werden. Norwegen sieht für eine Bestrafung vier Wochen als Höchstmass vor. Durch diese Massnahme und Arrest darf die Verlängerung der Strafzeit ebenfalls drei Monate nicht überschreiten. Finnland sieht als äusserste Verlängerung die Hälfte der Strafzeit, höchstens aber 90 Tage vor, während Dänemark die zulässige Verlängerung mit der Hälfte der Strafzeit angibt. Auch in der Schweiz kann ausnahmsweise in der Zwangsarbeitsanstalt Kalchrain eine Verlängerung der Detention bis auf 3 Monate ausgesprochen werden.

Beide in den nordischen Staaten zur Anwendung gelangenden Formen der Strafzeitverlängerung sind die schärfsten Disziplinarmittel, die einem Gefangenen gegenüber angewandt werden können. In Schweden kommt eine Verlängerung der Strafzeit erst in Betracht, wenn sich alle anderen Mittel als wirkungslos erweisen. Selbst Gefangene, die sich von Arrest, Kostschmälerungen und Geldentzug nicht beeindrucken lassen, empfinden schon die Verlängerung der Strafzeit um wenige Tage als äusserst schwer. Auch in Deutschland wurde deshalb immer wieder angestrebt, die Arresttage nicht auf die Strafzeit anzurechnen. Vor allem um den unbotmässigen Gefangenen auch während der letzten Tage des Straffvollzugs im Zaume halten zu können.⁵⁶⁾ So wünschenswert in vielen Fällen auch eine derartige Möglichkeit wäre, und wie sehr es auch der Ge-

56) Vgl. dazu Wirth, Blätter für Gefängniskunde, Bd. 21 S. 468 und Dr. W., Blätter für Gefängniskunde, Bd. 66, S. 181 f.

rechtigkeit widerstrebt, dass schwerste in den letzten Tagen begangene Verfehlungen ungesühnt bleiben, wenn sie nicht gerade ein kriminelles Delikt sind, so ist doch die Unterbrechnung der Strafzeit durch den Arrest und die Vollstreckung des Arrestes über den Ablauf der Strafzeit hinaus unzulässig. Auch eine gesetzliche Regelung würde daran, wie Wirth meint, nichts ändern. Eine Freiheitsstrafe, - denn die Verlängerung der Strafzeit und die ähnlichen Massnahmen sind in ihren Auswirkungen Freiheitsstrafen -, darf in einem Rechtsstaat nicht durch eine Verwaltungsmassnahme, sondern nur durch Urteilsspruch eines unabhängigen Richters ausgesprochen werden. Die Strafvollzugsorgane sollen zwar den Inhalt der Strafe im einzelnen festlegen, niemals aber steht ihnen eine Bestimmung der Strafdauer über das vom Richter festgesetzte Mass hinaus zu.⁵⁷⁾

Die Verlängerung der Strafzeit in einer der beiden Formen kommt deshalb als Disziplinarstrafe nicht in Betracht, wenn auch eine derart wirkungsvolle Strafe erwünscht wäre. Die bedauerlichen Einzelfälle von Übertretungen, die wegen des Ablaufs der Strafzeit nicht mehr bestraft werden können, müssen in Kauf genommen werden, wenn man nicht einen rechtsstaatlichen Grundsatz erschüttern will. Die Streichung des Straferlasses, wie ihn England kennt, wäre ein rechtlich unbedenklicher, gut geeigneter Ersatz.

Unstatthaft ist es jedenfalls eine ausgesprochene Disziplinarstrafe, die wegen der Entlassung des Bestraften nicht mehr vollzogen werden konnte, in einer anschliessenden Untersuchungshaft oder in einer späteren Strafzeit zu vollziehen. Einem Vollzug solcher Strafen während der Dauer einer unmittelbaren Anschlussstrafe stehen jedoch keine Bedenken entgegen.⁵⁸⁾

57) Vgl. dazu auch Starke, aaO., S. 178.

58) Dazu Starke, aaO., S. 179.

i) Einsame Einsperrung oder Arrest.

aa) Frühere und derzeitige Anwendung.

Die einsame Einsperrung in die Einzelzelle, in Deutschland Arrest genannt, ist in allen untersuchten Ländern, mit Ausnahme Russland (dort schickt man stattdessen den Gefangenen in die Disziplinarcolonie, wo er schwer arbeiten muss), als Disziplinarstrafe vorgesehen. In ihrer Ausgestaltung und Dauer ist sie im einzelnen jedoch sehr unterschiedlich. Diese beiden Tatsachen zeigen, dass der Arrest nicht nur früher als Hauptstrafe unter den Disziplinarstrafen angesehen wurde⁵⁹⁾, sondern dass er auch heute noch als ein Eckpfeiler des Disziplinarstrafsystems angesehen wird. Arrest sollte früher den Faulen oder Ungehorsamen, Dunkelarrest den Widerspenstigen zu Einsicht und Besinnung bringen. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges ist jedoch auch hier ein grundlegender Wandel eingetreten. Die Arreststrafe besteht zwar immer noch als scharfe Strafe für schwere Vergehen, ihre Anwendung ist jedoch stark zurückgegangen. In Deutschland wird der Arrest nur bei wirklich schweren Verstößen gegen die Ordnung verhängt und hat dann, weil mit Wasser und Brot und hartem Lager verbunden, als Strafe, die dem Schuldigen ein zusätzliches körperliches Übel auferlegen will, einen ausgesprochenen Vergeltungscharakter. Andere Länder, wie z.B. England, Schweden, Spanien, Jugoslawien, Türkei und Chile sind davon abgekommen und verhängen nur die einfache Einsperrung in eine Einzelzelle, die in einigen Staaten allerdings durch Auferlegung weiterer Strafen geschärft werden kann. Diese blosse Absonderung, wie z.B. in Jugoslawien die Bezeichnung für diese Strafe ist, des Gefangenen von der Gemeinschaft bezweckt lediglich eine psychische Wirkung auf ihn und kann eine echte Erziehungswirkung haben.

59) Der Arrest war die am häufigsten angewandte Disziplinarstrafe. 1923 z.B. wurden in den preussischen Gefängnissen 60% und in den Zuchthäusern 62,3% aller Disziplinarverstöße mit geschärftem Arrest bestraft. Vgl. dazu Starke, aaO., S. 77 Anm. 25.

Vielfach ist jedoch die einsame Einsperrung oft zwangsweise mit anderen Übeln verbunden, z.B. in Luxemburg mit hartem Lager. In Belgien und Ägypten mit Kostschmälerung. Die Niederlande, Finnland, Norwegen, Dänemark und Cuba sehen die Einsperrung in eine Strafzelle vor, die sich von der normalen Zelle durch schlechteres Licht und andere Nachteile unterscheidet. Diese Verbindung mit anderen Übeln, mögen sie zum Teil auch sehr gering sein, wird zwar die körperliche Wirkung auf den Gefangenen erhöhen und daher strafender wirken, jedoch dürfte die erzieherische Wirkung der Absonderung dadurch nicht erhöht, sondern eher noch vermindert werden. Das gleiche gilt für die anderen in den meisten Ländern anwendbaren Verschärfungen des Arrestes durch Wasser und Brot oder hartes Lager. Neben diesen allgemein üblichen gibt es in Frankreich noch den Entzug des Schemels und in Chile die Einsperrung in eine Zelle mit einem Hocker als einzigem Möbelstück für 14 Tage.

bb) Wert als Disziplinarstrafe und künftige Ausgestaltung.

Der Arrest besitzt heute nicht mehr die Wirkung auf den Gefangenen, die er früher hatte. Hartnäckige Gefangene sitzen auch Wochen, ohne beeindruckt zu sein. Wirklich getroffen werden sie zum Teil nur durch den Fortfall des Taschengeldes und den Entzug des Tabaks. Bei ihnen von erzieherischer Wirkung des Arrestes zu reden, wäre ein Ausserachtlassen der tatsächlichen Ergebnisse. Für solche Fälle ist der Arrest auch wirklich nur das, als was er heute überwiegend im deutschen Vollzug angewandt wird: Ein strafendes Übel, das hauptsächlich körperliche Schmerzen zufügt.

Es darf jedoch nicht verkannt werden, dass besonders bei Gemeinschaftshaft die psychische Wirkung der Absonderung auf den Gefangenen die körperliche Einwirkung weit übertrifft. Für die Gemeinschaftshaft kann also die Absonderung eine empfindliche Hausstrafe mit erzieherischer Wirkung sein. In offenen und halboffenen Anstalten wird sie in der Zukunft wieder an Bedeutung gewinnen. Der Arrest sollte deshalb in einem neuen Disziplinarstrafsystem

nicht nur aus traditionellen Gründen einen Platz besitzen, sondern vor allem deshalb, weil die zunehmend grosszügigere Behandlung der Gefangenen im Vollzug sein Gewicht als Hausstrafe und seine erzieherische Wirkung erhöhen wird.

Die Ausgestaltung des Arrestes oder besser der Absonderung oder einsamen Einsperrung bedarf jedoch einer grundlegenden Umstellung. Als Grundtypus der einsamen Einsperrung wird die blosse Absonderung mit oder ohne Arbeit in einer einfachen Zelle ohne besondere Bequemlichkeiten oder Ausschmückungen anzuraten sein. Für die Zeit der Absonderung sind dem Gefangenen Literatur, Briefwechsel, Pakete, Besuche und die Einkaufserlaubnis entzogen. So ist auch die Grundform des Arrestes in Frankreich geregelt. Als Verschärfung könnte dann der Entzug des Mittagessens und des Bettes an 4 Tagen der Woche treten. Stärkere Verschärfungen können nicht empfohlen werden.

Beachtung verdient auch die in Holland für höchstens vier Wochen zulässige einsame Einsperrung während der Freizeit. Diese Strafe könnte in offenen oder Halboffenen Anstalten sehr wirkungsvoll sein. Wenn Vielleicht auch in Einzelfällen nur zum Ausschlafen benutzt, so erscheint doch der Freizeitarrrest für diese Anstalten als durchaus geeignetes Disziplinarstrafmittel, und seine Anwendung ist nachahmenswert.

Die zulässige Höchstdauer der einsamen Einsperrung ist in den einzelnen Staaten ausserordentlich unterschiedlich. Sie liegt meist zwischen 14 Tagen und einem Monat. Z.B. England, Schweden, Niederlande 4 Wochen, Chile einen Monat, Spanien 24 Tage, Jugoslawien 14 Tage, Türkei 15 Tage, Schweiz zwischen 20-30 Tagen. Unter dieser Grenze liegen nur Kanada mit 3, Luxemburg mit 7 und Belgien mit 9 Tagen. Darüber Frankreich, Italien und Dänemark mit drei Monaten und Cuba ohne zeitliche Begrenzung.⁶⁰⁾

Für die Höchstdauer des Arrestes erscheinen 14-20 Tage angemessen, weil danach wieder eine Gewöhnung an den bestehenden Zustand eintritt, die Wirkung auf den Gefangenen also abnimmt und ihn eher abstumpft oder verhärtet,

60) Abgesehen von den USA, wo die einsame Einsperrung zum Teil (Idaho) über ein Jahr dauern kann.

als ihn zur Besinnung bringt. In England wird der Arrest meist nur bis zu 3 Tagen verhängt. Auch in der Schweiz wird fast nie das Höchstmass von 20 Tagen in Anspruch genommen. Die extrem langen Arreststrafen einiger Länder sind Ausnahmeerscheinungen und nicht nachahmenswert. Der deutsche Vollzug sollte deshalb mit 20 Tagen als Höchstdauer auskommen und die jetzt noch z.T. übliche 4 Wochen-Strafe abschaffen.

Der zu Arrest verurteilte Gefangene sollte täglich von einem leitenden Beamten und mindestens zweimal in der Woche vom Arzt aufgesucht werden.

cc) Dunkelarrest.

Erwähnt werden muss jedoch auch andererseits, dass in einigen Staaten der Dunkelarrest noch zulässig ist. So in Frankreich für 2 mal 48 Stunden, in Belgien bis zu 9 Tagen, in Belgisch-Kongo auch gegen nicht eingeborene Gefangene bis zu einem Monat, in der Schweiz von unterschiedlicher Dauer bis zu 20 Tagen. In Basel-Stadt ist man von der ausserordentlich raschen und durchschlagenden Wirkung des Dunkelarrestes überzeugt und hat ihn deshalb auch im Entwurf von 1956 für 3 mal 24 Stunden beibehalten.⁶¹⁾

Die Wirkung des Dunkelarrestes mag sehr gross sein, eine Wiedereinführung in Deutschland erscheint jedoch aus humanen und psychologischen Gesichtspunkten nicht angebracht.

dd) Unzulässige Verschärfung.

Zu einer individuellen Anwendung der Arreststrafe muss der Strafbefugte die Möglichkeit haben, beliebige Erleichterungen zuzulassen. Die festgelegte Höchstgrenze darf jedoch auch auf Umwegen nicht überschritten werden. Z.B. ist die zur Zeit in Bremen und Hamburg geübte Praxis abzulehnen, dem Gefangenen für die Zeit, die er im Arrest sitzt, die Haftkosten vom künftigen Taschengeld abzuziehen.

61) Tatsächlich angewandt wird er allerdings nur in Ausnahmefällen.

Je nach der Höhe des Hausgeldes und der Dauer des Arrestes muss der Gefangene dann oft jahrelang arbeiten, ohne ein Taschengeld zu erhalten. Dass dem Gefangenen, der nicht arbeitet, die Haftkosten auferlegt werden, ist selbstverständlich. Diese müssen dann aber auch auf die bisher übliche Weise eingetrieben werden. Der verfügbare Teil des Arbeitsentgelts darf nur insoweit zur Abdeckung der Haftkosten verwendet werden, als er zulässigerweise entzogen werden darf (z.Zt. zwischen 4 Wochen und 3 Monaten). Die angewandte Methode, die praktisch das Hausgeld oft für Jahre entzieht, ist einmal aus arbeitserzieherischen Gründen abzulehnen, zum anderen bedeutet sie eine unzulässige Verschärfung des Arrestes und seine Nachwirkung für eine zeitliche Dauer, die niemals im Sinne einer Disziplinarstrafe liegen kann und deshalb auch nicht vorgesehen war.

k) Die körperliche Züchtigung und andere Disziplinarstrafen.

In einigen Staaten bestehen noch Disziplinarstrafen, die im allgemeinen nur als Überbleibsel aus dem Mittelalter des Vollzugs bezeichnet werden. Sie kommen für eine Aufnahme in ein deutsches Strafvollzugsgesetz ernsthaft nicht in Betracht, sondern besitzen fast nur historisches Interesse. Für ihren Vergleich erscheint deshalb eine begründete Wertung unnötig.

aa) Der Disziplinarsaal in Frankreich.

Im *salle de discipline* stehen die Gefangenen unter ständiger Bewachung. Sie marschieren von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang auf Holzschuhen im Gleichschritt und in Reihe im Raum herum. Alle halben Stunden wird der Marsch von einer 1/4 stündigen Ruhepause unterbrochen, während der die Gefangenen unbeweglich und schweigsam auf Holz- oder Steinwürfeln in hinreichendem Abstand voneinander sitzen. Die Mahlzeiten werden während der Pausen eingenommen. Sie bestehen aus Suppe und Brot. Diese Strafe kann bis zu einer Höchstdauer von 90 Tagen verhängt werden. Der Gebrauch des Disziplinarsaals, der

zu einer völligen geistigen und körperlichen Erschöpfung des Gefangenen führt, ist in den letzten Jahren praktisch aufgegeben worden, jedoch immer noch zulässig.

bb) Kettenstrafe oder Fesselung.

In wenigen Staaten ist eine Fesselung von Gefangenen nicht nur als besonderes Zwangsmittel sondern auch in der Reihe der zulässigen Disziplinarstrafen angeführt. Gleichwohl dürfte aber auch hier der Gebrauch dieser Massnahmen keinen strafenden, sondern nur einen sichernden Charakter gegenüber gefährlichen oder tobenden Gefangenen haben, wie das aus den entsprechenden Bestimmungen hervorgeht. Ausser der Türkei gibt es in Belgisch-Kongo (gegen nichteingeborene Gefangene das Anlegen von Handfesseln. In der Schweiz nur noch im Kanton Basel. Der Entwurf der neuen Hausordnung von 1956 hat zwar stillschweigend darauf verzichtet, die Ketten werden jedoch gleichwohl für alle Fälle in Bereitschaft gehalten. In Basel wurden allerdings zum letzten Mal 1925 einem Gefangenen Ketten zur Beruhigung angelegt. Die Niederlande sehen das Anlegen von Fesseln für höchstens 14 Tage vor. Ein Krummschliessen ist erlaubt. Diese Massnahme hat allem Anschein nach hier einen Strafcharakter, sie wird jedoch ebenfalls nur in besonderen Fällen der Gewalttätigkeit und nicht etwa wegen anderer Disziplinarvergehen verhängt werden.

cc) Prügelstrafe.

Eine körperliche Züchtigung in Form von Peitschen- oder Rutenhieben ist noch zulässig in England, Australien, den USA, Ägypten und Belgisch-Kongo (nur gegen eingeborene Gefangene), die Höchstzahl der Hiebe beträgt in England 18, in Belgisch-Kongo 4, USA bis 25.

dd) Andere Strafen.

In den USA gibt es als weitere körperliche Strafe noch das Stehen für längere Zeit auf einer Tonne. Texas verhängt als Disziplinarstrafe noch das Tragen von gestreifter Kleidung, was jedoch mehr oder weniger eine Ehrenstrafe ist. Anders schon die ähnliche Strafe in Indien und Pakistan. Hier kann der Gefangene zur Strafe

bis zu drei Monaten mit Kleidung aus Jute oder anderem groben Material versehen werden, was natürlich sehr unangenehm auf den Körper des Betreffenden wirkt. Zu erwähnen ist auch noch die "hot box" in Kansas, die mittels einer Dampfheizung auf eine hohe Temperatur gebracht werden kann.

V. Besondere Bestimmungen im Zusammenhang mit den Disziplinarstrafen.

1. Verbindung mehrerer Hausstrafen miteinander.

Die Zulässigkeit der Verbindung mehrerer Hausstrafen ist ausdrücklich in den Vollzugsordnungen Englands, der Niederlande, Jugoslawiens, Norwegens, der Schweiz und Dänemarks gestattet. In den anderen Ländern ist eine beliebige Kumulierung der Strafen nicht ausdrücklich verboten. Sie wird deshalb mit grosser Wahrscheinlichkeit auch dort geübt werden. Eine Ausnahme dürften nur Italien, Finnland, die Türkei, Indien und Pakisten bilden. Für Italien kommt eine Verbindung mehrerer Strafen deshalb nicht in Betracht, weil die strafgesetzbuchmässige Normierung des Disziplinarrechts ein solches Vorgehen nicht zulässt. Finnland sieht nur die Verbindung zweier Disziplinar massnahmen als zulässig an, jedoch nicht die schweren miteinander, sondern nur schwere und leichtere Strafen. In der Türkei ist lediglich die zulässige Verbindung der Besuchs- und der Korrespondenzsperre erwähnt. Andere Verbindungen sind also ausgeschlossen. Ebenso ist es in Indien und Pakisten nicht zulässig, bestimmte Strafen miteinander zu verbinden.

Für einen wirksamen und zweckmässigen Einsatz der Hausstrafen ist es geradezu erforderlich, dass sie in beliebiger Weise miteinander verbunden werden können. Auch der Grundtyp der Arreststrafe sollte so ausgestaltet sein, dass durch eine Verbindung mit anderen Strafen eine vielfache Abstufung erreicht werden kann. Der Strafen- de soll in der Häufung der Strafen nicht gebunden oder beschränkt sein, nur so kann er die für den einzelnen Gefangenen individuell wirksamste Strafe verhängen.

Den deutschen Vollzugsordnungen ist diese Verbindungsmöglichkeit nicht fremd. Dass sie bei einer Neufassung der Normen beibehalten wird, dürfte selbstverständlich sein. Dem Inhaber der Disziplinarstrafgewalt ist damit ein Mittel zur Individualisierung der Hausstrafe in die Hand gegeben, das er nicht so ungenutzt lassen sollte wie bisher. Ein starker Gebrauch von Häufungen ermöglicht es, die zu verhängenden Strafen ganz auf die Schwere des Verstosses und die Mentalität des Gefangenen abzustellen, um so ein Höchstmass an erzieherischer Wirkung zu erreichen. Beispielhaft sollte in dieser Beziehung England sein, wo kaum eine Strafe allein verhängt wird. Bei einer Häufung mehrerer Strafen sollte es infolge der Strenge der Strafe auch möglich sein, von langen und überlangen Strafen abzukommen, die in ihrem letzten Teil von dem Gefangenen nur als Unrecht empfunden werden und ihn erbittern. Die kurze aber strenge Disziplinarstrafe dürfte die bessere sein. Sie ist wirksamer, erzieherischer und hinterlässt bei dem Gefangenen selten das Gefühl des erlittenen Unrechts so stark wie eine lange.

2. Rückfall.

Als einziges Land legt Italien fest, wann ein Gefangener disziplinarisch rückfällig wird. Eine Rückfälligkeit liegt danach vor, wenn ein Gefangener mit einer Hausstrafe belegt wurde und innerhalb einer bestimmten Frist nach dieser Bestrafung erneut eine Verfehlung begeht. Die Frist richtet sich nach der neuen Verfehlung. Sie beträgt drei Monate bei den leichteren und ein Jahr bei den schwereren. Abgesehen davon, dass bei der Bestimmung der Rückfälligkeit auch die Schwere der früheren Tat mit in Erwägung gezogen werden müsste, erscheint es nicht angebracht, eine disziplinarische Rückfälligkeit überhaupt zu normieren. Wird ein Gefangener erneut disziplinarisch straffällig, so wird der Inhaber der Disziplinargewalt bei der neuen Bestrafung neben den anderen Fakten auch die früheren Disziplinarverstösse des Gefangenen in Erwägung ziehen. Es wäre verkehrt, den Strafenden beim Verhängen der neuen Strafe an eine Rückfallsbestimmung zu binden, und ihm damit die Möglichkeit einer individuellen

Strafe zu beschränken. Rückfallbestimmungen im Disziplinarrecht sind deshalb nicht nur entbehrlich, sondern geradezu fehl am Platze. Man kann es ohne Bedenken dem Strafenden überlassen, inwieweit ein früherer Ordnungsverstoss des Gefangenen erschwerend auf die neue Strafe wirkt, denn der subjektive Tatbestand und überhaupt die Einstellung des Gefangenen zur Ordnung der Anstalt spielen bei der Zumessung einer Disziplinarstrafe eine wesentlich grössere Rolle als bei der Kriminalstrafe. Die Festlegung schematischer Fristen dürfte also nur schädlich sein.

3. Bedingte Verhängung einer Strafe, Aussetzung oder Unterbrechung des Vollzugs und Erlass.

Je nach der Ausführlichkeit der einzelnen Vollzugsordnungen sind in ihnen auch Bestimmungen über bedingte Verhängung, Aussetzung oder Unterbrechung und Erlass enthalten. Italien kennt die Aussetzung der Strafe bei nicht rückfälligen Gefangenen, die Unterbrechung krankheits halber und die Unterbrechung des Vollzugs der Hausstrafe aus gerechtfertigten Gründen. Begeht ein Gefangener innerhalb von drei Monaten eine neue Verfehlung, wird auch die alte Strafe vollstreckt. Im anderen Falle wird der Vollzug der alten Strafe gestrichen. Als Besonderheit gibt es in Italien noch den ganzen oder teilweisen Erlass von Hausstrafen anlässlich besonderer vaterländischer Ereignisse.

In England kann jede Disziplinarstrafe, ausser der Verwarnung und dem Verlust des Straferlasses, während ihres Vollzugs verkürzt oder gemildert werden. Frankreich sieht nur eine bedingte Verhängung aller Strafen mit Ausnahme der Geldstrafe vor. Ebenfalls gibt es in den Niederlanden Milderung oder Verkürzung während des Vollzugs, bedingte Verhängung oder die Umwandlung eines noch nicht vollstreckten Teiles der Strafe in eine bedingte. Bei der Überführung in eine andere Anstalt soll stets eine derartige Umwandlung erwogen werden. Die Bewährungszeit dauert sechs Monate. Auch in der Schweiz ist eine bedingte Verhängung zulässig.

Bedingte Verhängung, Aussetzung, Unterbrechung, Milderung oder Umwandlung während des Vollzugs oder auch

der völlige Erlass dürften auch in den Staaten zulässig sein, in denen dies in den Vollzugsnormen nicht ausdrücklich erwähnt ist, denn diese Möglichkeit ist eine selbstverständliche Folge der disziplinareren Strafgewalt.

Wer die Macht hat, Disziplinarstrafen zu verhängen, kann sie auch aufheben oder mildern. Es gibt keine Rechtskraft wie beim richterlichen Urteil, die die einmal ausgesprochene Strafe unumstösslich macht.

Eine bedingte Bestrafung sollte namentlich bei allen Erstverstössen erwogen werden. Diese hat bei beeinflussbaren und nicht völlig unzugänglichen Gefangenen die gleiche Wirkung wie eine unbedingt verhängte Strafe. Der Zweck der Bestrafung ist damit völlig erreicht. In einer derartigen Bestimmung sollte auch die Dauer der Bewährungszeit festgelegt werden, nach der ein Vollzug nicht mehr möglich ist. Diese Frist dürfte zweckmässig zwischen 4 und 6 Monaten liegen. Eine längere Ausdehnung erscheint nicht angebracht, die Schwebezeit wäre sonst zu lang. Nach Ablauf der Frist kann das frühere Vergehen nur noch bei der Zumessung der neuen Strafen berücksichtigt werden. Einer nachträglichen Verlängerung der Probe- oder Bewährungszeit, wie sie der deutsche Vollzug kennt, kann nicht unbedingt zugestimmt werden. Die Ungewissheit darf nicht unendlich verlängert werden. Eine verschieden lange Probezeit, je nach der Schwere des Verstosses, kann jedoch ohne Bedenken festgelegt werden.

Bei vielen Gefangenen wird jedoch eine bedingte Strafe nicht angebracht sein. Bei einer etwaigen Unsicherheit hinsichtlich ihrer Wirkung sollten aber auch keine Experimente gemacht werden, sondern eine unbedingte Strafe ausgesprochen werden. Zeigt sich dann eine gute Wirkung der Strafe, so besteht immer noch die Möglichkeit einer Milderung oder einer nachträglichen Umwandlung des noch nicht vollstreckten Teiles in eine bedingte Strafe. Davon wird in der Praxis oft zu wenig Gebrauch gemacht. Für den Strafenden darf der Fall mit dem Ausspruch der Strafe nicht erledigt sein. Wenn der Schock seine Wirkung getan hat, soll man sich nicht scheuen, den Vollzug der Hausstrafe zu unterbrechen. Nur in den wenigsten Fällen werden die Gefangenen eine derartige Nachsicht als

Schwäche auslegen, die meisten werden sie als dankbar empfinden und froh sein, noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen zu sein.

Um die Zulässigkeit solcher Massnahmen zu unterstreichen, erscheint die Aufnahme über Bestimmungen über bedingte Verhängung, Aussetzung, Unterbrechnung, nachträglicher Milderung oder Erlass der Strafe in ein Vollzugsgesetz angebracht.

4. Sofortige Vollstreckung.

Eine Bestimmung über eine sofortige Vollstreckung ausgesprochener Strafen existiert nur in den wenigsten ausländischen Regelungen, weil dies eine der selbstverständlichsten Grundregeln jeder disziplinarischen Bestrafung ist. Nur die sofortige Vollstreckung sichert der Strafe ihre grösstmögliche Wirkung. Die Zeit wirkt bei allen Gefangenen rechtfertigend, sie finden mehr Entschuldigungen für sich selbst und vergessen die Schwere ihres Verstosses. Nach einer gewissen Zeit wird jeder Gefangene die spät vollzogene Strafe als zu hart empfinden und eine entsprechende Reaktion zeigen. Eine nicht sofort vollzogene Strafe wird den Gefangenen meist nicht bessern, sondern nur verstocken und wütend machen. Die Bestimmung in den deutschen Vollzugsordnungen, dass die Hausstrafen in der Regel sofort zu vollstrecken sind, ist deshalb beizubehalten.

5. Absonderung und Verwahrung.

Gefangene, welche sich eines nicht gerade harmlosen Verstosses gegen die Anstaltsordnung schuldig machen, sollten augenblicklich von den anderen Gefangenen absondert und in besondere Verwahrung genommen werden. Diese Massnahme ist unverzüglich nach dem Ordnungsbruch und möglichst an jedem Ort, auch ausserhalb der Anstalt bei der Arbeit, zu ergreifen. Die sofortige Reaktion der Anstaltsgewalt auf einen Verstoss wird ihre Wirkung weder auf den Übeltäter noch auf die anderen Gefangenen verfehlen. Jeder sieht, dass augenblicklich etwas

geschieht! Damit ein derartiges Vorgehen ermöglicht wird, muss dem aufsichtsführenden Beamten das Recht zustehen, einen gegen die Gefängnisordnung gröblich verstossenden Gefangenen augenblicklich abzuführen und in eine Arrestzelle zu sperren. Danach ist unverzüglich der Anstaltsleiter zu benachrichtigen, der dann über den weiteren Verbleib des Gefangenen bestimmt. Eine derartige Bestimmung fehlt zwar in vielen ausländischen Regelungen, doch dürfte praktisch überall in dieser Weise verfahren werden. In der Neuregelung der deutschen Vollzugsnormen sollte eine Bestimmung nicht fehlen, die bei Ordnungsverstössen jedem Aufsichtsbeamten das Recht gibt, den Gefangenen kurzfristig abzusondern.

Auch wenn der Direktor bis zur Ermittlung des Tatbestandes unter Verhängung der Strafe einen Verbleib des Gefangenen in der Arrestzelle anordnet, der Gefangene quasi in Untersuchungshaft ist, darf dieser Zustand nicht beliebig lange andauern. Eine Frist dafür sollte jedoch nicht festgelegt werden, weil sich gerade bei schweren Fällen die Ermittlungen über mehrere Tage erstrecken können und eine Absonderung unbedingt nötig ist. Der Anstaltsleiter soll jedoch verpflichtet sein, die Ermittlungen unverzüglich aufzunehmen und nach Abschluss die Hausstrafe zu verhängen.

6. Rücksicht auf den Gesundheitszustand.

In keiner der ausführlicheren Vollzugsordnungen fehlen Bestimmungen, die verlangen, dass bei dem Vollzug von Hausstrafen auf den Gesundheitszustand des bestraften Gefangenen Rücksicht zu nehmen ist. Damit wird nur allgemeinen Geboten der Menschlichkeit und der Vernunft Rechnung getragen. Die Hausstrafen haben nicht den Sinn, den Gefangenen körperlich zu schwächen oder seinen Gesundheitszustand schädlich zu beeinflussen. Eine Bestimmung, die besagt, dass bei dem Vollzug aller Hausstrafen die Gesundheit des Gefangenen nicht beeinträchtigt werden darf, und dass deshalb der Vollzug gegebenenfalls auszusetzen, zu unterbrechen oder die Strafe zu mildern ist, ist deshalb im Disziplinarrecht angebracht. Ganz besonders sind derartige Schutzbestimmungen bei Arrest und Kostschmälerung er-

forderlich. Gegenüber schwangeren Frauen, Wöchnerinnen und stillenden Müttern ist eine ganz besondere Rücksichtnahme geboten. Ihnen gegenüber sollte statt Strafzelle nur die einsame Einsperrung in eine normale Zelle und kein hartes Lager oder Kostschmälerung zulässig sein. Ihr seelischer Zustand sollte bei der Verhängung von Disziplinarstrafen mehr als gewöhnlich ins Gewicht fallen. Auch gegenüber Jugendlichen und Gefangenen über 60 Jahre sind Kostschmälerung nicht und Arrest nur für verkürzte Dauer angebracht. Hartes Lager ist für ältere Leute eine Quälerei, wenn man es nicht überhaupt abschaffen will, so sollte sein Gebrauch gegen Gefangene von einem bestimmten Alter ab untersagt werden.

Wenngleich man eine Befolgung solcher Grundsätze durch die Vollzugsbehörden auch ohne Normierung voraussetzen darf, so ist doch die Aufnahme entsprechender Bestimmungen in ein Vollzugsgesetz unerlässlich, um Missgriffen, ausnahmsweiser Unvernunft und gesundheitsschädigender Härte vorzubeugen und sie zu verhindern.

7. Die Aburteilung mehrerer Vergehen.

Als einziges Land sieht Schweden vor, dass für mehrere vorliegende Verfehlungen eine einheitliche Bestrafung zu erfolgen hat. Ein Grundsatz, der im Strafrecht nicht mehr wegzudenken ist und wohl auch im Disziplinarrecht überall angewandt wird, weil er selbstverständlich ist. Um jedoch eine Umgehung der zulässigen Höchstgrenzen der Hausstrafen auf alle Fälle zu verhindern, erscheint die Aufnahme einer solchen Bestimmung in die Vollzugsnormen angebracht. Es ist dies kein Misstrauen dem Disziplinarstrafberechtigten gegenüber oder eine Einschränkung seiner Gewalt, sondern es ist nur zu einer erschöpfenden Regelung, die keine grösseren Zweifel zulassen soll, erforderlich.

VI. Zwangs- und Sicherungsmassnahmen.

1. Im Ausland.

Die unbedingterforderlichen Zwangs- und Sicherungsmassnahmen sind nur von wenigen Ländern in den Disziplinarbestimmungen erfasst. In England sind sie sehr ausführlich in einem besonderen Abschnitt geregelt. Es dürfen nur

solche Zwangsmittel verwendet werden, die von der obersten Gefängnisbehörde zugelassen sind. Erlaubt sind Fesselung und Unterbringung in einer Beruhigungszelle. Ein Gefangener darf nur solange gefesselt werden, wie die Sicherheit es erfordert oder für nicht länger als 24 Stunden, es sei denn, dass eine schriftliche Anordnung des visiting committee oder des Commissioner vorliegt. In der Beruhigungszelle darf der Gefangene nicht mehr gehalten werden, wenn er sich wieder beruhigt hat. Frankreich erlaubt das Anlegen von Fesseln bei Empörung und Widersetzlichkeit oder auf Transporten. Handfesseln dürfen dem Gefangenen jedoch nicht während der Nachtruhe oder der Mahlzeiten angelegt sein. Das Anlegen einer Zwangsjacke kann nur vom Arzt angeordnet werden. Schweden sieht zur Unterdrückung eines gewaltsamen Auftritts, oder wenn die Sicherheit der Anstalt es sonst erfordert, die Absonderung oder geeignete Fesseln, zu denen auch die Zwangsjacke gehört, vor. Cuba verbietet zwar Gewaltakte und Misshandlungen, erlaubt jedoch bei Zuchtlosigkeiten die zur Wiederherstellung der Ordnung unumgängliche Gewalt, ohne einzelne Massnahmen näher anzuführen. In Dänemark ist bestimmt, dass Zwangsjacke, Fesseln, Unterbringung in eine Sicherungszelle und andere Sicherungsmittel, in dem für den Zweck gebotenen Umfang angewandt werden dürfen, um Gewalt abzuwehren, Widerstand zu brechen oder Entweichungen vorzubeugen. Eine Unterbringung in der Sicherungszelle über drei Monate bedarf jedoch der Genehmigung des Justizministers. Italien sieht in Fällen unbedingter Notwendigkeit die Anwendung des Sicherheitsgürtels vor, eine Mitwirkung des Arztes ist vorgeschrieben. In Luxemburg kann gegen widerspenstige Gefangene die Zwangsjacke gebraucht werden.

2. Notwendigkeit und Anwendung.

Gewalttätige Widersetzlichkeiten ständig Aufsässiger, tobende Ausbrüche nervlich Überanstrengter, drohende Entweichungen, Selbstmordversuche und andere gefährliche Ordnungsbrüche machen zur Aufrechterhaltung der Ordnung, zum Schutz von Personal und Gefangenen und zur Verhinderung von Zerstörungen oder Beschädigungen die Anwendung besonderer Zwangs- und Sicherungsmassnahmen erforderlich.

Sie sind von den Disziplinarstrafen streng zu unterscheiden, weil sie nicht Strafe, sondern nur eine Sicherung sein sollen. Ihrem Zweck entsprechend dürfen sie nicht zur Peinigung der Gefangenen gebraucht werden, und sie dürfen nicht länger angewendet werden, als dies für die Sicherung unbedingt notwendig ist. Wenn auch viele Staaten Zwangs- oder Sicherungsmassnahmen in den Vollzugs- oder Hausordnungen nicht anführen und in anderen die Regelung sehr unterschiedlich ist, so sind diese Grundsätze doch überall anerkannt. Die Anwendung solcher Massnahmen ist auch im humanen Strafvollzug nicht wegzudenken, sie wird aber nur in seltenen Fällen und bei unbedingter Notwendigkeit vorkommen, wobei die einzelnen Mittel verhältnismässig milde sind und bei den Gefangenen keine gesundheitlichen Schäden hervorrufen dürfen. In Betracht kommt eine Anwendung namentlich bei groben gewalttätigen Auflehnungen gegen die Anstaltsdisziplin, bei Toben und Schreien von Gefangenen, das psychisch bedingt ist und oft von einer Zerstörungswut begleitet wird, die sich an der Anstaltseinrichtung auslässt oder mit gefährlichen Angriffen gegen Beamte und Gefangene verbunden ist, bei Selbstmordversuchen und bei drohenden Fluchtversuchen. In allen diesen und ähnlichen Fällen sind das Leben und die Gesundheit der Beamten und der anderen Gefangenen und die Sicherheit und Ordnung der Anstalt Rechtsgüter, deren Schutz über die körperliche Unantastbarkeit des störenden Gefangenen geht und deshalb Massnahmen rechtfertigen, die weit über das Mass des normalen Vollzugszwanges hinausgehen und eine erhebliche Beeinträchtigung der körperlichen Freiheit für den Störer mit sich bringen. Die allgemein üblichen Mittel sind Unterbringung in einer Beruhigungszelle, Fesselung oder Zwangsjacke. Die deutschen Vollzugsordnungen, deren getroffene Bestimmungen über Sicherungsmassnahmen bedeutend erschöpfender und ausführlicher sind, als die vergleichbaren ausländischen Regelungen, sehen noch die Entziehung von Einrichtungsgegenständen oder Bekleidungsstücken vor, deren Missbrauch zu befürchten ist oder die geeignet sind, einen Flucht- oder Selbstmordversuch zu fördern, weiter die wiederholte Beobachtung bei Nacht, wenn möglich, verbunden mit der Beleuchtung der

Zelle. Alle diese Vorbeugungs- und Abwehrmassnahmen sollen die Sicherheit und Ordnung der Anstalt in jedem Falle gewährleisten. Sie erscheinen dazu ausreichend und es besteht nicht das Bedürfnis nach strengeren oder härteren Mitteln.

Bei den meisten Gefangenen, die Anlass zu einem solchen Eingreifen geben, ist oft ein geistiger Fehlschluss die Ursache ihres Verhaltens. Die Massnahmen sollen deshalb nur für die unbedingt notwendige Zeit aufrecht erhalten werden, um die krankhafte Reizung nicht noch zu verstärken. Sie sind ausserdem mit möglichster Rücksicht auf den Gefangenen anzuwenden. Wo dagegen nicht eine krankhafte Störung, sondern vorsätzliche Aufsässigkeit und Gewalttätigkeit die Ursache des Verhaltens sind, ist Rücksicht auf den Störer unangebracht, und der Widerstand mit erlaubter Härte und strengstem Zwang schnellstens zu brechen. In allen Fällen jedoch muss der Arzt einen entscheidenden Einfluss auf den Gebrauch der Zwangsmittel, vor allem aber auf ihre Aufhebung haben. Gefesselte Gefangene und solche, die in einer Beruhigungszelle untergebracht sind, sollen mindestens einmal täglich vom Arzt aufgesucht werden.

Ebenso erscheint eine Begrenzung der Dauer der Zwangsmassnahmen angebracht. Für eine Fesselung, die länger als zwei Tage andauern soll, und die Unterbringung in der Beruhigungszelle für länger als eine Woche sollte die Genehmigung der höheren Gefängnisbehörden erforderlich sein. Für die Fesselung ist dies heute schon in den meisten deutschen Ländern der Fall.

Dass bei der Fesselung nur eine solche für Hände und Füsse in Betracht kommt und Krummschliessen oder Anhalten an den Fussboden oder die Wände verboten ist, erscheint selbstverständlich. Derartige Methoden sind unnötige Quälereien, die zur Sicherheit nicht erforderlich sein dürften.

VII. Die Disziplinarstrafgewalt.

1. Vergleich der verschiedenen Regelungen.

Eine der wichtigsten Fragen des Disziplinarrechts und seit der Abschaffung der körperlichen Züchtigung bei jeder Neuordnung der umstrittenste Punkt ist die Frage, wem die Disziplinarstrafgewalt zustehen soll. Soll der Anstaltsleiter alleine zur Verhängung von Strafen berechtigt sein, eine Kommission, aus Beamten oder Privatpersonen bestehend, ein besonderes Gericht oder nur die obere Gefängnisbehörde?

Ein Vergleich der ausländischen Regelungen zeigt ein sehr verschiedenartiges Bild. Ausschliesslich beim Anstaltsleiter liegt die Strafbefugnis in den Niederlanden, Jugoslawien, Belgien, Chile und Tanganyika. In einer Reihe anderer Länder liegt die Strafbefugnis überwiegend in den Händen des Anstaltsleiters, sie ist ihm nur für die schwersten Bestrafungen entzogen. So kann z.B. in Russland der Entzug des erworbenen Strafnachlasses und die Überführung in eine entferntere oder strengere Anstalt nur von den oberen Gefängnisbehörden auf Vorschlag einer Aufsichtskommission verhängt werden. In Dänemark bedarf der Direktor nur zur Verlängerung der Strafzeit über ein Drittel und bei der Unterbringung in der Sicherheitszelle über drei Monate der Zustimmung des Justizministers. Eine stärkere Beschränkung der Strafgewalt des Direktors sieht Schweden vor. Hier wird zwar nur die Verlängerung der Strafzeit vom Zentralamt für Gefängniswesen ausgesprochen, doch hat der Anstaltsleiter alle Disziplinarstrafen dem Anstaltsausschuss zur Beratung vorzulegen, wenn möglich noch vor der Verhängung. Der Anstaltsausschuss besteht hier aus anstaltsfremden Personen. Ähnlich in Norwegen; Einzug des gutgeschriebenen Arbeitslohnes wird von der obersten Gefängnisbehörde verhängt. Hartes Lager und Wasser und Brot, Arrest und Verlängerung der Strafzeit über eine bestimmte Dauer muss der Direktor mit dem Gefängnisrat (aus Anstaltsbeamten bestehend) besprechen. Es entscheidet jedoch der Direktor allein. Der Gefängnisrat hat nur beratende Befugnisse. Ein lediglich beratender, aus Beamten bestehender Disziplinarrat besteht auch in den französi-

schen Zentralgefängnissen. Arreststrafen kann in Frankreich der Direktor nur bis zu 30 Tagen verhängen. Darüber hinaus ist der Bezirksdirektor und die zentrale Gefängnisbehörde zuständig. Es besteht hier also sogar eine dreistufige Einteilung der Disziplinargewalt. In der Schweiz besteht in einem Teil der Kantone die unbeschränkte Strafbefugnis des Direktors. In einem anderen ist der Ausspruch der länger dauernden Arreststrafen den höheren Behörden oder einer Aufsichtskommission vorbehalten. Eine Teilung der Strafbefugnis, wobei der Direktor nur die leichteren Strafen verhängen kann, und die schwereren nur von mehreren Personen ausgesprochen werden dürfen, finden wir weiter in Italien, wo diese Befugnisse der Disziplinarat (interne Zusammensetzung) hat, in England, hier werden die schärferen Massnahmen von einer externen Kommission (visiting committee oder board of visitors) oder den höheren Behörden (commissioner) ausgesprochen, in Australien nimmt diese Befugnisse der Generalinspekteur wahr. Noch weitergehend sind die Bestimmungen in Finnland, wo die schärferen Massnahmen vom Direktionsrat, der eine gemischte Zusammensetzung hat, dessen Vorsitz jedoch beim Direktor liegt, ausgesprochen werden, der Direktor aber auch zu den leichteren Strafen mit einem Mitglied des Rates Rücksprache nehmen muss. Ausserdem ist zu jeder Untersuchung einer Disziplinarstrafe ein Mitglied hinzuzuziehen. In der Türkei kann der Direktor nur Verweis, Besuchs- und Briefsperre verhängen, alle anderen Strafbefugnisse stehen nur dem Direktionsrat zu, der aus Anstaltsbeamten besteht und dessen Vorsitzender der Direktor ist. Genauso setzt sich der Direktionsrat in Cuba zusammen, der dort alle Strafbefugnisse hat, zur Streichung des Strafnachlasses und zur Strafversetzung jedoch die Zustimmung des Obersten Rates der Defensa Sociale und des letztverurteilenden Gerichts braucht. Völlig entzogen ist dem Direktor die Strafbefugnis in Luxemburg, wo sie vom Leiter der Gefängnisbehörde ausgeübt wird und der Anstaltsleiter nur ein Vorschlagsrecht hat.

Eine gewisse Beteiligung von Gefangenen am Disziplinarrecht gibt es zum Teil in USA, wo in Washington ein Disziplinar Komitee aus Gefangenen die Untersuchungen führt und ein Vorschlagsrecht für die Disziplinarstrafe hat.

Die gleiche Strafbefugnis wie der Direktor hat in Russland das sogen. Kameradengericht, das aus Gefangenen besteht.

Die Nebeneinanderstellung zeigt, dass die theoretisch denkbare Aufteilung der Disziplinarstrafgewalt auch praktisch in fast allen Abstufungen vorkommt. Die Skala reicht von der unbeschränkten Strafgewalt des Direktors bis zu seiner völligen Ausschaltung. Es ist jedoch zu erkennen, dass die Zahl der Länder, die dem Anstaltsleiter eine grössere Strafbefugnis zubilligen, überwiegt. Das System in Luxemburg scheint allein auf die Grösse des Landes zurückzuführen zu sein. Auch die Frage, ob die Strafbefugnis besser bei einer Einzelperson oder bei einem mehrköpfigem Ausschuss liegt, ist in der unterschiedlichsten Weise geregelt worden.

2. Beteiligung von Gefangenen am Disziplinarrecht.

Vor einer Untersuchung der Ansichten beider Systeme soll zunächst die Beteiligung Gefangener und die Strafbefugnis der Kameradengerichte betrachtet werden. Es ist möglich, dass in den Lagern Russlands diese Gerichte eine Aufgabe im Vollzug erfüllen können, für deutsche Verhältnisse erscheint eine derartige Einrichtung völlig undenkbar. Sie erinnert an die Selbstverwaltungsbestrebungen, die sich als undurchführbar und ungeeignet erwiesen haben. Ein Einfluss der Gefangenen auf die Disziplinalgewalt, wäre selbst dann nicht zu befürworten, wenn die Insassen der Vollzugsanstalten ausschliesslich Überzeugungs- und Fahrlässigkeitstäter wären.

Es ist ein verlockender Gedanke, einige Gefangene selbst an verantwortlichen Entscheidungen mitwirken zu lassen und dadurch erzieherisch auf alle einzuwirken. Manchem schwebt dabei das Idealbild eines Gerichtes, ausschliesslich aus Gefangenen bestehend, vor, in dessen Urteilen und Entscheidungen die anderen die unbedingte Gerechtigkeit sehen. Die in den USA gemachten Erfahrungen haben gezeigt, dass auch genau das Gegenteil eintreten kann, und sich die Gefangenen lieber der schärferen Strafe eines Beamten als einer milderen ihrer Mitgefangenen unterwerfen.

Auch die Verwendung von Gefangenen als Beisitzer oder Verteidiger, wie sie nach dem ersten Weltkrieg in Thüringen üblich war^{61a)}, wird tatsächlich mehr schaden als nützen und ist als ein Irrweg anzusehen. Wer soll schliesslich die Gefangenenrichter oder-Beisitzer auswählen? Werden sie vom Direktor ausgesucht, dann werden die anderen Gefangenen doch nur von Spitzeln und Verrätern sprechen, werden sie aber von den Gefangenen gewählt, so werden gerade die übelsten Elemente den grössten Einfluss auf eine solche Wahl ausüben und ihre Vertrauensleute vorschieben, womit vermutlich der Gerechtigkeit gegenüber den besserungsfähigen Gefangenen ein sehr schlechter Dienst erwiesen wäre. Wenn die Gefangenen tatsächlich die Fähigkeiten und den Willen hätten, sich selbst zu verwalten oder gerecht zu bestrafen, müssten sie also auch die Fähigkeit besitzen, sich einer bestehenden Ordnung zu unterwerfen und sie zu achten. In diesem Falle wären sie aber nicht in der Strafanstalt. Eine Ausnahme bildet nur ein ganz geringer Prozentsatz, der sich in der Zukunft noch vermindern wird, denn dem Fahrlässigkeitstäter und dem Erstverurteilten bleibt schon jetzt das Gefängnis weitgehend erspart. Die tatsächlichen Gegebenheiten und die Grenzen einer Resozialisierbarkeit dürfen nicht übersehen werden. In den Durchschnittsgefängnissen ist danach eine Beteiligung Gefangener an der Verhängung von Disziplinarstrafen schlechthin unmöglich und als Übertreibung und Verirrung der Demokratie abzulehnen.

In Deutschland waren nach dem Ersten Weltkrieg in Thüringen Gefangene als Beisitzer von Anstaltsgerichten oder als Verteidiger bei der Aburteilung von Disziplinarfällen tätig. Das Anstaltsgericht bestand aus dem Direktor, zwei Beamten-Beisitzern und zwei Gefangenen-Beisitzern, die von den Gefangenen der höchsten Stufe aus ihrer Mitte gewählt wurden. Als Verteidiger (Wahl-oder Pflichtverteidiger) konnten auch schon Gefangene der zweithöchsten Stufe tätig sein. Die Beisitzer hatten jedoch keine echte Disziplinarstrafbefugnis, sondern nur eine beratende Stimme. Sie konnten sich zwar zu dem Fall äussern und Art und Höhe der Hausstrafe vorschlagen, die Strafbefugnis lag jedoch allein beim Direktor, der unter Abwägung der Vor-

61a) Vgl. MonKrimPsych XVIII, S. 104 f.

schläge der Beisitzer die Entscheidung fällte.⁶²⁾

Wenn es auch durchaus denkbar ist, dass mit einer derartigen Beteiligung von Gefangenen Erfolge erzielt werden, so ist sie doch grundsätzlich auszuschneiden und nur bei besonders günstigen Umständen für einzelne Anstalten evtl. Jugendanstalten, in Betracht zu ziehen.^{62a)}

So hat auch der Gefängniskongress der Vereinten Nationen 1955 in Genf die Beteiligung von Gefangenen im Disziplinarrecht abgelehnt und in die Grundsätze eine Bestimmung aufgenommen, nach der kein Gefangener in einer Einrichtung tätig sein soll, die disziplinarische Befugnisse hat.^{62b)}

3. Die Vorteile eines Disziplinarrates oder Anstaltsausschusses.

Für die Strafbefugnis eines Ausschusses oder Disziplinarrates spricht besonders, dass der einzelne Disziplinarfall von den Mitgliedern jeweils aus verschiedenen Gesichtspunkten gesehen wird, und sich aus den verschiedenen Meinungen und Ansichten die geeignetste herauskristallisieren wird. Es besteht eine starke Sicherung gegen eigene Fehler des Vorsitzenden und einer durch persönliche Umstände hervorgerufenen verzerrten Ansicht des Einzelfalles, die unter Umständen eine ungerechte Bestrafung herbeiführen können. Ein mehrköpfiger Ausschuss statt einer Einzelperson würde diese Möglichkeit auf ein Minimum beschränken, denn bei mehreren Stimmen wäre es schon ein grosser Zufall, wenn alle durch besondere Umstände ein schiefes Bild des Falles bekommen hätten.

62) Vgl. dazu §§ 164-172 der Dienst- und Vollzugsordnung für die Thüringischen Landesstrafanstalten vom 24.5.1924 in der Fassung vom 24.9.1929. Auszug im Anhang von: Gefängnisse in Thüringen, von den thüringischen Strafanstaltsdirektoren und Fürsorgern. Weimar 1930.

62a) Nach einer mündlichen Äusserung von Krebs sei diese Einrichtung für den Vollzug durchaus positiv. In Thüringen hätte man seinerzeit damit erfreulich und erfolgreich gearbeitet. Es seien dafür allerdings ganz bestimmte Voraussetzungen erforderlich, die z.B. heute in den hessischen Vollzugsanstalten nicht vorlägen.

62b) Vgl. dazu oben S. 48.

Ganz beseitigen könnte die Gefahr einer Ungerechtigkeit jedoch ein noch so zahlreicher Ausschuss nicht, doch kann er in verantwortungsvoller Zusammenarbeit dem Anstaltsleiter eine wertvolle Hilfe sein. Ungerechte Bestrafungen, seien sie auch noch so gering und mögen sie auch noch so selten sein, sind geeignet, die Anstaltsdisziplin mehr zu untergraben als alles andere. Die Gefangenen werden die Anstaltsautorität nicht anerkennen und sie missachten, wo sie nur glauben, es ungestraft tun zu können. Jeder, der bestraft würde, wird sich dann zu unrecht bestraft fühlen. Haben die Gefangenen jedoch das Gefühl, dass sie zwar streng aber gerecht bestraft werden und auch kleine Ungerechtigkeiten nicht vorkommen, so wird der Einzelne nicht zu einem Verstoss gegen die Disziplin angestachelt, und die Zahl der Verstösse wird auf ein Mindestmass beschränkt bleiben. Diese Gründe und nicht etwa eine falsch verstandene Demokratisierung des Vollzugswesens um jeden Preis sollten genügen, dem Gedanken eines mehrköpfigen Organes mit Disziplinarstrafbefugnissen näher zu treten.

4. Nachteile eines mehrköpfigen Ausschusses und die Bedeutung der Einzelpersönlichkeit.

Es sprechen jedoch auch wichtige Argumente gegen eine solche Regelung. In den meisten Fällen wird die Einzelpersönlichkeit psychologisch stärker auf den Gefangenen einwirken können als ein unpersönlicher Ausschuss, der ihm vielleicht auch noch fremd ist. Im Jugendstrafvollzug wird die erzieherische Wirkung der Einzelpersönlichkeit auf jeden Fall grösser sein. Der Anstaltsleiter, der allein eine Strafe verhängt, wird sich in der Regel auch allein dafür verantwortlich fühlen und für ihre Richtigkeit einstehen. Er ist deshalb schon gezwungen, sich bei unklaren Fällen mit anderen Beamten zu beraten. Wer tritt aber für den Strafausspruch einer Kommission ein? Die Erfahrung lehrt, dass sich die Einzelpersonen hinter dem anonymen Gesicht der Kommission verbergen. Sie wissen zwar, dass sie die Verantwortung tragen, aber der Gedanke, dass ja die "Kommission" die Strafe ausspricht und nicht sie selbst kann oft zu einer Nachlässigkeit verleiten. Man verlässt sich auf die gründliche Arbeit der anderen und

schiebt die Verantwortung mehr oder weniger auf den Mehrheitsbeschluss. Eine derartig arbeitende Kommission ist natürlich genau so wenig die Regel, wie der ungerechte Anstaltsleiter, der die Strafen schematisch ausspricht und den Übertreter kaum hört, aber es ist fast zu befürchten, dass sie öfter als dieser vorkommen wird. Gegen den Strafausschuss spricht weiter, dass dieses Verfahren zu zeitraubend und umständlich ist.⁶³⁾ Disziplinarstrafen sollen nach kürzester Frist, die zur Ermittlung des Tatbestandes notwendig ist, ausgesprochen und verhängt werden, nur dann werden sie eine optimale Wirkung erzielen. Eine schnelle Entscheidung ist notwendig und erforderlich. Bei einem Strafausschuss wird dies je nach den Mitgliedern, aus denen er besteht, nicht immer möglich sein.

Von der Anstaltsdisziplin her gesehen, muss bei der Betrachtung dieser zwei Möglichkeiten oberster Gesichtspunkt sein, dass der Gefangene das Gefühl hat, dass man seiner Lage auf jeden Fall gerecht geworden ist. Nur dann wird er sich der Autorität beugen und nur dann kann die Disziplinarstrafe eine erzieherische Wirkung haben. Von den aufsässigen Elementen abgesehen, bei denen dies nie der Fall sein wird, kann bei den normalen Gefangenen je nach Umständen und Arbeitsweise dieser gewünschte Effekt von beiden Systemen hervorgerufen werden. Keines kann als das allein richtige oder verkehrte angesprochen werden, wenn vielleicht auch die psychologischen Gründe etwas zu Gunsten der Einzelperson sprechen.

Bei der Hinzuziehung einer Kommission ergeben sich jedoch noch weitere Streitfragen. Wer sollen ihre Mitglieder sein? Ein interner Strafausschuss, wie in Bremen und in vielen ausländischen Staaten dürfte die Fehlerquellen der Einzelpersonen nicht ausschalten. Der vernünftige Anstaltsleiter wird Lehrer, Werkbeamte und Stationschef sowieso beratend heranziehen, während der diktatorische Direktor sich auch von der Kommission nicht in seiner Meinung beeinflussen lassen wird, sondern sie als Vorgesetzter durchsetzen und wenig Widerspruch dulden

⁶³⁾ In Bremen, wo die Hausstrafen bereits seit einiger Zeit durch einen Strafausschuss ausgesprochen werden, hat man derartige Erfahrungen gemacht.

wird. Andererseits wäre der Entscheid vielleicht von viel unqualifizierteren Personen abhängig. Überdies ist eine entscheidende Mitwirkung von Fürsorger und Arzt abzulehnen, weil dadurch das besondere Vertrauensverhältnis dieser Personen zu den Gefangenen untergraben werden könnte, das für ihre wirkungsvolle Tätigkeit erforderlich ist. Auf die Dauer gesehen, würde ihre Mitwirkung damit mehr Schaden anrichten, als ihre Tätigkeit im Disziplinartrat jemals ausgleichen könnte.

Gegen eine Mitwirkung von Fremden spricht, dass diese die Gefangenen und das besondere Leben einer Vollzugsanstalt überhaupt nicht kennen und deshalb mit Maßstäben messen, die gegenüber dem normalen Bürger angebracht sind, der Gesetz und Ordnung achtet. Eine Strafe wird immer umso richtiger ausfallen, je besser der Richter den Verurteilten kennt.

5. Folgerungen und Vorschläge.

Geeignet zu einer Mitwirkung im Disziplinarrecht wäre nur ein Ausschuss, der sich ständig mit Vollzugsfragen befasst, wie z.B. in England das visiting committee oder der board of visitors. Wenn im deutschen Strafvollzug derartige Einrichtungen geschaffen würden, sollte ihnen auch eine Aufgabe im Disziplinarrecht zugewiesen werden. Ob sich jedoch geeignete Personen für eine Mitarbeit im Vollzug, die unter Umständen ehrenamtlich sein wird, finden werden und bereit sind, muss für die heutige Zeit sehr skeptisch beurteilt werden. Diese rein technische Frage ist nicht zu unterschätzen und gründlich zu prüfen, damit nicht eine vorteilhafte Neuerung sich später als im Sinne ihrer Schöpfer undurchführbar erweist.

Weiterhin würde sich die Einrichtung eines Vollzugsrichters auch für das Disziplinarrecht günstig erweisen, wenn dieser bei schweren Strafen die Strafbefugnis besitzt.

Die blosse Schaffung von internen Disziplinarräten oder Ausschüssen von Aussenstehenden, die sich lediglich mit dem Disziplinarrecht befassen, ist abzulehnen, weil sie keine wirkliche Verbesserung bringen kann, und eine produktive Tätigkeit und positive Mitwirkung nicht zu

erwarten ist. Der Disziplinarapparat würde nur schwerfälliger und umständlicher werden und den modernen Erziehungsvollzug nicht etwa befruchten, sondern nur schädlich beeinflussen. Einer falsch verstandenen Demokratisierung zuliebe sollte keine Verschlechterung des Vollzugswesens in Kauf genommen werden.

Anzuraten ist, die Disziplinarstrafbefugnis grundsätzlich beim Direktor der Anstalt zu belassen. Bei der Schaffung von Vollzugsausschüssen oder Vollzugsrichtern müsste diesen Organen eine Mitwirkung im Disziplinarrecht anvertraut werden, denn derartige Einrichtungen könnten Verbesserungen bringen und wirklich positive Arbeit leisten. Der Direktor wäre dann weiterhin für die leichten Strafen allein zuständig und für die schwereren Strafen wie Arrest, Entzug des Hausgeldes usw. nur bis zu einer bestimmten Dauer. Darüber hinaus und für Rückversetzungen in andere Anstalten sollte die Strafbefugnis ausschliesslich beim Vollzugsausschuss oder dem Vollzugsrichter liegen. Der Anstaltsleiter braucht dann nur in den wirklich schweren Fällen eine andere Institution heranzuziehen und kann die meisten Disziplinarbrüche selbst aburteilen. Ein solches Bild ergibt sich etwa in England, wo dieses System durchaus zufriedenstellend arbeitet und den Vollzug positiv beeinflusst. Sehr zu beachten ist auch die Zusammensetzung der Anstaltsausschüsse in Schweden, in denen ein Mitglied die Befugnis zum Richteramt haben oder sonst rechtskundig sein muss.

6. Andere Disziplinarstrafbefugte.

In Italien können auch Gerichte unabhängig von der Direktion Disziplinarstrafen verhängen, wenn der Gefangene gegen einen Amtshandlungen vornehmenden Gerichtsbeamten oder in an ihn gerichteten Gesuchen und Beschwerden sich Disziplinarübertretungen zuschulden kommen lässt. Dieses Beispiel ist nicht unbedingt nachahmenswert. Die in Deutschland bisher übliche Form, dass dann auf Antrag des Gerichts eine Disziplinarstrafe verhängt wird, sollte beibehalten werden. Der Direktor kennt den Gefangenen und kann deshalb die wirksamere Strafe aussprechen. Dem Ansehen des

Gerichts wird damit kein Abbruch getan.

Die disziplinarische Zuständigkeit des Untersuchungsrichters für Untersuchungsgefangene entspricht in hohem Masse der Rechtsstellung des Untersuchungsgefangenen und sollte deshalb unverändert fortbestehen, zumal ja der Untersuchungsrichter seine Strafbefugnis in enger Zusammenarbeit mit dem Anstaltsleiter ausübt.

Auch die an kleineren Gerichtsgefängnissen bestehende Disziplinarstrafbefugnis des Vorstandes des zugehörigen Amtsgerichts ist eine für das Disziplinarrecht durchaus vorteilhafte Einrichtung. Im Untersuchungsgefängnis und dem kleinen Amtsgefängnis liegt damit die Disziplinarstrafgewalt in den Händen des Richters. Es besteht also die höchst denkbare Rechtsgarantie. Eine Beschränkung der Strafbefugnis durch einen Ausschuss erscheint in diesen Fällen völlig unangebracht, weil der Richter die qualifizierte Persönlichkeit zur Verhängung von Strafen ist.

VIII. Das Disziplinarverfahren.

Eine der wesentlichsten Rechtsgarantien im Disziplinarrecht ist die Ausgestaltung des Verfahrens. Ein Vergleich mit dem Ausland zeigt, dass die diesbezüglichen Bestimmungen allgemein sehr knapp gehalten sind. In den meisten Ländern ist lediglich vorgeschrieben, dass der Gefangene vor der Bestrafung gehört werden muss, und dass die verhängten Strafen mit Angabe der Gründe in ein besonderes Register einzutragen sind. Zum Teil ist sogar die Anhörung der Gefangenen nicht bindend vorgeschrieben, wie z.B. in Cuba und Chile. Erweiterte Vorschriften bestehen lediglich in Italien, wo eine Frist von drei Tagen für die Aburteilung vorgesehen ist und in England, dass eine unverzügliche Untersuchung jedes Disziplinarfalles zu erfolgen hat.

Wenn auch das Hausstrafverfahren ein summarisches Verfahren ist, das mehr oder weniger vom Anstaltsleiter beherrscht wird, auch wenn er die Strafbefugnis zusammen mit Beisitzern ausübt, - an die Schaffung von ordentlichen Gefangenengerichten mit einem Richter als Vorsitzenden ist wohl kaum zu denken -, so sollten doch auch in ihm

die Rechtsschutzgarantien der StPO Geltung haben und sinn-
gemäss angewandt werden. Als Mindestregeln müssen für das
Verfahren Bestimmungen getroffen sein über: Mündlichkeit
und Unmittelbarkeit von Verhandlungen und Beweisaufnahme,
rechtliches Gehör des Beschuldigten, insbesondere seine Ge-
legenheit zur Verteidigung und Rechtfertigung, schrift-
liche Festlegung des Tatbestandes so, dass jederzeit eine
Nachprüfung des Verfahrens möglich ist und die Möglich-
keit einer Wiederaufnahme des Verfahrens und einer Reha-
bilitierung. Eine gesetzliche Festlegung solcher Bestim-
mungen wird dem Gefangenen auch im Verwaltungsverfahren
rechtliche Garantien geben, die seine Stellung in ange-
messener Weise der des Angeklagten im ordentlichen Straf-
prozess annähert. Nur die Erfüllung dieser Forderungen für
das inquisitorische Hausstrafverfahren, in dem Ankläger
und Richter eine Person sind, - auch bei einem Ausschuss
wird daran nichts geändert -, schafft das Mindestmass an
rechtlicher Sicherheit und einen Schutz, der im Rechts-
staat auch dem einer strengen Anstaltsdisziplin unterwor-
fenen Gefangenen zusteht.

Mündlichkeit und Unmittelbarkeit sind gewährleistet,
wenn Beschuldigter und Zeugen von den Strafbefugten selbst
vernommen werden. Der Gefangene muss die volle ihm zur
Last gelegte Beschuldigung kennen, und es muss ihm Gelegen-
heit gegeben werden, sich gegen die erhobenen Vorwürfe zu
verteidigen und Umstände oder Tatsachen anzuführen, die ihn
entlasten oder entschuldigen. Von den vom Gefangenen ange-
botenen Beweismitteln ist Gebrauch zu machen, falls nicht
nur offensichtlich eine Verschleppung des Verfahrens be-
absichtigt ist. Der festgestellte Tatbestand, unter An-
führung der Beweismittel und die verhängte Strafe, sowie
die besonderen Gründe ihrer Zumessung sind schriftlich
niederzulegen und den Akten des Gefangenen beizufügen.
Darüber hinaus müssen die Strafe und die Gründe, die zur
Verhängung führten, in ein besonderes Strafbuch einge-
tragen werden. Eine derartige Regelung besteht auch in
fast allen ausländischen Vollzugsnormen. In das Strafbuch
sind weiter Vermerke über Zeit und besondere Umstände des
Vollzuges, sowie über Aussetzung, Milderungen oder Er-
lass der Strafe einzutragen.

Eine Rehabilitierung des Gefangenen durch Löschung in den Akten und eine angemessene Wiedergutmachung in der Form von besonderen Vergünstigungen sind vorzusehen, falls sich später die Unschuld des Gefangenen herausstellt. Eine Löschung der in den Akten eingetragenen Disziplinarstrafen ist in Spanien auch dann vorgesehen, wenn der Gefangene sich innerhalb einer bestimmten Frist einwandfrei führt.

Eine Wiederaufnahme des Hausstrafverfahrens muss vorgesehen sein, wenn neue Beweise die Schuld des Gefangenen in Frage stellen, oder wenn sich die Unrichtigkeit früherer Aussagen, auf die hin der Gefangene bestraft wurde, herausstellt.

Die Aufnahme solcher Vorschriften wird mitwirken, das Misstrauen der Gefangenen gegen das Hausstrafverfahren abzubauen, und in ihnen statt des Gefühls, mehr oder weniger von der Gnade und dem Gutdünken des Anstaltsleiters abhängig zu sein, ein Gefühl der Rechtssicherheit hervorrufen. Dies kann nur zu einer steigenden Anerkennung und Achtung der Anstaltsgewalt beitragen, die ganz wesentliche Grundlagen der Anstaltsdisziplin sind.

IX. Die Mitwirkung anderer Personen.

Unabhängig von der Frage, wem die Strafbefugnis zusteht, und welche Rechtsgarantien in das Hausstrafverfahren aufzunehmen sind, ist die Mitwirkung von Arzt, Geistlichem und Fürsorger sicherzustellen und zu regeln.

Besonders wichtig erscheint die Beteiligung des Arztes, der den Gesundheitszustand des Gefangenen für einen Vollzug der Hausstrafe zu begutachten hat.⁶⁴⁾ Fast alle ausländischen Disziplinarnormen sehen vor dem Vollzug von Kostschmälerung und einsamer Einsperrung eine ärztliche Untersuchung des Gefangenen und ein Gutachten des Arztes vor, dass die Gesundheit des Gefangenen es erlaubt, die Strafe zu vollziehen. Auch während des

64) Als stimmberechtigtes Mitglied eines evtl. Disziplinarrates sollte der Arzt schon aus diesem Grunde ausscheiden.

Vollzugs ist der Gesundheitszustand des Gefangenen laufend zu überwachen, denn keine Disziplinarstrafe soll den Gefangenen an seiner Gesundheit schädigen. Eine Aussetzung oder Unterbrechung der Strafe auf Vorschlag oder Empfehlung des Arztes ist vorgesehen. Man sollte jedoch noch weiter gehen und nicht nur eine Gesundheit überwachende Tätigkeit des Arztes vor und während des Vollzuges aller Disziplinarstrafen, die gesundheitsschädlich wirken könnten, vorschreiben, sondern auch vorsehen, dass auf Anordnung des Arztes der Vollzug einer Disziplinarstrafe zu unterbrechen ist. Für die überwachende Tätigkeit des Arztes kommen besonders Kostschmälerung, Entzug der Bewegung im Freien und Arrest in Betracht. Jedoch ist auch für die anderen Hausstrafen die Mitwirkung und Überwachung durch den Arzt erforderlich. Überhaupt sollte der Arzt vor jeder Disziplinarbestrafung gehört werden, weil viele Disziplinarfälle auf Krankheit zurückzuführen sind.

Die Verbindung des Geistlichen und des Fürsorgers zu dem Gefangenen darf auch durch den Arrest nicht unterbrochen werden. Beiden muss es weiterhin möglich sein, den Gefangenen aufzusuchen. Eine Mitwirkung dieser beiden Beamten sollte auch besonders bei Post- und Besuchssperre erfolgen, und auf ihren Vorschlag hin der Vollzug dieser Strafe unterbrochen werden. Der Fürsorger soll darüber wachen, dass die im Hinblick auf die soziale Wiedereingliederung notwendige Korrespondenz des Gefangenen durch eine Briefsperre nicht gestört wird. Eine Normierung dieser Grundsätze erscheint jedoch nur insoweit erforderlich, dass eine ihren Aufgaben entsprechende Mitwirkungsbefugnis des Geistlichen und des Fürsorgers beim Vollzug der Hausstrafen zum Ausdruck kommt.

X. Das Beschwerderecht.

1. Das Beschwerderecht als Rechtsgarantie.

Die wichtigste aller Rechtsgarantien des Gefangenen ist die ihm eingeräumte Beschwerdemöglichkeit. Sie gewinnt im Zusammenhang mit den Disziplinarmaßnahmen eine ganz besondere Bedeutung, weil gerade bei ihnen eine Unge-
rechtigkeit für den Gefangenen äusserst fühlbar und die

Frage einer Abhilfe dringlich und akut wird. Viele Staaten regeln deshalb das Beschwerderecht der Gefangenen im Anschluss an die Disziplinarstrafen, obwohl Beschwerden nicht nur gegen unrichtige Disziplinarmaßnahmen, sondern gegen alle Handlungen der Anstaltsverwaltungen möglich sind, die nicht im Einklang mit den Vollzugsnormen stehen. Teilweise, wie z.B. in Italien, ist jedoch auch das Beschwerderecht nicht zusammenfassend geregelt, sondern es ergibt sich nur aus verschiedenen Zuständigkeitsregeln, Funktionsnormen und Vollzugsaufgaben.

2. Die ausländischen Regelungen.

England hat das Beschwerderecht besonders ausgebaut. Der Gefangene kann sich mündlich beim Direktor, einem Mitglied des visiting committee, bzw. des board of visitors, von denen ein Mitglied die Anstalt mindestens einmal in der Woche aufsucht, einem commissioner (Gefängnisinspekteur) oder assistant commissioner beschweren. Der Direktor hat die nächste der betreffenden Personen, die die Anstalt besucht, von den Unterredungswünschen zu unterrichten. Darüber hinaus kann sich der Gefangene schriftlich an die oberste Gefängnisbehörde oder einen Parlamentsabgeordneten wenden, er muss jedoch gegebenenfalls die anderen Beschwerdemöglichkeiten nützen, für Beschwerden gegen den Direktor also beim visiting committee oder commissioner.

Italien besitzt keine zusammengefasste Regelung. Der Gefangene kann sich mündlich oder schriftlich über Maßnahmen des Direktors oder des Disziplinarrates beim Überwachungsrichter beschweren. Da dieser die Anstalt jedoch nur alle zwei Monate besucht, die Beschwerde aber an eine Frist von 15 Tagen gebunden ist, wird wohl oft nur die schriftliche Beschwerde in Betracht kommen, deren Weitergabe durch den Direktor innerhalb von fünf Tagen angeordnet ist. Die schriftliche Beschwerde kann auch in einem verschlossenen Brief erfolgen. In gleicher Weise kann der Gefangene Beschwerden an den Ministerpräsidenten, den Justizminister, die Direktion, die Staatsanwaltschaft und die Generaldirektion der Vollzugsanstalten richten.

Dänemark kennt neben der mündlichen Beschwerde beim Direktor für das Gefängniswesen die schriftliche Eingabe an das Justizministerium, die zwar verschlossen sein, jedoch nur einen begrenzten Umfang haben darf. Finnland sieht ein mündliches oder schriftliches Beschwerderecht (verschlossener Brief) an die höheren Gefängnisbehörden vor. In Schweden kann der Gefangene einen Antrag auf Abänderung oder Aufhebung der Disziplinarmaßnahme an das Zentralamt für Vollzugswesen stellen. Gegen Entscheidungen dieses Amtes steht ihm die Beschwerde an den König zu, die beim Justizminister eingereicht wird. Verschlossene Briefe dürfen nicht geöffnet werden. Norwegen kennt mündliche und schriftliche Beschwerde an Mitglieder des Aufsichtsrates, an höhere Personen der Vollzugsbehörden oder des Ministeriums. Für unbegründete oder ungebührliche Beschwerden kann eine Strafe verhängt werden.

In Frankreich kann sich der Gefangene in einem verschlossenen Brief an alle Verwaltungs- oder Gerichtsbehörden wenden. Ein Rechtsmittel vor dem ordentlichen Gericht ist jedoch nicht gegeben. Russland kennt eine Beschwerde an alle entsprechenden Instanzen. Das Korrektionsgesetzbuch schweigt jedoch bezüglich einer Beschwerdemöglichkeit überhaupt.

In der Schweiz sind neben mündlichen Beschwerden bei Inspektionen auch schriftliche im verschlossenen Brief möglich. Die Beschwerdeinstanzen sind kantonale verschieden. In Betracht kommen Justizdirektion, Bezirksanwaltschaft und Polizeidirektion. Bern droht für wiederholte unbegründete Beschwerde, Zürich und Basel für bewusste unwahre Angaben eine disziplinarische Bestrafung an.

Die Niederlande sehen nur die schriftliche oder mündliche Beschwerde an die Aufsichtskommission vor, die jedoch selbst die Massnahmen nicht abändern oder aufheben, sondern Ungerechtigkeiten nur dem Justizminister melden kann. In Jugoslawien gibt es nur die mündliche Beschwerde anlässlich einer Inspektion oder beim Beauftragten des Innenministeriums. Eine schriftliche Beschwerde ist nicht geregelt. Alle Beschwerden und der gefällte Entscheid darüber müssen jedoch in ein Rapportbuch eingetragen werden.

Mündliche und schriftliche Beschwerden an alle Gefängnisbehörden sind auch in Chile vorgesehen. In Belgien soll der Verwaltungsausschuss, dem auch der Staatsanwalt des Bezirks angehört, die Übereinstimmung der Disziplinarmaßnahmen mit der Anstaltsordnung überwachen. Die Türkei sieht nur bei der Kettenstrafe und Wasser und Brot die Beschwerde an das Ministerium innerhalb von 24 Stunden vor. Interessant war auch die Regelung in Polen.⁶⁵⁾ Die Gefangenen konnten sich wegen verhängter Disziplinarstrafen beim Staatsanwalt des Bezirksgerichtes beschweren. Dieser entschied dann unmittelbar und als letzte Instanz.

3. Die künftige Ausgestaltung des Beschwerderechts.

a) Mehrere Instanzen.

Die Beschwerdemöglichkeit ist in den einzelnen Staaten ganz verschieden gestaltet. Die ein- und zweispurige Beschwerde gegen Massnahmen des Direktors herrscht vor. Der z.B. in England mögliche Brief an den Parlamentsabgeordneten kann nicht als Beschwerdestufe angesehen werden, sondern trägt mehr den Charakter einer Appellation um eine Hilfe. Eine wirklich dreistufige Beschwerde scheint es nur in Italien zu geben.

Unbedingt erforderlich ist es jedoch, dass die Beschwerdemöglichkeiten der Gefangenen zusammengefasst und gesondert, am besten im Anschluss an die Disziplinarmaßnahmen, geregelt sind, damit der Gefangene klar und deutlich sieht, welcher Schutz ihm gegen Drangsalierungen und andere Formen von Ungerechtigkeiten gegeben ist. Diese Bestimmungen sind auch in jede Hausordnung aufzunehmen. Eine zerstreute Regelung am Rande der Zuständigkeiten und Aufgaben der Vollzugsorgane würde der Bedeutung dieser Magna Charta des Gefangenen nicht gerecht werden und auch nicht genügen. Die Wichtigkeit verlangt auch eine ausführliche und genaue Fassung der Bestimmungen.

65) Ob sie heute noch besteht, kann mit Sicherheit nicht gesagt werden.

Insgesamt erscheinen drei Beschwerdeinstanzen erforderlich. Unter Beschwerdeinstanz sind nur solche Stellen zu verstehen, die auch die angefochtene Massnahme tatsächlich aufheben können und nicht etwa Stellen, an die sich der Gefangene zwar wenden kann, die aber keine eigene Verwaltungsmacht besitzen, sondern die sich nur beratend und begutachtend einschalten können. Die erste Instanz gegen alle Massnahmen der unteren Vollzugsbeamten ist der Anstaltsleiter. Vorteilhaft erscheint eine Bestimmung in Jugoslawien, dass alle an den Anstaltsleiter gerichteten mündlichen oder schriftlichen Beschwerden und die darüber gefällten Entscheidungen des Anstaltsleiters in ein Rapportbuch einzutragen sind, das bei Inspektionen vorzulegen ist.

Gegen Disziplinar massnahmen des Direktors sollten zwei Instanzen gegeben sein. Der Ausschuss, der selbst die schwereren Disziplinarstrafen aussprechen soll, erscheint als die gegebene Beschwerdeinstanz. Gegen dessen Strafen und Entscheidungen ist nur noch die Beschwerde bei der oberen Gefängnisbehörde möglich. Wird in den neuen Vollzugsnormen kein Disziplinarausschuss mit Strafbefugnis vorgesehen, so empfiehlt es sich nicht, zwischen Direktor und obere Gefängnisbehörde noch eine andere Instanz zu legen. Verlangt werden sollte jedoch immer, dass in Beschwerdesachen, sowohl beim Ausschuss als auch bei der Gefängnisbehörde, eine zum Richteramt befähigte Person entscheidend mitwirkt.

In der Praxis schliesst sich heute an diese Beschwerdemöglichkeiten nun noch die Klage an das Verwaltungsgericht, die dem Gefangenen gegen alle Massnahmen der Verwaltung offensteht. Dieser lange Beschwerdegang als Rechtsgarantie gegen ungerechte Disziplinarstrafen ist nicht gerade ideal.

b) Ein ordentliches Gericht als Beschwerdeinstanz.

Es wäre deshalb zu erwägen, ob man nicht die Beschwerde gegen Disziplinarstrafen überhaupt einer richterlichen Entscheidung unterstellt, wie dies schon oft gefordert wurde.⁶⁶⁾ Ein ordentliches Gericht, das über

66) Vgl. Grünhut, aaO., S. 29 und Kriegsmann, aaO., S. 179.

alle Beschwerden gegen Disziplinarstrafen als erste und letzte Instanz entscheidet, wäre ein bedeutender Fortschritt und würde auch den möglichen Rattenschwanz der bisher üblichen Beschwerden abschneiden. In Betracht käme ein Schöffengericht des Amtsgerichts, in dessen Bezirk die Anstalt gelegen ist und das aus einem Richter und zwei sachkundigen Schöffen besteht.⁶⁷⁾ Es besteht zwar die Befürchtung, dass mancher Gefangene eine Beschwerde einreichen wird, nur um etwas anderes zu erleben. Diese Möglichkeit hat er aber auch, wenn er den normalen Beschwerdeweg ausnutzt. Derartige Einzelfälle muss man eben in Kauf nehmen, wenn das Disziplinarrecht in den Vollzugsanstalten mit einem Höchstmass rechtlicher Garantie ausgestattet werden soll, wie es seiner zentralen Bedeutung für die ganze Rechtsstellung des Gefangenen entspricht. Eine derartige Regelung wäre auch kein Misstrauensvotum gegen die Vollzugsbeamten und wird auch ihre Autorität nicht untergraben. Im Gegenteil wird ihre Autorität gestärkt werden, wenn ihnen die Gesetzmässigkeit ihrer Anordnungen von einem unabhängigen Gericht ausdrücklich bestätigt wird. Die Verwirklichung dieser Forderung dürfte deshalb auch in ihrem Interesse liegen.⁶⁸⁾

c) Der verschlossene Brief.

Unabhängig von einer Regelung der Beschwerdeinstanz muss der Gefangene jedoch immer die Möglichkeit haben, die Beschwerde mündlich zu Protokoll beim Direktor oder mündlich und schriftlich bei den entsprechenden Instanzen vorzubringen. Dabei ist auch der verschlossene Brief, den es in den meisten ausländischen Staaten gibt, zugelassen. Der verschlossene Brief ist darüber hinaus an alle Personen und Stellen der Gefängnisbehörden zu erlauben. Die Befürchtung eines Missbrauchs solcher Einrichtungen dürfte grösser sein, als die tatsächliche Störung des Verwaltungsbetriebes, die dadurch eintreten wird.

⁶⁷⁾ So auch Grünhut, aaO.. Gennert dagegen lehnt die Einsetzung von Gerichten grundsätzlich ab, weil diese nicht genügend Sachkenntnis besitzen und überdies die Angelegenheiten für ein Gericht zu kleinlicher Art wäre. BlfGefK 49, S. 205.

⁶⁸⁾ Kriegsmann, aaO., S. 179.

d) Beschwerdefrist und aufschiebende Wirkung.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Instanzenweg ist auch die Frage der Beschwerdefrist und der aufschiebenden Wirkung der Beschwerde zu regeln. Grundsätzlich erscheint es nicht angebracht, einer Beschwerde aufschiebende Wirkung beizulegen, weil viele Gefangene dann nur eine Beschwerde einlegen würden, um den Vollzug der Hausstrafe hinauszuzögern, denn ein plötzlicher Vollzug wird ihnen aus mancherlei Gründen unangenehm sein. Wenn sie noch etwas Zeit haben, können sie vieles regeln und organisieren. Eine Beschwerde mit aufschiebender Wirkung wäre also nicht zweckmässig. Wird aber das Beschwerderecht so geregelt, dass ein unabhängiges Gericht über die Beschwerde entscheidet, dann muss diese eine aufschiebende Wirkung haben, wenn das Verfahren nicht zur blossen Farce werden soll. Um einen allzulangen Strafaufschub zu vermeiden, wäre dann eine Beschwerdefrist von drei Tagen angebracht, wie sie heute schon in Bremen besteht. Diese Frist erscheint auch ausreichend. Der Gefangene hat genügend Zeit, sich alles gründlich zu überlegen. Wird die Beschwerde im Verwaltungswege erledigt, dann sollte man ihr keine aufschiebende Wirkung beilegen, sie aber gleichwohl befristen, um eine gewisse Beständigkeit der Anstaltsverwaltung nicht zu beeinträchtigen. Eine Frist von einem Monat dürfte dabei sowohl den Interessen des Gefangenen als auch den Interessen der Verwaltung gerecht werden. Für beide Beschwerdewege sollte darüber hinaus bestimmt sein, dass der Gefangene die Beschwerde auch nicht vor Ablauf einer Nacht einreicht. Er soll die Angelegenheit erst überschlafen und nicht in der ersten Erregung eine vielleicht unberechtigte Beschwerde erheben.

e) Strafen bei unbegründeten Beschwerden.

Einige Länder sehen für wiederholte unbegründete Beschwerden oder für bewusst falsche Beschwerden die Bestrafung mit einer Hausstrafe vor. Eine solche Bestimmung erscheint nicht erforderlich. Sie dürfte sogar unzulässig sein, denn sie erweckt nicht nur den Eindruck, dass der Gefangene von einer Beschwerde in strittigen Angelegenheiten abgehalten werden soll, sondern wird auch tat-

sächlich manchen Gefangenen aus Furcht vor Strafe von einer berechtigten Beschwerde zurückhalten. Wenn ein Gefangener in einer Beschwerde Unwahrheiten behauptet, oder sie beleidigend oder ungehörig vorbringt, dann kann er auch auf Grund der anderen Disziplinarbestimmungen bestraft werden. Eine besondere Bestimmung dafür ist also nicht notwendig, sie wäre nur geeignet, das Misstrauen der Gefangenen gegenüber den Vollzugsbehörden zu vergrössern.

XI. Das Disziplinarrecht im Sondervollzug.

1. Allgemeine Grundsätze.

Dem bisherigen Vergleich wurde nur das Disziplinarrecht im normalen Strafvollzug zu Grunde gelegt. Es erscheint selbstverständlich, dass das Disziplinarrecht der Sonderanstalten entsprechend dem anderen Vollzugscharakter von dem der Gefängnisse abweicht. Die Abweichungen erstrecken sich jedoch nicht auf grundsätzliche Dinge, sondern betreffen nur Einzelheiten, Art und Dauer der im einzelnen zulässigen Massnahmen oder die unterschiedlichen Gründe bei deren Verhängung. In Betracht kommen alle Anstalten, in denen eine Strafe oder Massregel der Sicherung oder Besserung vollzogen wird. Neben der Jugendstrafanstalt und der Anstalt für Sicherungsverwahrung sind dies auch Arbeitshäuser, Trinkerheil- und Entziehungsanstalten und Heil- und Pflegeanstalten.

2. Der Jugendstrafvollzug.

Besonders offensichtlich wird die Notwendigkeit anderer Disziplinarstrafen im Jugendstrafvollzug. Die andere Behandlung der Jugendlichen muss auch im Disziplinarrecht ihren besonderen Ausdruck finden. Wie der ganze Vollzug, so werden sich auch hier die Strafen ganz besonders dem Erziehungsgedanken anpassen und auf das unbedingt erforderliche Mass beschränkt sein.

Besondere, ausführlichere Regeln für das Disziplinarrecht im Jugendstrafvollzug sind im Ausland nicht bekannt. Die allgemeinen Regeln gelten auch für die Jugendanstalten, nur ist die Liste der Hausstrafen kleiner und die

einzelnen Strafen in der Dauer ihrer Anwendung herabgesetzt. In den englischen Borstal-Anstalten gibt es als besondere Disziplinarmassnahmen die Versetzung in ein anderes Haus, Ausschluss aus der Gemeinschaft und Herabsetzung in eine andere Stufe oder die Verzögerung des Aufrückens in eine höhere Stufe. Italien kennt für Jugendliche überhaupt nur die Verwarnung, die Herabsetzung der Zahl der Unterredungen, das Verbot des gemeinsamen Spazierganges und die Einzelzelle mit normaler Kost und normalem Lager bis zu 15 Tagen als Disziplinarstrafen. Während Schweden lediglich den Einzelarrest auf sieben Tage beschränkt, sonst aber die gleichen Strafen zulässt, wie im normalen Strafvollzug.

Von den in Deutschland üblichen Disziplinarmassnahmen dürften ebenfalls einige als ungeeignet für den Jugendstrafvollzug ausscheiden. Kostschmälerung, hartes Lager und Arrest im alten Sinne sollten überhaupt nicht angewandt werden. Sehr bedenklich erscheint auch der Entzug der Arbeit, die gerade auf den Jugendlichen sehr erziehend wirken kann. Als Bestrafung ist gegenüber Jugendlichen der Entzug von Vergünstigungen besonders wirksam. Dem Anstaltsleiter bietet sich hier ein weites Feld für individuelle Strafen. Sehr wirksame Strafen dürften auch der Ausschluss aus der Gemeinschaft, Entzug des Taschengeldes und die Zurückstufung sein. Der Ausschluss aus der Gemeinschaft kommt besonders in den offenen und halboffenen Anstalten und den höheren Stufen in Betracht. Der Jugendliche wird hier von allen Gemeinschaftsveranstaltungen, auch vom gemeinsamen Essen usw. ausgeschlossen. Die Verfügungsbeschränkung über das Taschengeld sollte für höchstens 4 Wochen ausgesprochen werden. Das Stufensystem mit der möglichen Rückstufung soll eine Auslese vor allem der dem Erziehungsvollzug schädlichen Elemente ermöglichen, damit die Straferziehung gegenüber denen, die es verdienen, umso grosszügiger sein kann. Für die Rückstufung als Strafe gelten jedoch die gleichen Bedenken wie bei den Erwachsenen. Sie muss besonders ausgesprochen werden und darf nicht automatisch an eine Disziplinarstrafe gekoppelt sein. Bei ihrer Verhängung sollte in erster Linie die Resozialisierbarkeit und nicht das disziplinarische Verhalten massgebend sein. Unter die Rückstufung fällt

natürlich auch die Rückversetzung in eine andere Anstalt. Zu erwägen wäre noch der Entzug der qualifizierteren oder interessanteren Arbeit. Eine derartige Massnahme sollte jedoch nur selten und in besonderen Fällen angewandt werden. Als letzte Massnahme wäre dann noch die einsame Einsperrung zu nennen, die jedoch nicht länger als 14 Tage dauern sollte.

Als zulässige Disziplinarstrafen im Jugendstrafvollzug kämen also in Betracht:

1. Der Verweis, der bei Appell vor den anderen Jugendlichen auszusprechen ist.
2. Entzug oder Beschränkung von Vergünstigungen und allen vorgesehenen Erleichterungen für höchstens 2 Monate.
3. Ausschluss aus der Gemeinschaft bis zu 20 Tagen.
4. Entzug der freien Verfügung über das Taschengeld bis zu vier Wochen.
5. Rückstufung.
6. Einsame Einsperrung bei normaler Kost und normalem Lager bis zu 14 Tagen.

Diese Liste dürfte der individuellen Beeinflussung der Jugendlichen durch Disziplinar massnahmen genügend Raum lassen und dem Anstaltsleiter auch wirksame Bestrafungen erlauben.

In den Jugendanstalten sollte die Strafbefugnis unbeschränkt in den Händen des Anstaltsleiters liegen, da auf den Jugendlichen die Einzelpersönlichkeit viel stärker einwirken kann als ein Kollegium. Einer Einzelperson wird er auch viel eher einen Einblick in die Hintergründe seines Verhaltens geben, während er einem Gremium gegenüber stärkeres Misstrauen haben und sich mehr verschliessen wird. Ein disziplinarer oder ein externer Ausschuss sollte deshalb unmittelbar keinen Einfluss auf die Disziplinarstrafe haben.

3. Sicherungsverwahrung und Arbeitshaus.

Auch in der Sicherungsverwahrung sollten die Disziplinar massnahmen generell in einer milderer Form angewandt werden als in den Gefängnissen. So verlangt es jedenfalls der unterschiedliche Charakter der Gefan-

genschaft. Je mehr sich der Vollzug der Sicherungsverwahrung von dem Vollzug einer Freiheitsstrafe abheben wird, desto erforderlicher wird auch die Anpassung der Disziplinarmaßnahmen an diese mildere Form der Gefangenschaft sein. Die Bestrebungen zur Milderung der Sicherungsverwahrung haben bereits eine Entwicklung eingeleitet, die für die Zukunft einen wesentlich erleichterten Vollzug vorsieht. In einem solchen Vollzug sind natürlich die harten Disziplinarstrafen des Strafvollzugs nicht angebracht. Auch entspricht es der moralischen Stellung der Sicherungsverwahrten besser, wenn die Grenzen der äussersten Leiden der Gefangenschaft, die ihm durch Disziplinarmaßnahmen auferlegt werden können, nicht so weit gehen wie bei den Strafgefangenen.

Eine erhebliche Milderung der Disziplinarstrafen für die Verwahrten sehen England und Italien vor. England hat für sie allerdings als besondere Strafe die Auferlegung zusätzlicher Arbeit ausserhalb der normalen Arbeitsstunden. Für die Sicherungsverwahrten sollten der Entzug von Vergünstigungen und Erleichterungen, der Entzug der Verfügung über das Hausgeld, eine Zurückstufung in eine strengere Abteilung und die einsame Einsperrung ohne Kostschmälerung die zulässigen und geeigneten Strafen sein.

Noch mehr als in den Strafanstalten sollte in den Verwahrungsanstalten ein System von Belohnungen die Disziplin auf einem zufriedenstellenden Zustand halten und verbessern, damit die Strafen, die die Lebensmöglichkeiten des Verwahrten unter das normale Mass herabdrücken, vermieden werden können. Eine besonders ausbaufähige Belohnung könnte die Gewährung von Urlaub sein. In Italien können die Internierten der gerichtlichen Besserungsanstalten mit Urlaub bis zu 30 Tagen im Jahr oder mit einem ununterbrochenen Urlaub von sechs Monaten belohnt werden. Wegen der besonderen Lage wird allerdings ein Urlaub vielfach nicht angebracht oder möglich sein.

Eine ähnliche Situation besteht im Arbeitshaus. Auch hier verbüssen die Insassen keine Strafe für eine besondere Straftat. Eine Erleichterung ihrer Lage sollte sich deshalb auch in mildereren Disziplinarstrafen ausdrücken.

4. Entziehungs-, Heil- und Pflegeanstalten.

Noch unterschiedlicher vom Strafvollzug ist der Aufenthalt in einer Entziehungs-, Heil- oder Pflegeanstalt. Der Vollzug der angeordneten Massnahmen erfordert zwar die Unterwerfung der Insassen unter eine Anstaltsdisziplin, jedoch ist diese von anderen Gesichtspunkten bestimmt wie in den Strafanstalten. So erscheinen in den Trinkerheil- und Entziehungsanstalten bei Disziplinarverstössen der Verweis und der Entzug von Vergünstigungen als allein zulässige Hausstrafen.

In den Heil- und Pflegeanstalten ist unter Berücksichtigung der Krankheit und des geistigen Zustandes der Insassen die Festlegung von Hausstrafen überhaupt fragwürdig. Bei Disziplinarbrüchen sollen Disziplinarmassnahmen in das Ermessen des Anstaltsleiters gestellt sein, der mit Rücksicht auf die besondere Situation und den Geistes- und Gesundheitszustand gegen die Insassen eine Hausstrafe verhängen kann. In diesem Sinne sind die Disziplinarstrafen in den Heil- und Pflegeanstalten Italiens geregelt.

5. Disziplinarmassnahmen in der Untersuchungshaft.

Auch der Untersuchungsgefangene hat die gleiche Verpflichtung zur Einhaltung der Disziplinarbestimmungen wie der schon verurteilte Strafgefangene, der seine Strafe verbüsst oder an dem eine im Urteil vorgesehene Massnahme vollzogen wird, denn auch seine Gefangenschaft ist auf eine richterliche Anordnung, wenn auch nicht auf ein Urteil, zurückzuführen. Jedoch unterscheidet sich seine rechtliche Lage von der des verurteilten Gefangenen. Dem ist auch in den geltenden deutschen Bestimmungen Rechnung getragen und Disziplinarstrafen gegen Untersuchungsgefangene dürfen nur vom Untersuchungsrichter verhängt werden. Diese Einrichtung sollte auf jeden Fall beibehalten werden.

Darüber hinaus würde es die besondere Situation des Untersuchungsgefangenen rechtfertigen, wenn sich die Liste der ihm gegenüber zulässigen Disziplinarstrafen von der in den Strafanstalten zulässigen unterscheiden

würde. Besonders sollten gegen Untersuchungsgefangene keine Strafen zulässig sein, die den Beigeschmack oder den Anschein eines körperlichen Übels haben, wie z.B. Kostschmälerungen und hartes Lager. Dem U-Gefangenen gegenüber müsste der Entzug aller Erleichterungen und der Sondervergünstigungen ausreichend sein und genügen. Nur bei schwersten Verstössen sollte die einsame Einsperrung in eine Strafzelle zulässig sein.

Schlussbemerkung

Die vorhergehenden Ausführungen sollten einen Überblick über die wesentlichsten Probleme des Disziplinarrechts in den Vollzugsanstalten vermitteln. Im Vergleich mit den ausländischen Regelungen wurden alle in Betracht kommenden Einzelfragen untersucht und darauf hingewiesen, welche Punkte einer Neuordnung besonders dringlich bedürfen. Daneben sollte aufgezeigt werden, wie notwendig es ist, das Disziplinarrecht innerhalb eines Vollzugsgesetzes zu regeln. Ereignisse der jüngsten Vergangenheit haben gezeigt, dass auch im 20. Jahrhundert in Kulturstaaen mit einer alten, gefestigten und anscheinend unumstösslichen Rechtsordnung bei der Behandlung von Gefangenen Auswüchse vorkommen können, die in ihrer Grausamkeit und Bestialität die mittelalterlichen Folterungen noch übertreffen. Eine gesetzliche Regelung des Disziplinarrechts in den Vollzugsanstalten ist zwar keine Garantie dafür, dass derartige Rückfälle in längst überwunden geglaubte Methoden nicht mehr eintreten können. Sie wird jedoch Anfänge einer solchen Entwicklung erschweren und dazu beitragen, dem Gefangenen ein Mindestmass menschlicher Behandlung zu sichern, und damit wenigstens in Deutschland die Gefahr einer neuen Entwürdigung des Menschen und der Missachtung seiner Rechte einschränken.

Als Beitrag zu den Vorarbeiten für eine Reform des deutschen Strafvollzuges soll die vorliegende Arbeit an der baldigen Verwirklichung dieses Zieles mitwirken.

Lebenslauf.

Am 14. Februar 1922 wurde ich in Breslau geboren. Dort besuchte ich vier Jahre die Volksschule und anschließend die Eichendorff-Oberschule, die ich 1938 mit der Obersekundareife verliess, um bei der Reichsbahn als Praktikant einzutreten.

Nach Aufnahme an der Staatlichen Ingenieurschule Breslau wurde ich 1940 zunächst zum Reichsarbeitsdienst und später zum Heer einberufen. Bei der Kapitulation geriet ich 1945 als Leutnant in jugoslawische Kriegsgefangenschaft. Im Oktober 1945 gelang mir von dort die Flucht nach Deutschland.

In Bernau am Chiemsee arbeitete ich zunächst als Landarbeiter und ab 1947 in einem Hotel nacheinander als Hausdiener, Nachtwächter, Telefonist und Nachtportier. 1949 ging ich nach Wuppertal und arbeitete als Bauhilfsarbeiter, später bei der Bundesbahn als Gepäckarbeiter.

Von 1951 an besuchte ich die Abendoberschule in Wuppertal. Mit dem Wintersemester 1951/52 begann ich mein rechtswissenschaftliches Studium an der Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven und legte dort im August 1952 die Hochschulreife-Begabtenprüfung ab. Ab November 1952 setzte ich mein Studium an der Universität in Freiburg i.Br. fort. Im Februar 1956 bestand ich die Erste Juristische Staatsprüfung. Danach war ich kurzzeitig als Wissenschaftlicher Assistent an der Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven tätig. Seit November 1956 bin ich Referendar im juristischen Vorbereitungsdienst im Bezirk des Oberlandesgerichts Düsseldorf.

Die vorliegende Dissertation arbeitete ich im wesentlichen im Institut für ausländisches und internationales Strafrecht der Universität Freiburg aus.

